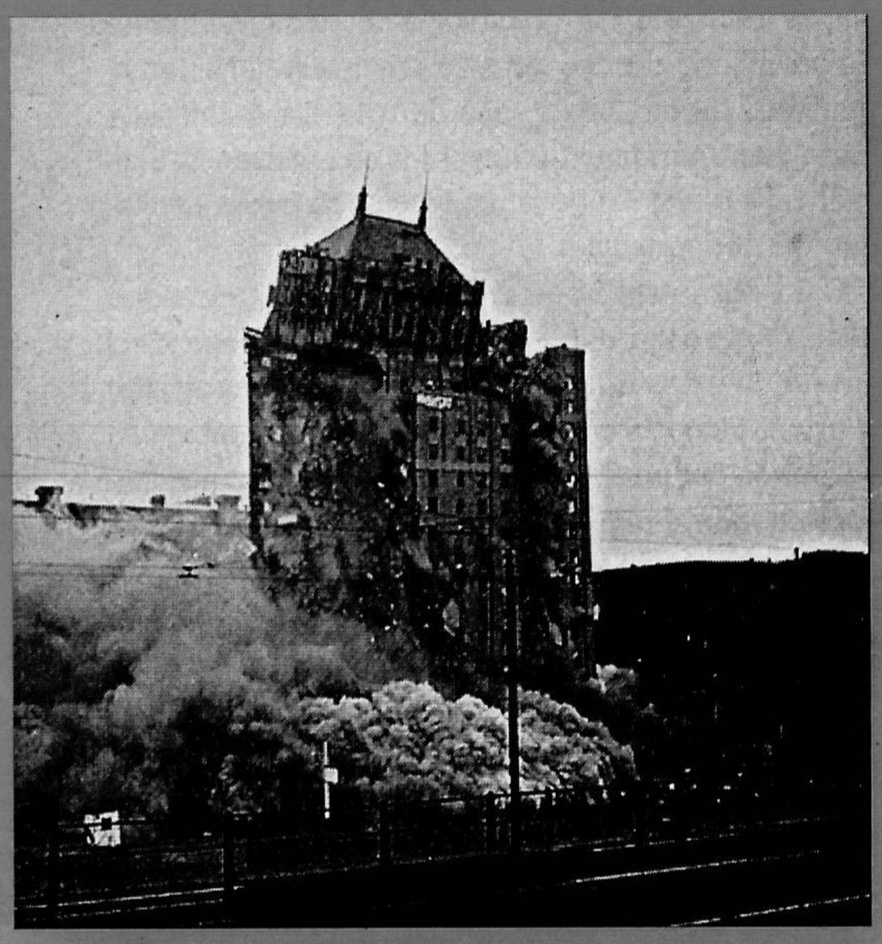
Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift



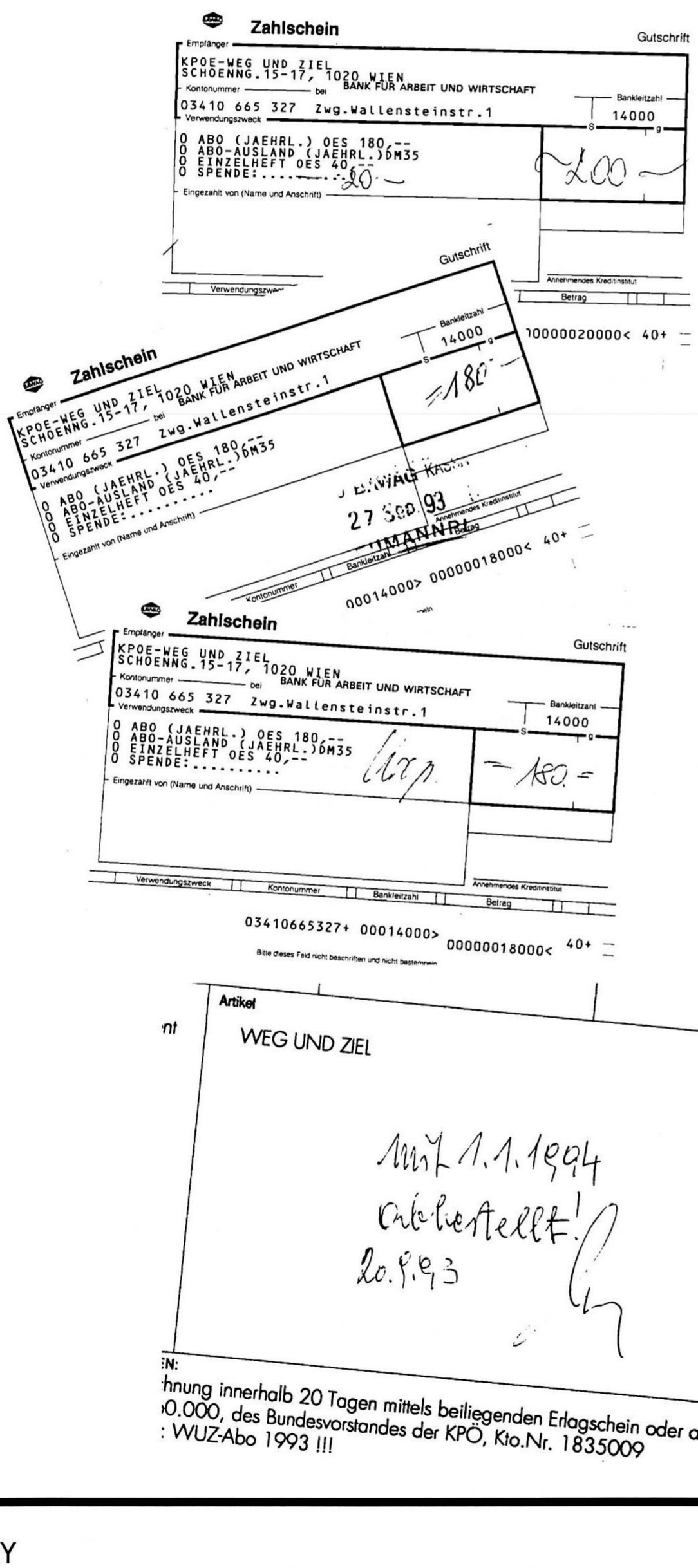
Der reale Kapitalismus

Nr. 6 • 1993 51. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

ACHTUNG

Bitte zur Zeit keine Einzahlungen auf unser altes Konto (bei der BAWAG) tätigen!!!

Wir schicken in Kürze Zahlscheine unseres neuen Kontos aus.



Ab 1.1.1994 ist das Abo leider um 20 Schilling teurer!

LEIDER KÖNNEN WIR
NICHT HELLSEHEN.
Wer hat folgende Einzahlungen getätigt??????
Zweckdienliche Hinweise bitte an die Redaktion!!!!!

Anonyme Abbestellungen können leider nicht berücksichtigt werden.

SORRY
Die Redaktion entschuldigt sich bei Dr. Birge Krondorfer, daß ihr Artikel „Das Gesetz über die Weiber" aus der »Stimme der Frau« ohne ihr Wissen in der letzten Nummer nachgedruckt wurde.

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
zweimonatlich

Abonnement-Preise:
6 Hefte 180,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönnbrunner Straße 215

Die nächsten beiden Nummern

erscheinen Ende Februar und Ende April

Themen-schwerpunkte:

„EG, EU – Region und Demokratie“

„Klasse und Geschlecht“

Inhalt

Nr. 6, Dezember 1993, 51. Jahrgang

ÖSTERREICH

Walter BAIER: Nation, Nationalismus und Demokratie 2

Leo MACHÉ-SUNICA: 75 Jahre Kommunistische Partei Österreichs 5

Franz KAIN: Treu seinen Überzeugungen – Peter Kammerstätter 1911 – 1993 8

THEMA: DER REALE KAPITALISMUS

Julius MENDE: Einleitung 10

Brigitte UNGER: Rückkehr zum Keynesianismus? 11

Leo MACHÉ-SUNICA: Was ist Keynesianismus? 14

Julius MENDE: Die EG – ein historisch überholtes Projekt 16

Günter KLODNER: Europäischer (Alp-)traum 22

Franz SCHANDL: Dimensionen des Mülls 26

Max SCHMIDT: Ostdeutsche Erfahrungen der Transformation von Plan- in Marktwirtschaft 32

Armin STOLPER: Lob der Lernfähigkeit 36

Willi GAISCH: „Karoshi“ – Tod durch Überarbeitung 38

Maria WÖLFLINGSEDER: „Miesmacher und Pessimisten wenden sich von uns ab“ 40

Peter FLEISSNER: Ausgangspunkte der „neuen Weltordnung“ – Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems – Ein Nachruf 43

Werner PIRKER: Rußland im Herbst 53

FRIEDENSPOLITIK

Thomas SCHÖNFELD: Zur Erinnerung an Engelbert Broda 1910 – 1983 56

Engelbert BRODA: Wissenschaft – Verantwortung – Frieden 57

BÜCHER

Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder: Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung

Johan Galtung, Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents

Lisl Ponger, Fremdes Wien 62

Fotos (wenn nicht anders angegeben) aus: Christine Proske, Wolkenkratzer – die schönsten Bauten, ihre Geschichte, ihre Architektur, München 1991

Nation, Nationalismus und Demokratie*

Ein Beitrag aus marxistischer Sicht

Walter BAIER

Jeder Nationalismus behauptet, daß Menschen sich anhand überzeitlicher Eigenschaften, nämlich ethnische, sprachliche oder kulturelle unterscheiden und immer unterscheiden werden. Jeder Nationalismus erklärt davon ausgehend, die eigene Nation sei anderen überlegen und in moderneren Varianten nationalistischer Ideologie wird die These von der Überlegenheit der eigenen Nation durch die Behauptung mystifiziert, daß kulturelle Identitäten aufgrund ihrer Unterschiede ein Zusammenleben unmöglich machten.

Ich insistiere auch in diesem Fall darauf, daß die Unterstellung einer Überlegenheit das Wesen selbst der modernsten Varianten nationalistischer Ideologie ausmacht, die im imperialistischen Zeitalter stets darauf zielte, Vorherrschaft, ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen. Nationalismus geht also unter imperialistischen Bedingungen immer mit faktischer beziehungsweise beabsichtigter ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung Hand in Hand. Über Nationalismus unterdrückter Nationen wäre gesondert nachzudenken.

Daher war die Haltung der meisten Parteien der Sozialistischen Internationale, die sich 1914 bei Kriegsausbruch an die Seite „ihrer" Regierungen stellten, nationalistisch; die Haltung der französischen Sozialdemokratie im Algerienkrieg nationalistisch und insoweit war die Haltung der großen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas im Kalten Krieg auch eine nationalistische Haltung.

Was bedeutet „Nation"?

Sofort einsichtig ist, daß die Vorstellung einer Nation die Aufgabe einer Abgrenzung gegenüber anderen Gemeinschaften erfüllt, die ebenfalls als Nationen identifiziert werden. Das setzt allerdings voraus, daß sie verbunden ist mit Integration, das heißt der tatsächlichen und vorgestellten Schaffung einer Gemeinschaft. Nation ist die geschichtliche Form in der sich die kapitalistische Produktionsweise im 18. und im 19. Jahrhundert staatlich formiert hat. Also verstehe ich Nation als eine historische Form der Konstituierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und entsprechender staatlicher Macht. Aus dieser Historizität des Nationsbegriffs folgt meiner Meinung nach, daß er in unterschiedlichen historischen Entwicklungen auch unterschiedliche Funktionen hatte und hat. Ich meine zum Beispiel, daß der deutsche Nationsgedanke in der Revolution 1848, der mißglückten bürgerlichen Revolution der Deutschen, eine fortschrittliche Funktion hatte. Ich meine, daß, die von Preußen 1813 angeführte nationale antinapoleonische Bewegung eine fortschrittliche Funktion hatte, was auch durch demokratische Reformen wie die Militärreform Clausewitz' belegt wird. (Letztere wird in den Schriften von Engels, Lenin, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh ausgiebig gewürdigt.) Ich meine auch, daß aus deutscher Perspektive die Ausgrenzung Österreichs aus dem Deutschen Reich nach der Schlacht bei Königgrätz 1866 ein historischer Fortschritt war, weil sich der dadurch geschaffene deutsche Nationalstaat jenes Teils entledigen konnte, der zu diesem Zeitpunkt von 75 Prozent der Menschen, die in ihm lebten, als Völkerkerker abgelehnt wurde. Die Zerschlagung der Habsburg-Monarchie und das Entstehen der nationalen Nachfolgestaaten 1918 war dementsprechend ebenfalls ein fortschrittliches Ereignis, das in seiner Bedeutung dem der Oktoberrevolution in Rußland nahegekommen ist.

Wenn man die Auseinandersetzungen um den Begriff der Nation geschichtlich betrachtet, so fällt eine Differenzierung zwischen einer deutschen Schule und einer französischen Schule auf. Die deutsche Schule geht davon aus und das spiegelt den Prozeß der Nationswerdung der Deutschen wider, daß für eine Nation die ethnische und sprachliche Einheit substantiell sei. Dies wird nicht nur durch geschichtliche Beispiele widerlegt, sondern hat auch bei der Entstehung chauvinistischer, rassistischer und antisemitischer Haltungen, wie sie sich besonders aggressiv im deutschen Faschismus manifestiert haben, eine bedeutende Rolle gespielt.

Insoweit sich bei Alfred Klahr, der seinen Nationalbegriff von J. W. Stalin übernahm, Anklänge einer sprachlich-ethnischen Nationsbegründung finden, stimme ich mit ihm nicht überein. Die romanisch-französische Traditionslinie der Nations-Theorie geht davon aus, daß Angehöriger oder Angehörge einer Nation zu sein vor allem ein Bekenntnis und zwar zu dem Staat, den diese Nation konstituiert, voraussetzt. In dieser Theorie lebt der Bezug auf die Große Revolution von 1789 und die Idee der Volkssouveränität von J.-J. Rousseau, nämlich daß die Menschen ein naturgegebens Recht auf Selbstbestimmung und Mündigkeit haben. Es ist evident, daß diese Traditionslinie – auch in Frankreich gab und gibt eine andere, „christlich-abendländische" das heißt rassistische – eine demokratische Tendenz repräsentiert. Aus ihr ergab sich, daß die französische Nationsbildung nach 1789 ganz dezidiert nicht von sprachlichen oder ethnischen Kriterien ausging. Die Bretonen oder die Okzitaner sind trotz ihrer eigenen Sprachen selbstverständlich als Teil der französischen Nation betrachtet worden. Ausgegrenzt wurden durch diesen Nationsbegriff nur die Angehörigen des kirchlichen und

* Dieser Beitrag basiert auf einem Referat, das Walter Baier Anfang November im Kommunistischen Studentenverband hielt.

75 Jahre Kommunistische Partei Österreichs

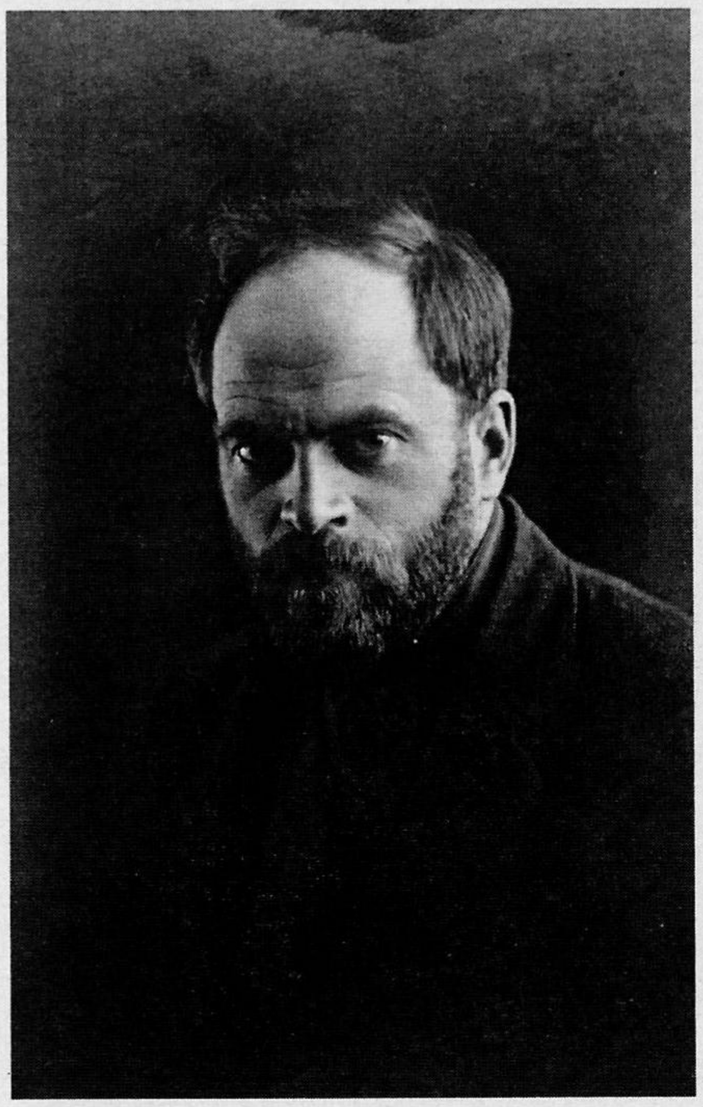
Leo MACHÉ-SUNIZA

75 Jahre ist ein recht langer Zeitabschnitt. So alt ist nun die Kommunistische Partei (Deutsch)-Österreichs. Ich will nicht über die sehr reichen und vielfältigen Entwicklungsereignisse in der Geschichte der Partei sprechen, ich will mich mit einer kurzen Schilderung der Personen, die an der Gründungskonferenz am 3. November 1918 teilnahmen, begnügen.

Noch bestand die Habsburger Monarchie, als sich eine Gruppe österreichischer Sozialdemokraten zu ihrer Gründungskonferenz als kommunistische Partei versammelten. Am 4. Oktober 1918 bat Deutschland bei Präsident Wilson um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, dieser Bitte schloß sich auch Österreich an. Am 6. Oktober 1918 hat sich in Agram der Nationalrat der Südslawen der Donaumonarchie gebildet, der dann am 29. Oktober 1918 die Selbständigkeit erklärte und am 24. November 1918 die Vereinigung mit dem Königreich Serbien und Montenegro vollzog. Am 28. Oktober 1918 hatten die Tschechen und die Slowaken ihr Ausscheiden aus der Habsburger Monarchie kundgetan. Am 30. Oktober 1918 ernannte Kaiser Karl I. (als ungarischer König Karl IV.) den radikalen Grafen Karolyi zum Ministerpräsidenten Ungarns. Das Habsburger Reich war am Zerfallen. Und am 12. November 1918, also eine Woche nach der Gründungskonferenz, dankte Kaiser Karl I. ab. Am 1. November 1918 war in Wien die Rote Garde gegründet worden.

Im Dezember 1917, bzw. Jänner 1918 bildeten die Linksradikalen (Franz Koritschoner) mit den Syndikalisten (Leo Rotziegel), Anarchoterroristen (Arnold Barald) und einigen Soldaten (Oberleutnant Egon Erwin Kisch) einen „Arbeiter- und Soldatenrat". Am Montag, dem 14. Jänner 1918, begann dann der Jännerstreik 1918, dem sich die Mehrzahl der Betriebe in Niederösterreich, Wien, des obersteirischen Industriegebiets und Oberösterreichs anschlossen. Auch in Krakau, Budapest und Brünn wurde gestreikt. Mit Hilfe der Führung der Sozialdemokraten wurde der Streik abgewürgt. Führende Funktionäre der Linksradikalen und andere am Streik Beteiligte wurden verhaftet. Aber das Brodeln ging weiter. Im Mai kam es zu einer Reihe von Streiks, die dann im Junistreik 1918 ihren Höhepunkt fanden.

Für Lenin hat die II. Internationale mit der Haltung ihrer Parteien zu Kriegsbeginn 1914 (etwa der Artikel des Chefredakteurs der »Arbeiterzeitung« Austerlitz „Der 5. August 1914 der Tag der Deutschen Nation", die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten im Parlament zu den Kriegskrediten und anderes) zu existieren aufgehört. Er dachte an die Gründung einer III. Internationale.



Ljew Borissowitsch Suniza (1887 – 1943)

Dazu brauchte man aber kommunistische Parteien. Daher bemühten sich russische Politiker mit Ratschlägen diese Idee vorwärtszubringen. So traf etwa der 49jährige Leiter der russischen Kriegsgefangenenkommission Jakob Bermann am 7. August 1918 in Wien ein. Am 23. August 1918 besuchte er Otto Bauer und Therese Schlesinger. Natürlich kannte man in Rußland die revolutionäre Haltung des Kriegsgefangenen Otto Bauer. Suniza (der Vater von Leo Maché-Suniza, Anm. d. Red.) meint in seinem, am 8. Dezember 1918 in der »Prawda« veröffentlichten Artikel, Otto Bauer habe es abgelehnt, eine Funktion in der neuzugründenden kommunistischen Partei zu übernehmen, weil er einen Stellungsbefehl für Albanien in der Tasche hatte, von dem er durch die Führung der Sozialdemokratie befreit wurde. Suniza war russischer Berufsrevolutionär, wurde 1913 wegen der bolschwistischen Zeitung »Nasch putj«, deren Redaktion er zuerst als Vertriebsmann angehörte, und nach der Verhaftung des Redaktionssekretärs Jakowlew an dessen Stelle trat, und nach dem Verbot dieser Zeitung einen Streik organisiert hatte, zu drei Jahren Verbannung verurteilt, die man ihm aber auf Auslandsaufenthalt erließ. Er fuhr nach Wien, weil in Wien ein Studienkollege war, Nikolai Bucharin, mit dem er als Student an der Moskauer Universität zusammenarbeitete. Bucharin war Mitglied der Stadtleitung Moskau der Partei, Suniza illegaler Studentenführer. In Wien studierte Suniza die österreichische Arbeiterbewegung und besuchte fleißig sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen, wo er Linke suchte und unter anderen auch Koritschoner und Steinhardt fand.

Als Gast bei Lenin

Am 24. August 1918 besuchte Bermann Anna Strömer, wo er auch mit Suniza zusammentraf. Ebenfalls im August 1918 fanden die beiden existierenden kommunistischen Gruppen der Elfriede Friedländer und des Karl Steinhardt zusammen.

Suniza schreibt in seinem am 25. Jänner 1925 in der Zeitung »Uralski Rabotschi« veröffentlichten Artikel „U Lenina w gostjach“ (Als Gast bei Lenin): „Die Oktoberrevolution zwang uns auch dort aktiver zu sein und aus den Bruchstücken der trotzkistischen und der Bund-Emigration eine kleine (etwa zehn Personen umfassende) bolschewistische Gruppe zu gründen, die sich die Aufgabe stellte, zur Abspaltung des revolutionären Teiles der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie (der sogenannten Linksradikalen) beizutragen und danach eine selbständige kommunistische Partei zu gründen. Den größten Kontakt hatten wir zu Jugendorganisationen, von denen ein Teil als Protest gegen die Politik der Sozialdemokratie im Dezember 1917 aus der Partei austrat. Einige Genossen aus unserer Gruppe wurden während der Liquidation des politischen Jännerstreiks (1918) verhaftet, der im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk entgegen den Direktiven der Sozialdemokraten die größten Fabriken Österreichs erfaßt hatte. Damals begannen die Namen Lenins und Trotzkis in ihrer Popularität unter der Masse der Wiener Arbeiter mit jenen des Begründers der österreichischen Sozialdemokraten, des ‚Alten‘ Viktor Adlers und seinen Sohnes Fritz Adlers zu konkurrieren. Einen Kontakt zu Moskau konnten wir bis zum Herbst 1918 nicht herstellen, bis eine sowjetische Mission zum Austausch von Kriegsgefangenen unter der Leitung von J. A. Bermann aus Moskau in Wien eintraf ... Wir hatten keine Zeit zum Schlafen. Man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Mit Unterstützung von Jakow Alexandrowitsch Bermann hat unsere Gruppe die höchstmögliche Energie entfaltet und am 4. November fand die erste organisatorische Versammlung der österreichischen kommunistischen Partei statt ... Lenin stellte noch ein paar Fragen betreffend einer Charakteristik der Kandidaten zur Führung der österreichischen kommunistischen Partei Steinhardt, Friedländer und anderer. ‚Finden Sie nicht, daß bei der Organisation der österreichischen kommunistischen Partei die Rolle Eurer Emigrantengruppe unverhältnismäßig groß war?‘ Ich mußte, wohl mit Vorbehalten, zustimmen.“

Frans Masereel, aus dem Holzschnittbuch „Die Passion eines Menschen“, 1918

In dieser komplizierten Lage fand am 3. November 1918, an dem Tag, als der Waffenstillstand von Padua abgeschlossen wurde, in den Eichensälen in Favoriten die Gründung der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs statt. An dieser Konferenz nahmen unter anderem teil: Eichinger, der Serbe Fillipowitsch, Elfriede und Paul Friedländer, Maschl, Mönch, Riehs, Sacher, Steinhardt und der Russe Suniza. Karl Steinhardt hielt das Referat mit der Begründung der Schaffung der Partei. Ein Organisationskomitee wurde gewählt, dessen Vorsitzender Steinhardt wurde. Das Schlußreferat hielt Suniza, der auch eine herzliche Zustimmungserklärung der russischen Bolschewiki zum Ausdruck brachte. Die österreichische kommunistische Partei war die erste kommunistische Partei in Mitteleuropa.

Im Dezember 1918 trat dann auch Koritschoner mit den Linksradikalen der Partei bei. Koritschoner wurde einer der führenden Funktionäre der Partei und mit Paul Friedländer einer der Chefredakteure der Parteizeitung »Weckruf«.

Lebenswege der ersten GenossInnen

Beim ersten Parteitag der KPDÖ am 9. Februar 1919 wurde der Antrag zur Errichtung der III. Internationale beschlossen und Steinhardt als Delegierter zur Gründungskonferenz nach Moskau entsandt. Am 13. Februar setzte sich Steinhardt von Wien aus in Bewegung; in Budapest erhielt er im ZK falsche Papiere als russischer Heimkehrer Gruber aus Riga. Er traf auf abenteuerlichen Wegen – er mußte ja die Bürgerkriegsfront überqueren – am 2. März 1919 mit seinem Begleiter in Moskau ein. Nur wenigen Delegierten war es gelungen, nach Moskau durchzukommen.

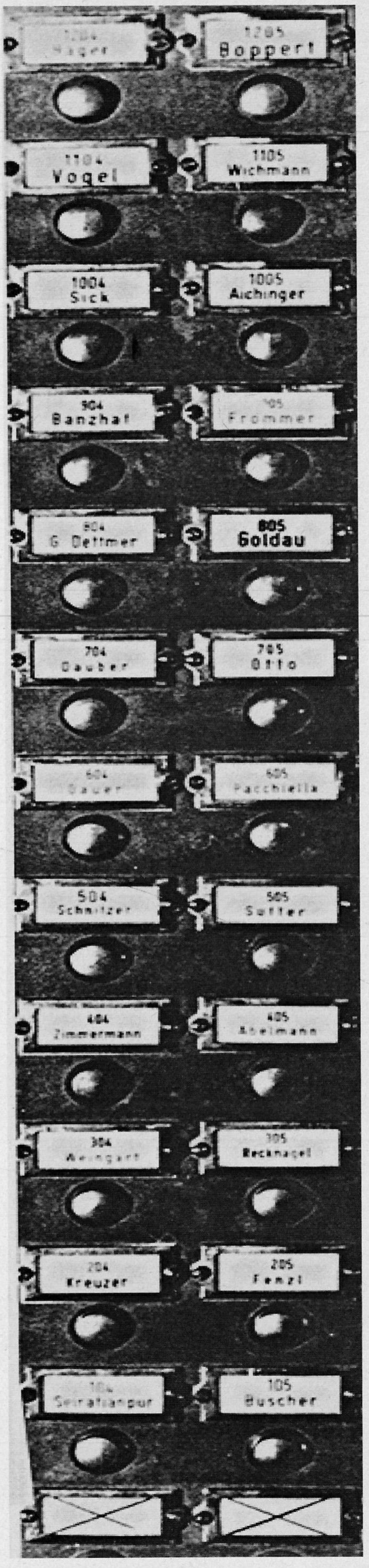
Zum Zeitpunkt der Ankunft Steinhardts in Moskau hatte der Gründungskongreß der III. Internationale bereits einen ernsten Rückschlag erlitten. Der Vertreter der deutschen kommunistischen Partei, Eberlein, bestand darauf, daß diese Konferenz eine Art Vorkonferenz sein sollte und daß sich die Komintern erst dann gründen dürfe, wenn sie die revolutionären Kader der Arbeiterklasse in genügender Weise und in ausreichend großen Massen gebilligt hätten. Das bedeutete einen Aufschub auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Aber keiner wagte es, gegen den Vorschlag Eberleins aufzutreten, zu groß war das Ansehen der deutschen Partei. Als jedoch Steinhardt mit der festen Direktive seiner eigenen Partei ankam, wurde das Ruder umgeschwenkt. Mit Lenin und den Delegierten der linken sozialdemokratischen Partei Schwedens, der sozialdemokratischen Arbeiterföderation des Balkan und der kommunistischen Partei Ungarns wurde ein Antrag zur Bildung der III. Internationale formuliert. Am 4. März 1919 hielt Steinhardt dann zur Begründung des Antrags eine mitreißende und temperamentvolle Rede. Sein Antrag wurde mit allen gegen die Stimmenthaltung Eberleins ange-

weltlichen Adels. Um Teil der Nation zu sein, mußte Ludwig XVI. Bürger Capet werden, was den Bürger Marat aber nicht daran hinderte, ihm das Todesurteil auszustellen. Bedenkenswert ist der Unterschied zwischen dem französischen Begriff „le peuple“ und dem deutschen Wort „Volk“; und daß die Hymne der italienischen Arbeiterbewegung „Avanti popolo“ heißt, während hierzulande ein Lied mit dem Titel „Vorwärts Volk“ ohne viele Umstände der extremen Rechten zugeordnet werden würde.

„Vereinheitlichung“ oder „Identität“

Wenn Nation ein historisches Produkt ist und die Geschichte eine „Geschichte von Klassenkämpfen“ ist, so ergibt sich daraus, daß es in jeder Nation entgegengesetzte Tendenzen geben muß. Das ist der Gedanke, der bei Lenin mit dem Begriff der „zwei Kulturen“, „zwei Nationen“, die es in jeder Nation gäbe, gefaßt ist. Ausgedrückt werden soll, daß entgegengesetzte Nationalkulturen in der bürgerlichen Gesellschaft entgegengesetzte Klassen widerspiegeln. Ich glaube, daß dieses Konzept von „zwei Nationen“ oder Kulturen die Überlegungen in die richtige Richtung lenkt, aber zu eng gefaßt ist, reduktionistisch ein wenig „klassenkampfistisch“ wie W. F. Haug sagen würde, ist, weil es die komplizierte Wechselwirkung von entgegengesetzten Tendenzen in jeder Nation dichotomisch auf zwei reduziert. Mir scheint, daß für heutige Verhältnisse zutreffender ist, von einer Vielzahl von Tendenzen zu sprechen, kulturellen, sozialen, geschlechtsspezifischen, materiellen wie ideellen. Unterstreichen möchte ich aber den Hauptgedanken Lenins in Bezug auf die Nation: daß wenn man von „Einheit“ oder „Identität“ spricht, mitdenken muß: eine solche Identität besteht nur in und durch innere Widersprüchlichkeit, es handelt sich also um „Einheit und Kampf von Gegensätzen“. Das heißt, daß in jeder Identität nach der Differenz gesucht werden muß. Lenin formulierte in seinen Überlegungen zur dialektischen Logik den Gedanken, daß dabei die Einheit stets das Relative, der Kampf aber das Absolute sei. Also nur in einem relativen Sinn, glaube auch ich, macht es Sinn von Identität und auch von nationaler Identität zu sprechen.

Aber wir reden nicht über abstrakte logische, sondern über konkret-historische Fragen, das heißt



über nationale Identität, nationale Integration auf dem Hintergrund einer konkreten Geschichte von Klassenkämpfen. Meiner Meinung nach folgt daraus, daß für die gesamte Geschichte gilt, daß nationale Vereinheitlichung stets unter der Führung einer bestimmten Klasse stattgefunden hat und stattfindet. Von Gramsci lernt man, daß Volk (und Gramsci ist eben ein italienischer Denker, der den Begriff unbefangener verwenden kann als ein Deutscher) die durch die Hegemonie einer Klasse strukturierte Beziehung der Menschen zum Staat ausdrückt.

Hegemonie und Staat

Hegemonie heißt ideell-kulturelle Vorherrschaft einer Klasse im Rahmen der Nation, eine Vorherrschaft die durch Intellektuelle vermittelt wird. Aus der Tatsache, daß Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, folgt auch, daß sie immer eine gemeinsame der kämpfenden Klassen ist, die von den teilnehmenden Kräften aber unterschiedlich und entgegengesetzt interpretiert wird. Dies geht in die Hegemonie einer Klasse ein.

Die andere Seite ergibt sich daraus, daß sich die Produktionsverhältnisse auch auf Zwang und – zumindest strukturelle – Gewalt stützen. Politische Institutionen mit Herrschaftsfunktion spiegeln einerseits diese und andererseits die gegebenen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft wider, sind dessen Sediment. So gibt es in Österreich im Unterschied zu anderen Staaten beispielsweise eine Arbeiterkammer, historisch ist sie das der Kompromiß den die österreichische Bourgeoisie mit der österreichischen Sozialdemokratie 1919 schließen mußte, um die Arbeiterräte abzuschaffen; oder die Österreichische Hochschülerschaft, als Studentenvertretung im Unterschied zu anderen mit allgemein politischem Mandat ausgestattet. Es gab die Closed Shops in England, es gibt Legalität und die Illegalität faschistischer Parteien, es gibt die Legalität und Illegalität kommunistischer oder revolutionärer Parteien. Alles das sind Beispiele für materielle Bestandteile einer Nationalgeschichte.

Wenn man also über Nation redet, redet man vielfach über Überbauphänomene, sei es im Sektor der politischen Macht, im Bereich der Zivilgesellschaft oder im sozialen Bewußt-

sein wie es sich in der Sprache ausdrückt. Wer ist sich dessen bewußt, daß man in Wien bis heute, synomym dafür, daß etwas bis zum Überdruß betrieben wird, das Wort „bis zur Vergasung" verwendet und damit in der Alltagssprache die Völkermordpraxis der Nazi-Diktatur weiterlebt und über Stereotype abrufbar bleibt. Das ist ein Beispiel für gewordene nationale Identität. Ich erwähne es, um zu zeigen, daß über nationale Identität nachzudenken nichts mit Affirmation oder Apologetik zu tun hat, sondern zunächst eine nüchterne Bestandsaufnahme erfordert.

Es ergibt sich auch, daß sich erste und zweite Kultur in einer gegebenen bürgerlichen Gesellschaft auch nicht als erratische Blöcke gegenüberstehen, sondern sich je Situation auf eine ganz spezifische Weise beeinflussen und in den Köpfen der Menschen vermischen.

Nation und Demokratie

Und damit zum eigentlichen Kern der Frage, über die seit 1914 in der kommunistischen Bewegung von Lenin, Gramsci und Luxemburg diskutiert wurde und die in der Arbeiterbewegung seit 1848 – bei Marx, Engels bis Otto Bauer und Karl Renner – Thema war, nämlich die Verbindung der Frage der Nation mit der der Demokratie. Nation ist, wie ich zeigen wollte, die historisch gewachsene auf einen Staat bezogene Form der kapitalistischen Produktionsweise. Die bürgerliche Demokratie in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit ist auf diesem Boden gewachsen. Und darum ist seit Beginn dieses Jahrhunderts die Frage der Nation objektiv und unlösbar verbunden mit der Frage der Demokratie und der „Selbstbestimmung". Allerdings, da wir von bürgerlicher Demokratie reden, nicht Selbstbestimmung im umfassenden und konkreten Sinn als die Aufhebung von Entfremdung, Ausbeutung, und Unterdrückung einschließlich der geschlechtsspezifischen, sondern staatsrechtlich verstanden als das Recht jeder staatlichen Form, sich frei von Unterdrückung durch andere Staatlichkeiten als selbständiges Subjekt des Völkerrechts zu entwikkeln. Das heißt, das Recht der Algerier sich selbst zu bestimmen (im Verhältnis zu Frankreich), das Recht der Vietnamesen sich selbst zu bestimmen (im Verhältnis zu den USA), das Recht der Kubaner sich selbst zu bestimmen (im Verhältnis zu den USA).

In letzter Konsequenz beinhaltet dieses Recht auf „Selbstbestimmung" auch das Recht auf Lostrennung und damit auf Begründung einer eigenen Staatlichkeit. Man soll sich dabei immer wieder erinnern: wenn Nation Schauplatz von Klassenkämpfen und kulturellen Auseinandersetzungen ist, dann folgt dar-aus, daß der Inhalt dieser Staatlichkeit, durch diese Kämpfe bestimmt ist. Subjekte dieser „Selbstbestimmung" im eigentlichen Sinn sind immer die durch Hegemonie und Macht in Form von Staaten konstituierten Klassen, beziehungsweise deren politische Eliten, die im Namen des Volkes und der Nation sprechen. Und im Grunde ist das die Frage um die es vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg bis zum Vietnamkrieg ging, das ist auch die Frage, um die es 1968 in der CSSR gegangen ist, nämlich das Recht jedes Volks seine soziale Entwicklung gemäß dem inneren Kräfteverhältnis zwischen den Klassen selbst zu bestimmen.

Und Demokratie definiert in dem Sinn die Rahmenbedingung – wie ich meine –, die günstigste Rahmenbedingung dafür, die inneren Kämpfe um den Inhalt der staatlichen „Selbstbestimmung" zu führen. Auch vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus. Nämlich in Legalität, unter den Bedingungen der Versammlungsfreiheit, unter den Bedingungen der Pressefreiheit, des Zugangs zu den Medien usw., usf. Das ist das eigentliche Thema um das es gehen müßte, nämlich um die Ausweitung der Demokratie im Rahmen der „Selbstbestimmung". Darum ist es meiner Meinung nach auch selbstverständlich, daß zur österreichischen Selbstbestimmung gehörten müßte, das volle und gleiche Partizipations- und Lebensrecht aller in Österreich lebenden Arbeiter und Angestellten zu erreichen.

In Zusammenhang mit der europäischen Integration stellt sich die Frage der Demokratie als eine Frage ihrer institutionellen Ebenen. Denkbar ist Demokratie auf lokaler, auf regionaler, auf nationaler und schließlich internationaler Ebene.

Die Grundidee der EG und der Maastrichter-Verträge zur Schaffung der Europäischen Union ist die Schaffung eines supranationalen Staates. Supranationalität heißt Schaffung einer über den Nationen stehenden Staatsmacht. Sie ist mithin die logische Alternative zu einer Zusammenarbeit – zumindest der Theorie nach – gleichberechtigter Nationalstaaten, was Internationalität heißen würde. Die institutionellen Reformen der EU zielen auch darauf, die supranationalen Strukturen durch Aufwertung der Regionen zu ergänzen. Beides, Supranationaltität und Regionalisierungen, geht auf Kosten der Nationalstaaten.

Die Menschen sollen damit beschäftigt werden, in ihren unmittelbaren Lebensbereichen die ökologische Reproduktion zu kontrollieren, umso ungestörter können dann die Manager transnationaler Konzerne und die EG-Bürokraten ihre Macht entfalten.

Im wesentlichen geht es meinem Dafürhalten nach dabei darum, die geschichtlich errungenen Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung, die es auf nationaler Ebene gibt, abzuschaffen – zuzüglich sozialer und ökologischer Standards, die ebenfalls auf dieser Ebene angesiedelt sind. „Bahn frei den vom Binnenmarkt festgesetzten Kräften" heißt „weg mit allen sozial- und demokratiepolitischen Schranken", die in der Geschichte der europäischen Nationalstaaten entstanden sind. Es steht außer Frage, daß demokratische Rechte auch im Rahmen der EU erweitert bzw. neue durchgesetzt werden können. Das ist nicht der Punkt: Die Frage ist, weshalb wir heute einen demokratiepolitischen Rückschritt ins 18. Jahrhundert akzeptieren sollen.

Die Frage des Demokratismus ist eng verbunden mit der Einschätzung, daß die bürgerliche Demokratie eine Herrschaftsform des Kapitals ist. Wir wollen über die bürgerliche Demokratie hinausgehen und das heißt in jedem Fall nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Aber das schließt selbstverständlich ein, jedes einzelne Recht der bürgerlichen Demokratie, das angegriffen wird durch Rechtsextremismus und Neofaschismus, oder auch Brüsseler Autokratismus zu verteidigen. Das meine ich, ist das eigentliche Problem, das hinter der heutigen Debatte um die nationale Frage steht. Es kann von linker Seite nicht um eine Anpassung an reaktionäres Identitätsgeschwätz oder an ethnizistische Konzepte gehen, sondern es geht um die Verteidigung errungener demokratischen Rechte unter der Perspektive, sie selbstbestimmt zu erweitern. ■

Mag. Walter BAIER ist Ökonom und Bundessekretär der KPÖ.

nommen.

Auf der Heimreise wurde Steinhardt am 30. April 1919 von rumänischen Soldaten gefangengenommen, wegen Spionage verurteilt und kam erst am 20. Jänner 1920 nach Wien.

Steinhardt war nach dem Zweiten Weltkrieg Vizebürgermeister von Wien.

Elfriede Friedländer übersiedelte Ende 1919 nach Deutschland und trat der KPD bei, wo sie unter dem Namen Ruth Fischer eine führende Rolle einnahm. Wegen sektiererischer und ultralinker Politik wurde sie 1926 aus der KPD ausgeschlossen. Später übersiedelte sie in die USA, wo sie zu den erbittertsten Gegnern Stalins zählte.

Frans Masereel, aus dem Holzschnittbuch „Die Passion eines Menschen", 1918

Franz Koritschoner war 1930 als Vertreter Österreichs in der Roten Gewerkschaftsinternationale in die Sowjetunion übersiedelt. In der Sowjetunion wurde er im Zuge der „Säuberungen" 1936 verhaftet und zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er berief gegen das Urteil, und dieses wurde auf zehn Jahre „revidiert". Im April 1941 wurde der entkräftete, an Skorbut leidende, viel älter aussehende 50jährige Franz Koritschoner von dem NKWD in Lublin der Gestapo übergeben. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt im Wiener Hauptquartier der Gestapo auf dem Morzinplatz kam er in die „Liesl", das Wiener Polizeigefängnis, und wurde von dort nach Auschwitz gebracht, wo er am 8. Juni 1941 „verstorben" ist. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU wurde Koritschoner in der Sowjetunion strafrechtlich und politisch rehabilitiert.

Als Gast bei Bucharin

Interessant ist auch das weitere Leben Sunizas. Er wurde Mitte November aus Österreich ausgewiesen, kehrte nach Moskau zurück, wo er Bucharin über Österreich berichtete. Bucharin vermittelte ihm einen Termin bei Lenin, dem er auch über Österreich erzählte. Lenin regte zum Abschluß der Besprechung an, Suniza solle über das Erzählte einen Artikel für die »Prawda« schreiben. Und am 8. Dezember 1918 erschien der Artikel von Suniza „Iz strany ‚besprimernoj w istoriji rewoljuciji'" (Aus dem Land einer „in der Geschichte beispiellosen Revolution") in der »Prawda«. Im Bürgerkrieg war er in der politischen Führung der Roten Armee an der Ostfront verantwortlich für die Organisation der Parteiarbeit und der politischen Schulung in den durch die Rote Armee von Koltschak befreiten Gebieten. Er wurde von der Delegiertenkonferenz der 1. Armee im März 1919 als Delegierter zum VIII. Parteitag gewählt, wo er zum von Lenin und Bucharin vertretenen neuen Parteiprogramm kritisch Stellung bezog. Nach dem Bürgerkrieg arbeitete er eine Zeitlang in der Presseabteilung des EKKI (Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale), von wo er im Februar 1923 von Bela Kun, der zu diesem Zeitpunkt Agitpropleiter in der Region Jekaterinburg (später Swerdlowsk) war, an die Universität geholt wurde, wo er Mitglied des Rektorats war und als Dozent politische Ökonomie unterrichtete. Ab 1. Jänner 1924 wurde er Prorektor der neu gegründeten Kommunistischen Universität für den Ural und Sibirien in Jekaterinburg. 1926 wurde Bucharin in die Komintern entsandt und gründete in Moskau die internationalen Leninkurse und holte als Leitungsmitglied dieser Kurse Suniza. 1929 schickte ihn die Partei nach Nowotscherkassk, von wo aus er auf der Basis der Nowotscherkassker Technischen Hochschule das Rostower Institut für den Landmaschinenbau gründete, dessen erster Rektor er wurde. Aber im September 1931 ging er zurück nach Moskau an die nun umbenannte internationale Leninschule. Im April 1935 wurde Suniza verhaftet, wurde zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt, kam zuerst nach Karaganda, wo er im Bergwerk als Ingenieur arbeitete, und wurde von dort an die Kolyma im äußersten Nordosten der Sowjetunion versetzt, wo er freigesetzt wurde. Es ging ihm als „freien" Menschen aber noch viel schlechter als vorher als „Zwangsarbeiter". Im März 1943 gelang ihm der Sprung „auf den Kontinent", aber er starb unterwegs in Krasnojarsk. 1956 wurde er strafrechtlich rehabilitiert und 1957 postum von der Moskauer Stadtleitung in die Partei wiederaufgenommen. ■

Leo MACHÉ-SUNIZA ist freier Schriftsteller und Übersetzer.

Quellen

Hautmann, Die verlorene Räterepublik, Europa-Verlag 1971

Maché, Lehren der Geschichte, an der Wiege der KPÖ, »Weg und Ziel« 11/1970

Suniza, „Iz strany ‚besprimernoj w istoriji rewoljuciji'" (Aus dem Land einer „in der Geschichte beispiellosen Revolution"), »Prawda«, 8. 12. 1918

Suniza, „W gostjach u lenina" (Als Gast bei Lenin), „Uralski rabotschi" (Zeitung, Der Uraler Arbeiter), 21. 1. 1925, wiederabgedruckt in der Zeitung „Uralski Universitet" vom 22. April 1988, zum 120. Geburtstag Lenins)

Memorial, österreichische Stalinopfer

Lebenslauf des L. B. Suniza, erstellt anläßlich der Beitrittserklärung zur Gesellschaft der Alten Bolschewiki

Treu seinen Überzeugungen

Peter Kammerstätter 1911-1993

Peter Kammerstätter, Widerstandskämpfer, langjähriger Funktionär der KPÖ und Historiker, ist am 3. Oktober dieses Jahres gestorben. Bei der Verabschiedung am Urnenfriedhof von Urfahr am 8. Oktober wandte sich sein Freund, der Schriftsteller und frühere Linzer Gemeinderat Franz Kain als einer der Redner an die Trauerversammlung. Wir bringen im folgenden seine Worte des Gedenkens an einen Kommunisten, der immer seinen Überzeugungen treu blieb.

Franz KAIN

Liebe Lisa, Liebe Frau Ottenbacher, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, verehrte Trauerversammlung!

Ich wurde mit der traurigen Pflicht betraut, Ihnen im Namen der Kommunistischen Partei Österreichs und des Bundespräsidiums des Verbandes der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus die innigste Teilnahme an dem schweren Verlust auszudrücken, der Sie und uns alle mit dem Tod unseres Freundes, Kameraden und Genossen Peter Kammerstätter betroffen hat. Es ist ein ungemein schwerer Verlust, denn wir haben uns daran gewöhnt gehabt, mit ganzen Bündeln von schwierigen Fragen zu Peter zu kommen und am Tisch seiner großen geistigen Schätze Platz zu nehmen, schier zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Unser Freund ist 81 Jahre alt geworden – in wenigen Wochen wäre er 82 gewesen – und sein Leben ist ein geradezu exemplarisches Beispiel für den Kampf in unserem Jahrhundert um Freiheit und Gerechtigkeit und für ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung. In Triest geboren, war Peter, erzogen nach den Grundsätzen dieser Bewegung schon in seiner Jugend in den Organisationen der Arbeiter tätig, in der SAJ, der alten Sozialdemokratischen Partei und dann in der KPÖ. Er nahm 1934 aktiv an den Februarkämpfen in Linz teil und mußte lange Jahre das Kreuz der Verfolgung, der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit und der Freiheitsberaubung auf sich nehmen, vor und nach 1938.

In einem Bericht der Gestapo Linz an die Zentrale der Gestapo in Berlin vom 16. August 1938 heißt es über ihn: „Peter Kammerstätter gehörte der illegalen Landesleitung der KP Oberdonau an, beteiligte sich an der Herstellung und Verbreitung großer Mengen Flugschriften, stand mit Kurieren in Verbindung und errichtete eine Briefanschriftstelle. Er ist ein fanatischer Kommunist, der steter Beobachtung bedarf und mit dessen besonderer Aktivität im Ernstfall zu rechnen ist."

Dieses Dokument ist in einem Archiv in Koblenz aufbewahrt und ist, als diffamierender Steckbrief gedacht, in Wahrheit ein markantes Zeugnis für kämpferische Gesinnung gegen Faschismus und Krieg.

Bei Kriegsausbruch im September 1939 wurde er verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Er kam noch einmal frei und wurde unter strenge Polizeiaufsicht gestellt. 1945 war er ein Mann der ersten Stunde und war maßgeblich am Wiederaufbau der Gewerkschaften und anderer Einrichtungen des öffentlichen Lebens beteiligt.

Im Apparat der KPÖ und als Mitglied des Zentralkomitees war Kammerstätter bis 1964 tätig. Dann kam er in Widerspruch zu einigen Praktiken der damaligen Parteiführung und schied aus dem Dienstverhältnis aus, nach dem stolzen Motto der englischen Arbeiterbewegung „back to the bench", zurück an die Werkbank, und arbeitete dann in einem Konzernbetrieb der VOEST-Alpine.

In einem ist das Dokument der Gestapo eine glatte Falschmeldung: Peter Kammerstätter war nie ein Fanatiker, sondern stets ein Mensch mit Überlegung und Umsicht. Im Auftrag des Lagerkomitees führte er 1940 im KZ Buchenwald die Verhandlungen mit dem ebenfalls inhaftierten späteren Landeshauptmann Dr. Gleißner über Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in einem freien Österreich. Und das auf dem Höhepunkt der Siege Hitlers! Kammerstätter gehörte in den fünfziger Jahren auch zu den Organisatoren einer breiten Bewegung für die Neutralität Österreichs. Das stieß damals bei den anderen Parteien auf heftigen Widerstand und auch die eigene Partei rückte von der Vorstellung einer künftigen Neutralität zeitweise ab. Nicht so Peter Kammerstätter, der die Aktivität weiter entwikkelte und so zu einem Pionier und Wegbereiter der Neutralität wurde, die bis zum heutigen Tag im Mittelpunkt des nationalen Bewußtseins steht.

Peter Kammerstätter war ein volkstümlicher Mensch mit herzlichem Gemüt, aber er war kein bequemer Typus, nicht als Vorgesetzter und auch nicht als Gefolgsmann. Die Nachricht, daß er am Heiligen Abend Versammlungen und für den Silvesterabend Seminare organisiert habe, ist sicher eine satirische Übertreibung. Wahr aber ist, daß er zu sich selbst ungemein streng war, sich sehr viel abverlangte und dies auch von anderen erwartete. Er hat sich nie geschont und verfügte über eine geradezu unfaßbare Kondition bis ins höchste Alter hinein. Wer ihn als Bergsteiger, als Schiläufer und als Wanderer kennenlernen durfte, weiß davon ein Lied zu singen. Und dies nicht ohne Seufzer. Ich habe mit ihm zusammen in Wien einigen Gremien angehört und ich denke noch recht zwiespältig daran, wie wir oft durch die Straßen der Bundeshauptstadt gehetzt sind als befänden wir uns auf wilder Flucht. Das war mir als mehr bedächtigem Gebirgsbauern oft geradezu lästig, weil ich kein Freund dieser Hast war. Kammerstätters Kondition war verbunden mit einer spartanischen Lebensweise, aber es war immer eine fröhliche Askese. Kammerstätter ist weit in der Welt herumgekommen, aber er war dabei von glühender Heimatliebe erfüllt. Er kannte sich aus in Berg und Tal wie kaum ein Berufswanderer.

Seine Arbeitskraft war schier unerschöpflich. Über eines der letzten Jahre hat er trocken notiert: 20 Vorträge gehalten mit 308 Teilnehmern, 36 Tage im Lager Mauthausen verbracht, dabei Führungen für 1210 Teilnehmer gemacht, darunter 41 Schulklassen mit 857 Teilnehmern. – Und da war er schon im Achtzigsten.

Darüberhinaus hat er noch an vielen Beratungen mitgewirkt, an Ausstellungen und Filmen mitgearbeitet, Historiker und Literaten mit Material

Rückkehr zum Keynesianismus?

Brigitte UNGER

Ein frischer Wind weht aus den USA seit William Jefferson (Bill) Clinton neuer Präsident wurde. Ein neues Gesicht in den Medien, die Hoffnung auf ein sozial verträglicheres Klima, neue Akzente der Wirtschaftspolitik, neue Berater, mehr Frauen in der Politik, waren die augenfälligsten Veränderungen. Ein Präsident, der in Oxford studiert hat und damit erstmals (vielleicht seit Woodrow Wilson) mit europäischer Politik und Wirtschafts- und Sozialpolitik vertraut ist.

Die wenigen Keynesianer des Landes atmeten erleichtert auf. Endlich konnten sie wieder hoffen, etwas sagen zu dürfen. Seit Reagan waren nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der ökonomischen Theorie die Keynesianer von der Bildfläche verschwunden. Mit der „neuen klassischen Makroökonomie" der achtziger Jahre begann eine zehn Jahre anhaltende weitgehende Verbannung der Keynesianer aus Zeitungen und wissenschaftlichen Zeitschriften. Kaum jemals hat eine Theorie so sehr in eine Sackgasse geführt, wie die „Neue klassische Makroökonomie", die an kleineren Universitäten entwickelt wurde, und die von Vertretern berühmter Universitäten wie Harvard und M.I.T. spitz als „die Rache der kleinen Universitäten an den großen" bezeichnet wurde. Wirtschaftspolitik sei wirkungslos, wurde von den rationale Erwartungen hegenden Wirtschaftssubjekten sofort konterkariert, nur eine Politik der Täuschung könne kurzfristig Erfolg haben. Daß diese Theorie dabei noch mathematisch extrem aufwendig war, und daher Forschern genügend Möglichkeit gab, ihr Hirn zu betätigen, ohne sich um wirtschaftspolitische Inhalte kümmern zu müssen, hat sie – trotz ihrer offensichtlichen Banalität – doch für ein Jahrzehnt am Leben erhalten. Doch irgendwann muß diese Theorie auch konservativsten Forschern zu langweilig geworden sein. Und irgendwann tauchte wohl die Sinnfrage unausweichlich auf: Wenn Wirtschaftspolitik nichts bewirkt, wofür braucht man dann Ökonomen? Dem Paradigmenwechsel zurück zu Keynes waren damit die Türen wieder geöffnet.

Daß Clinton Joseph Stiglitz, Professor für Finanzwissenschaft an der Stanford Universität, an der ich mich damals gerade aufhielt, als seinen Berater nominierte, war deutliches Zeichen einer neuen Akzentsetzung. Daß er sich einen eingefleischten Keynesianer auch während der Durststrekke, einen der in seinen Vorlesungen auch noch von „Verteilung" spricht, und darüber, daß doch kein ernstzunehmender Mensch heutzutage gegen ein progressives Steuersystem sein könne, in seinen Council of Economic Advisors holte, war für mich der deutlichste Beweis des Frühlingserwachens der Keynesianer.

USA: Ein Fünftel aller Staatsausgaben für Rüstung

Welche Chancen hat keynesianische Wirtschaftspolitik in den USA? Wenn wir keynesianische Wirtschaftspolitik in erster Linie als expansive Fiskalpolitik und Geldpolitik verstehen, so haben auch schon die Vorgänger Clintons keynesianische Wirtschaftspolitik betrieben: das amerikanische Budgetdefizit betrug 1992 netto rund 400 Milliarden Dollar. Dies sind etwa 5 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich dazu ist das österreichische Nettobudgetdefizit des Bundes mit rund 3 Prozent nur fast die Hälfte. Ein deutliches Merkmal der amerikanischen Staatsausgaben ist der hohe Anteil der Rüstungsausgaben. Rund 300 Milliarden Dollar, das sind ein Fünftel aller Staatsausgaben, wurden für Verteidungszwecke 1992 veranschlagt. Die Ausweitung der Staatsnachfrage – auch wenn sie für Rüstungszwecke ist – ist durchaus keynesianisch, kurbelt sie doch die Wirtschaft an, stimuliert weitere Nachfrage und hat letztendlich multiplikatorfache positive Auswirkungen auf Einkommen und Beschäftigung. In den USA ist es in den späten achtziger Jahren auch durchaus gelungen, die Beschäftigung auszuweiten, während in Europa diese stagnierte oder sogar zurückging. Aber Strukturprobleme haben sich in dieser Zeit deutlich verschärft. Mit Rüstungsausgaben, die gleich hoch sind wie die Ausgaben für soziale Sicherheit, war eine extreme Fehllenkung der Mittel erfolgt. Daß man dann noch für den Erziehungsbereich nur rund 3 Prozent der Bundesmittel aufwendete und die Länder zu wenig taten, verschärfte die Strukturprobleme: Mangel an Facharbeitern, zunehmende Analphabetisierung aufgrund extrem schlechter Schulen (selbst ein Teil der High-School-Absolventen kann nach zwölf Jahren Schule nicht lesen!), Rückstände im Technologiebereich, zu wenig Forschung und Entwicklung, zu wenig Übertragbarkeit der Rüstungsforschungsergebnisse auf den zivilen Bereich. Amerika ist einerseits in der Lage, die intelligentesten Mikrochips zu entwickeln, anderseits fehlen Maschinen und Arbeiter um diese zu produzieren. Die Gründe für diese drastische Entwicklung waren die Fehlallokation der Budgetmittel und die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung. Die USA hat die reichsten, aber auch sehr arme Menschen, die besten, aber auch die schlechtesten Schulen und Universitäten, die beste, aber auch eine extrem schlechte medizinische Versorgung. Die Armen sind mehr und ärmer geworden. Die Sozialversicherung ist, obwohl auf deutlich niedrigerem Niveau als bei uns, vor enorme Finanzierungsprobleme gestellt. Das Gesundheitswesen ist teuer und ineffizient, mit aufgeblähten Kosten und im internationalen Vergleich überhöhtem Einkommen der Ärzte und Versicherungen. Diese Strukturprobleme des Humankapitals haben deutlich negative Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit der USA. Der Kapitalismus kann in einer zu ungleichen Gesellschaft eben nicht so gut gedeihen wie in einer, die die Reproduktion und Qualifikation der Arbeit sichert.

Was kann nun keynesianische Politik bei Strukturschwäche in den USA bewirken? Sie könnte kurzfristig

das ohnehin schon hohe Budgetdefizit ausweiten oder die Steuern erhöhen, um weitere Mittel flüssig zu machen und mittelfristig die Mittel von der Rüstungsindustrie in den Sozialbereich lenken. Clinton versucht dies tapfer, aber er scheitert vor allem im kurzfristigen Bereich: seine Versuche, vom Senat Konjunkturbelebungsmaßnahmen bewilligt zu bekommen, scheitern an mangelnden Senatsstimmen, seine Versuche, Steuererhöhungen zu erwägen, stoßen auf heftigen Widerstand der Bevölkerung, da seine Wahlversprechen diese ja ausgeschlossen hatten.

Wo einsparen?

Die deutliche Verringerung der Rüstungsausgaben ohne weitere konjunkturbelebende Maßnahmen hat, in der Tat, keynesianische negative Effekte: Das Schließen vieler Rüstungsbetriebe in Los Angeles und Umgebung hat Folgeeffekte auf Zulieferbetriebe und erhöhte die dort ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent. Strukturpolitisch sind Clinton die Hände gebunden, wenn er keine Finanzierungsmittel auftreiben kann. Seine Reform des Gesundheitswesens mag mittelfristig möglich sein. Eine Reform des Schulwesens ebenfalls, aber die daraus folgenden strukturverbessernden Wirkungen wird er in seiner Amtszeit nicht mehr miterleben. Die Einkommensverteilung ohne drastische Reformen des Steuersystems zu verändern, ist wohl kaum möglich. Clintons mittelfristiger Finanzplan sieht für die nächsten Jahre unter anderem Erhöhungen der Grenzsteuersätze der Einkommensteuer um 5 Prozent für Jahreseinkommen ab 140.000 Dollar und um 10 Prozent für Einkommen ab 250.000 Dollar vor. Dies bedeutet zwar, die Reichen mehr zu besteuern, für eine Korrektur einer zehnjährigen extremen Ungleichentwicklung der Einkommen und Vermögen ist es aber schlichtweg zu wenig. Und Clinton muß mittelfristig das Budget „konsolidieren", das heißt im Vergleich zu seinem Vorgänger insgesamt Einsparungen machen. Sein mittelfristiger Finanzplan sieht eine Reduktion des Nettodefizits von 1993 5,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts auf 1998 3,1 Prozent vor. Von der Budgetpolitik sind daher nur halbherzige keynesianische Impulse zu erwarten.

Eine expansive Geldpolitik niedriger Zinsen, die über billige Kredite Konsum und Investitionen anregt, ist das zweite Standbein traditioneller keynesianischer Wirtschaftspolitik. Diese birgt in einer Welt, in der Finanzkapital fast unendlich schnell von einem Land zum anderen wechseln kann, die Gefahr von Kapitalabflüssen, weiteren Zahlungsproblemen oder Wechselkursabwertungen. Da die USA bereits ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit aufweisen, der Dollar in den letzten Jahren stark abgewertet wurde, sind die Spielräume hiezu begrenzt. Außerdem wird in den USA expansive Geldpolitik sofort mit höherer Inflation assoziiert, was von der Bevölkerung als fast so schlimm wie höhere Steuern angesehen wird. Eine expansive Geldpolitik ist in ihrer Wirkung viel ungewisser als jene von zusätzlichen Staatsausgaben. Denn eine Zinssenkung mag zwar prinzipiell stimulierend für Investitionen sein, zu Zeiten von pessimistischen Erwartungen der Investoren, Problemen der Unternehmer geeignete Maschinen und Arbeiter für die Produktion zu finden, helfen auch billigere Kredite nicht, das Investitionsvolumen zu steigern.

Die Lösung: „Hamburger-Jobs"?

Keynesianische Politik scheitert an Budget- und Strukturproblemen. Doch selbst wenn es gelingt, Wirtschaftswachstum zu fördern, steigen die Arbeitslosenraten. Ein Phänomen der achtziger und neunziger Jahre ist es, daß Arbeitslosenraten ansteigen, obwohl die Wirtschaft wächst. Die USA konnte dieses Problem kurzfristig besser lösen als Europa, indem viele neue unqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse (sogenannte „Hamburger-Jobs" vor allem im Dienstleistungssektor) geschaffen wurden. Mittelfristig sind diese Jobs aufgefüllt und erstreckt sich der Trend steigender Arbeitsmarktprobleme bei steigendem Wirtschaftswachstum auch auf die USA. Dieses Strukturproblem kann nur durch Arbeitszeitverkürzungen bewältigt werden, einem nicht-keynesianischen Instrument, das angesichts der mageren amerikanischen Urlaubsregelungen von zwei Wochen pro Jahr und der wenigen gesetzlichen Feiertage zwar dringend nötig, aber auch sehr unwahrscheinlich eingesetzt wird.

Die Probleme der neunziger Jahre sind angebots- und nachfragebedingt. Auf der Angebotsseite Mängel und Verzerrung der Ausbildungs-, Forschungs- und Entwicklungsstruktur, auf der Nachfrageseite eine zu große Ungleichheit in der Einkommensverteilung, die den Konsum schwächt. Die ungleiche Einkommensverteilung hat auch Auswirkungen auf das soziale Klima und beeinflußt damit aber auch wieder das Geschäftsklima. Investoren werden bei zunehmender Spaltung und Radikalisierung der Gesellschaft zurückhaltender. Das gegenseitige Vertrauen bei Geschäfts- und Kundenbeziehungen – „trust" – auf dem insbesondere die erfolgreiche japanische Wirtschaft kulturell bedingt aufbaut, fehlen der amerikanischen Gesellschaft völlig. Stabile Geschäftsbeziehungen aufzubauen wird immer schwieriger, wenn Partnerunternehmen morgen in Konkurs gehen, Arbeiter entlassen sind, Zulieferbetriebe zusperren und zukunfts- und chancenlose Gangs am Geschäftseingang die Kunden fernhalten. Eine Krise wirkt sich daher in den USA wesentlich dramatischer aus als in Ländern, in denen institutionell oder kulturell bedingt allzu drastische reale Auswirkungen abgefedert werden.

In Österreich ist die institutionelle Abfederung großer externer Schocks immer noch durch die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft gegeben, auch wenn diese im Zeitablauf schwächer wird. Dies hat auch die im internationalen Vergleich günstigeren Ausgangsbedingungen für die neunziger Jahre geschaffen. Da es gelang, die beiden Ölschocks in den siebziger Jahren ohne steigende Arbeitslosigkeit zu verkraften, startete man die Krise der achtziger Jahre von einem niedrigeren Niveau der Arbeitslosigkeit als in anderen Ländern. Mit 2,4 Prozent Arbeitslosenrate 1981 begannen die Arbeitslosenraten dem steigenden internationalen Trend zu folgen und betragen 1993 6,9 Prozent. (Daß man inzwischen die Arbeitslosenstatistik auf internationalen Standard umgestellt hat und damit 1993 nur eine Arbeitslosenrate von 4,5 Prozent ausweist, behebt das Problem steigender Arbeitslosigkeit leider nicht.)

Wie weit kann die österreichische Wirtschaftspolitik noch als keynesianisch bezeichnet werden? Wir wollen wieder das „sanfte" Kriterium keynesianischer Wirtschaftspolitik als expansive Budget- und Geldpolitik zur Verringerung von Arbeitslosigkeit heranziehen. „Härtere" Forderungen, wie etwa „Tod dem Rentier" oder

versorgt. Und immer wieder Gespräche mit jungen Menschen. Sein Arbeitsraum mit den Büchern, Schriften und Dokumenten hat oft ausgesehen wie nach einem Erdbeben, wenn die Suche nach untergegangenen Materialien besonders hartnäckig sein mußte und ein Papier sich besonders heimtückisch vergraben hatte.

Seit den sechziger Jahren hat Kammerstätter eine weit ausladende Tätigkeit in der Erforschung der Zeitgeschichte entfaltet. Seine Sammlungen zählen Tausende Seiten Manuskripte, Aufzeichnungen, Dokumente und Hunderte Tonbänder. Vieles davon harrt als wertvolles Rohmaterial noch der künftigen Bearbeitung. In diesem, gewissermaßen seinem zweiten Lebenswerk, hat der unermüdliche Sammler, Sichter und Organisator vielen Menschen kraftvoll Stimme verliehen, die ohne ihn keine Stimme gehabt hätten. Er hat vieles dem Vergessen entreißen können, das ohne seine unermüdliche Arbeit unwiderbringlich verloren wäre. Die bedeutsame Rolle der Frauen, auch im Widerstandskampf, hat er ebenso gründlich untersucht wie die nur scheinbar kleinen Ereignisse, die in Wahrheit zusammengenommen ein Gebäude von großer Mächtigkeit bilden. So wurde er zum Bewahrer bester Tradition. Er gibt über die historischen Fakten hinaus auch Auskunft darüber, wie denn den Menschen bei den großen Zäsuren der Geschichte ums Herz und wie den Betroffenen zumute gewesen ist.

So wurde unser Peter zu einem Aufklärer von überzeugender Eindringlichkeit.

Unser Freund Kammerstätter hat auch zahlreiche öffentliche Ehrungen erfahren. Der Bundespräsident hat ihn als Anerkennung seiner Verdienste mit dem Berufstitel Professor ausgezeichnet, die oberösterreichische Landesregierung hat ihn zu ihrem wissenschaftlichen Konsulenten ernannt und die Stadt Linz hat ihm die Wissenschaftsmedaille verliehen.

Er ist auch Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

Aber Peter hat sich nie viel aus diesen Auszeichnungen gemacht. Viel wichtiger war ihm stets die Wertschätzung der Menschen, mit denen er zu tun hatte, vor allem die der jungen Menschen, denen er immer ein echter Freund war, denn er selbst ist bis ins hohe Alter jung geblieben.

Peter Kammerstätter hat ein schweres und kämpferisches Leben bewältigen müssen. Aber es war auch ein reiches Leben, das diesen Tod überglänzt. Er hat nämlich soviel an geistigem Gut zusammengetragen, daß noch Generationen davon werden zehren können. Auf ihn trifft das schöne Stelzhamerwort ganz besonders zu: „wann i lang neama bi, geht no 's Gfragat um mi."

In dieser Abschiedsstunde muß auch allen gedankt werden, die den Lebensweg unseres verstorbenen Freundes begleitet haben. Seine Gattin Lisa, obwohl selbst krank und Schicksalschläge von apokalyptischer Wucht hinter sich, hat treu bei ihm ausgeharrt in seinem wochenlangen Todeskampf, niedergedrückt von der Vergeblichkeit allen Bemühens und doch immer noch in der Hoffnung, der geliebte Kamerad und Weggefährte werde noch einmal zu Bewußtsein kommen. Gedankt sei auch Dr. Siegfried Köhl für seinen Beistand, Magister Humer für seine aufopfernde Hilfe und allen, die in diesen schweren Tagen ihre Verbundenheit mit Leben und Werk Kammerstätters bekundet haben, sowie allen, die mit ihm wissenschaftlich zusammengearbeitet haben.

Und so werden wir unseren Kameraden und Genossen Kammerstätter im Gedächtnis bewahren: Er war ein Mann von großer Tapferkeit, von großer Zähigkeit und großem Opfermut. Er hat in allen Lebenslagen große politische Charakterstärke gezeigt, alles Tugenden, die in unseren verworrenen und zerrissenen Zeiten und deren Katastrophen durchaus nicht selbstverständlich sind.

Und Peter Kammerstätter ist den Idealen seiner Jugend treu geblieben trotz bitterer Enttäuschungen und trotz vielen Unrechts, das er erleiden mußte. Er ist diesen Idealen treu geblieben in der festen Überzeugung, daß die Welt, in der wir leben, keineswegs fertig ist und daß sie nicht so bleibt, wie sie gegenwärtig ist. Er war bis zu seinem Tode davon überzeugt, daß die Gesellschaft sich weiter entwickeln wird und der Kampf um eine höhere Gerechtigkeit, um Frieden, Demokratie und Sozialismus auch in Zukunft seine Chance haben wird. Wir verneigen uns vor diesem schweren reichen Leben. Bei all unseren Bemühungen wird Peter Kammerstätter, auch wenn wir heute von ihm Abschied nehmen müssen, stets in unserer Mitte sein.

Ehre seinem Andenken. ■

Seine „Politischen Wanderungen" an Schauplätze der Zeitgeschichte sah Peter Kammerstätter als besonders eindringliche Form der Vermittlung historischer Ereignisse, die nicht vergessen werden sollten. Dazu gehörten die „Mühlviertler Hasenjagd", der 12. Februar 1934 in Linz wie auch im Kohlenrevier des Hausruck, der Todesmarsch der ungarischen Juden und die Partisanenbewegung im Salzkammergut. Im vergangenen Jahr, er war damals schon 80 Jahre, brachte Peter Kammerstätter noch eine Gruppe vor allem junger, interessierter Menschen zum „Igel", dem ehemaligen Partisanenlager am Wilden Kogel.

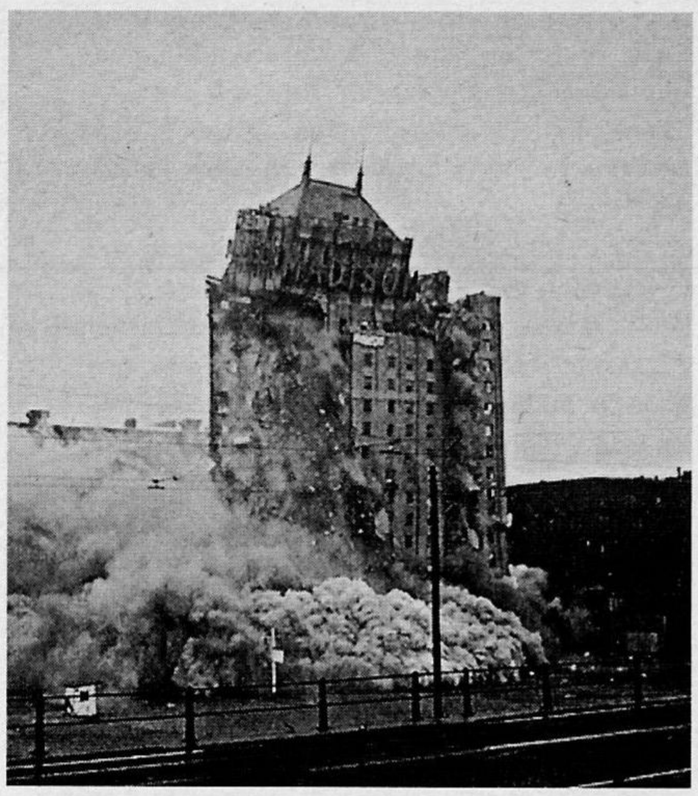
Foto: Helmut Rizy

Franz KAIN ist Schriftsteller.

Der reale Kapitalismus

Der Koloß auf tönernen Füßen im Osten ist in sich zusammengebrochen. Theorien über die Ursachen seines Zusammenbruches reichen von „Abschluß einer im Grunde kapitalistischen Aufholvariante" bis zu „Einwirken der finsteren Mächte des CIA". Das ganze Spektrum von Faktoren auszuleuchten gelingt wenigen. Für »Weg und Ziel« wird es also weiterhin wichtig sein, verschiedene Analysen zum Thema zu diskutieren.

Noch wichtiger freilich ist die Beschreibung des zweiten und derzeit weltbeherrschenden tönernen Kolosses, in den gerade Stahltraversen eingezogen werden, um sein Überleben zu sichern. Statt den freien Markt zum Erblühen zu bringen hat der Zusammenbruch des Realsozialismus zumindest vorübergehend die Krise im Realkapitalismus verschärft. Und weil ein Gegenmodell fehlt, kann der reale Kapitalismus mit alten Rezepten operieren, um die Krise zumindest für sein unmittelbares Klientel zu überwinden. Der Verputz der sozialstaatlichen Dämpfung kapitalistischer Rationalität wird abgeklopft ohne Rücksicht auf Verluste.



Modell Deutschland?

Klaus Lang, der erste Berater des Vorsitzenden der IG – Metall, formuliert das für Deutschland so: „Die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland, drei Jahre nach der politischen Einigung, droht auf eine Katastrophe zuzusteuern: Die Industrie steckt in der tiefsten Konjunktur- und Strukturkrise seit 1945. Die Massenarbeitslosigkeit steigt. Sie liegt 1993 bei knapp vier Millionen registrierter Arbeitsloser und droht 1994 vier Millionen zu überschreiten. Armut breitet sich aus.

Mehr als 4,5 Millionen Menschen sind schon heute auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen... Den konservativen Kräften im Politik- und im Arbeitgeberlager scheint die Zeit günstig, nicht nur eine tarifpolitische, sondern auch eine gesellschaftspolitische Wende durchzusetzen. Sie wollen die Verschlechterung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen, den Abbau des Sozialstaates und die Schwächung der Gewerkschaften. Das heißt, einer anderen Politik den Boden zu bereiten." (Zeitschrift der »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft«, 11/1993, S. 2)

Das Modell Schweden als Sozialstaat und als sozialdemokratische Humanisierungsvariante des Kapitalismus hat ausgedient, das Modell Deutschland – hart wie Kruppstahl – ist angesagt, auch bei uns in Österreich. Wobei die Großparteien hinsichtlich ihrer Wirtschaftsrationalität austauschbar sind. Privatisierung und Rationalisierung unter Inkaufnahme der Arbeitslosigkeit ist beider Credo. Dieser Logik folgen der Ausverkauf der Verstaatlichten, die niedrigen Lohnabschlüsse, die Kürzung der Sozialleistungen und die Steuerpolitik.

Logischerweise ist mit der EG-Euphorie in den Regierungsbänken das Deutschlandmodell im Denken verbunden. Schon jetzt ist rund ein Drittel der österreichischen Unternehmen in deutscher Hand und die Deutschen sind die größten Abnehmer österreichischer Produkte. Wer wissen will, wie deutsche Wirtschaftskapitäne und Politiker Partnerschaft verstehen, blicke nach Ostdeutschland: absaufen lassen, billig einkaufen, Konkurrenten ausschalten und mit Billigprodukten Märkte knacken, das ist die Devise.

All dies geht ohne Staatsintervention nicht ab, das Gerede vom freien Markt ist Propaganda. In Wirklichkeit stellt sich der Staat in den Dienst der Interessen der großen Kapitalgruppen. Das ist nichts Neues, nur war es lange schon nicht so deutlich wie heute. Tatsächlich geht es, wie immer in der Krise, um die Sozialisierung der Verluste. Bekanntlich steigt die Produktivität durch neue Technologien und Arbeitsorganisationsmodelle, neue Märkte tun sich auf. Trotzdem läßt das Wirtschaftswachstum auf sich warten. Einerseits wandert das Kapital in die Billiglohnländer, andererseits ist in diesen die Kaufkraft für die Produkthalden der drei kapitalistischen Zentren nicht da. Die Lösungsstrategien sind auch im Realkapitalismus meist staatlicher Natur. Die EG ist eben eine staatsmonopolistische Steuerungsagentur, die Standorte vorschreibt bzw. forciert, Produktpaletten normiert und Preise korrigiert. Die entscheidende Frage ist also nicht Staat oder Nichtstaat, sondern in wessen Interesse die Wirtschaft agiert. Und darüber äußert sich auch der IG-Metall-Experte nicht. Sein Krisenszenario stellt nicht die Frage nach der Systemlogik, die all diese Verschärfungen der Lebensbedingungen und des sozialen Klimas bringt. Das ist die Denk- und Handlungsschwelle der führenden Sozialdemokraten. Sie glauben noch immer an ihre Kuh, die man nur füttern müßte um dann für die „Arbeitnehmer" die Milch zu melken.

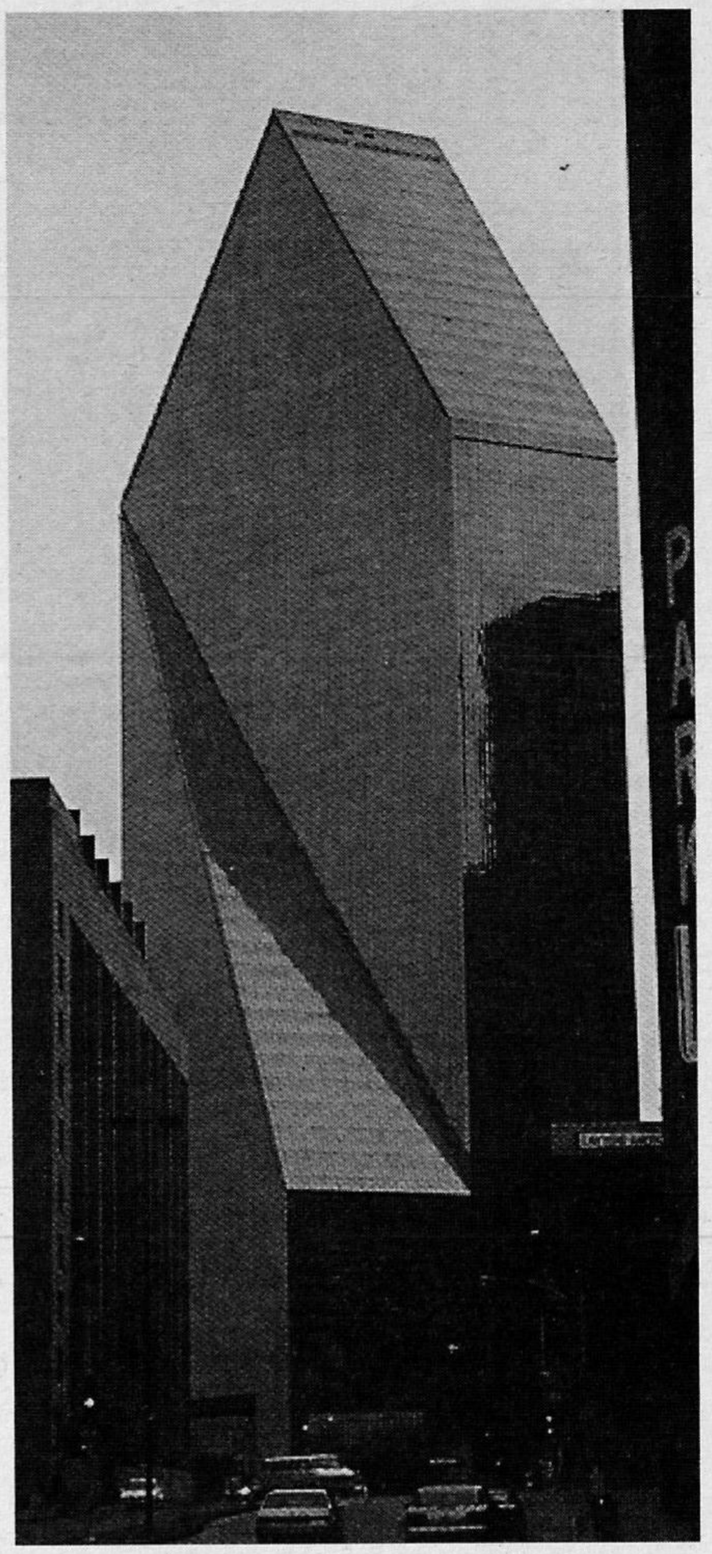
Dieses Kuhstallmodell hat auch ausgedient. Die Kuh ist fett, aber sie gibt freiwillig keine Milch ab.

Nicht das Ende der Geschichte – aber das der Kuh

Allerdings zeigen wilde Streiks in Deutschland, Generalstreiks in Belgien und in Spanien sowie Wahlsiege der Linken in Italien, daß auch das „Jahrhundert des Sozialismus" noch nicht „zu Ende" (Haider) ist. Offensichtlich stellt sich die soziale Frage, zugespitzt in der Ausländerfrage, in aller Brutalität und es scheint nur zwei Antworten zu geben: Faschismus oder Sozialismus. Dabei geht es nicht um die Wiederholung der Geschichte. Aus der utopischen Literatur wissen wir, daß sehr elegante Faschismen vorstellbar sind. Doch die Frage nach der gerechten Verteilung der Güter dieser Welt stellt nun einmal die Arbeiterbewegung und die Frage nach der Beseitigung des unmenschlichen Gesellschaftsmodells, das der Mehrheit der Weltbevölkerung die einfachsten Lebensgrundlagen vorenthält stellt die revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich erst von ihren Rückschlägen erholen muß. Die wichtigste Voraussetzung für den Widerstand ist, zu sehen was ist, zu verstehen was ist und aufzustehen.

Julius Mende

„Sozialisierung der Investitionen", wie sie ebenfalls bei Keynes nachzulesen sind, seien hier nicht diskutiert. War die österreichische Wirtschaftspolitik jemals keynesianisch? In der Ära Kreisky verfolgte man (ob bewußt oder unbewußt) das Konzept des „Austrokeynesianismus". Keynesianische expansive Budget- und Geldpolitik wurde mit österreichischen Beigaben einer Hartwährungspolitik durch Bindung des Schillings an die Deutsche Mark und einer mäßigen Lohn- und Einkommenspolitik der Sozialpartner zur Inflationsbekämpfung gespickt. Zumindest die ersten Komponenten dieses österreichischen Modells kann man als keynesianisch der „weichen" Art bezeichnen. Die Geldpolitik fiel dann Anfang der achtziger Jahre zunehmender Internationalisierung zum Opfer. Die Budgetpolitik wurde anschließend unter dem Schlagwort „Budgetkonsolidierung" geopfert. Eine autonome Geldpolitik ist für eine kleine offene Volkswirtschaft in der Tat nicht mehr möglich. Internationale Spekulanten würden bei einer negativen Zinsdifferenz zum Ausland sofort ihre Gelder abziehen. Aber die Budgetpolitik könnte prinzipiell keynesianische Akzente setzen. Stattdessen wird das Budgetdefizit systematisch gekürzt, obwohl immer mehr Ausgaben für Zinszahlungen getätigt werden müssen. Dies bedeutet, daß für produktive Ausgaben, für Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich, im Infrastrukturbereich, für Konjunkturbelebungsmaßnahmen usw. immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Die Nettodefizitquote des Bundes erreichte 1986 ihren Höchststand mit 5,1 Prozent des BIP und sinkt seither. 1992 betrug sie 3,3 Prozent. Die Regierung setzt sich zum Ziel, Ende der Legislaturperiode das Nettodefizit auf 2,5 Prozent zu senken. Wir können nur hoffen, daß ihr das nicht gelingt, denn ein derartig restriktiver Budgetkurs ist mit der derzeitigen Konjunkturflaute nur auf Kosten überhöhter Arbeitslosigkeit vereinbar. Bedenkt man, daß schon jetzt die Zinszahlungen auf die Finanzschuld (1993: 77 Milliarden Schilling) die Neuverschuldung (1993: 59 Milliarden Schilling) übersteigen, daß also das gesamte Nettodefizit für Zinsen aufgenommen wird plus 18 Milliarden Schilling von früher noch konjunkturpolitisch wirksamen Ausgaben nun für Zinszahlungen abgezweigt werden, so kann man sich vorstellen, wie restriktiv dieser Budgetkurs ist.



In Österreich wurde der Budgetkonsolidierungskurs zunächst mit einem unverantwortlich wachsenden Schuldenberg und später mit dem internationalen Druck zum Einsparen legitimiert. Betrachtet man den österreichischen „Schuldenberg", so sieht man, daß er im internationalen Vergleich bestenfalls ein „Hügel" ist. 1992 war die Verschuldung der Öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts mit 56 Prozent unter dem von Maastricht gesetzten Konvergenzkriterium von 60 Prozent. Österreich lag damit besser als die meisten EG-Länder. Auch bezüglich des Budgetsaldos der Öffentlichen Haushalte lag Österreich 1992 mit minus 1,9 Prozent unter dem Konvergenzkriterium von Maastricht von minus 3 Prozent für eine künftige Währungsunion. Bedenkt man, daß selbst Deutschland mit minus 3,2 Prozent darüberlag, kann man nur von „vorauseilendem Gehorsam" Österreichs sprechen. Weder haben wir riesige Schuldenberge noch besteht ein internationaler Druck zur drastischen Budgetkonsolidierung. Im Augenblick erfüllt übrigens nur noch Luxemburg alle Konvergenzkriterien von Maastricht. Es ist daher eher anzunehmen, daß die ohnehin zweifelhaft zustande gekommenen Kriterien von Maastricht geändert werden, als daß die EG-Länder diese erfüllen werden. Der internationale Druck zum Einsparen war demnach wesentlich geringer als in Österreich ausgeführt wurde. Als keynesianisch kann die österreichische Wirtschaftspolitik damit jedenfalls nicht bezeichnet werden.

Zu ungleiche Einkommensverteilung und rigider Sozialabbau – nur schlechte Optik?

Aus den USA kann nur ein halbherziges Programm der Umlenkung von Mitteln abgelesen werden. In Österreich wurde keynesianische Wirtschaftspolitik einer Budgetkonsolidierung geopfert. Die einzige Hoffnung auf Frühlingserwachen der Keynesianer bleibt daher der internationale Trend, die neue internationale Stimmung. Erste leise Töne hören wir davon in der OECD, in der neuerdings von „zulassen der automatischen Stabilisatoren" gemurmelt wird, was soviel heißt, daß Budgetdefizite in Krisenzeiten im Ausmaß des automa-tischen Ausfalls an Steuereinnahmen und automatisch steigender Ausgaben, wie Arbeitslosenversicherungsgelder, zulässig sind. Im Vergleich zu einer keynesianischen aktiven antizyklischen Budgetpolitik ist dies zwar halbherziger Keynesianismus, aber immerhin eine kleine Wende. Daß die Strukturprobleme der neunziger Jahre damit aber nicht zu lösen sind, muß nochmals betont werden. Eine zu ungleiche Einkommensverteilung, große Mängel im Ausbildungs- und Forschungs- und Entwicklungsbereich, steigende Arbeitslosenraten bei positiven Wachstumsraten sind Probleme von entwickelten Volkswirtschaften, die nur eine Mischung aus keynesianischer Nachfragesteuerung mit struktur- und steuerpolitischen Angebotselementen lösen kann. Eine Rückkehr zum Keynesianismus der „weichen" Budget- und Geldpolitikvariante wäre daher auch gar nicht wünschenswert. Der Schritt vorwärts muß vielmehr stärker auf eine Kombination von Keynesianismus mit einer Reallokation von Ressourcen zielen. ■

Univ.-Ass. Dr. Brigitte UNGER lehrt an der Wirtschaftsuniversität Wien Volkswirtschaft.

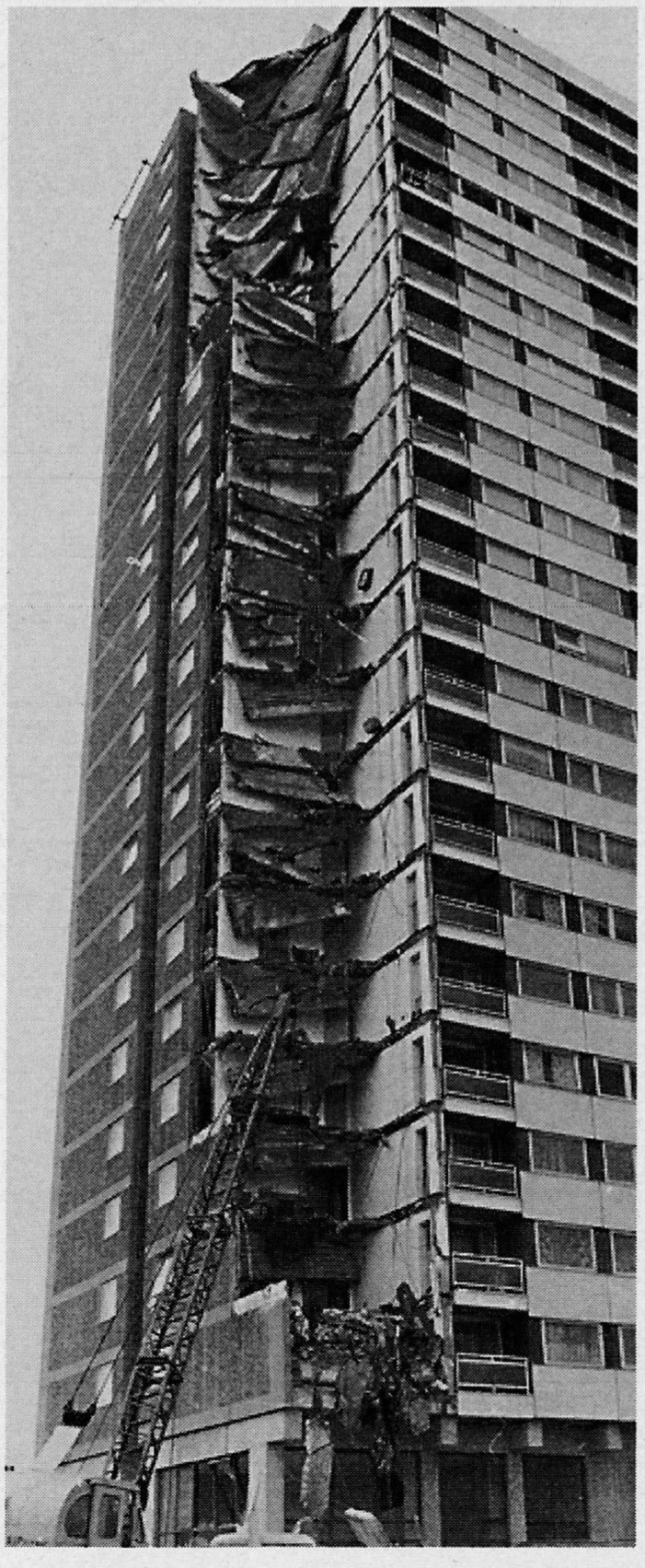
Was ist Keynesianismus?

Leo MACHÉ-SUNIZA

Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre erschütterte die entwickelten kapitalistischen Länder die schwerste Krise der Geschichte mit einer Massenarbeitslosigkeit. Gleichzeitig begann man in der Sowjetunion mit den Fünfjahresplänen den industriellen Aufbau, und dabei wurde die Arbeitslosigkeit überwunden. Noch war der Stalinsche Massenterror nicht aktuell. Bürgerliche Wirtschaftswissenschafter und Politiker empfanden in diesem Tatsachenbestand eine ernste Gefahr für das weitere Bestehen des Kapitalismus.

Vollbeschäftigung

In dieser Situation erschien 1936 das Buch von John Maynard Keynes „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes". Als das Grundübel in den entwickelten kapitalistischen Ländern der damaligen Zeit betrachtete Keynes die Massenarbeitslosigkeit und daher stellte er sich die Aufgabe, die Möglichkeiten der Überwindung dieser Erscheinung zu analysieren. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die eine Mikroanalyse der wirtschaftlichen Geschehnisse unternommen hatten, also die Wechselwirkungen von Preisen und Quantitäten der Waren im einzelnen untersuchten, begab sich Keynes auf das Gebiet der Makro-analyse, der Untersuchung der wechselseitigen Beziehungen im Gesamtmaßstab der Wirtschaft. Er geht dabei vom „Gesetz von Say aus, daß der gesamte Nachfragepreis der Produktion als Ganzes gleich ist dem gesamten Angebotspreis aller Produktionsmengen, somit das Äquivalent ist der Behauptung, daß einer Vollbeschäftigung kein Hindernis im Weg steht". Der französische Politökonom Jean Baptist Say (1737 – 1832) zeigte in seinem 1802 erschienenen Hauptwerk „Traité d'économie politique", wieso es damals keine Arbeitslosigkeit gab. Jeder Kauf ist gleichzeitig Verkauf. Daher ist die Gesamtkaufkraft zu jedem Zeitpunkt genau gleich der gesamten Warenproduktion. 1825 gab es die erste Wirtschaftskrise, der in relativ kurzen Zeitabständen weitere Krisen folgten. Und Marx analysierte diese Krisen. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß, was immer der Anlaß zu Beginn einer Krise war, die tiefere Ursache jeder Krise der Umstand war, daß die Maschinenproduktion eine gewaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität mit sich brachte, während die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur langsam wuchsen. Ferner stellte er in seiner Analyse der erweiterten Reproduktion des gesamtgesellschaftlichen Kapitals (im 2. Band des „Kapitals") fest, daß jeder Entzug von Mitteln aus der Zirkulation dieselbe stört, da ja dann die Gesamtkaufkraft geringer wird, als die Gesamtproduktion.



Sparvolumen nicht höher als Investitonsvolumen

Welche Voraussetzungen sind laut Keynes notwendig, damit es keine Arbeitslosigkeit gibt? Als erste Voraussetzung stellte Keynes folgende Grundgleichung dar: die Gesamtersparnis (Gesamtakkumulation von Kapital) muß den Investitionen gleich sein.

Keynes zitiert auch Hobson: „Unser Ziel ist, zu zeigen, daß eine *übermäßige* Ausübung der Gewohnheit des Sparens möglich ist, und daß eine solche übermäßige Ausübung das Gemeinwesen ärmer macht, Arbeiter außer Arbeit setzt, Löhne hinuntertreibt und jenen Trübsinn und jene Niedergeschlagenheit durch die kaufmännische Welt verbreitet, die als Handelsdepression bekannt ist. Eine übermäßige Ausübung der Neigung zum Sparen muß daher eine Anhäufung von Kapital verursachen über das hinaus, was für den Gebrauch erforderlich ist, und dieser Überschuß wird in der Form einer allgemeinen Überproduktion entstehen. Es ist somit zu unserem besten Vorteil, den Zinsfuß auf jenen Punkt zu setzen, auf dem Vollbeschäftigung besteht."

Schneller Fall des Zinsfußes

Keynes stellt ferner fest, daß „in einem reichen Gemeinwesen nicht nur der Grenzhang zum Verbrauch schwächer ist, sondern daß wegen der bereits größeren Kapitalansammlung die Gelegenheiten für weitere Investitionen weniger Reiz bieten, es sei denn, *daß der Zinsfuß genügend rasch fällt*".

Keynes vermutete, daß der Zinsfuß, der sich 1936 und auch 1946 auf dem Niveau von etwa 2,5 Prozent befand, sich durch den bestehenden Kapitalüberschuß senken werde und während einer Generation den Nullpunkt erreichen würde. Er bezeichnete dies als „den sanften Tod des Rentners", wobei mit der Bezeichnung

„Rentner“ nicht der Pensionist gemeint war, sondern das parasitäre Kapital. Er ahnte nicht, daß das Finanzkapital, um den Zinsfuß hochzuhalten, die Regierungen veranlassen würde, Schulden zu machen, und dies dazu noch unter Berufung auf ihn.

Keynes hatte auch festgestellt, daß es keinen selbsttätigen Mechanismus im Kapitalismus gebe, der seine Gleichung (Investitionen = Akkumulation) gewährleiste. Ihm schien es wichtig, die Entwicklung einer Krise von Anfang an aufzuhalten. Er glaubte, daß sich eine Krise dadurch entwickle, daß am Anfang einige wenige bankrott gehen, und durch ihre Zahlungsunfähigkeit andere mitreißen, so daß sich das Ganze lawinenmäßig entfalte. Daher verlangte er, daß bei den ersten Anzeichen einer Krise die Regierungen sofort durch staatliche Aufträge helfen. Diese staatlichen Aufträge könnten unter Umständen auch durch eine Verschuldung der Regierung finanziert werden. Gleichzeitig verlangte er, und noch stärker die Neokeynesianer (z. B. Harrod), daß über ein Zehnjahresbudget die Verschuldung wieder auf Null gebracht werde. Das Zehnjahresbudget solle davon ausgehen, daß das, was in schlechten Zeiten zuviel ausgegeben wurde, durch die in guten Zeiten gemachten Überschüsse ausgewogen wird.

Pseudokeynesianismus: Nur staatlicher Eingriff in die Wirtschaft

Wenn wir uns die österreichische Wirtschaftsgeschichte ansehen, dann erkennen wir folgendes Paradoxon: während der sechziger Jahre hatten wir keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Androsch empfahl als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit Schulden zu machen. Kreisky meinte, ihm seien Schulden lieber als Arbeitslose.

Und die Regierung machte Schulden. Aber mit der steigenden Verschuldung der Regierung stieg auch die Arbeitslosigkeit. Das ist auch klar. Die Schulden der Regierung bewirkten einen Anstieg des Bankzinsfußes. Dadurch wurden größere Beträge der Zirkulation entzogen. Denn etwa 10 Prozent der Bank- und Sparkasseneinlagen gehören dem „kleinen Sparer“ und etwa 90 Prozent sind größere Beträge. Die Zinsen auf diese größeren Beträge werden von ihren Besitzern nur zu einem sehr geringen Teil verbraucht, sondern sie bleiben als Einlagen in der Bank, werden also dem Zirkulationskreislauf entzogen. Somit führte eine Maßnahme, die von der Absicht her zur Senkung der Arbeitslosigkeit führen sollte, zu einer Steigerung derselben, nicht weil Keynes Unrecht hatte, sondern weil man sich unter Berufung auf ihn nicht an seine „Regeln“ gehalten hatte. Die Verschuldung des Staates stieg in gewaltige Summen, kein Mensch kümmerte sich um das „Gleichgewicht“ zwischen „Sparen“ und Investitionen.

Manche älteren Genossen werden nun denken, der Maché hat sich in seinen Ansichten geändert. 1958 hat er in der Nummer 4 von »Weg und Ziel« Teddy Prager wegen seiner keynesianischen Ansichten kritisiert, und jetzt ist er selber Keynesianer. Das stimmt natürlich nicht. Ich bin nicht Keynesianer geworden. Denn Marx hat schon im Kapital darauf hingewiesen, daß die bürgerliche politische Ökonomie seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht mehr eine objektive Wissenschaft ist, die die tatsächlichen Gegebenheiten analysiert, sondern eine Pseudowissenschaft, die je-

Der neue Bundesbankchef in Deutschland

Christian S. Ortner schreibt in der Nr. 41 (7. 10. 1993) der »Wirtschaftswoche« zur Ablösung des Bundesbankpräsidenten Schlesinger durch Tietmeyer: „Viel nachhaltiger als die diversen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialminister des Kontinents werden Tietmeyer und seine sechzehn Direktoriumsmitglieder ... in Frankfurt über Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum, Stabilität und Prosperität zu befinden haben ... Tietmeyer ... steht vor einer ziemlich heiklen Aufgabe. Einerseits muß er die nach wie vor relativ hohe Inflationsrate von vier Prozent ... zu senken versuchen; andererseits verlangt die Lage der deutschen Wirtschaft, und ganz besonders die ungebremst ansteigende Arbeitslosigkeit, nach deutlichen Zinssenkungen.“

In dieser Feststellung ist ein Fehler enthalten. Sowohl die griechische Inflationsrate, als auch der griechische Zinsfuß liegen seit Jahren sehr hoch – weit über zehn Prozent. In der Schweiz war, im Gegenteil dazu, sowohl die Inflationsrate, als auch der Bankzins, während vielen Jahren auf einem äußerst niedrigen Niveau. Österreich und andere Länder (zum Beispiel Frankreich) senkten in der letzten Zeit ihren Bankzins geringfügig, und siehe da, auch die Inflationsrate sank geringfügig. Wahrscheinlich gibt es den direkten Zusammenhang zwischen sinkender Inflationsrate und sinkendem Bankzins nicht. Diese Beispiele zeigen jedoch, daß es auch den umgekehrten Zusammenhang nicht gibt. Man kann mit einem hohen Zinsfuß nicht ein Sinken der Inflationsrate bewirken. Aber die Zusammenhänge in der Wirtschaft sind derart kompliziert, daß Wirtschaftsfunktionäre Behauptungen aufstellen können, die vollkommen widersinnig sind, und alle wiederholen sie, ohne zu überlegen.

Die Ursachen für die Beibehaltung des hohen Zinsfußes sind anderer Natur. In der EG gibt es gewaltige industrielle Überkapazitäten. Die Großbetriebe können die Kosten senken, wenn sie an der Obergrenze der Produktionskapazitäten arbeiten, denn dann können die konstanten Kosten auf eine größere Menge produzierter Waren verteilt werden. Viele Betriebe arbeiten mit nur einem geringen Eigenkapital und mit einem hohen Anteil an Bankkrediten. Diese Betriebe geraten bei hohen Bankzinsen in Schwierigkeiten. Ein beträchtlicher Teil dieser Betriebe geht in Konkurs. Andere werden von den Starken aufgekauft, um dann gesperrt zu werden.

Und wenn Ortner schreibt: „Peilt die Bundesbank tatsächlich diesen Kurs an, mitten in der härtesten Rezession seit Menschengedenken, werden sich noch viele Unternehmen zum Sterben hinlegen müssen; nicht zuletzt im Währungsanschlußgebiet Österreich“, dann verwechselt er Ursache und Wirkung. Denn das Sterben vieler Unternehmungen im EG-Raum ist in Wirklichkeit das Ziel des hohen Zinsfußes.

Leo Maché-Suniza

ne Umstände als „wahr“ erklärt, die der herrschenden Klasse dienen. Und außerdem erklärte Marx, daß die Bourgeoisie an einer Arbeitslosigkeit interessiert sei, und daher Maßnahmen treffen werde, um eine Arbeitslosigkeit aufrechtzuerhalten.

Der hohe Zinsfuß der Deutschen Bank – Hauptursache für die gegenwärtige Krise

Die Hauptursache für die bereits bestehende Krise ist der hohe Zinsfuß der Deutschen Bank. Sie begründete ihn bis vor kurzem mit seinem „inflationssenkenden“ Einfluß. Seitdem jedoch in allen Ländern, die den Zinsfuß senken, auch die Inflation zurückgeht, sucht sie andere Begründungen. Auch die bessere Konjukturlage in den USA ist durch eine Senkung des Zinsfußes in den USA hervorgerufen.

Übrigens gibt es für mich auch keinen Zweifel daran, daß die „Ausländer“ nicht schuld sind an der steigenden Arbeitslosigkeit. Denn jeder Ausländer, der in Österreich lebt und arbeitet, oder auch nicht arbeitet, ist auch Verbraucher. Das heißt, daß er in dem gleichen Maß, in dem er Einkommen bezieht, die Gesamtkaufkraft in Österreich hebt, und auch sein Einkommen, das ja nicht zu den hohen gehört, verbraucht, im Gegensatz zu den Zinsenbeziehern, die wohl Mittel der Zirkulation entziehen, aber diese nicht dem Verbrauch zuwenden.

Es gibt für mich keinen Zweifel daran, daß das „Zinsenspiel“ der Österreichischen Nationalbank nicht eine alleinige Angelegenheit der Frau Dr. Schaumayer ist. Wahrscheinlich sind die Herren Lacina und Vogler daran beteiligt.

Es ist klar, wenn vielen Menschen in Österreich bewußt wird, daß der hohe Zinsfuß daran schuld ist, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich hoch ist und weiter steigt, dieser Zinsfuß weiter gesenkt wird, und vielleicht 3 Prozent niedriger sein wird als der deutsche, denn die Erfahrung der Schweiz zeigt, daß ein Unterschied von 3 Prozent (mit Berücksichtigung der Inflationsrate) keine Kapitalbewegung hervorruft. Und die KPÖ sollte nicht weiter rechts stehen, als Lacina, Vogler und Schaumayer. Denn das Entscheidende ist die Aufteilung des BIP. ■

Leo MACHÉ-SUNIZA ist freier Schriftsteller und Übersetzer. Er arbeitete 18 Jahre bei Siemens.

Die EG – ein historisch überholtes Projekt*

Julius MENDE

Beobachtet man die Probleme, die es in den letzten Jahren in der derzeitigen Europäischen Gemeinschaft gab, stellt sich die Frage, ob diese EG nicht ein Auslaufmodell ist. Aus österreichischer Sicht interessiert ja besonders, wie sich ein kleiner Staat relevant in einem solchen Großkomplex einbringen könnte; zum Beispiel ernsthaft auf seinen Transit- und Umweltbestimmungen beharren, seine Neutralität wahren und sich aus militärischen internen und externen Aktionen heraushalten könnte.

Der SPÖ-Politiker Josef Cap schließt einen Artikel zur aktuellen EG-Verhandlungsrunde mit einer an Martin Luther King erinnernden Vision – ich hatte einen Traum: „Welche endgültige politische Form diese europäische Integration haben wird, bleibt offen. Wichtig ist, daß es ermöglicht, jenes Europa zu organisieren, das ein soziales, ein umweltfreundliches, ein demokratisches, ein tolerantes sein muß. Eine neue Herausforderung für die Sozialdemokratie an der Schwelle ihrer zweiten Jahrhundertwende“ (»Werkstattblätter« 3/93, S. 3).

Nun diesen Traum kann man leicht mitträumen und gegen ein solches vereintes Europa wäre auch kaum etwas einzuwenden. Doch welche Anzeichen gibt es, daß die Mitgliedsländer und vor allem die ökonomisch führenden diesem Traum nachstreben. Die Sozialdemokratie ist genauso gescheitert wie der Realsozialismus. Wobei ersterer zugute zu halten ist, daß das menschliche Leid und die Opfer vergleichsweise verschwindend waren. Das sozialdemokratische Euromodell Schweden hat den Schwenk zur knallharten Marktwirtschaft vollzogen. In ganz Europa wird im Zeichen der Wirtschaftskrise Sozialabbau betrieben, Eigenvorsorge propagiert und hohe Arbeitslosigkeit in Kauf genommen. Mit der Privatisierung staatlicher Betriebe aufgrund der bekannten Probleme begibt sich der Staat aber auch eines wichtigen Steuerungsinstrumentes zum Beispiel für den Arbeitsmarkt. Arbeitszeiten sollen erhöht werden und die Lohnabschlüsse bleiben auch in Österreich unter der Inflationsrate.

Träumt man den europäischen Traum, sollte man sich das Demokratiekonzept der führenden europäischen Wirtschaftsmacht Deutschland gut ansehen. Die Nichtbewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Integration Ostdeutschlands ist eine Kostprobe für den Umgang mit den wirtschaftlich Schwächeren. Und tatsächlich haben auch konservative Parteien durch ihre Bindung an die Kapitalinteressen kaum einen Handlungsspielraum. Man kann das Kapital nicht zwingen in bestimmten Regionen zu investieren, man kann es locken – aber dafür fehlt das Geld. Das Lehrstück Deutschland zeigt auch das Versagen des klassischen Kapitalismus. Das Recht des Stärkeren, das Recht des Zentrums über die Peripherie ist die Logik, die nicht zu steuern ist. Die Verteilungskämpfe werden von den wirtschaftlich potenteren bestimmt, auch in der EG.

Keine Regierung kann es sich leisten, Entwicklungsgebiete oder sozial schwache Schichten durch einschneidende Umverteilungsstrategien zu fördern, es sei denn sie hätte ein wirkliches Konzept der sozialen Gleichberechtigung, das aber die Systemgrenzen tangieren würde. Also, wie soll der Traum verwirklicht werde, wenn nicht einmal in kleinen Ländern wie zum Beispiel Österreich die sozialen und regionalen Disparitäten zu überwinden sind.

---

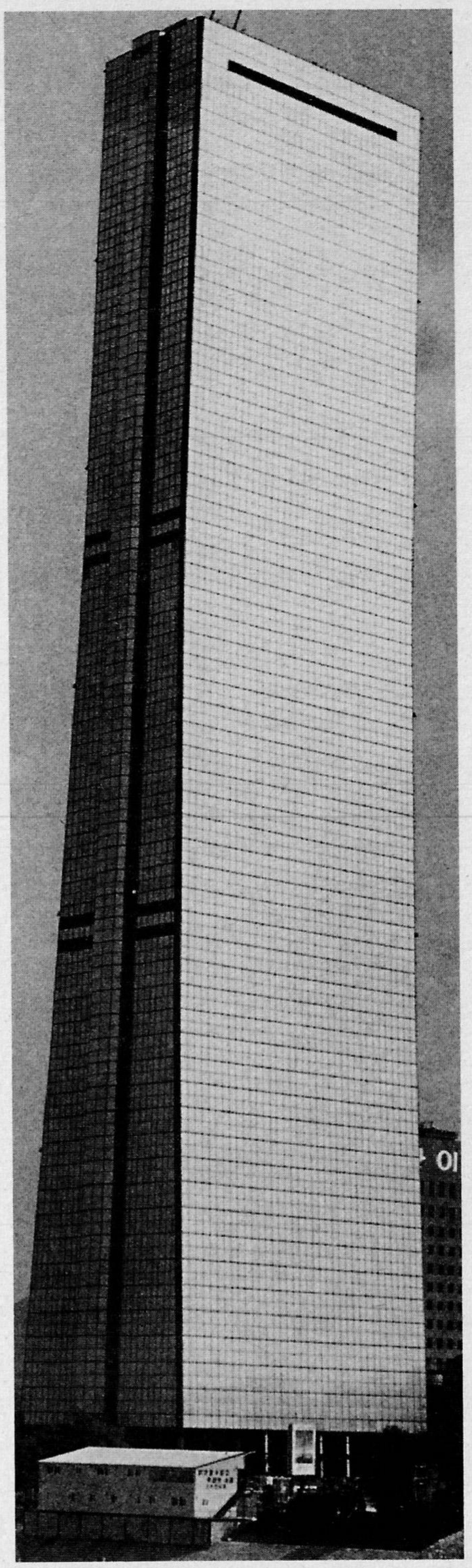
* Aus: »Zeitschrift für Berufsbildung«, Dezember 1993

Macht und Kultur

Voraussetzung für eine solide Einschätzung dieser Perspektiven wäre eine Charakterisierung des politischen Systems in Österreich sowie der führenden EG-Nationen – etwa der BRD und Frankreichs. Eine solche Analyse kann in diesem Zusammenhang nicht geleistet werden. Folglich kann es hier nur um den Versuch gehen, einige Strukturprobleme der EG darzustellen, die meines Erachtens wesentliche Voraussetzungen für den politisch-kulturellen Handlungsspielraum der Bevölkerung von Regionen und ihrer politischen Repräsentanten darstellen. Die folgenden Überlegungen gehen von der Annahme aus, daß kulturelle Entwicklung und ökonomische Durchsetzungskraft in enger Verbindung zu sehen sind. Kultur – im engeren Sinne von ästhetischer Gestaltung aller Lebenszusammenhänge – somit auch der politischen Artikulation – entfaltet sich nicht in abgehobenen Sphären, die lediglich dem politischen Willen oder der „guten Erziehung" zuzuschreiben sind. Brecht bringt diese Haltung etwas provokant zum Ausdruck: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!" Das bedeutet nun nicht, daß jemand in Armut lebend keine Manieren haben könne, doch kann als sicher gelten, daß die Durchsetzung politischer Ziele immer auch mit Macht, mit Wirtschaftsmacht zu tun hat.

Antonio Gramsci, ein wichtiger Theoretiker und Aktivist der italienischen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre, hat mit seiner Konzeption der „Zivilgesellschaft" darauf verwiesen, daß gewissermaßen vermittelnd zwischen der formellen politischen Ebene der Regierung (samt Militär und Polizei), der Parteien und der Vertretungskörperschaften und den ökonomischen Basisprozessen ein weites Feld politisch kultureller Hegemoniebildung (Herrschaftssicherung) existiert, das zum Beispiel „repressionsfreie" Herrschaftsausübung durch Meinungsbildung und freiwillige Unterordnung der Masse der Gesellschaftsmitglieder ermöglicht. Zu diesen Einrichtungen zählt Gramsci die Kirchen, die Schulen, Vereine und Verbände, sowie die Medien eines Landes.

Diese subtile Form der Herrschaftsausübung setzt ökonomische Macht voraus (Finanzierung von Bildungseinrichtungen, Medien usw.) und die Bezahlung einer Intelligenz-



schicht, deren Rolle Gramsci auch differenziert je nach ihrem Bezug zu den gesellschaftlichen Klassen einschätzt, als herrschaftsstützend oder oppositionell.

Jedenfalls hat die meinungsbildende Intelligenz in Bildungseinrichtungen und Medien seit den zwanziger Jahren gigantisch zugenommen. Die Zivilgesellschaft in diesem Bereich der Überbauten (Ideologieproduktion) korrespondiert mit den Massenmeinungen. Zur politischen Kultur auf Seiten der Herrschaftsausübung tragen diese Kräfte wesentlich bei. (Die EG-Kampagne der Bundesregierung 1992/93 wäre hier ein lohnender Untersuchungsgegenstand.) Allerdings fehlt noch die zweite, für eine Volksabstimmung zum Beispiel über den EG-Beitritt mindestens ebenso wichtige Seite – die Meinungsbildung von unten. Ausgehend von Alltagserfahrungen – und hier spielt zweifelsohne die Versorgung mit den Lebensnotwendigkeiten eine bedeutsame Rolle – verbinden sich Alltagsideologien und politisch-kulturelle Verhaltens- und Denkmuster mit den massenmedial vermittelten herrschenden Wertnormen; bzw., falls es in einem politischen Feld relevanten Widerstand von seiten irgendwelcher Protestbewegungen, Parteien oder Einzelpersonen gibt, welche die Alltagserfahrungen mit Herrschaft kritisch artikulieren, motivieren diese politischen Widerstand von unten. Damit sei der Bereich der Wirksamkeit und die Wirkungsweise politischer Massenkultur nur kurz skizziert und damit auf die Notwendigkeit verwiesen, die konkreten Lebensumstände der Bevölkerung in einzelnen EG-Ländern ins Zentrum der Betrachtungen zur politischen Kultur im EWR – oder in der EG zu sehen. Die jüngsten Probleme mit der Loyalitätssicherung einzelner Regierungen von EG-Ländern (Dänemark, Schweiz !!!, Großbritannien) illustrieren diesen Zusammenhang.

In allen Ländern des EWR sind die entscheidenden Bereiche der Gesellschaft einer demokratischen Mitbestimmung weitgehend entzogen. Dies gilt für die Demokratie im Wirtschaftsbetrieb, in zunehmend bedeutsamer werdenden Informationszentralen (Rundfunk, Datenzentren, Nachrichtendiensten usw.) und in ideologischen Zentren wie Kirchen und Schulen. Diese Bereiche sind hierarchisch, klassenmäßig, männerbündisch und zentralistisch struktruiert – sowohl national als auch international. Staatliche Kontrollorgane haben nur minimalen Zugriff auf relevante Entscheidungsprozesse vor allem im privaten Sektor.

Privatisierung als Entdemokratisierung

In Orientierung auf den EG-Beitritt und in Anlehnung an das ohnedies schon brüchig werdende Credo an den freien Markt, das in Europa im üblichen Nachziehtempo von 5 bis 10

Jahren von der westlichen ökonomischen Führungsmacht USA übernommen wird, läuft auch in Österreich eine Privatisierungswelle. Noch produktive und daher verkaufbare Teile der verstaatlichten Industrie werden verkauft, zum Teil an deutsche Konzerne, wodurch der ökonomische De-facto-Anschluß vorweggenommen wird. Privathochschulen sollen entstehen, der ORF soll privatisiert werden und Privatschulen boomen. All diese Prozesse vermindern gesellschaftliche Mitsprache und Mitentscheidung und verändern die politische Kultur eines Landes.

Womit allerdings nicht gesagt sei, daß die politische Kultur der Verstaatlichten, der Sozialpartnerschaft und der Parteibuchwirtschaft zu bevorzugen ist. Potentiell und de jure wäre aber in verstaatlichten oder halbstaatlichen Einrichtungen zumindest demokratische Mitprache gesichert, die bei der Privatisierung einfach wegfällt, beschnitten wird. So kommt es im Zuge der eruopäischen Einigung zu einem seltsamen Zwittergebilde.

Das Gerede vom freien Markt ist angesichts der europäischen Steuerung zum Beispiel der Landwirtschaft, der Regionalentwicklung und der Finanzwirtschaft Unsinn. Vielmehr forcieren die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Gruppen Planwirtschaft oder freie Marktstrategien je nach Opportunität. Vor allem die wirtschaftlich schwachen Regionen Europas werden auf den freien Markt verwiesen, wenn die bescheidenen Förderungsmaßnahmen nicht greifen. Diese harten Wettbewerbsbedingungen verschärfen das politische Klima in Europa und führen zur Herausbildung der Festungsmentalität, nicht nur der EG sondern auch einzelner EG-Länder gegeneinander. Sie fördern die politische Rechtsentwicklung und die Ausländerfeindlichkeit.

Regionalentwicklung und politische Kultur

Die jüngsten Beratungen des EG-Rates verweisen auf die dramatische Situation in wichtigen sozialpolitischen und regionalpolitischen Fragen. Auch eine Regionalstudie des österreichischen Bundeskanzleramtes (EG und Raumordnung 1992) illustriert die möglicherweise unlösbaren regionalen Disparitäten. Entsprechend der eingangs angestellten Überlegungen bedeuten diese ökonomisch logischen Differenzierungsprozesse zwischen Zentren und Peripherien, zwischen Nord und Süd, eine Belastung der politschen Systeme und der politischen Massenkultur, wie sie in der Polarisierung der politischen Lager zum Beispiel bei den Regionalwahlen in Italien im Juni 1993 zum Ausdruck kam. Wobei rechte, regionalistische „Festungsparteien" wie die Lega Nord im Vormarsch sind.

Nach EG-Schätzungen leben in Europa etwa 50 Mio. Menschen unter der Armutsgrenze, 14 Mio. sind arbeitslos (»Die Presse« 30. 4. 1993), die durchschnittliche Arbeitslosenrate bewegt sich um 12 Prozent, die Wirtschaftskrise verschärft sich und damit die Differenz zwischen Arm und Reich, Nord und Süd – und das obwohl die Sozialausgaben in allen Staaten steigen (»Die Presse« 30. 4. 1993). So wurden für 1993 93 Mrd. Schilling an EG-Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, speziell der Jugendarbeitslosigkeit veranschlagt und trotzdem resümierte Jacques Delors, „Mit der hohen Arbeitslosigkeit ist es auch unmöglich, die positiven Aspekte der Konstruktion Europa aufzuzeigen." (»Die Presse« 30. 4. 1993)

Das Vordringen der Rechtsparteien in Europa mit den extremen Auswirkungen des Ausländerhasses in den höchstentwickelten europäischen Staaten wie Deutschland und Frankreich, ist ein Alarmsignal für die politische Kultur. Es gibt kaum Zweifel, daß ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, rechter Demagogie und Ausländerfeindlichkeit besteht. Auf diesem Hintergrund stellt sich aber dann auch gar nicht mehr die Frage nach dem Grad der Verwirklichung demokratischer Rechte, sondern, daß immer größere Teile der Bevölkerung, wie zum Beispiel in Italien „demokratischen" Institutionen begründetes Mißtrauen entgegenbringen und Lösungen durch eine starke Hand begrüßen. Diese Tendenz läßt sich auch in Österreich erkennen.

In der Begründung, warum das österreichische Bundeskanzleramt ein eigenes Raumordnungskonzept für Europa entwickeln sollte, spielt das regionale Wohlstandsgefälle eine zentrale Rolle: „Primärer Anlaß für die Entwicklung einer eigenständigen Europa-Konzeption sind die erwartenten Verschärfungen der regionalen Disparität als Folge des Binnenmarktes. Regionale Entwicklungsunterschiede sollen aber die erwarteten Wohlstandsgewinne durch den Wegfall der Grenzen nicht gefährden." (EG-Raumordnung 1992, S. 7) Es liegt in der Logik der ökonomischen Entwicklung, der Durchsetzungskraft großer Konzerne, daß das Konzept der EG – Europa 2000 – diesen Wirtschaftsmächten und ihren Standorten mehr dient, als den Peripherien: zum Beispiel die bessere Verbindung der Zentren durch Hochgeschwindigkeitsbahnen und TELEKOM-Systeme ... „wobei den Städten als Zentren der Grenzregionen eine besondere Rolle im Aufbau von grenzüberschreitenden Kooperationen zugemessen wird. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, daß an den Außengrenzen noch für einen längeren Zeitraum mit einem Wohlstandsgefälle zu rechnen ist." (EG-Raumordnung 1992, S. 7)

„Die Unterschiede im Entwicklungsniveau innerhalb der EG bestehen sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch – in teilweise weit höherem Ausmaß – auf der Ebene der Regionen. So sind die regionalen Disparitäten bei der Wirtschaftskraft doppelt und bei der Arbeitslosigkeit dreimal so hoch wie in den USA. Mit jeder Phase der Erweiterung der Gemeinschaft ... haben sie sich deutlich vergrößert." (EG-Raumordnung 1992, S. 8)

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was mit dem Konzept „Europa der Regionen" und ihrer Regionalkultur gemeint sein kann. Es gibt zwar gewiß keinen automatischen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und kultureller Entwicklung, aber das Umgekehrte kann (mit Brecht) schon geschlossen werden: daß es bei rückläufiger Wirtschaftsentwicklung und damit verbundender Arbeitslosigkeit nicht gleichzeitig ein Aufblühen der Kultur, nämlich des massenkulturellen Verhaltens geben kann – auch nicht der politischen Kultur. Der derzeitige Kulturboom kann eher als Krisensymptom, analog zu den zwanziger Jahren, gesehen werden, als Kompensation der Krisenangst, aber vorwiegend für bildungsbürgerliche Mittelschichten – ein Tanz auf der Titanic.

Für Österreich zum Beispiel „zeichnet sich ziemlich klar ab, daß aus dem Tatbestand des Entwicklungsrückstandes bzw. der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung für österreichische Regionen relativ geringe Chancen auf Mittelzuwendun-

gen aus dem EFRE (Entwicklungsfond d. A.) bestehen ...“ (EG-Raumordnung 1992, S. 77) Als förderungswürdig ist kürzlich nur das Burgenland erkannt worden.

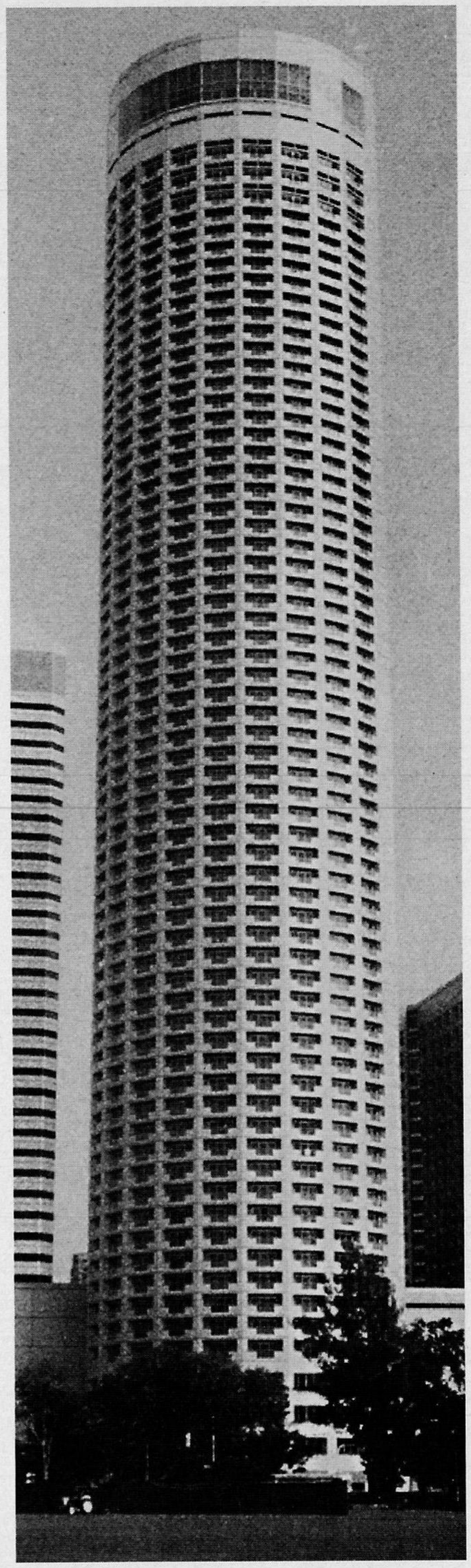
Da die beträchtlichen finanziellen Zuwendungen der EG an wesentlich problematischere Krisenregionen in Europa die prinzipielle Tendenz zur Zentralisierung durch Urbanisierung und Verödung der Randlagen bzw. des Südens nicht umgekehrt haben, wird sich in der zunehmenden Krise dieser Effekt verstärken.

Industriezentren – Schulzentren

Die Vorstellung, daß sich Entwicklungsregionen durch die Entwicklung der Breitenqualifikation durch Schul- und Hochschulansiedlung für Investoren attraktiver darstellten, hat in die Irre geführt. Industriezentren sind Bildungszentren und Kulturzentren. Hohe Qualifikation wird am besten dort erworben, wo sie gebraucht wird. Mit der Privatisierung, mit Eliteschulen und Hochschulen und dem Sponsoring durch die Wirtschaft, ergibt sich eine logische qualifikatorische Höherentwicklung solcher Standorte. Also nicht nur schneller reisen mit der Hochgeschwindigkeitsbahn, sondern auch schneller und effektiver studieren in den Zentren, das ist die EG-Anpassung, die auch in der österreichischen Bidlungsdiskussion dominiert. Höher, schneller, billiger, das sind die Slogans, die vor allem von der Industrie ausgegeben werden. Bildung soll auch wieder selbst bezahlt werden. All diese Prozesse verschärfen die Ungleichheit. Sie sind Elemente eines brutalen Verdrängungs- und Verteilungskampfes in der zukünftig grenzenloseren Arena Europa.

Die innerdeutschen Probleme mögen dafür als Kostprobe gelten. Wenn es der ökonomischen Führungsmacht Europas nicht gelingt, innerhalb der nationalen Grenzen Entwicklungspolitik statt Kolonialpolitik zu machen, wie glaubwürdig sind die Entwicklungsvisionen für Europa?

Grob gesprochen sind die genannten Politikfelder, zum Beipiel die Betriebsansiedelungspolitik, einer demokratischen Mitbestimmung von zum Beispiel durch Wahlen legitimierten Entscheidungsträgern weitgehend entzogen. Solche gesellschaftlichen Repräsentanten können nur Rahmenbedingungen beinflussen und tun dies in der Regel, um das Funktionieren der genannten nicht demokratisch legitimierten Strukturen des Wirtschaftsprozesses zu ermöglichen. Der „freie Markt“ braucht staatliche Planung, um funktionieren zu können.



Zivilgesellschaft und politisches Bewußtsein

Mehr als durch demokratische Prozesse sind diese Vorgänge durch die herrschende Meinungsmaschinerie „legitimiert“, im Sinne der Wirksamkeit der beschriebenen zivilgesellschaftlichen Hegemoniefunktion. Als Beispiel mögen die mit Firmenwerbung garnierten Börsenberichterstattungen am Ende der ORF-Nachrichten gelten. Sie unterstellen ein allgemeines Interesse an den Börsenkursen und damit Bürgerbeteiligung. Ähnlich gelagert ist der einseitig manipulative Grundzug der EG-Kampagne der Regierung.

Rundfunk, Kirchen usw. agieren in staatlich ausgewiesenen Räumen, die aber durch die reale Macht der Struktur (Wirtschaft, Kirche) oder durch Parteieninteressen definiert sind. Indirekt sind somit die öffentlichen Institutionen, wie Massenmedien oder Schule, prinzipiell demokratisch korrigierbar im Unterschied zur Privatwirtschaft. Das Tagesgeschäft verläuft aber hierarchisch-zentralistisch.

Die Frage nach der politischen Kultur betrifft alle diese Bereiche und mißt sich vor allem an der konkreten Mitbestimmungsmöglichkeit der Betroffenen (Staats-, Gemeindebürger, Bewohner, Beschäftigte, etc.) und an der Form der Austragung von Interessenskonflikten.

Zwischen dem ökonomischen Sektor und dem der staatlichen Institutionen schiebt sich ein breiter Fächer von Verbänden und Vereinen, wie etwa die Organe der Sozialpartnerschaft in Österreich, die in den EWR-Ländern weniger ausgeprägt sind und wo daher andere Formen der Konfliktaustragung wie zum Beispiel Streiks viel häufiger sind. Bedeutsam für die Aushöhlung demokratischer Kontrolle sind auch Studentenverbindungen, Logen, Sportklubs etc.

Die herrschenden politischen Gruppen – in Österreich die Wirtschaft, die beiden Großparteien und die Kirche – versuchen diese „Zivilgesellschaft“ (Gramsci) in ihrem Sinne zu formieren. Einerseits durch Personalpolitik andererseits durch Gleichschaltung. Ein solcher eher hilfloser Formierungsversuch ist zum Beispiel die EG-Kampagne der Regierung. Interessenvertretungen der Wirtschaft, aber auch die Gewerkschaft sind in die Kampagne ebenso eingebunden, wie Schulen und Bildungsinstitutionen. Für die Sicherung der Massenloyalität ist die zivilgesellschaftliche Sphäre unverzichtbar. Sie kennzeichnet auch das Übergangsfeld zwischen dem sogenannten „Privaten“ und dem „Politischen“ im engeren Sinne. Für die politische Willensbildung ist

oft ein Verein oder ein Gasthaus wichtiger als die direkte Agitation einer Partei. Die Meinungsbildung dort ist eben von den realen Lebensumständen und Erfahrungen der Menschen bestimmt und erzeugt in den in Europa benachteiligten Staaten und Regionen entsprechende Abwehrhaltungen gegen die EG. Wie sich gezeigt hat, lassen sich diese Leute nicht gegen ihre Realerfahrung beschwatzen.

Politisches Desinteresse

Allgemein ist die Öffentlichkeit in Österreich wenig politisch interessiert, verglichen zum Beispiel mit Italien. Das hängt mit den Formen der Konfliktaustragung in der Sozialpartnerschaft zusammen bzw. zwischen Regierung und Sozialpartnerschaft, in denen Öffentlichkeit eher als störend empfunden wird. Das Parlament ist vielfach nur mehr Bühne – zukünftig für in Brüssel ausgehandelte politische Maßnahmen.

Durch den EG-Rat werden die nationalen Parlamente abgewertet und die Länderparlamente überhaupt zur Einflußlosigkeit degradiert. „Der Ausschluß der Landtage von jeder Mitbestimmung beim EWR- und EG-Anschluß kann auch als Vorleistung an das Verfassungssystem der EG angesehen werden. Die bescheidenen Möglichkeiten des Europaparlaments sind hinlänglich bekannt ... Die untergeordnete Rolle, die österreichische Landesparlamente spielen, ist ebenfalls bekannt." (Burtscher 1992, S. 18) Volksbegehren und Volksabstimmungen als Mittel direkter Demokratie kommen selten zum Tragen. Hinsichtlich der Politisierung des öffentlichen Lebens und der Zuspitzung faßbarer Interessenskonflikte könnte die EG sogar belebend wirken, die negativen Folgen (z. B. Ausländerhetze in der BRD) mit eingeschlossen. Jedenfalls könnten sich Bevölkerungsmeinungen eher im kleinräumig überschaubaren Bereich auf konkrete Erfahrungen gestützt entfalten. Wird die ökonomische und wirtschaftliche Macht immer mehr zentralisiert, entleert das die Entscheidungskompetenzen regionaler Organe. Dieses Problem drückt sich auch im derzeitigen Kampf der Kleinstaaten um ihr Gewicht im EG-Rat aus.

Die Diskussionskultur einiger EG-Staaten (Großbritannien, Niederlande u. a.) könnte für die Infragestellung der Kompromißkultur der österreichischen Politik förderlich sein.

Grundsätzlich können aber solche Fragen der politischen Kultur nicht losgelöst von den Machtfragen diskutiert werden. Wirtschaftlich dominieren auch in Europa große Konzerne, deren Wirtschaftsmacht Grundlage des politschen Handelns ist. Diese Machtkonstellation existiert mit und ohne EWR bzw. EG. Die Frage ist also, unter welchen Bedingungen staatliche Organe von Kleinstaaten bzw. deren Bürger mehr oder weniger Überblick über ihre Belange und mehr Mitbestimmung erhalten.

Im Rahmen der EG ist Österreichs Rolle schwer einzuschätzen. Bekanntlich bestehen die meisten Handelsbeziehungen zur BRD und deutsches Kapital ist in Österreich stark vertreten. Diese Anlehnung an die deutsche Führungsmacht dürfte, rein wirtschaftlich betrachtet, kein Nachteil sein. Einwände gegen den EG-Anschluß, wie sie sich für ärmere Länder wie Griechenland, Portugal und andere „Südregionen" jetzt bewahrheitet haben, spielen für die Problematik des österreichischen Beitritts eine geringe Rolle.

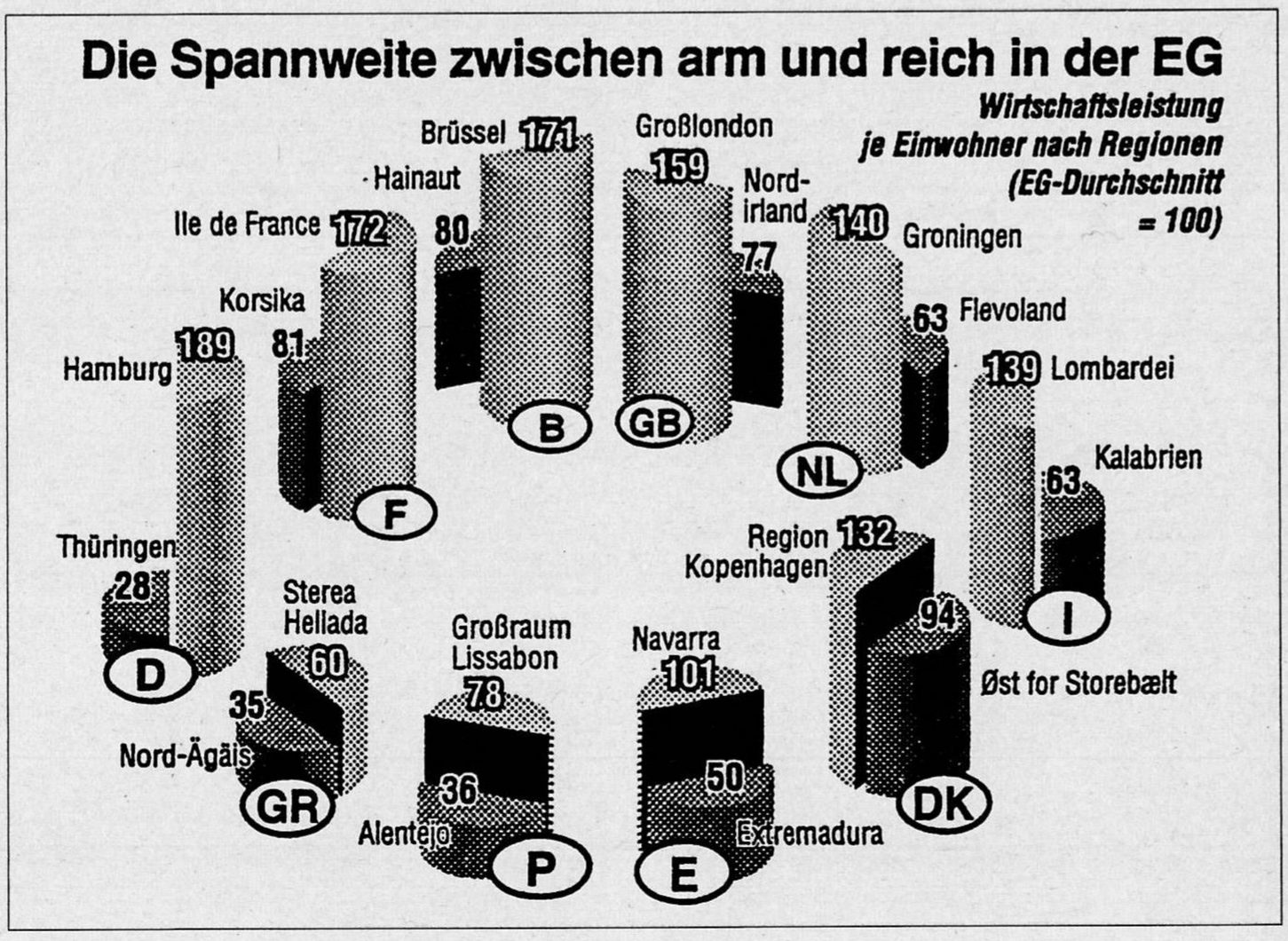
Im Falle unseres Landes geht es um den Wert der nationalen Selbständigkeit eines kleinen Landes, ob wesentliche Fragen der Ökonomie, der Demokratieentwicklung, der Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik relativ selbständig bestimmbar bleiben. Die internationale Kapitalverflechtung sorgt ohnedies für die Integration zumindest der Kapitalinteressen, die Gewerkschaften haben die Zusammenarbeit kaum geschafft.

Anschluß?

Österreich war schon einmal an Deutschland angeschlossen. Es gibt gute Gründe, dies zu vermeiden. Die Eigenständigkeit des Landes, die militärische Neutralität, die Umweltstandards, die soziale Absicherung, alle diese relevanten Standards werden in Vorleistung auf die EG relativiert, entwertet und in Frage gestellt. Mag sein, daß die EG Druck macht, wenn es bei einem Volksentscheid zur Ablehnung des Beitritts kommen sollte. Wirtschaftlich dauert das nur kurze Zeit, das Kapital zieht hin, wo es etwas zu holen gibt, ob in der EG oder außerhalb. Österreich wird nicht Sizilien werden, es wird ein entwickelter Staat mit Chancen für einen eigenständigen Weg sein. Ein großes Haus Europa mit gleichberechtigten BewohnerInnen wäre eine attraktive Perspektive, die EG ist ein Auslaufmodell – das Sozial- und Kulturpolitik mit Wirtschaftspolitik verwechselt.

Da sich, wie beschrieben, die österreichische Gesellschaft nicht durch ein lebendiges, demokratisches, öffentliches Leben auszeichnet, sondern Parteien- und Verbändewirtschaft vorherrschen, wird diese politische Unkultur durch den größeren Raum verschärft.

Zentralisierungsprozesse der Produktion, der Information, der politisch-bürokratischen Macht und auch der Bildungseinrichtungen werden durch das Konzept des Europa der Regionen nicht kompensiert. Wenn die Regionalpolitik wesentlicher In-



halte der Wirtschaftspolitik und des politischen Willensbildungsprozesses beraubt wird und „nur" auf Kulturpolitik verwiesen wird, gerät diese zum Zuckerguß auf den festgefügten an sich undemokratischen oder verbürokratisierten Machtbasen.

Österreich gibt mit seiner Neutralität dann mehr auf als ein Staatswappen. Faustpfänder, wie Transitstrecken, Umweltbestimmungen, Sozialstandards und die Unveräußerlichkeit von Grund und Boden werden den vier Freiheiten unterworfen und funktionieren nach der Logik des internationalen Kapitalverkehrs. Da werden schließlich auch die Politiker, die den Anschluß jetzt betreiben, das Nachsehen haben. Historisch betrachtet, wäre der nunmehr friedliche Anschluß an Deutschland fatal.

Die Alternative ist nicht ein weltabgewandtes älplerisches Österreich. Die Entfaltung einer lebendigen Demokratie, die Selbstbestimmung, die Sicherung der Sozial- und Umweltstandards sowie eine solidarische Haltung gegenüber den Ländern des Ostens und der Dritten Welt könnten, verbunden mit bewußter militärischer Schwäche und Neutralität, ein Modell für Europa sein. Der Zug fährt jedoch derzeit in die andere Richtung.

ArbeitsmigrantInnen

Das Problem der Disparitäten der Regionen, auf das mit dem Motto der zwei Entwicklungsgeschwindigkeiten reagiert wird, stellt sich im internationalen Maßstab noch drastischer im Verhältnis von Erster Welt und Dritter Welt: Diese Spannung ist eine Ursache für die derzeitige Migration. Die nationalen und transnationalen Kapitale sind an der jungen männlichen, preisgünstigen Arbeitskraft aus der Dritten Welt interessiert. Vorrangig geht es um die Arbeitskraft aus den südlich angrenzenden Ländern, weil man sie da leichter wieder nach Hause schicken kann. Diese industrielle Reservearmee ist kein neues Phänomen in der Geschichte des Industriekapitalismus.

Der Motor der Strömungen sind die Wirtschaftswachstums- bzw. Krisenwellen. Expandiert der Markt, steigt der Absatz, scheint eine Ausweitung möglich, wird Arbeitskraft „angesaugt". Man erinnere sich an die Anwerbemaßnahmen der europäischen Industrienationen während des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre bzw. bei späteren Wachstumsschüben. Die zweite Kraft ist natürlich der Wunsch der ärmeren Menschen, an den „Segnungen" der Reicheren teilzuhaben. Sie drängen in die Industriestaaten, suchen Arbeit. Besorgt um die soziale Stabilität versuchen die hochentwickelten Staaten, den Zustrom je nach dem Bedarf des Kapitals zu steuern. Kann man die nicht gebrauchte Arbeitskraft zum Beispiel in der Krise nach Entlassungen nicht heimschicken, verschärft sich die soziale Frage. So gesehen gibt es auch aus der Sicht des Kapitals kein „Ausländerproblem", sondern die alte soziale Frage der Klassenspaltung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Diese Spaltung kennzeichnet auch alle Prozesse, die in Zusammenhang mit der unterschiedlichen Regionalentwicklung thematisiert wurden. Die regionale Ungleichheit verschärft sich durch die soziale Ungleichheit. Es werden ja bei Betriebsschließungen zum Beipiel nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen getroffen. Man kann es drehen wie man will, das traditionelle Klassenkampfvokabular reicht noch immer zur Beschreibung dieser sozialen Realität.

Die AusländerInnen leben in den schlechtesten Wohnquartieren und verstärken die sozialen Spannungen, die es ohnedies gibt. Die herrschenden Gruppen und ihre Medien versuchen, den sozial benachteiligten Österreichern einzureden, daß es die Ausländer sind, die die Probleme schaffen. Bis auf einige kulturelle Differenzen stimmt das nicht. Außerdem spart die Debatte ja die AusländerInnen aus den Industrieländern aus – es gibt zwei Sorten von AusländerInnen, EG-AusländerInnen und die aus dem benachteiligten Süden. Die EG kann, wie ihre Führungsländer zeigen, das Problem nicht lösen. Frankreich hat eine Meeresküste nach Süden, Deutschland eine Ostgrenze, trotzdem ist diese Zuzugsmöglichkeit gering, verglichen mit Süditalien, Spanien, Portugal und auch Österreichs Grenzlage. Neben den eigenen rigiden Ausländergesetzen, die eben zwei Sorten von AusländerInnen unterscheiden und die aus dem Süden hereinholen und abschieben möchten – je nach Bedarf, schieben die stärksten Länder das Problem an die Schwächeren ab. Österreich kann schon jetzt für Deutschland „Dreckarbeit" machen und Grenztruppen zum Vertreiben der Illegalen aufstellen. Diese Rolle des Hofhundes wird sich in der einmal installierten Festung Europa verstärken. Das sogenannte Ausländerproblem, das im Kern die alte soziale Frage des 19. Jahrhunderts ist, bleibt ungelöst.

Wo bleibt die Arbeiterbewegung

Der stärkste Arm der Arbeiterbewegung wären die Gewerkschaften. Sie passen sich mehrheitlich dem EG-Kurs an und übernehmen die Ausländergesetze als notwendig.

Wenn man bedenkt, daß auch die Gewerkschaftsfunktionäre – falls es überhaupt Wahlen gibt – ihre Posten behalten wollen, müssen sie sich den Massenstimmungen anpassen. Was spricht nun eigentlich dafür, daß die Gewerkschaften eine fortschrittliche Rolle im neuen Europa spielen werden? Sie sind um die Interessen der nationalen Lohnabhängigen bemüht. Im Unterschied zu den internationalen Kapitalen ist es zu keinen schlagkräftigen internationalen Organisationen gekommen. Formal gibt es sie natürlich. Aber ich kann mich nicht erinnern, daß irgendeine soziale Forderung in einem Land durch europaweite Streiks durchgesetzt worden wäre. Ist es wahrscheinlich, daß mit der Erweiterung der EG ein solcher wirksamer Zusammenschluß erfolgen wird? Wenn die Gewerkschaften national nicht kämpfen, werden sie es international nicht tun. Ihre Führer werden in die EG-Jobs einrücken und es wird Ruhe sein, da „man" ja ohnedies auf höchster Ebene „mitbestimmen" kann.

Irrationaler Widerstand?

Ausgerechnet Margit Scherb, eine Sozialwissenschafterin, die bis vor gut zwei Jahren zu den führenden Personen im EG-Widerstand gehörte und qualifiziert dazu publiziert hat, mokiert sich heute über den Irrationalismus im EG-Widerstand. Sie zitiert dazu einige pamphletartige Texte: „Die EG-kritische Opposition ist, da sie über kein politisch-organisatorisches Zentrum und über keine nennenswerte Anbindung an wissenschaftliche Institutionen verfügt, zersplittert und eben Irrationalismen aller Art ausgliefert." (in: »Werkstattblätter«, 3/1993, S. 8)

Im vorliegenden Text versuche ich zu zeigen, daß es gar nicht notwendig ist, Pamphlete zu schreiben, es genügt die Materialien der eigenen Regierungsstellen gut zu lesen bzw. die

qualifizierte bürgerliche Presse. Oder war vielleicht die Währungskrise der letzten Monate ein Meisterstück der EG-Koordination. Ganz einfach – die Schwächeren haben draufgezahlt – und zwar nicht die italienischen oder englischen Millionäre, die rechtzeitig richtig spekuliert haben. Die Geldentwertung trifft die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Wenn diese aber, wie in Norwegen, versteht, was zu erwarten ist und sich gegen den Anschluß wehrt, ist sie irrational.

Nicht nur im Realsozialismus auch im Realkapitalismus scheint die Bevölkerung immer zu dumm zu sein für die Regierungen.

Alles in allem würde Österreich gar kein durchgehender EG-Verlierer sein. Davor zu warnen ist nicht meine Intention. Dieses Modell der euro-päischen Einigung nach den Richtlinien kapitalistischer Rationalisierung ist überholt, weil es nicht in der Lage ist, soziale Ungleichheit zu verringern, regionale Disparität zu kompensieren, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, Neutralität zu verbreitern statt einzuengen und Militarismus zu minimieren. Die Festung Europa ist ein Schlachtschiff neben dem Japans und den USA und es geht um die Neuverteilung der Welt. Muß unser kleines Land da unbedingt dabei sein? Slowenien, Ungarn, Südtirol – warten sie schon auf ein organisierendes Zentrum mit gemeinsamer Tradition und Geschichte oder auf den berühmten Donauraum? Das beschriebene Modell ist ein imperiales Modell und die Beibehalteung der Neutralität Österreichs – auch um den Preis eventueller wirtschaftlicher Nachteile – würde zeigen, daß es möglich ist, aus der Realgeschichte zu lernen. ■

Mag. Julius MENDE ist Zeichenlehrer und Bundessprecher der KPÖ.

Literatur

Burtscher Christian, „Verdeckt von drei Zauberkostümen", in: Voggenhuber/Floss, „Walze Walzer", Linz 1992

EG-Raumordnungspolitik: „EG-Integration und österreichische Raumordnungspolitik", Schriften zur Regionalplanung und Raumplanung 21, Bundeskanzleramt, Wien 1992

»Die Presse«, Wien 30. 4. 1992: Wolfgang Böhm, „In der Gemeinschaft steigen die Sozialausgaben ..."

Gramsci Antonio, „Gefängnishefte" Band 3, Berlin 1993

Europäischer (Alp-) Traum

EG am Beispiel Griechenlands 1981–1993

Günter KLODNER

Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kann unter die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die die kapitalistischen Gesellschaften beherrschen, wie etwa monopolistischer Surplus, monopolistische Konkurrenz, Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung usw., untergeordnet werden.

Die Entstehung der EG in den fünfziger Jahren entsprach den speziellen Notwendigkeiten, der allgemeinen Orientierung und der Strategie der westeuropäischen Monopole und wurde vor allem durch folgende Faktoren bestimmt:

1. Dem gigantischen Anwachsen des westeuropäischen Kapitals und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, die nationalen Grenzen zu überschreiten, daneben auch die Konkurrenz mit dem amerikanischen und japanischen Kapital, das wie das europäische Kapital danach trachtete, im größtmöglichen Ausmaß Extragewinne zu erzielen und neue Märkte zu erobern.

2. Die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft gerade in Europa und in einer krisenreichen Zeit ergab sich durchaus nicht zufällig. In einer Zeit, in der sich die beiden gegensätzlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme hier in Europa gegenüberstanden, sah sich der Westen vor die Notwendigkeit gestellt, eine wirtschaftliche Basis für seine Verteidigungsgemeinschaft, die NATO, zu bilden, die sich den im Aufstreben befindlichen sozialistischen Ländern entgegenstellte und deren Ausstrahlung auf die Arbeiterklasse der europäischen kapitalistischen Länder eindämmte.

3. In Westeuropa gab es Anfang der fünfziger Jahre eine starke Arbeiterbewegung, die geschwächt werden mußte. Als einer, der sich anbietenden Wege hiezu erschien die Vereinigung der bestehenden Monopole im Rahmen einer europaweiten, kapitalistischen Integration.

4. Die ehemaligen europäischen Kolonialmächte sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, das Loch auszufüllen, das durch den Zusammenbruch des Kolonialismus entstand. Unter den geänderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen wurde die alte kolonialistische Politik mit neuen Mitteln fortgesetzt.

5. Die europäischen Länder versuchten, die bestehende wirtschaftliche Krise und die Widersprüche zwischen ihnen zu vermindern, indem sie im Wege einer europäischen Integration die beschränkte Effektivität der Reformen, die durch nationale-staatsmonopolistische Mechanismen eingeleitet wurden, zu verbessern trachteten.

Die genannten Faktoren bewirkten, daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft von Anfang an durch einen klassenmäßigen, imperialistischen und reaktionären Charakter geprägt war.

Die Gründung der EG stellt kapitalistische Integration im imperialistischen Stadium des Kapitalismus dar. Es bildete sich somit neben den USA und Japan ein drittes imperialistisches Zentrum unter den speziellen Bedingungen des Kalten Krieges und der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems heraus, das als Bollwerk gegen die sozialistischen Länder fungieren sollte. Die bisher schon bestehenden Monopole, die sich in supranationale umgewandelt hatten, verschärften ihren Kampf um die vollständige Beherrschung und die Kontrolle des Marktes im Sinne einer noch intensiveren Ausbeutung der reichtumproduzierenden Quellen und der Arbeiterklasse. Die Aufteilung der Welt auf eine Gruppe von Großmächten nahm neue Formen an. Die Koexistenz der Monopole und des

Staates verwirklichte sich im Rahmen supranationaler Gesetzmäßigkeiten und Organe. Der parasitenhafte Charakter des Kapitalismus kam dadurch immer mehr zum Vorschein. Antidemokratische Bestrebungen und Gewalt in den dominierenden kapitalistischen Ländern verstärkten sich in zunehmendem Ausmaß. Die Ungleichheit zwischen den einzelnen Ländern und den diversen Wirtschaftszweigen sowie die Armut nahmen ständig zu.

Die Voraussetzungen für den Beitritt Griechenlands zur EG

Griechenland ist im Jahre 1981, noch unter der Regierung des jetzigen Staatspräsidenten Karamanlis, der EG beigetreten, ohne daß es vorher zu einer Volksbefragung oder Volksabstimmung hierüber gekommen ist. Die im Oktober 1981 bei den Wahlen siegreiche Pasok, die die neue Regierung unter Ministerpräsident A. Papandreu bildete, stand anfänglich dem Beitritt Griechenlands zur EG kritisch gegenüber. Papandreu selbst hatte Griechenland als Sklavenbasar des europäischen Monopolkapitalismus und als Riesenhotel für die reichen Nordeuropäer bezeichnet. Damit trug er der damals weit verbreiteten antiamerikanischen Stimmung der Griechen Rechnung, die auch hinsichtlich der EG gemischte Gefühle hegten und in ihr eine neuerliche Bedrohung ihrer wiederholt verletzten Souveränität sahen. Als der Vorsitz in der EG schließlich 1983 an Griechenland fiel, wurde die 1981 unter der konservativen Regierung Karamanlis nicht durchgeführte Diskussion über Sinn bzw. Nachteile eines Beitrittes zur EG und einen möglichen Austritt aus der EG nachgeholt. Es erwies sich jedoch wieder einmal, daß Papandreu zwar viele radikal klingende Worte verwendete, sich jedoch mit einem Weiterverbleib in der EG abgefunden hatte. Lediglich der linke Flügel der Pasok und die KPG traten als entschiedene Gegner der EG auf, doch gelang es ihnen nicht, die Forderung nach einer Volksabstimmung über den weiteren Verbleib Griechenlands in der EG politisch durchzusetzen.

Die Argumente der EG-Befürworter

Die Befürworter eines EG-Beitrittes Griechenlands argumentierten vor allem dahingehend, daß die EG für die Landwirtschaft eine wesentliche Verbesserung der Effektivität durch Anwendung modernster europäischer Methoden des Anbaues und der Gewinnung landwirtschaftlicher Produkte, für die Industrie eine Strukturverbesserung und eine enorme Steigerung der Produktivität, für alle jedoch den Zugang zu den begehrten europäischen Produkten bringen werde, die billiger als die inländischen Produkte bezogen werden könnten. Auf diese Art und Weise werde sich der Lebensstandard Griechenlands deutlich erhöhen.

Die bittere Wirklichkeit

Daß diese Argumente der EG-Befürworter Träume waren, an die sie freilich nicht einmal selbst sehr lange glauben konnten, hat sich relativ bald herausgestellt. Hiezu die folgende Tabelle, die die Entwicklung des Handelsbilanzdefizites zwischen Griechenland und der EG darstellt.

Tabelle 1

Jahr	Ausfuhren	Einfuhren	Defizit	Erhöhung %
1981	1,666	4,759	3,093	
1985	1,738	4,950	3,212	3,8
1989	3,687	8,971	5,284	64,5
1992	3,699	12,516	8,897	68,4
Werte in Milliarden US $				

Die Exporte Griechenlands stagnieren somit, das Handelsbilanzdefizit Griechenlands hat sich seit dem Beitritt Griechenlands zur EG von 3,093 Milliarden US $ auf 8,897 Milliarden US $ oder um 188 Prozent erhöht. Sehr aussagekräftig sind auch die Zahlen, was etwa die Entwicklung des Defizits auf dem Sektor des Handels mit Lebensmitteln betrifft. Hier hat sich das Handelsdefizit mit der

EG zwischen 1985 und 1992 von 427 Millionen US $ auf 1016 Millionen US $ oder um etwa 138 Prozent erhöht.

Was den Sektor der industriellen und handwerklichen Produkte betrifft, so ist hier eine mehr als dramatische Entwicklung eingetreten. Denn im Jahre 1985 betrug das Defizit mit der EG noch 696 Millionen US $, wogegen 1992, also nach je einer Regierungsperiode der Pasok und der Nea Dimokratia, das Defizit auf 3600 Millionen US $ oder um 422(!) Prozent sich erhöht hat. In diesen Zahlen kommt ganz deutlich zum Ausdruck, daß die EG Griechenland immer mehr als Einbahnstraße für ihre Exporte betrachtet. Griechenland ist mit Produkten aus EG-Ländern seit Mitte der achtziger Jahre geradezu überschwemmt worden, was jeder Tourist, der einmal einen griechischen Supermarkt besuchte und dort etwa Fische, Schafkäse und andere für Griechenland typische Produkte vergeblich suchte, dafür aber eine Unmenge an Angeboten aus anderen EG-Ländern vorfand.

Hinsichtlich der Behauptung, daß die ausländischen Produkte aus anderen EG-Länder zu günstigeren Preisen als die heimischen Produkte bezogen und daß auf diese Weise ein Anstieg des Lebensstandards erreicht werden könnte, wird auf die Tabelle 2 verwiesen, die die Entwicklung des BNP pro Kopf in Griechenland im Verhältnis zum durchschnittlichen BNP pro Kopf der EG zeigt.

Tabelle 2

1981	57,8%
1982	57,3%
1985	56,4%
1987	54,2%
1989	54,1%
1990	52,6%

Seit dem Beitritt Griechenlands zur EG ist also keineswegs die so vollmundig versprochene Erhöhung des Lebensstandards eingetreten, sondern, wie sich aus dem deutlich gesunkenen BNP pro Kopf ergibt, vielmehr ein massives Absinken des Lebensstandards. Im vereinten europäischen Wirtschaftsraum nimmt nicht mehr das einstige Armenhaus Europas, nämlich Portugal, hinsichtlich des Lebensstandards den letzten Platz ein, sondern bereits seit einigen Jahren Griechenland.

In Tabelle 3 wird das BNP pro Kopf der 12-EG Länder im Jahr 1993 dargestellt. (Bei einem durchschnittlichen BNP pro Kopf der EG von 100.)

Tabelle 3

Luxemburg	131
Deutschland	116
Frankreich	113
Dänemark	108
Belgien	107
Holland	104
Italien	104
GB	95
Spanien	77
Irland	72
Portugal	58
Griechenland	47

Bemerkenswert ist, daß noch im Jahre 1986 das BNP pro Kopf Griechenlands 55,9 des durchschnittlichen BNP pro Kopf der EG erreichte, wogegen der entsprechende Wert für Portugal 52,5 Prozent betrug. Griechenland hat sich somit trotz der von den Regierungen versprochenen Annäherung an den Lebensstandard der übrigen EG-Länder ungeachtet der Förderungen aus dem ersten Paket Delors vielmehr deutlich davon entfernt, während Portugal unerwarteterweise anschloß.

Das Märchen von den riesigen Finanzhilfen der EG

Das wichtigste Argument, von der neuen Regierung und der jetzigen Oppositionspartei Nea Dimokratia gleichermaßen verwendet, ist die Behauptung, daß die Finanzhilfen, die durch die diversen Fonds der EG, wie den Regional-, den Sozial- und den Agrarfond sowie seitens des Kohärenzfonds, also im Rahmen des zweiten Pakets Delors, gewährt werden, so enorm seien, daß damit auch die ökonomische Annäherung Griechenlands an das Niveau der übrigen EG-Länder gesichert sei.

In der Tat gibt es eine überaus reiche Erfahrung, was die Finanzhilfen betrifft, die Griechenland bisher aus den verschiedenen Fonds der EG bezogen hat. Mögen dies auch Beträge von umgerechnet einigen Dutzend Milliarden Schilling gewesen sein, so ist leicht nachweisbar, daß dadurch keineswegs der versprochene Annäherungsprozeß Griechenlands an die entwickelten europäischen Länder bewirkt wurde, sondern daß sich vielmehr die Kluft, die Griechenland wirtschaftlich gesehen von den übrigen EG-Ländern trennt, merklich größer wurde. Die Beträge, die nach Griechenland flossen, können auch nicht die gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Kosten ausgleichen, die Griechenland eben aus dem Beitritt zur EG erwuchsen. So wurden auch etwa 75 Prozent der im Rahmen der zweiten Finanzierungsprotokolle gewährten Budgetmittel zur Verbesserung der Infrastruktur verwendet, was in erster Linie dem Großkapital zugute kam. Der geringere Teil wurde hingegen in die Industrie geleitet, und auch davon zogen primär die großen Monopole der Multis, wie etwa Pechine, Titan Chalkida, Herakles etc. den Nutzen, nicht aber die einheimische griechische Industrie. Auf diese Weise kam die falsche Richtung, die die griechische Wirtschaft ohnehin schon eingeschlagen hat, umso mehr mit ihren negativen Auswirkungen zur Geltung. Die bereits dargestellte weitestgehende Ersetzung griechischer Produkte durch aus dem EG-Raum eingeführten Produkte hatte eine dramatische Erhöhung des Handelsbilanzdefizits Griechenlands gegenüber der EG zur Folge, wie in Tabelle 1 bereits dargestellt.

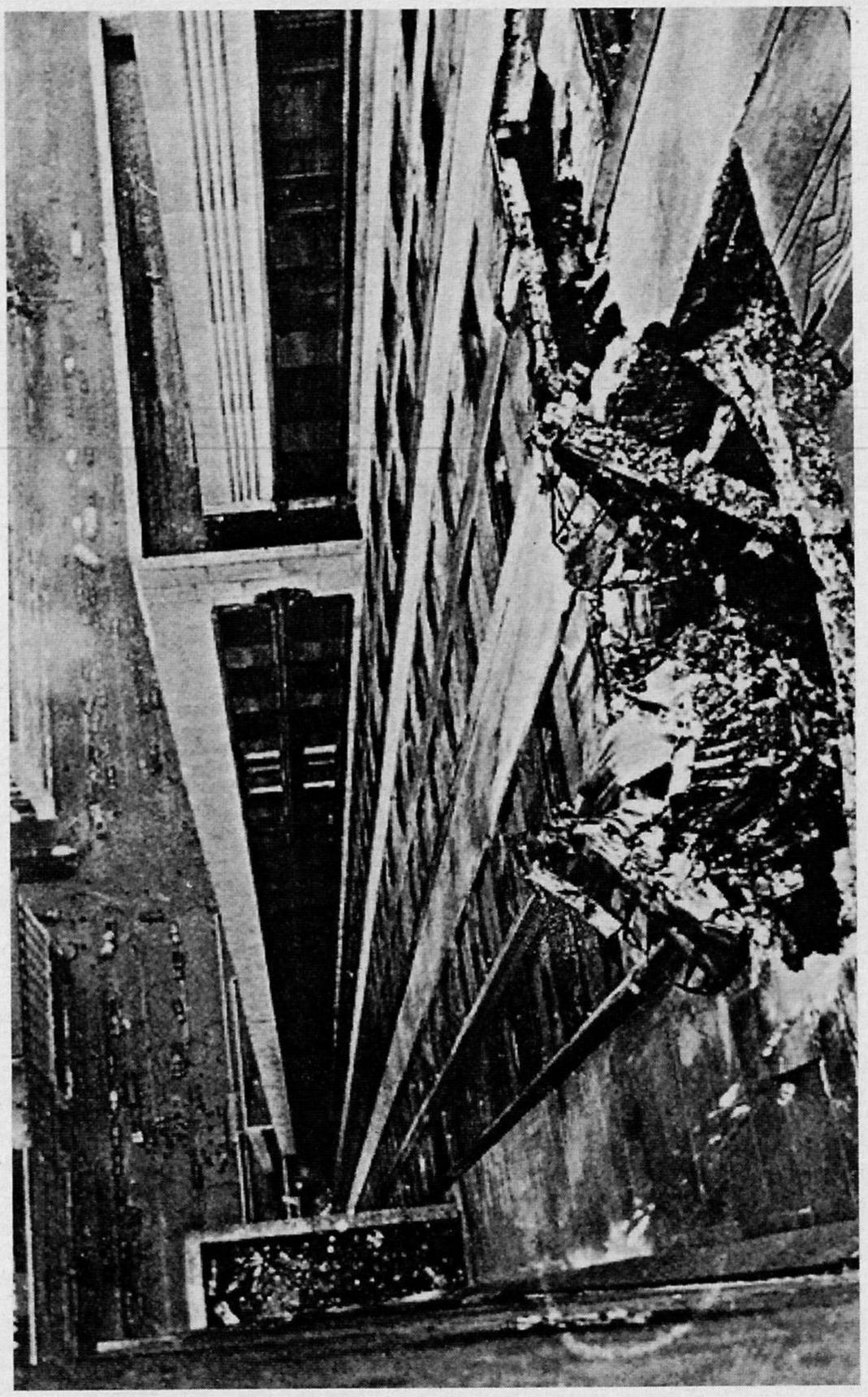
Die gewährten Finanzhilfen konnten das wirtschaftliche Abdriften Griechenlands nicht verhindern, da sie nichts zur Verbesserung der Produktionsbasis und der ökonomischen Effektivität des Landes beitrugen, Bereiche die außerhalb dieser Ziele lagen unterstützten und in vielen Fällen sogar griechische Produktion beschränkten bzw. zum Schrumpfen brachten, da damit das Handlungsfeld der EG-Monopole erweitert wurde. Die Erhöhung des Handelsbilanzdefizits beträgt somit ein Vielfaches jener Beträge, die Griechenland insgesamt aus dem ersten Paket Delors bezog.

Fazit ist nun, daß Griechenland derzeit eine schwere wirtschaftliche Krise durchmacht. Und die gegenseitige Beschuldigung der Pasok und der Nea Dimokratia, daß die Art der Verwendung der gewährten finanziellen Mittel für die Krise verantwortlich sei, hat nur relative Richtigkeit. Maßgeblich war vielmehr, daß eine radikale Änderung hinsichtlich der finanzierten Bereiche in Richtung einer Entwicklung der Industrie nicht möglich war, da zuvor seitens beider Regierungen, nämlich sowohl jener der Nea Dimokratia als auch der Pasok, jene Finanzierungsziele akzeptiert wurden, die von vornherein nichts mit der Verbesserung der industriellen Infrastruktur zu tun hatten.

Das Paket Delors II

Derzeit beruhen alle Hoffnungen der Regierung hinsichtlich des zukünftigen wirtschaftlichen Aufschwungs Griechenlands auf dem sogenannten Paket Delors II. Und wiederum werden Träume gesponnen und Fantasiezahlen von umgerechnet 150 bis 200 Milliarden Schilling genannt, die Griechenland angeblich in den nächsten Jahren daraus erhalten soll. Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Beträge, die zur Verteilung kommen sollen, überhaupt noch nicht genau bestimmt wurden. Auch unter den optimistischten Einschätzungen stellt es eine reine Utopie dar, wenn man annimmt, daß durch diese neuen Finanzhilfen die vielzitierte wirtschaftliche Annäherung an das EG-Niveau erreicht werde. Denn was bedeutet nun Annäherung an das EG-Niveau nach den Definitionen der Brüsseler Bürokraten: Eine Inflation, die maximal 1,5 Prozent über dem Ausmaß der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten in der EG liegt, also derzeit etwa 5 bis 6 Prozent maximale Inflation. Die Staatsschulden dürfen maximal 60 Prozent des BNP betragen und der längerfristige Zinsfuß soll maximal 2 Prozent über denen der Länder mit den niedrigsten langfristigen Zinssätzen liegen, derzeit wird dies etwa 10 Prozent sein.

Wie schaut nun die griechische Wirklichkeit aus? Die Inflation hat in den letzten 4 bis 5 Jahren 13 bis 17 Prozent betragen, die Staatsschulden betragen 129 Prozent des BNP oder umgerechnet mehr als 900 Milliarden Schilling, der langfristige Zinsfuß liegt bei fast 20 Prozent. Um diese Daten nun auf das von der EG gestattete Ausmaß zurechtzubiegen bedarf es also eines Kraftaktes, den der Patient Griechenland kaum überleben dürfte.



Griechenland hat sich durch die Unterschrift unter den Vertrag von Maastricht der EG total ausgeliefert. Die Brüsseler Zentrale kann Griechenland, was sich aus den Förderungsbedingungen des Kohärenzfonds klar ergibt, auch dadurch unter Druck setzen, daß es eine bereits begonnene Förderung stoppt. Dafür bedarf es lediglich eines Ratsbeschlusses, der bloß feststellen muß, daß ein gefördertes Land etwa zu hohe Staatsschulden, ein zu hohes Budgetdefizit oder eine zu hohe Inflation hat. Außerdem sind alle erhaltenen Mittel praktisch unter den ausländischen Monopolen für die Lieferung diverser Ausrüstungen, etwa für die staatliche Bahngesellschaft, für Umweltschutzfilter und sonstige Maßnahmen im Rahmen des Umweltschutzes wieder zu verteilen, nachdem die EG jede Bevorzugung griechischer Firmen, die diese Ausrüstungen ebenfalls, wenn auch vielleicht nicht zu so günstigen Bedingungen wie die ausländischen Monopole liefern könnten, verboten hat.

Schlußfolgerung

Zusammenfassend kann also die Aussage getroffen werden, daß das Paket Delors II für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung ungeheure Lasten mit sich bringt, da die Regierung erst die negativen Wirtschaftsdaten in einer beispiellosen Roßkur auf EG-Niveau hinbiegen muß. Und auch im Falle einer Erfüllung der Bedingung für den Erhalt von Finanzhilfen schwebt das Damoklesschwert des plötzlichen Stopps dieser Finanzhilfen dauernd über Griechenland, dem damit jeder Handlungsspielraum genommen ist. Daß die EG peinlich genau auf die Einhaltung ihrer Bedingungen gerade durch Griechenland, das durch die machtpolitischen Veränderungen im internationalen Maßstabe wesentlich an außenpolitischer Bedeutung verloren hat, achten wird, hat sich auch sehr bald nach dem Wahlsieg der Pasok gezeigt. Denn als der stellvertretende griechische Wirtschaftsminister Pangalos etwas von wirtschaftspolitischem Spielraum und eigenen Ideen und Entscheidungen Griechenlands faselte, bekam er durch den Ratspräsidenten Delors höchstpersönlich eine Kräftige aufs Haupt, unter Hinweis auf die Artikel 102 und 103 des Maastrichter Vertrages, aus denen sich klar ergibt, daß die Grundzüge der Wirtschaftspolitik jedes Landes nicht mehr in der Entscheidungsgewalt des eigenen Landes, sondern vielmehr in der der Ratsgemeinschaft liegt.

Die sich selbst als sozialistisch bezeichnende Pasok hat sich ebenso wie ihre konservative Regierungsvorgängerin, die Nea Dimokratia, den Brüsseler Herren auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und wird schon sehr bald die politische Rechnung dafür zahlen müssen. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Griechenlands und Österreichs lassen sich sicherlich nicht ohne weiteres vergleichen. Dennoch sollte das Beispiel des EG-Schlußlichtes eine Warnung für alle sein, die sich Wunderdinge vom EG-Beitritt, etwa auch was die Landwirtschaft und allgemein strukturschwache Bereiche der Wirtschaft betrifft, erwarten. ■

Dr. Günter KLODNER ist Jurist.

Dimensionen des Mülls

Franz SCHANDL

Es geht in der Folge darum, den Müll anhand der gesellschaftlichen Grundfragen abzuhandeln bzw. umgekehrt die gesellschaftlichen Grundfragen anhand des Mülls zu erklären. Es soll demonstriert werden, daß eine sogenannte Fachfrage keine Fachfrage ist, sondern wie jedes Problem nur aufgrund eines bestimmten gesellschaftlichen Umfelds möglich ist. Die Müllfrage soll so nicht sachlich isoliert dargestellt werden, sondern als integrierter Bestandteil einer Gesellschaftskritik. Der Fachstandpunkt ist einer „innerhalb des bürgerlichen Horizonts"[1]. Den gilt es heute wieder zu überschreiten. Die Müllfrage ist zu brisant, um sie den Experten zu überlassen.

Abfall und Müll

Der Inhalt des Mülls ist nicht mit seiner stofflichen Substanz zu verwechseln. Inhalt meint nicht chemische Zusammensetzung und chemische Reaktion. Inhalt meint gesellschaftlichen Charakter. Wir wollen so heute nicht bloß über den Müll reden, wir wollen vielmehr sagen, was er ist. Der Anspruch ist kein bescheidener, aber er ist doch klar: Wir können den Müll nicht in den Griff bekommen, wenn wir keinen Begriff davon haben. Das soll hier zumindest in Ansätzen geleistet werden.

Abgrenzen wollen wir uns von Definitionen, die außer empirischen Aufzählungen wenig zu bieten haben, zum Beispiel die ÖNORM 2000 bzw. 2100 für Müll und Sonderabfall.[2] Abgrenzen wollen wir uns aber ebenfalls von Ansichten, die Müll zu einer Metakategorie machen und ihn wie Grassmuck/Unverzagt auch schon in der Antike entdecken, gleichsam aber dann doch den qualitativen Unterschied zugeben müssen, freilich ohne Schlüsse daraus zu ziehen. Sie schreiben: *„Früher mag der Müll das Veraltete gewesen sein, das man wegwarf, um es der Verwesung oder der Verwitterung zu übergeben:"*.[3] Eben. Die beiden Autoren sind daher auch typische Vertreter einer unreflektierten Gleichsetzung von Abfall und Müll: *„Abfall ist der Endzustand eines Produkts nach der Phase seiner Verwendung"*[4], meinen sie. Der Müll mag Zustände erzeugen, er selbst kann sich in keinem Endzustand befinden. Im Prozeß der Abfallwerdung vergeht und zergeht er, wird von der Umwelt irgendwann mühsam abgebaut und wieder in sie aufgenommen.

Nichts, was einmal gewesen ist, kann spurlos verschwinden. Alles, was ist, hinterläßt sich. Es fragt sich immer nur, wie und mit welchem Nachdruck. Welche Wirkungen es vergehend entfaltet. *„Denn die Sache ist nicht in ihrem Zwecke erschöpft, sondern in ihrer Ausführung, noch ist das Resultat das wirkliche Ganze, sondern es zusammen mit seinem Werden; der Zweck für sich ist das unlebendige Allgemeine, wie die Tendenz das bloße Treiben, das seiner Wirklichkeit noch entbehrt, und das nackte Resultat ist der Leichnam, der die Tendenz hinter sich gelassen hat."*[5] Kurz übersetzt: Am Müll interessiert allgemein nicht nur sein Zweck, sondern sein ausführendes Verhalten, nicht nur sein Herkommen und Aufkommen, sondern seine vergehende Entwicklung, die eine potentielle Gefährdung darstellt: Die Zeit vor dem Resultat, das nur von der Umwelt wiederaufnehmbarer Abfall sein kann. Was am Müll am meisten stört ist, daß er zuwenig tot ist.

Herkömmlicher Abfall zeichnet sich durch weitgehende Bedürfnislosigkeit aus, er darf vergessen werden, weil er vergeht. Müll hingegen ist gekennzeichnet durch verschiedene Stufen der Bedürftigkeit und Aufmerksamkeit. Er bedarf in jedem Fall der menschlichen Behandlung, eben weil er nicht konsequenzlos beseitigt werden kann. Der Mensch muß so den Müll überwachen und kontrollieren, um ihn an destruktiven Reaktionen zu hindern. Er schützt sich somit vor etwas, was er selbst erzeugt hat. Der Fortschritt in der Menschheitsgeschichte tätigt auch ein Fortschreiten in Quantität und Qualität der zu überwachenden Reste menschlicher Produktion und Konsumtion. Diese Tendenz ist aber nicht uneingeschränkt entwickelbar, sie kennt objektive wie subjektive Schranken. Gemeint sind hier die Aufnahmefähigkeit durch die Umwelt und die Ökologiebewegung.

Müll ist deponiebedürftiger Abfall. Einer, der uns nicht in absehbarer Zeit durch Verfall verlassen kann, einer, der bleibt und beobachtet werden muß. Ein Nichtmehrgut, daß ein Nochnichtabfall ist, nennen wir Müll. Er ist in unserer Definition auch nicht wiederverwertbar, ist er wiederverwertbar, ist er nicht Müll (Altglas, Altpapier).

Philosophie des Mülls

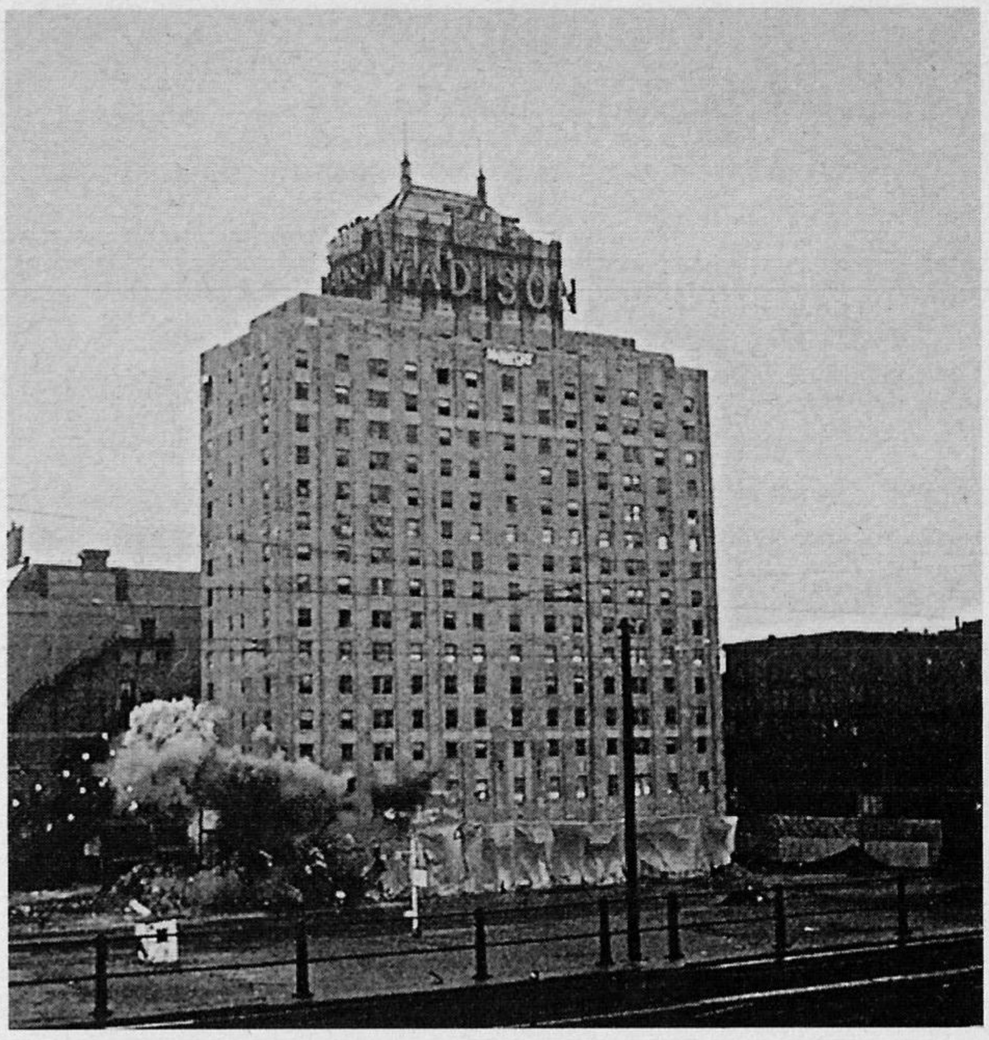
Müll, das heißt Weghabenwollen ohne Weghabenkönnen. Müll ist das Dasein, das ein Wegsein sein soll. Beseitigung, so eines der Lieblingsvokabel der ökologischen Neusprache, unterstellt aber gerade diese Überführung von einem Dasein in ein Nichtsein. Was freilich für den Müll nicht zutreffen kann. Er ist nicht weg, nur weil er weggeschafft wurde. Der Müll ist nicht beseitigbar, sondern bloß beiseitigbar. Es gibt keine Müllbeseitigung, es gibt nur eine Müllbeiseitigung.

Der Mensch will sich also einer „Sache" entledigen, ohne die „Sache" erledigen zu können. Müll ist Abfall, bei dem Entledigung und Erledigung nicht einmal mehr tendenziell zusammenfallen. Das zeitliche Problem versucht der Mensch durch räumliche Absonderung in den Griff zu bekommen. Die Antwort kann nur Deponie lauten.

Philosophisch betrachtet ist der Müll vorerst einmal ein Zeitproblem, das zu einem Raumproblem wird. Eben weil er gelagert und belagert werden muß, der Deponie und der Kontrolle bedarf. Eben weil er sich nicht anschickt in kurzen Fristen zu verschwinden (wie der uns bekannte Mist oder der herkömmliche Abfall), muß er aufgehoben werden. Das

Wann zwingt zum Wo, und seither diskutieren wir alle das Wohin. Fragen sollten wir uns aber vielmehr nach dem Woher, zeitlich und räumlich, formal und inhaltlich.

Zentrale Frage ist das Entledigungs-, bzw. das Erledigungsproblem. An diesen Begriffen ist auch der qualitative Umschlag von Abfall in Müll festzumachen. Jeder Müll ist Abfall, aber nicht jeder Abfall ist Müll. Abfall hat es immer gegeben, Müll hingegen ist eine spezifisch moderne Kreation. Müll ist also keine Metakategorie wie Abfall, sondern ein Begriff, der vorerst einmal auf die modernen warenproduzierenden Systeme (seien sie kapitalistisch, seien sie „real-sozialistisch") zu beschränken ist. Müll ist nur jener Abfall, dessen Erledigung der Entledigung in einem problematisch zeitlichen Abstand nachfolgt. Auch wenn jeder Müll irgendwann einmal Abfall wird, können Entledigung und Erledigung im Müll nicht mehr zu jener Identität finden, die im herkömmlichen Abfall noch grundgelegt ist. Die Dauer seiner Belastung, seiner zukünftigen, heute oft nicht vorhersehbaren, Belastungen macht den Müll zu einem spezifisch modernen Problem.



Neusprache des Mülls

Die dem Müll verordnete Sprache ist nicht bloß schlampig und verniedlichend, sondern sie ist in jeder Hinsicht irreführend. Entsorgung deutet Sorgenfreiheit an, Entsorgungspark soll an Vergnügungspark erinnern, Abfall Wegfall unterstellen, Beseitigung gar Problemlösung attestieren. Das sind Begriffe, die kein Begreifen zulassen wollen, sondern das Problem mit einem spezifischen Vokabular „entsorgen" und „beseitigen". Es gilt heute diesen herrschenden Sprachduktus konsequent zu brechen, auf allen Ebenen zu destruieren.

Was für die herrschende Seite gilt, gilt aber auch für die Opposition. Wer laufend von „Umweltsünden", „Umweltvergehen" oder gar „Umweltverbrechern" spricht, alles mit diesen Worten benennt, verschleiert die Strukturen durch Moralisierung und Kriminalisierung. Außer frommen Wünschen und dem Ruf nach dem Staatsanwalt und strengeren Gesetzen fällt dieser Politik herzlich wenig ein. Sie will das Böse überführen anstatt das System und seine Logik zu erklären. Von Fleming bis Pilz herrscht da eine Sprache vor, die nicht aufklärt, sondern mit ihren Worten die Verhältnisse verdunkelt.

Auch der Begriff „Sache" verdeutlicht diese terminologische Fehlleistung. Müll ist eben alles andere als sachlich und somit eine Sache. Wäre er das, wäre er weit weniger gefährlich. In seinem Widerstreben gegen jedwede Metaphysik ist der Müll durch und durch unsachlich. Er ist deswegen unsachlich, weil er noch weniger als viele andere Dinge bei sich bleiben kann, sondern sich verflüchtigt in die Luft oder versickert in das Grundwasser. Wenig Objekte haben uns das – dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlagend – so deutlich vor Augen geführt. Der Müll ist noch weniger Sache als andere Sachen. Das gerade macht ihn ja so gefährlich, weil seine Gefährlichkeit einerseits groß, andererseits diese Größe oft an keine sinnliche Wahrnehmung geknüpft ist, sie unsichtbar, unhörbar, unspürbar ist. Der Müll ist ein Unding schlechthin.

Das Gefährliche gibt es nie in reiner Form, immer nur in einer spezifischen Konstellation, Verbindung oder Mischung. Gefährliches kann Gefährliches aufheben, wie Ungefährliches Ungefährliches gefährlich machen. Das ist das Gefährliche an dem Gefährlichen. Wir wissen viel, aber wir wissen nicht, ob sich die Giftstoffe in uns addieren, subtrahieren, multiplizieren oder dividieren. Ob und wie sie sich potenzieren oder nullifizieren kann oft nicht einmal erahnt werden. Außerdem ist jeder Mensch sein eigenes gesellschaftliches Ensemble. Woran der eine stirbt, tut dem andern oft gut. Ökologische Gefährdungen sind somit keine linearen, sondern potentielle. Was wir riskieren, muß nicht unbedingt eintreten. Das begründet auch die weitverbreitete Hoffnung, daß es einen selbst schon nicht erwischen wird.

Produktion und Müll

Die Frage, die sich nun stellt, ist folgende: Ist das Müllproblem in seinen heutigen wie in seinen absehbaren Dimensionen eine Folge der entwickelten Produktivkräfte oder eine der Produktionsverhältnisse? Je nachdem wir diese Frage beantworten, wird unsere Kritik sich entweder gegen den Industrialismus richten oder aber gegen den Kapitalismus. Hier scheiden sich kulturpessimistische und sozialistische Kritik.

Umweltbelastende Produktions-

verfahren und Produkte sind zweifelsfrei die Hauptursache von Umweltschäden. Diese Schäden werden selbstverständlich nicht willentlich herbeigeführt, sie entstehen gleichsam als Neben- und Folgeprodukt industrieller Aktivitäten. Trotz ökologischer Musterbetriebe in einigen geschützten Marktnischen ist zu betonen, daß die konsequente Umsetzung ökologischer (aber auch sozialer) Forderungen in einem einzelnen Betrieb dessen Chancen am Markt verschlechtert, weil seine Produkte einen höheren Kost- und Produktionspreis aufweisen. Was nicht gegen die ökologischen Forderungen spricht, sehr wohl aber ihre Inkompatibilität behauptet, sind sie wirklich radikal gedacht und formuliert.

Die Industrie verhält sich also nur so, wie sich die Industrie verhalten muß, will sie Industrie bleiben. Auch wenn dabei die Erde zugrundegeht. Die Betriebe sind bei Strafe des ökonomischen Untergangs angehalten ihre Kosten möglichst gering zu halten. Betriebswirtschaftlich muß es daher jedem Unternehmen darum gehen, die Selbstkosten zu beschränken und die Folgekosten zu externalisieren. Letztere werden auf die Allgemeinheit oder auf Dritte abgewälzt. Dies ist eine immanente Bedingung kapitalistischen Wirtschaftens.

Die kapitalistische Produktion dient der Akkumulation von Kapital, der Verwertung des Werts, nicht der Konsumtion, wie die klassische Ökonomie von Smith bis Keynes annahm.[6] Nicht der menschliche Konsum steht also im Mittelpunkt der heutigen Wirtschaft, sondern der kapitalistische Konsum, kurzum Profit genannt. Sie ist nicht Produktion um der Konsumtion Willen, auch wenn in der Produktion die Produkte erst verwirklicht werden, *„denn Produkt ist das Produkt nicht als versachlichte Tätigkeit, sondern nur als Gegenstand für das tätige Subjekt“*[7]. Sehr deutlich beweisen das heute die ökonomisch sinnvollen wie notwendigen Produktvernichtungen zum Abbau von Schweinebergen oder Milchseen. Das Gerede vom falschen Konsumverhalten lenkt also die Debatte nur auf falsche Bahnen, sieht die Oberfläche, will aber die Grundlagen des Verhaltens nicht wahrnehmen. Um Karl Marx gleich weiterzuzitieren: *„Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion.“*[8] Die menschlichen Bedürfnisse in Form der Konsumgewohnheiten entsprechen in ihrem Durchschnitt der aktuell möglichen Produktion.

Sozialisierung des Mülls

Die heutige Produktion ist einerseits gekennzeichnet durch einen Zwang zum kurzfristigen Gebrauchen oder besser: Verbrauchen von Gütern. Die Fristen der Existenz eines Produkts verkürzen sich. Der Fall tendiert zum Augenblick. Andererseits ist sie gekennzeichnet durch einen Zwang zur langfristigen Deponierung von Abfallprodukten, die, unabhängig, wo sie abfallen, ihren Ursprung in der Produktion haben. Durch die Quantität der Mengen und die stoffliche Qualität der Substanzen vergrößert sich der Deponieraum und verlängert sich die Deponiedauer. Der Abfall tendiert zur Unendlichkeit. Die Beschleunigung der Produktion und die fortgeschrittene Naturbearbeitung haben zu folgendem grotesken Umstand geführt: Die Produkte sind weniger langlebig als ihre Abfälle.

Der Müll verdeutlicht aber ähnlich anderen Folgekosten, daß Vergesellschaftung stattfindet, wenngleich bloß negativ, was meint: die Nachteile werden sozialisiert, die Vorteile bleiben privatisiert. Dieser Widerspruch kann nur gelöst werden durch die allseitige Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nicht durch Privatisierung der Folgekosten. Dies ist auch der Punkt, wo es gilt, sich von der großen Illusion der Ökologiebewegung, dem Verursacherprinzip entschieden abzugrenzen. Es geht in seinem sachlichen Konstruktivismus davon aus, daß es meistens unzweideutig möglich ist, die sogenannten Umweltschädiger dingfest zu machen. Schäden haben jedoch komplexe Grundlagen, sie werden nur in Ausnahmefällen quantifizierbar sein. Das Verursacherprinzip verkennt den gesellschaftlichen Gehalt der Umweltzerstörung, reduziert diese auf individuelle Fehlleistungen und Unterlassungen. Schlußendlich wird das Verursacherprinzip auf Umweltzertifikate oder besser: Verschmutzungsrechte und ein Umweltversicherungssystem hinauslaufen. Nicht der Profit wird dadurch beschnitten, sondern es entstehen den Konsumenten nur neue Belastungen, denn auf sie als letztes und schwächstes Glied der ökonomischen Kette werden alle außerökonomischen Eingriffe, die betriebswirtschaftlich nichts anderes als Unkosten sind, übergewälzt. Das Verursacherprinzip läuft auf folgende Alternative hinaus: Zahlt die Allgemeinheit oder zahlt die Allgemeinheit? Das Wie sollte nicht die qualitative Identität verschleiern.

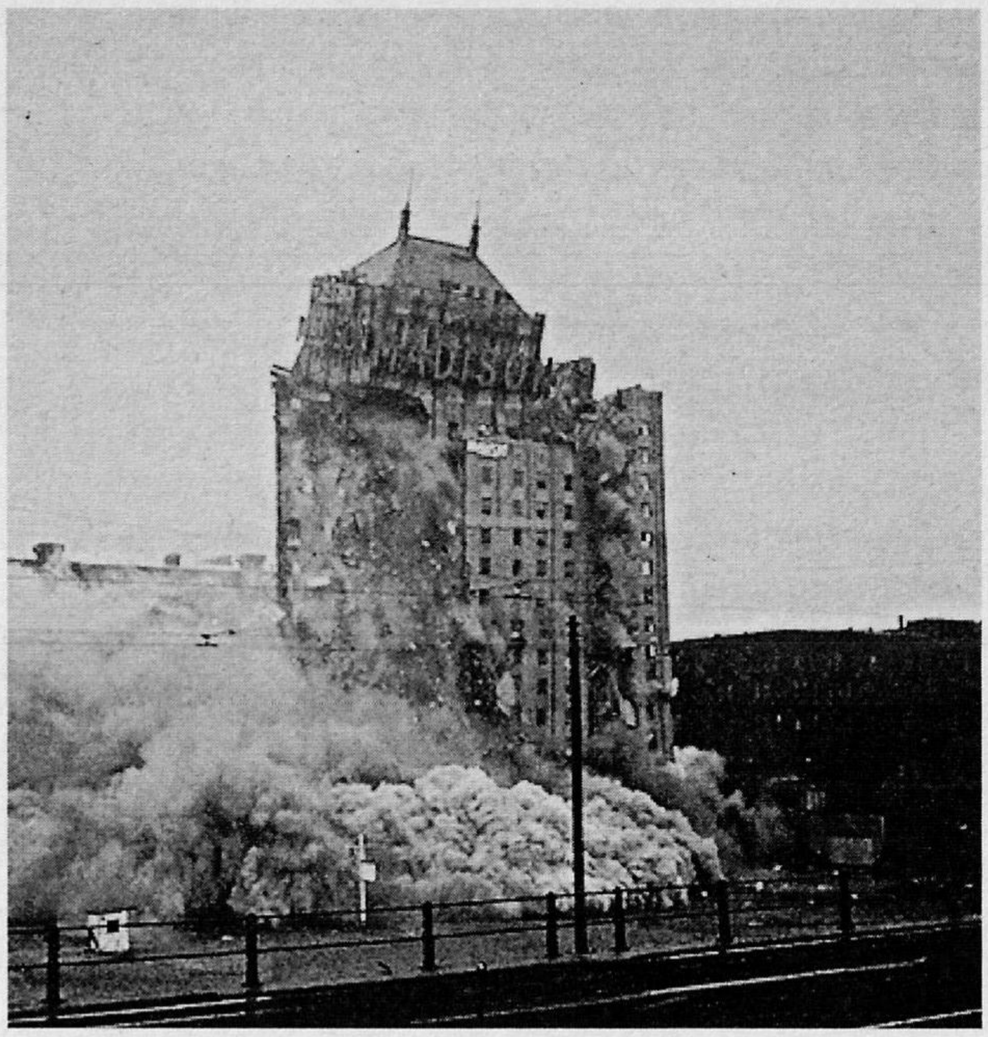
Das zwischenzeitliche Privatisierungsgeschrei, das heute alles übertönt, hat sich auch in der Ökologiebewegung breitgemacht. Unreflektiert wird es nun auch dort breitgetreten. Die Privatisierung der social costs ist ökologische Augenauswischerei. Die Folgen sind weder zufriedenstellend terminisierbar, noch lokalisierbar, geschweige denn formal beweisbar und inhaltlich begründbar. Mit einer erweiterten Kostenrechunung á la REFA ist dem Problem nicht beizukommen. Ökonomisch ist es daher unmöglich, diese Kosten zu mathematisieren, zu monetarisieren und somit zu internalisieren. Jede Computersimulation muß daran scheitern. Die unbestimmbare und unmeßbare Externalisierung kann in keine bestimmbare und meßbare Internalisierung überführt werden.

Um nur das Beispiel der zeitlichen Schwierigkeit herauszugreifen: Wie errechnet man etwa zukünftige gesellschaftliche Kosten, die durch heutige Produktion verursacht werden? Je zukünftiger die Kosten, desto geringer unsere Möglichkeiten. Sie können also – will man seriös bleiben – nicht Eingang in eine gegenwärtige Preiskalkulation finden, höchstens in eine wilde theoretische Preisspekulation. Müll bedeutet jedenfalls eine Umverteilung heutiger Produktionsfolgen in die Zukunft. Er ist eine unwillkommene Hinterlassenschaft an nachfolgende Generationen, eine Problemverschiebung zuungunsten der Kommenden. Sie haben ihn, ohne direkt etwas davon gehabt zu haben.

Der Müll ist nicht in den Griff zu bekommen, weil die Produktion sich nicht im Griff hat. Das ökonomische Destruktionspotential des Kapitalismus ist allerorten spürbar, auch wenn es nicht in seiner Funktionsweise, sondern in seiner Superstruktur (kriminelle Unternehmer, unfähige Politiker, korrupte Beamte, schleißige Konsumenten etc.) verortet wird. Das Wachstum der Produktivkräfte (und

es war noch nie so groß) ist erstmals kleiner als die Destruktivkräfte an Mensch und Umwelt. Die fortschrittliche Mission kapitalistischer Produktion und somit der gesamten Gesellschaftsformation ist am Ende, das verdeutlicht sich auch am Müll, der Kehrseite der Produktion. Denn nichts anderes ist Müll: Er ist die negative Dialektik des Fortschritts, der kapitalistischen Industrialisierung, die immanente Kehrseite des Systems.

Die Müllproblematik ist somit auch nicht politisch bewältigbar, sondern bloß verwaltbar. Politik, ob schwarz, ob rot, ob grün hat nur die Chance professionell oder weniger professionell ihre Hilflosigkeit zu dokumentieren. Sie ist schlichtweg überfordert. Was sie lösen soll, kann sie gar nicht lösen. Die Möglichkeiten der Politik dürfen nicht überschätzt werden, sie ist zweifellos die falsche Adresse. *„Gerade weil das System hier unmittelbar gar nichts ausrichten kann, ist es umso wahrscheinlicher, daß sich hier Kommunikation über ökologische Themen einnistet und ausbreitet“*[9], ätzt der führende deutsche Systemtheoretiker Niklas Luhmann.



Tauschwert und Müll

Müll ist die Negation des Gebrauchswerts an sich, beim Tauschwert allerdings kehrt er das Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer um. Der Nehmer hat bezahlt zu werden, der Geber hat zu zahlen. Die kapitalistische Logik wird damit nicht ausgeschaltet – der Wert realisiert sich weiterhin durch Geld im Tausch –, aber doch auf den Kopf gestellt. Die Kehrseite der Produktion kehrt auch die Ware-Geld-Beziehung um.

Zusehends problematisch wird, daß beim Verkauf einer Ware der Gebrauchswert sich ständig gegenüber dem Tauschwert relativiert. Um den Tauschwert zu realisieren, die Absätze zu sichern, muß das Produkt schnellebig sein. Die kapitalistische Ware fällt so oft hinter die technischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung zurück, was wiederum nichts anderes heißt, als daß diese die Grenzen von jener zu sprengen beginnt. Der Gebrauchswert wird aktuell immer mehr zum Verbrauchswert, um den Tauschwert zu retten. Mit Günther Anders müssen wir uns sogar fragen, ob hier überhaupt noch Eigentum in klassischer Form angeeignet werden kann: *„Konsumprodukte erlöschen durch ihre Verwendung. Sie sind da, um nicht mehr da zu sein. Verwendetwerden und Liquidiertwerden fallen bei ihnen zusammen. Eigentum können sie also nicht werden bzw. nur insofern und nur so lange, als sie nicht verwendet werden. Da ihre Verwendung (also die Liquidierung ihres dinglichen Bestands und ihres Eigentum-seins) die Produktion weiterer Konsumprodukte erforderlich macht, diese also fördert, ist es begreiflich, daß die Industrie als ganze danach trachtet, diese Förderungsmethode zu übernehmen; also den Ding- und Eigentums-Status ihrer Produkte gleichfalls aufzuheben.“*[10] Die Haltbarkeit ist in dieser Betrachtung dann bloß noch Diebstahl am Produzenten.[11]

Was für das zirkulierende Warenkapital gilt, gilt aber auch für das fixe Kapital, das heißt die Umwälzung und *„der Wechsel der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres beständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleißes, lange bevor sie physisch ausgelebt sind“*[12]. Die Umschlagszeit des Kapitals und der moralische Verschleiß der Produktionsmittel kollidieren zusehends. Die Geräte gieren ersetzt zu werden, bevor sie entsprechend genützt worden sind. Kaum gekauft, ist das bessere Nachfolgeprodukt schon auf dem Markt. Die Geräte altern vor der Zeit. Auch hier führt sich der klassische Eigentumsbegriff ad absurdum.

Um den Tauschwert zu realisieren, muß das Produkt aber nicht nur real, sondern auch fiktional schnellebig sein, das heißt es muß über das Produkt hinaus ein enormer Aufwand getrieben werden. Werbung und Mode suggerieren ein Habenmüssen, das die Qualität des Daseins erst ausmacht. Das Design der Ware geht vor dem Sein des Produkts; obwohl ohne letzteres nichts, wird es größer als dieses. Der Gebrauchswert ist beim Verkauf, das heißt bei der Wertrealisierung, von untergeordneter Bedeutung. Das Produkt muß als Ware durch die Verpackung etwas vermitteln, was eigentlich nicht zu seinem substantiellen Charakter zählt. Das Design ist gebrauchswertunwichtig, aber tauschwerttüchtig. Der Fetischcharakter der Ware erfährt ein zusätzliches Moment. Die Buntheit der Welt spiegelt sich in den Waren, nicht aber im Leben wieder.

Der Müll wird in der Produktion

geschaffen, unabhängig davon, ob er sich dort, in der Zirkulation oder der Konsumtion realisiert. Der Großteil des Mülls bleibt aber bereits dort liegen. Das Verhältnis Hausmüll zu Industriemüll dürfte ungefähr im Verhältnis von 1:12 stehen.[13] Schwierigkeiten den Industrie- und Gewerbemüll zu erfassen, gibt es zuhauf. Sowohl was Quantität als auch Qualität betrifft. Betriebs- und Geschäftsgeheimnis verhindern Information über die verwendeten Stoffe, den Produktionsprozeß, die produzierten Mengen, die Zwischenlagerung des Mülls etc. Was auf die Öffentlichkeit an Folgen zukommt, kann nur gemutmaßt werden.[14] Die Betriebe sind black boxes, sie sagen nur, was sie sagen wollen. So ist es auch verständlich wie bezeichnend, daß auf die vorletzte gesamtösterreichische Abfallerhebung des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen aus dem Jahr 1984 ganze 85 Prozent der rückmeldenden Betriebe auf die Frage, ob es zu Umweltbeeinträchtigungen bei der Sonderabfallbehandlung oder -beseitigung in ihren Betrieben käme, die Antwort verweigerten.[15] Den somit zwingenden Bankrott der österreichischen Müllpolitik brachte einmal die unvergeßliche Marlies Fleming in ihrer unschuldig-naiven Art auf folgenden Punkt: *„Ich war mir von Beginn meiner Ministerschaft an darüber im klaren, daß es zu meinen Aufgaben gehören wird, den Müll, den Mist, den Abfall, den andere mehr oder minder verantwortungslos irgendwohin streuen, wegzuräumen. (....) In Österreich werden jährlich, meine Damen und Herren, 400.000 Tonnen gefährlichen Sondermülls produziert. Dazu kommen noch Sondermüllmengen, die importiert werden. Niemand weiß in Österreich, wieviel Sondermüll, welche Art von Sondermüll sich wo gerade in Österreich zu welchem Zwecke befindet. Auch das von Ihnen immer wieder so gepriesene ÖBIG versucht seit Jahren, irgendwelche Zahlen zusammenzubringen, dies sind Zahlen aus dem Märchenlande. Niemand weiß in Österreich, wo Sondermüll ist, wieviel es ist und von welcher Art und Weise er ist.“*[16] Man kann sich das auf der Zunge zergehen lassen, aber gleichzeitig muß es einem kalt über den Rücken hinunterlaufen. Bisher hat sich da nichts geändert.[17]

Die Müllaufklärung läuft unter dem Motto: „Was sind wir denn für Schweine!“ Da wird so getan, als sei das unlogisch und unmöglich, was wir da machen, derweil ist es nicht nur möglich und logisch, sondern zwingend. Schlechtes Gewissen soll erzeugt werden, nicht Wissen oder gar Bewußtsein, warum das so ist, ja so sein muß. So wird der Müll mystifiziert, sein gesellschaftlicher Inhalt verschwindet in der Bejammerung der stofflichen Substanz. Anstatt die Zwangslogiken zu erkennen, sie zu begreifen, über sie nachzudenken, zu zeigen, was hinter dem Müllsystem und seinen ungustiösen, ja bedrohlichen Erscheinungen steckt, vermeint man, der Einzelne könne durch bewußten Kauf oder bewußte Sortierung viel mehr ausrichten als sein und unser Gewissen zu beruhigen.

Konsum und Müll

Der willige Konsument wird zu Unrecht zum Prügelknaben der offiziellen wie der ökologischen Argumentation, er wird ob seiner Angepaßtheit getadelt und gescholten. Angesagt ist vielmehr die Aufklärung über den und des Konsumenten, eine Diskussion über seine Bedingtheit wie seine engen Handlungsmöglichkeiten. Auf jeden Fall werden heute alle ökologischen Problemlinderungen finanziell auf seinem Rücken ausgetragen, der Konsument ist es, der gleich zweimal zu zahlen hat: für die Versorgung wie für die „Entsorgung“. Ein Beispiel dazu: Der Konsument kauft eine Ware samt ihrer Verpakkung, das heißt er zahlt einen Tauschwert in Form von Geld, kann jedoch nur einen Teil des Erstandenen in der Konsumtion realisieren. Der Rest ist Abfall respektive Müll. Er zahlt nun für das Produkt wie für die Beiseitigung der Reststoffe. In der Verpakkung hat der Konsument ein unkonsumierbares Produkt erstanden, für das er bei der Weggabe auch noch zahlen muß. Draufzahlen nennt man diese allgemeine oder besser gemeine Selbstverständlichkeit.

Der Konsument kann strenggenommen gar keinen Müll schaffen, auch wenn er bei ihm an- bzw. abfällt. Er bekommt ihn bereits geliefert. Der Müll ist keine Frage der Distribution oder der Konsumtion, höchstens man folgt den ideologischen Erzählungen der Abfallwirtschaft oder einigen übereifrigen Autoren, die im Verbraucher den Müllproduzenten sehen wollen.[18] Er ist Folge der spezifischen kapitalistischen Produktion, die blind gegenüber Mensch und Umwelt ist. Grundlage davon ist der kapitalistische Zwang zur möglichst raschen Verwertung des Werts, kurzum der Kapitalbildung als Gesetz der Ökonomie, unabhängig davon, in welchem Ausmaß sie Mensch und Umwelt vernutzt.

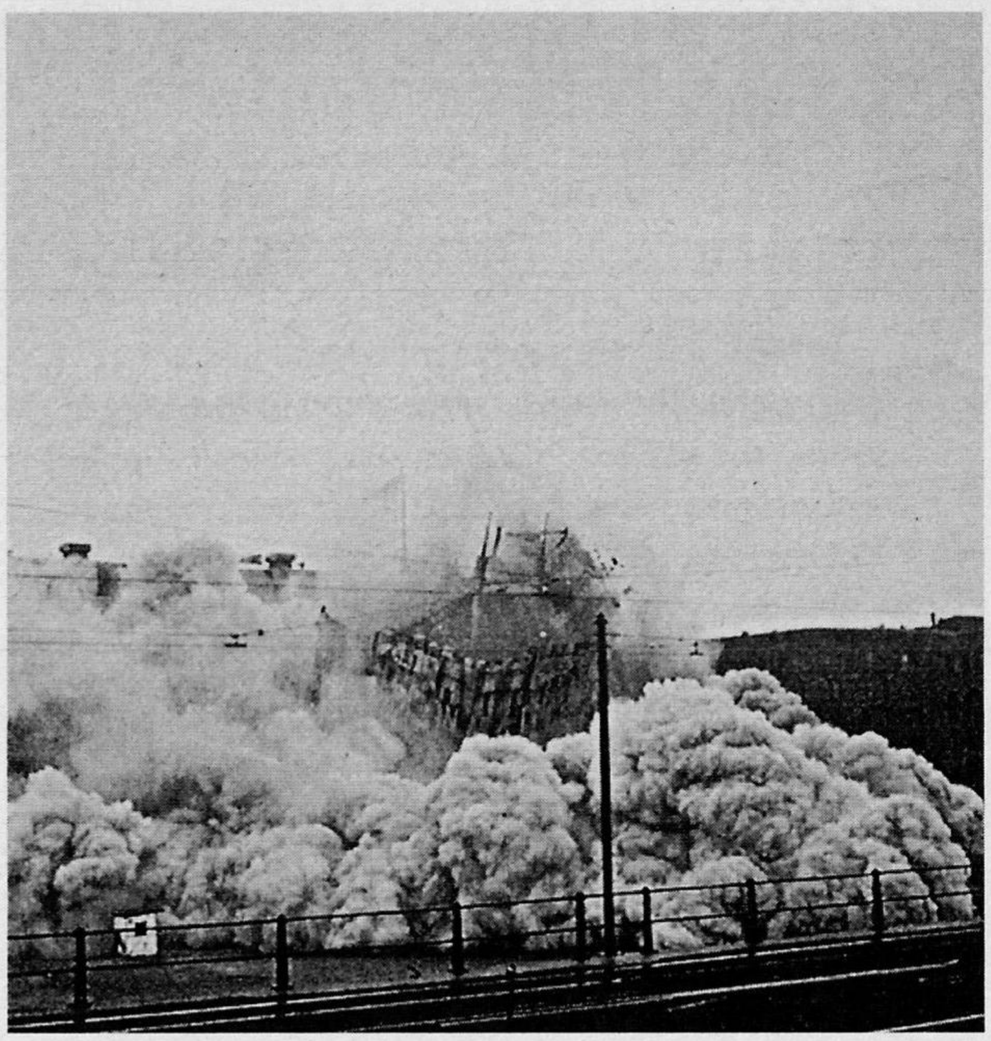
Zukunft des Mülls

Die Erfolge der Umweltbewegung liegen bisher weniger in der Beseitigung menschen- und umweltgefährdender Produktion als vielmehr in der Verteuerung, die letztendlich auf den Konsumenten abgewälzt wird. So werden die Konsumenten für das, was letztendlich zu ihren Ungunsten stattfindet, auch noch bestraft. Insofern hat die Frontstellung bestimmter Konsumentenorganisationen (ÖGB, Autofahrerclubs etc.) gegen Grüne und Umweltschützer durchaus einen rationalen Kern.

Die Abfallwirtschaft ist jedenfalls als profitabler Teil der Gesamtwirtschaft geplant. In der Gesellschaft entsteht ein bedeutender Reparatur- und Beiseitigungssektor (z. B. die „Abfallhirten“), der sich zunehmend ausdehnen und eigenständige Interessen verfolgen wird. Das Geschäft mit und um den Müll wird zu einem florierenden Industriezweig, zu einer der wenigen Wachstumsbranchen. Müllerzeugung und Müllbeiseitigung ergänzen sich glänzend. Die Produktion ist hingegen keineswegs ökologischer geworden, es werden nur mehr „ökologische“ Produkte hergestellt bzw. Umweltschäden saniert. Diese „Ökoindustrie“ kann nur wachsen, wenn es bleibt wie es ist, wenn genug Luft verpestet und genug Müll produziert wird. In der Entsorgungsbranche herrscht jedenfalls Goldgräberstimmung. Nicht die Ökonomie wird der Ökologie untergeordnet – das geht heute auch gar nicht –, sondern die Ökologie wird in die Ökonomie integriert. Nicht die Bedrohung von Mensch und Umwelt soll in der Tendenz beseitigt werden, nein: die letzten freien Güter (Wasser, Luft) sollen ihren Preis erhalten, zu Waren werden. Reparatur, Sanierung und Aufbereitung garantieren gute Geschäfte.

Das Nachsorgeprinzip ist der zentrale Gedanke der gegenwärtigen Umweltpolitik. Die Politik wird zweifellos die gröbsten Mißstände korrigieren. Dazu ist sie da. Mehr kann sie nicht. Schadensverursacher und Schadensverminderer werden

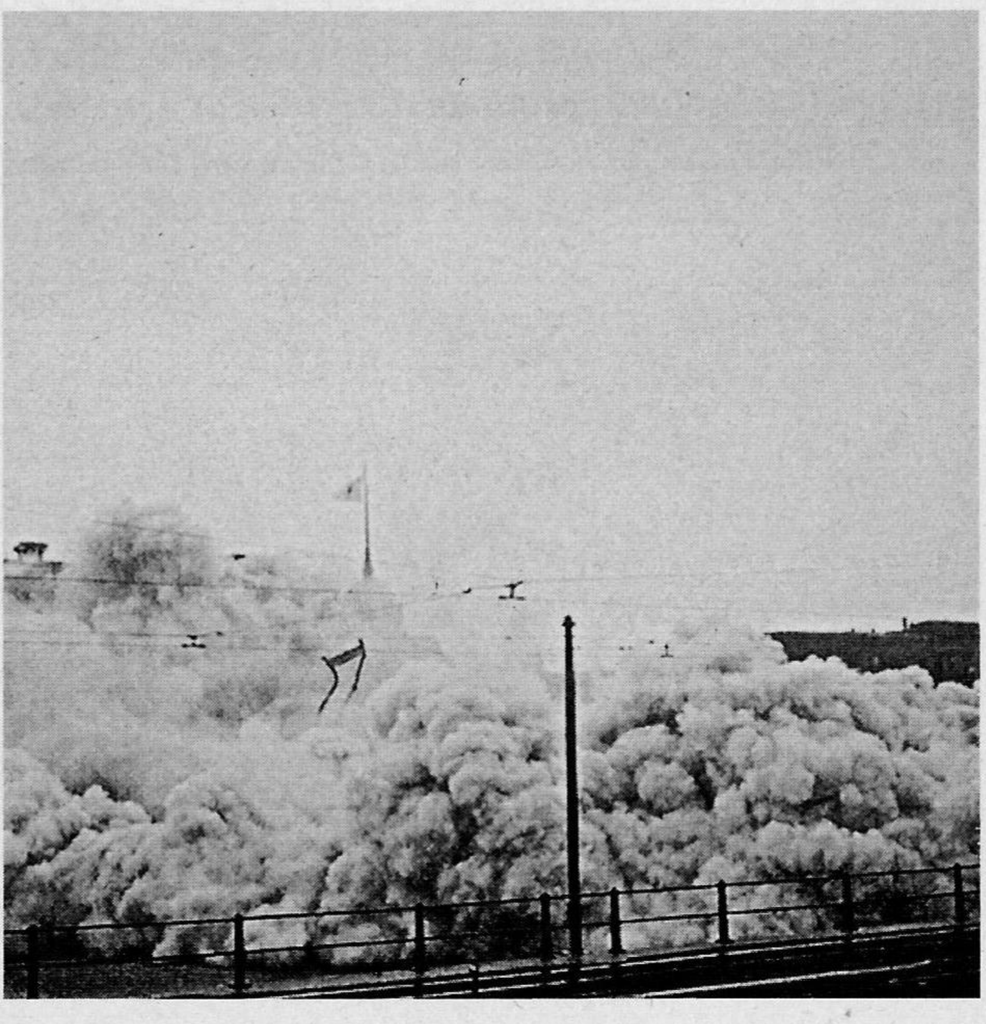
sich glänzend ergänzen und eine starke Lobby bilden. Darüber sollte auch nicht deren aktueller Konflikt hinwegtäuschen, indem die Schadensverminderer sich über die Liefertätigkeit der Schadensverursacher sich beschweren. Das sind lediglich Einstiegs- und Umverteilungsprobleme.



Strategie und Müll

Wir wissen zwar, was wir nicht wollen, mindestens ebenso wichtig ist es zu wissen, was das ist, was wir nicht wollen. Woher es kommt und wohin es führt. Sonst nivelliert sich die Kritik auf die Ebene des Räsonierens, auf *„die Freiheit von dem Inhalt und die Eitelkeit über ihn“*[19], wie Hegel es nannte. Veränderung bedarf mehr als der bloßen Verneinung. Von Niklas Luhmann muß sich die Ökologiebewegung daher zurecht folgendes vorhalten lassen: *„Unversehens geht so eine Theoriediskussion in moralische Frageformen über, und das Theoriedefizit wird mit moralischem Eifer kompensiert. Die Absicht der Demonstration guter Absichten bestimmt die Formulierung der Probleme. So diskutiert man aufs Geratewohl über eine neue Umweltethik, ohne die Systemstrukturen zu analysieren, um die es geht.“*[20] Peinlich, aber er hat schon wieder recht. Entmoralisierung, Entkrampfung und Entsachlichung sind angesagt. Die ganze Debatte scheint sich heute zusehends im Detail zu verlaufen. Das ödet an, interessiert nicht mehr, führt nicht weiter. Eine alternative Müllpolitik, die mehr sein will als eine Nuancierung herrschenden Denkens und Handelns hat hier anzusetzen. Sachliche und konstruktive Lösungen greifen nicht und begreifen nichts. Noch einmal: Die Müllfrage ist zu brisant, um sie den Müllexperten zu überlassen.

Jede Frage ist zu interessant, sie den Experten zu überlassen. Jede Frage sprengt ihre sachlichen Dimensionen. Die Benennung und Charakterisierung von Beziehung und Bewegung zwischen Besonderem und Allgemeinem ist unumgänglich. Ebenso die Herausarbeitung des Wesentlichen im Unterschied zur bloßen Erscheinung. Mit Hilfe des Begriffs soll der Gegenstand in und aus seiner Welt beschrieben und erklärt werden. Uns interessiert nicht der Gegenstand als Gegenstand, sondern als Gegenstand der Welt und als Welt im Gegenstand. Es geht somit um das Besondere am Allgemeinen und um das Allgemeine am Besonderen, nicht jedoch um das Allgemeine und das Besondere an sich. ■



Mag. Dr. Franz SCHANDL ist Historiker, Publizist und Gemeinderat der Alternativen Liste in Heidenreichstein.

Anmerkungen

1 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 616.
2 Umweltbericht Abfall, Wien 1989, S. 29, 31, 185.
3 Volker Grassmuck/Christian Unverzagt, Das Müll-System. Eine metarealistische Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main 1991, S. 254.
4 Ebenda, S. 67.
5 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 13.
6 Vgl. Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (1775), München, 5. Aufl. 1990, S. 558; John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 41.
7 Karl Marx, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 13, S. 623.
8 Ebenda, S. 624.
9 Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen, 2. Aufl. 1990, S. 225.
10 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 50.
11 Ebenda, S. 46.
12 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Zweiter Band (1885), MEW, Bd. 24, S. 185.
13 Vgl. dazu unsere Einschätzungen basierend auf der Abfallerhebung 1984: Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Der Müll, das Land, die Partei, Alternativen Rundbrief, Nr. 1/88, S. 28.
14 Darüber beklagen sich auch selbstredend die Autoren des Umweltberichts 1989. Vgl.: Umweltbericht Abfall, Wien 1989, S. III-IV, 37.
15 Abfallerhebung 1984 in den Betrieben, Wien 1986, S. 260.
16 Marlies Fleming, in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 68. Sitzung, 23. Juni 1988, S. 7850.
17 Vgl. etwa: Kurt Langbein, Schmutzige Spuren, Profil Nr. 34, 23. August 1993, S. 23.
18 Volker Grassmuck/Christian Unverzagt, Das Müll-System, S. 97.
19 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 56.
20 Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation, S. 19.

Ostdeutsche Erfahrungen der Transformation von Plan- in Marktwirtschaft*

Max SCHMIDT

Die Veranstalter haben den Wunsch geäußert, ausgehend von der Einschätzung wichtiger Reformen des Prager Frühlings, Gedanken zu einer neuen sozialistischen Perspektive zu entwickeln. Ich möchte dies für mich um den Versuch erweitern, Reform- und Transformationserfahrungen Ostdeutschlands unter diesem Gesichtspunkt einzubringen.

Für die Diskussion sozialistischer Alternativen und Perspektiven auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gibt es in meiner Sicht inzwischen drei Gruppen von Erfahrungen, die Berücksichtigung finden sollten:

Erstens die Bemühungen und Versuche zur Reform des realen Sozialismus, wozu vor allem jene des Prager Frühlings gehören, aber auch Reformansätze in anderen Ländern, wie zum Beispiel das neue ökonomische System in den sechziger Jahren in der damaligen DDR.

Zweitens die Erfahrungen, die ökonomische Aspekte des Zusammenbruchs der sozialistischen Gesellschaften vermitteln und drittens die Erfahrungen mit der Schocktherapie, mit der versucht wurde und wird, die Plan- in eine Marktwirtschaft zu transformieren.

Zu allen drei Bereichen möchte ich in Thesenform einige Gedanken aus der Sicht eines ostdeutschen – aus der DDR hervorgegangenen – Sozialisten vermitteln.

Ökonomische Reformbemühungen im Sozialismus

Im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU, der den Stalinkult entlarvte, ohne mit dem Stalinismus zu brechen, war in fast allen realsozialistischen Ländern (auch in der DDR) das Bemühen spürbar geworden, andere Wege einer sozialistischen Entwicklung zu gehen, als sie das staatsbürokratische Modell vorgezeichnet und festgemauert hatte. Nicht erst 1989/90, sondern in Jahrzehnten davor und in einigen Ländern mehrmals, hatte dieses System ja seine eigenen Existenzkrisen hervorgebracht und damit seine Unfähigkeit demonstriert, das Volk zum Sozialismus zu führen. Meines Erachtens läßt sich heute nur theoretisch darüber urteilen, ob und auf welche Weise jene zwischen 1956 und 1968 entwickelten Konzepte zur Reform des sozialistischen Systems tragfähig gewesen wären und eine Chance zur Geburt eines demokratischen Sozialismus gehabt hätten. Die Reformen hatten keine Zeit und Gelegenheit, sich zu entfalten und zu beweisen, was geht und was nicht geht, weil sie entweder von den Führungen wieder abgebrochen oder – wie in der DDR – erstickt oder wie 1968 in Prag von sowjetischen Panzern zermalmt wurden.

Klar aber ist für mich:

- Sie machten deutlich, daß das staatsbürokratische und in seinen Grundzügen bis zuletzt stalinistische Modell keineswegs als Modell des Sozialismus überhaupt gelten kann.
- Sie sind, da sie sich nicht entfalten konnten, auch nicht durch die Praxis widerlegt und müssen für die sozialistische Perspektive auf richtige Ansätze abgeklopft werden.

In diesem Sinne sind folgende Erfahrungen bedeutsam:

Erstens machten die Reformbemühungen klar, daß das ganze Leitungssystem der realsozialistischen Wirtschaft unökonomisch und dem Produktivitätswachstum abträglich war. Es wurden Lösungen gesucht, den bürokratischen Charakter, die administrativen Methoden und die Praxis des bis ins Kleinliche gehenden Kommandierens und Reglementierens der Wirtschaftseinheiten zu überwinden.

Zweitens wurde deutlich, daß die Antwort hierauf in der Erhöhung der Selbständigkeit und eigenen Entscheidungsbefugnis der Betriebe liegen muß (unklar war nur, wie weit diese gehen kann) und ferner, daß hierfür die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen, also des Marktes, für die Regelung ihres wirtschaftlichen Verhaltens erheblich verstärkt werden müßte (unklar war nur, wie dies mit der verbindlichen staatlichen Planung und Bilanzierung der Wirtschaft zu vereinen sei).

Drittens ging es darum, daß alle ins Auge zu fassenden Neuerungen in der Leitung der Wirtschaft es fertigbringen mußten, daß die Menschen, die Arbeitskollektive, Betriebe usw. von selbst daran interessiert sein müßten, die besten wirtschaftlichen Ergebnisse für die Gesellschaft zustandezubringen, Eigeninitiative hierzu zu entwickeln und Innovationen in Gang zu setzen. All das rückte die wesentliche Erhöhung der materiellen Interessiertheit an den Arbeitsergebnissen und folglich das Leistungsprinzip in den Vordergrund.

Diese Reformideen, die aus meiner Sicht sowohl in den Prager Versuchen zu finden sind, wie auch im neuen ökonomischen System in der DDR, mußten mit dem als Axiom geltenden Anspruch der Partei und der Staatsmacht auf die verbindliche Leitung des gesamten gesellschaftlichen Lebens (und der dazu unerläßlichen zentralen, auf Zwang nicht verzichtenden Planung und Leitung) in Widerspruch geraten.

Sie stießen auf zwei Tabu-Bereiche:

Erstens das Dogma von der um jeden Preis abzusichernden Macht der Partei (ihrer führenden Rolle im Sinne ihrer universellen Verpflichtung und Kompetenz, verbindlich die gesellschaftlichen Geschehnisse nach ihren Vorstellungen zu leiten) und zweitens der davon abgeleitete angeblich unverzichtbare Anspruch der Partei auf das Monopol über die Instrumente der Lenkung und Gestaltung aller Bereiche des gesellschaftli-

* Dieser Artikel ist die überarbeitete Fas-sung des Referats, das der Autor beim Symposium „Prag 1968" Anfang Oktober 1993 in Wien gehalten halt.

chen Lebens, bis zur Information, Wissenschaft, Kultur und dem Verhalten der Menschen.

Dies war der Hauptgrund, weshalb ökonomische Reformen in der DDR abgebrochen oder durch Gegenbewegungen aufgehoben wurden.

Die Reformen des Prager Frühlings griffen dagegen zum ersten Male wirksam in diese Tabu-Bereiche ein, verbanden ökonomische mit politischen Reformvorstellungen, vor allem der Erweiterung der Demokratie und wurden deshalb blutig erstickt.

Die Unfähigkeit zur ökonomischen und politischen Erneuerung führte nach zwei Jahrzehnten beinahe folgerichtig zur inneren Auszehrung des staatsbürokratischen Sozialismus, zum Verlust jeden Vertrauens beim Volk und zu seinem Zusammenbruch.

Lehren aus dem gescheiterten staatssozialistischen Experiment

Es ist nicht meine Absicht, hier eine Analyse des ökonomischen Versagens des Realsozialismus, seiner systemimmanenten und subjektiven Fehler vorzulegen. Dazu bedarf es mehr Zeit und noch viel mehr kritischer Analyse vieler Kräfte. In Weiterführung der bereits genannten Gedanken zu den Reformversuchen im Sozialismus geht es mir darum, auf einige Erfordernisse zu verweisen, die sich sowohl aus dem Fehlschlagen der staatssozialistischen Gesellschaften wie den Herausforderungen an eine moderne sozialistische Wirtschaftsordnung ergeben.

Dabei ist mein Ausgangspunkt, daß die tiefen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die anhaltende Deformation der ökologischen Systeme, die Vergeudung gesellschaftlicher Ressourcen im gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem sowie die Verschärfung der globalen Probleme unserer Welt den Übergang zu einer anderen, zu einer wirklich sozialistischen Produktions- und Lebensweise erfordern.

Erstens erfordert die Herausbildung eines neuen effizienten ökologischen und sozialen Entwicklungstyps der Wirtschaft eine Regulierung der Produktion, die gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle sinnvoll mit marktwirtschaftlichen Instrumentarien und Wirkungsmechanismen verbindet. Dazu gehört auch die Herausbildung rationeller Beziehungen zwischen den verschiedenen Gliedern der Gesellschaft, zwischen Zentrale, Ländern, Kommunen, Betrieben/Unternehmen und den Individuen und ihre konsequente Demokratisierung.

Zweitens müssen die Eigentums- und Wirtschaftsformen vor allem dazu beitragen, Selbstbestimmung, eigenverantwortliche Tätigkeiten und Organisationsformen der Produzenten und aller Gesellschaftsmitglieder zu fördern sowie deren reale Verfügung über die Mittel und Ergebnisse der Produktion zu gewährleisten. Ein modernes Wirtschaftssystem muß sich auf Kreativität und Motivation der Gesellschaftsmitglieder stützen. Ohne aktives, selbstverantwortliches und schöpferisches Handeln in allen ökonomischen Belangen sind die zukünftigen Anforderungen nicht zu bewältigen.

Drittens müssen das ökonomische System und die Wirtschaftspolitik ein Maximum an Innovationsfähigkeit und Flexibilibät der Produktion gewährleisten. In allen gesellschaftlichen Bereichen sind intelligentere und rationellere Formen der Veränderung der Produktivkräfte notwendig, um ökologischer Bedrohung und der gravierenden Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt zu begegnen.

Viertens ist es unverzichtbar, ein realistisches Preissystem zu schaffen, das die gesellschaftlichen Kosten der Produktion widerspiegelt, um einen rationellen Umgang mit der Natur und der Arbeit zu erreichen.

Fünftens ist Wirtschaft ohne entschiedene Demokratisierung der gesamten Gesellschaft nicht denkbar. Dies schließt wirkliche Mitbestimmung im Unternehmen ebenso ein wie demokratische Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik des Landes und seine internationale Verflechtung. Beides ist ohne pluralistische Demokratie nicht denkbar.

Erfahrungen marktwirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland

Diese Lehren aus dem gescheiterten staatssozialistischen Experiment verbinden sich mit den Erfahrungen der Rekapitalisierung in Ostdeutschland.

Mängel und Krisenerscheinungen, die heute in Ostdeutschland hervortreten, werden oft mit dem Hinweis auf ein fehlendes oder mangelhaftes Konzept der Regierungskoalition für den Aufbau der neuen Bundesländer bzw. mit dem Hinweis auf Fehler, ein Verkennen der Lage, falsche Einschätzungen und anderem kritisiert. Zweifellos sind dieser Regierung schwerste politische und strategische Fehler und Versäumnisse im Einigungsprozeß vorzuwerfen. Trotzdem greift diese Kritik zu kurz. Die heutige Krisensituation ist ein direktes Ergebnis der bewußt und gewollt verfolgten macht- und ordnungspolitischen Doppelstrategie der Regierung:

Machtpolitisch zielte sie auf die rücksichtslose Ausmerzung 40jähriger Staatlichkeit der DDR und die Unterordnung der ostdeutschen Bevölkerung unter das konservative Gesellschaftsmodell, das sie der Bundesrepublick aufgedrückt hat. Dieses Konzept ist staatlich und machtpolitisch durchgesetzt, hat aber in der Realität zwischen Westen und Osten Deutschlands neue Gräben aufgerissen, zu einer zweiten Spaltung geführt.

Ordnungspolitisch setzte sie ausschließlich auf die Kräfte des Marktes in der Illusion, daß ein Blitzstart in die Marktwirtschaft in relativ kurzer Zeit ökonomische Rekonstruktion, Beschäftigung und Wohlstand bringen würde. Diese Illusion ist so gründlich geplatzt, daß dieses Vorgehen heute sogar von Spitzenvertretern der deutschen Industrie als „geradezu historisch zu nennender Fehler“ bezeichnet wird.

Das Vorgehen nach dem Marktdogmatismus mit schlagartiger Schocktherapie, der Verzicht auf eine Anpassungsperiode sowie auf gezielte staatliche Struktur- und Industriepolitik hat den Transformationsprozeß in der ehemaligen DDR in eine tiefe Krise geführt und die ökonomische Kluft Ost-West vergrößert. Produktion und Beschäftigung sind in einem Ausmaß zurückgegangen, das historisch einmalig sein dürfte. Es fand eine Entindustrialisierung – besser gesagt: Zerstörung der Wirtschaft – statt, wie sie im modernen Industriezeitalter (sieht man von den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ab) nicht anzutreffen ist.

In knapp drei Jahren wurden zwei Drittel der industriellen Kapazitäten eines entwickelten Industrielandes stillgelegt, gingen über 40 Prozent aller Arbeitsplätze verloren. Ganze Regionen sind verödet.

Alle Überlegungen über Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland müssen neben dringenden Sofortmaßnahmen – vor

allem sofortiger Stopp der weiteren Zerstörung wirtschaftlicher Potentiale – sich auf längere Zeiträume beziehen. Auch im günstigsten Fall wird es voraussichtlich bis Ende der neunziger Jahre dauern, bis die industrielle Produktion den Stand von 1989 wieder erreicht hat. Die Anzahl der Arbeitsplätze wird auch unter relativ günstigen Bedingungen Ende der neunziger Jahre gegenüber den 9,7 Mio. 1989 um 3 bis 4 Mio. niedriger sein (6 bis 6,5 Mio.), unter ungünstigeren Bedingungen wird sie auf weniger als 5 Mio. absacken. Sehr wahrscheinlich wird die regionale Differenzierung in den Pro-Kopf-Leistungen und Einkommen sowie in der Arbeitslosenquote in den nächsten Jahren weiter zunehmen und wesentlich stärker als in den alten Bundesländern sein. Dementsprechend müssen Wirtschaftskonzepte für die neuen Bundesländer im Unterschied zum kurzatmigen „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" zumindest mittelfristig angelegt sein und den Zeitraum bis zum Jahr 2000 umfassen.

Verpaßte Chance

Die mit der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Teile Deutschlands verbundene Chance für einen Lernprozeß im Interesse einer positiven wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklung in ganz Deutschland, einer möglichst verlustarmen Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in die Marktwirtschaft im besonderen, wurde rigoros ausgeschlagen. Diese Chance zu nutzen, hätte erstens ein Konzept des Übergangs zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland verlangt, in welchem für diese Übergangszeit Schutzmechanismen für die erhaltenswerte wirtschaftliche Substanz, aber auch gezielte staatliche Förderungen für den Aufbau neuer Strukturen vorgesehen sind sowie eine aus den Erfordernissen dieses Anpassungsprozesses abgeleitete Eigentumsverfassung (die nicht nur dem Privateigentum, sondern auch dem öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentum eine wichtige Rolle zuweist). Notwendig wäre die Verbindung von Sanierung mit einer schrittweisen, den realen Bedingungen adäquaten Privatisierung anstelle der überstürzten einseitigen Privatisierungspolitik, die viele lebensfähige Betriebe kaputtgemacht hat. Es wäre zweitens ein struktur- und beschäftigungspolitisches Konzept nötig gewesen, untersetzt durch regionale Entwicklungsprogramme. Und es hätte drittens überlegt werden müssen, welche ostdeutschen Strukturelemente, marktwirtschaftlichen Erfordernissen soweit wie nötig angepaßt, hätten übernommen und weitergeführt werden können.

Angesichts der ökonomisch und sozial verheerenden Situation in Ostdeutschland und des Ausbleibens des vielfach angekündigten Aufschwungs Ost ist das Scheitern des marktwirtschaftlichen Radikalismus der Bundesregierung offenkundig. Die Fortschreibung der bisherigen Politik garantiert nur noch weitere Zerstörungen und noch höhere Schuldenberge.

Die wichtigste Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wende in Ostdeutschland ist eine aktive Wirtschaftspolitik des Staates, die über das in einer funktionierenden Marktwirtschaft übliche Maß hinausgeht, das heißt eine wirksame und koordinierte Industrie-, Struktur-, Technologie- und Beschäftigungspolitik. Es ist keine neue Erfahrung: Je stärker die Brüche mit der bisherigen Entwicklung, je größer und tiefer die krisenhaften Prozesse und ungelösten Probleme, desto stärker und umfassender müssen die direkten staatlichen Interventionen in den Reproduktionsprozeß sein, desto mehr ist Wirtschafts- und Strukturpolitik als gesellschaftliche Gestaltungspolitik gefordert, desto weniger reichen die Marktkräfte zur Steuerung der Wirtschaftsentwicklung, zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme aus.

Die Anforderungen an die Wirtschafts- und Strukturpolitik und die Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen sind heute und für die nächste Zeit auch deshalb besonders hoch, weil es weder um eine bloße Wiederherstellung früherer Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland noch um eine bloße Kopie der Wirtschafts-, namentlich der Strukturentwicklung Westdeutschlands gehen kann. In einer Zeit, in der das Entwicklungsmodell der westlichen Industriestaaten aufgrund zunehmender Umweltgefährdung, Massenarbeitslosigkeit, sozialer Marginalisierung und Verschärfung der Nord-Süd-Gegensätze einer grundlegenden Kritik ausgesetzt ist, dürfen Modernisierung und Strukturanpassung im Osten Deutschlands nicht einfach als nachholende Modernisierung entsprechend dem westlichen Muster durchgesetzt werden.

Die Forderung nach einer Veränderung der bisherigen Produktions- und Lebensweise wird zur Überlebensforderung; neue Technologien und Produktionskonzepte bieten neue Chancen und Möglichkeiten hierfür. Dazu ist jedoch eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Regulierungs- und Kontrollsystems der Reproduktion zur Eindämmung der Dominanz des Profitprinzips unerläßlich.

Die zu schaffenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands dürfen also nicht schlechthin auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, Strukturveränderungen, Modernisierung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zielen, sondern zugleich auf die Herausbildung eines neuen Typs, einer neuen Qualität der Wirtschaftsentwicklung, eines vor allem sozialökologisch determinierten Typs der wirtschaftlichen Entwicklung.

Linke Alternativen

In dieser spezifischen Situation in Ostdeutschland wie der generellen Krise des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wächst die Bedeutung linker Verständigung über ein alternatives Wirtschaftskonzept.

Trotzdem kann man unter Linken – ich spreche jetzt speziell von Deutschland – eine nicht genügende Bereitschaft feststellen, sich mit wirtschaftspolitischen Fragen zu befassen. In vielen Fällen bleibt es bei der fundamentalistischen Kritik am Profitsystem.

Dies soll zunächst (wann? wie?) überwunden werden, damit der Weg für eine andere solidarische Gesellschaftsentwicklung frei ist. Eine solche Haltung kann jedoch nur dazu führen, daß die schwache Resonanz der Linken, trotz großer Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der herrschenden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, noch zunimmt.

In der PDS wird deshalb darum gerungen, sich hinsichtlich der Wirtschaftspolitik drei Herausforderungen zu stellen:

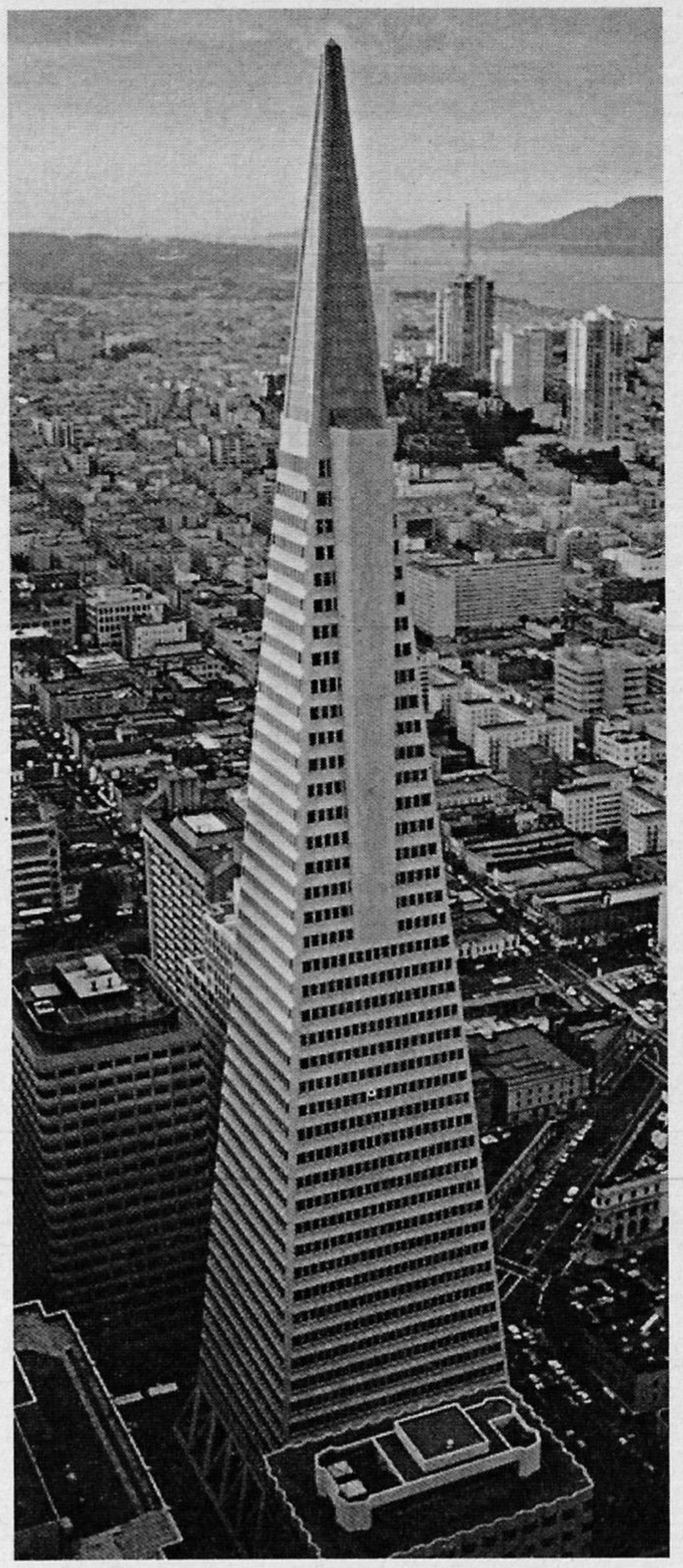
- Erstens mit einer fundierten kritischen Analyse ein möglichst realistisches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Europa und der Welt zu geben.
- Zweitens: Vorschläge, Konzepte und Maßnahmen zu begründen und einzuleiten, die auf Veränderungen der bestehenden Verhält-

nisse im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegen und gegen die Fehlentwicklungen gerichtet sind (z. B. gegen die verheerende Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland oder den weiteren Sozialabbau).

- Drittens die Verflechtungen herzustellen zwischen den konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben und einer grundlegenden gesellschaftlichen Reformpolitik zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse und zur Schaffung einer neuen Produktions- und Lebensweise.

Damit wird zugleich versucht, den genannten Lehren und Erfahrungen gerecht zu werden.

Gestützt auf Ausarbeitungen des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises des PDS-Bundesvorstandes, möchte ich zum Schluß einige Eckpunkte eines alternativen Wirtschaftsprogrammes wiedergeben, das sich im Gegensatz zum „magischen Dreieck" neokonservativer Konzepte an einem sozialistischen Dreieck sozialer, ökologischer und globaler Gerechtigkeit und Solidarität orientiert:



Lebensqualität und gerechte Verteilung

1. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die darauf gerichtet ist, einen dynamischen Gleichgewichtszustand zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen, eine dauerhaft existenzfähige Gesellschaft zu ermöglichen und in der nicht ein hohes Wachstum des Produktionsausstoßes im Vordergrund steht, sondern ausreichende Versorgung, bessere Lebensqualität und gerechtere Verteilung. Hieraus ergibt sich, daß ein alternatives Wirtschaftskonzept konkrete, strukturell und regional untersetzte Forderungen für den schrittweisen ökologischen Umbau der Wirtschaft enthalten muß – von neuen umweltfreundlichen Verkehrs- und Energiekonzepten über die Förderung umweltschonender Technologien bis zur Abfallvermeidung und -beseitigung. Ebenso gehören dazu die Berücksichtigung der Umweltkosten bei der Bewertung der realen Wirtschaftsleistung, eine ökologische Steuerreform sowie direkte gesellschaftliche Eingriffe und die Unterstützung von Umweltbewegungen, um den notwendigen Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise stärkeren Nachdruck zu verleihen.

Soziale Sicherheit

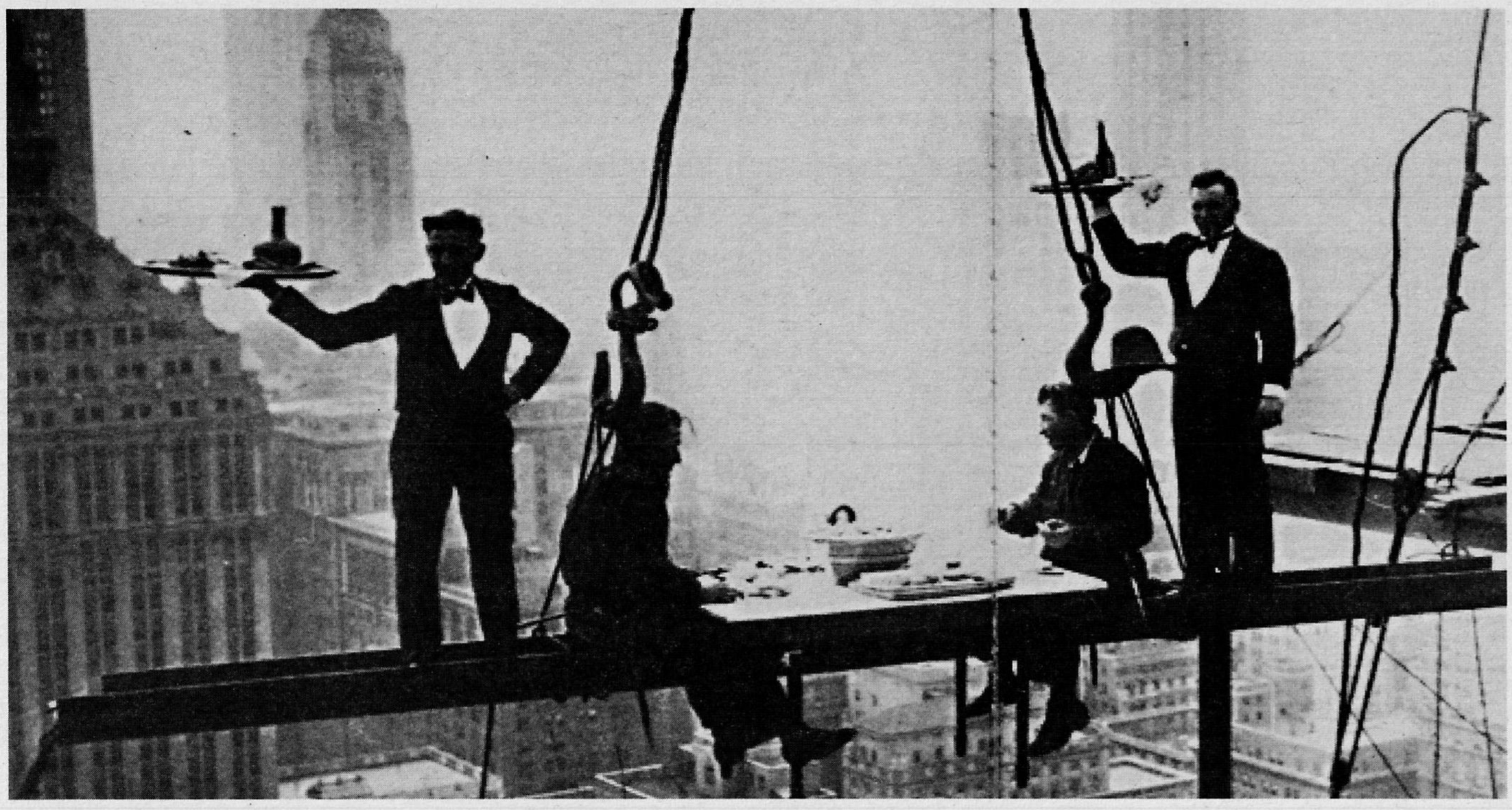
2. Soziale Sicherheit und sozialer Fortschritt mit den Grundforderungen: Recht auf Arbeit, Recht auf Aus- und Weiterbildung, soziale Grundsicherung, menschenwürdiges Wohnen, Schutz und Erhaltung der Gesundheit. Da die Einschränkung der Massenarbeitslosigkeit mit den traditionellen Methoden und im Vertrauen auf die Marktkräfte erfolglos bleiben, müßte ein alternatives Wirtschaftskonzept zumindest folgende Elemente zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen aufweisen:

- Erweiterung der Arbeitsplätze im Bereich humaner Dienstleistungen, des Umweltschutzes, der Stadterneuerung durch staatlich oder gemischt staatlich-privat finanzierte Aufgaben bzw. durch entsprechende öffentliche Zuschüsse; dabei dürfen diese Aufgaben, auch wenn sie zunächst Bestandteil des zweiten Arbeitsmarktes sind, nicht zu einer Sphäre untertariflich bezahlter Arbeiten werden;
- Verkürzung der Arbeitszeit als Instrument der gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit und der Neuschaffung von Arbeitsplätzen;
- aktive, innovative Struktur-, Forschungs-, Technologie- und Beschäftigungspolitik zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen mit besonderem Schwerpunkt auf dem verarbeitenden Gewerbe und dem Wohnungsbau. Dabei kommt der Regionalisierung der Struktur- und Beschäftigungspolitik eine wachsende Bedeutung zu;
- Zurückweisung des Generalangriffes der Regierungsparteien auf die Sozialleistungen unter dem Vorwand Standortsicherung und Haushaltskonsolidierung, wobei zu einem Alternativkonzept sozial gerechte Finanzierungsvorschläge gehören: nicht auf Arbeit beruhende Einkommen, das heißt Einkommen aus Vermögen, besonders Immobilien und Geldanlagen sowie Erbschaften, über eine bstimmte soziale Grenze hinaus steuerlich stärker zu belasten, die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe sowie wirksame Maßnahmen gegen Steuermißbrauch.

Gerechte Weltwirtschaft

3. Gerechte Weltwirtschaftsordnung, die auf die Überwindung von Unterentwicklung und auf Solidarität mit der doppelt ausgebeuteten Bevölkerungsmehrheit der Dritten Welt gerichtet ist. Die Lösung der Umweltprobleme, der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung, die die Existenz der Menschheit gewährleisten kann, wird nur möglich sein, wenn auch ein Weg zur Überwindung dieser Unterentwicklung gefunden wird. Voraussetzungen hierfür sind Entmilitarisierung und Demokratisierung der internationalen Beziehungen, Umgestaltung der internationalen Arbeitsteilung, Beseitigung von Diskriminierung und Protektionismus gegenüber den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas, realer Ressourcentransfer zugunsten der Länder des Südens und Osteuropas, um deren eigenständige Entwicklung zu ermöglichen und zu fördern. ■

Max SCHMIDT ist ehemaliger Leiter des Instituts für Politik und Wirtschaft in der DDR/Berlin.



Lob der Lernfähigkeit*

Vorgetragen von einem naiven und gutmütigen Menschen

Armin STOLPER

Eins will ich sagen: Ich war dumm genug, um an den staatlich verordneten DDR-Sozialismus zu glauben, aber zugeben muß ich auch, daß es mir – drei Jahre nach der Verabschiedung von ihm – doch recht schwerfällt, an die Segnungen des Rechtsstaates und die der sozialen Marktwirtschaft zu glauben. Obwohl, man soll nichts verschwören, denn der Mensch ist kein Dinosaurier, also lernfähig in hohem Maße und stellt das, wie wir sehen, täglich unter Beweis.

Zum Beispiel haben viele von sich bislang nicht gewußt, daß sie die Dummheit, andere Menschen aus rassistischen Gründen zu hassen, in sich tragen. Sie ist ihnen bislang nicht so bewußt geworden, weil der Staat, der sie jahrzehntelang reglementierte, diese Dummheit schwer bestrafte, weshalb viele Menschen, die sie potentiell hätten begehen können, sie damals eben nicht begingen. Die Dummheit, sich als Faschist in aller Öffentlichkeit bekennen zu dürfen, ist für viele Menschen neu, und sie zeigen sie, wie wir jetzt erleben, mit großer Unverschämtheit und Brutalität, fast ungehindert von den Regierenden in diesem Lande, insgeheim befördert von Sympathisanten und verabscheut von Leuten wie mir, die sich in ihrer Ratlosigkeit ziemlich beschissen vorkommen.

Ausländer als Politiker, Abgeordnete, Polizisten?

Eine andere Dummheit, die man früher in dieser Ausprägung nicht kannte, ist die Menschen in In- und Ausländer einzuteilen und zu behaupten, daß nur Inländer das Recht hätten, in einem Lande zu leben und Ausländer gefälligst draußen bleiben sollten. Wenn dem so wäre, habe ich kürzlich bei dem deutschen Carl Zuckmayer gelesen, hätte es am Rhein nie eine Vermischung der Völker gegeben, aus der letztlich solche Koryphäen wie Goethe, Beethoven, Gutenberg oder Grünewald hervorgegangen sind. Ob der jetzige Bundeskanzler ein reinrassiger Deutscher ist, weiß ich nicht, will es aber nicht in Abrede stellen, doch auch die Frage, ob er in seiner Person für die Reinerhaltung der Deutschen ein gutes Beispiel abgibt, keiner Bewertung unterziehen. Wer fast Jahrzehnte lang einer Partei wie der CDU vorsteht, hat Anspruch auf unser Mitgefühl und sollte nicht ständig als Zielscheibe unseres Spottes dienen.

Eine andere Dummheit, die in Zusammenhang mit der ebengenannten steht, ist die von der weitverbreiteten Ansicht, daß Ausländer Inländern Arbeitsplätze wegnehmen. Der Beweis, daß dem so ist, könnte meines Erachtens nur dann erbracht werden, wenn nachgewiesen würde, daß Ausländer massenweise als Politiker, Bundestagsabgeordnete, Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer, Senatsbeamte, Kindergärtnerinnen, Schauspieler, Facharbeiter, Aufsichtsratsmitglieder, Film-

* Aus: »Neues Deutschland« 8./9. Mai 1993

produzenten, ländliche Wiedereinrichter, Existenzgründer, Bundeswehrsoldaten und -offiziere, Bundesbahnbeamte, Polizisten, Manager und Rüstungsfabrikanten hier auf deutschem Boden arbeiten würden. Aber da sehe ich nur in Einzelfällen für einen Vietnamesen oder eine Rumänin oder für Rußlanddeutsche eine Chance, und auch die Türken oder Griechen, Frauen wie Männer, die schon länger in Deutschland leben, kommen höchst selten über den Job von Gleisarbeitern und Putzfrauen, Bedienungspersonal im Gaststättengewerbe, von Angestellten der Müllabfuhr, Imbißbudenbesitzern, Trödelmarktverkäufern, von Arbeitern im Baugewerbe, beim Transport oder bei Dienstleistungen hinaus; von Leuten einmal abgesehen, die auf kriminelle Weise zu Glücksrittern aufsteigen und das tun, was inländische Glücksritter auch tun, solange sich nicht der Staatsanwalt mit ihnen befaßt.

Freilich sind diese Dummheiten keineswegs auf dem Boden des Rechtsstaates gewachsen, sondern auf unserem ureigenen, dem des vierzig Jahre währenden Unrechtsregimes der DDR. Weil wir nie Umgang mit Ausländern hatten, haben wir auch nicht gelernt, wie man mit ihnen umgehen muß. Wie man mit ihnen umgehen muß, können wir bei den aufgeklärten Demokraten in den alten Bundesländern lernen; dort leben Deutsche und Ausländer seit Jahren friedlich miteinander, einer ist des anderen Freund und Bruder, sie teilen sich schon seit langem in die Arbeitslosigkeit, sind gleichberechtigte Partner in der Drogen- und Strichszene, sie helfen sich gegenseitig bei Einbrüchen, bei Mord und Totschlag, und in den Schulen gibt es keinerlei Probleme zwischen deutschen und ausländischen Kindern, deren Lehrern wie Eltern. Überfälle auf Asylbewerberheime, wobei gelegentlich Menschen den Tod erleiden, sind dort unbekannt, desgleichen Skinheadrandale, die sich vorrangig gegen Ausländer richten. Zu fragen bleibt also für mich, warum die großen Parteien einschließlich der staatsmittragenden der FDP dennoch das Grundgesetz ändern wollen.

... das letzte Hemd abhanden gekommen

Eine Dummheit, die wir uns jetzt auch mit aller Kraft und Entschiedenheit zu eigen machen können, lautet: Wir hier im Osten müßten endlich einmal richtig arbeiten lernen. Richtig, daran ist etwas Wahres, denn verglichen mit der vom Kapital verordneten Leistungsfähigkeit haben wir Ostler tatsächlich einen hohen Nachholbedarf. Dumm ist nur, daß just in dem Moment, wo wir – wie der Verfasser des roten Kanals schreibt – die Ärmel aufkrempeln möchten, uns auch das letzte Hemd abhanden gekommen ist und wir somit den Beweis unserer Lernfähigkeit auf diesem Gebiet schuldig bleiben müssen. Dafür haben wir nun aber die Möglichkeit, uns in den Job des Arbeitslosen hineinlernen zu können oder in den des Vorruheständlers oder in den des Frührentners oder in den des Sozialhilfeempfängers oder in den des Obdachlosen usw. Es gilt zu lernen, daß die bislang geübte Praxis, dem Menschen ein Arbeits- und ein Wohnrecht zuzubilligen, ein unerhörter Eingriff in die persönlichen Freiheiten des Individuums darstellt. Wer nicht arbeiten will, soll nicht arbeiten müssen, warum denn? Wo doch selbst Millionen Leute, die arbeiten möchten, nicht arbeiten dürfen, wird man doch ein ausgesprochen arbeitsunwilliges Individuum nicht noch zur Arbeit zwingen wollen. Und auch bei den Obdachlosen hat man zu lernen: Wer kein Dach über dem Kopf haben möchte, der sollte in diesem Wollen nicht gehindert werden, gerade dann nicht, wenn Hunderttausende die Wohnung, die sie haben möchten, nicht mehr bezahlen können oder andere eine Wohnung, die sie dringend benötigten, dennoch nicht bekommen können.

Treuhand – eine Einrichtung des guten alten Deutschtums?

Ein Wort zur Dummheit im Umgang mit dem sogenannten Volkseigentum. Es stimmt, daß diese Fabriken und Betriebe, die Ländereien und anderen Besitztümer, die nach 1945 aus dem Besitz von Kriegsverbrechern und Nazigrößen, von überreichen Leuten oder solchen, die sich hierzulande nicht einleben konnten oder wollten, in Volkseigentum übergegangen waren, so rechtlich eigentlich dem Volk doch nicht gehört haben. Man hat sie zwar allgemein verwaltet und genutzt, was aber durchaus nicht immer zum Nutzen des Volkes und jedes einzelnen geschah; aber das hätte man ja jetzt, wo die unfähige Mannschaft zum Teufel gejagt worden war, ändern können. Warum, frage ich, konnten diese Kapitalien und Immobilien jetzt nicht von Leuten gekauft und genutzt werden, denen man sie jahrzehntelang vorenthalten hat? Statt dessen soll ich lernen, daß es richtig und gerecht ist, wenn das alles nur von reichen Leuten aus dem Westen gekauft werden kann – wobei es keine Rolle spielt, ob die Käufer Inländer oder Ausländer sind – also nur von solchen, die erfahren sind im Umgang mit dem Erwerb, dem Erhalt und der Mehrung von Besitztümern aller Art. Diese von der Treuhand – eine Einrichtung, die gutes altes Deutschtum schon im Namen ahnen läßt – überall verbreitete Dummheit, will mir nicht in den Kopf, aber lernfähig und vor allem lernwillig wie unsereiner ist, werde ich das vielleicht auch noch begreifen. Ebenso wie die Forderung nach dem Schutz des ungeborenen deutschen Lebens, sofern es sich nicht um behinderte Kinder handelt, die da geboren werden sollen oder die Forderung, junge Bundeswehrsoldaten mit einem Brett vor und einem Blauhelm auf dem Kopf – später kann die Farbe auch eingespart werden – in Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, weil sich Deutschland die im Grundgesetz festgeschriebene Zurückhaltung dieser Art einfach nicht mehr leisten kann.

Lernen, lernen und nochmals lernen!

Wie sagte doch der Mann, dessen steinernes Abbild vor kurzem auf dem nach ihm benannten Platz in Berlin-Friedrichshain stand? Lernen, lernen und nochmals lernen! Ich frage mich nur, warum sie ausgerechnet jetzt die Erinnerung an diesen Vordenker für das Leben im Kapitalismus und für Alternativen zu ihm abreißen mußten, wo uns doch dessen Schriften, gelesen mit den Erfahrungen des schiefgegangenen Sozialismus-Experimentismus auch auf deutschem Boden, gerade beim Zurechtfinden in den neuen Gegebenheiten einen guten Dienst leisten könnten! Aber unsereins, denke ich, steht ja erst am Beginn eines Lernprozesses, der einem noch ganz anders als bislang Augen und Ohren öffnen wird. ■

Armin STOLPER ist Schriftsteller in der ehemaligen DDR und ehemaliger Chefdramaturg am Deutschen Theater in Berlin.

„Karoshi" – Tod durch Überarbeitung

Kapitalistisches Desaster am Beispiel der Autoindustrie

Willi GAISCH

Das Autowerk Puch in Graz bekommt endlich den langersehnten Ersatz für die im Vorjahr ausgelaufene VW-Transportfertigung. Ab Ende 1994 wird der geländetaugliche Chrysler-Luxuswagen „Jeep Grand Cherokee" zusammengebaut. Zwar denkt man, wie Chrysler-Präsident Robert A. Lutz erklärte, „vorerst nur an die Herstellung einiger tausend Stück im Jahr", doch wird die jährliche Fertigung im Laufe der vierjährigen Vertragsdauer auf 20.000 Stück erhöht. Die Montagebänder für das 600.000 Schilling teure Auto werden auf 47.000 Einheiten im Jahr ausgelegt.

Die Montage des Jeep Cherokee gibt 1.100 Beschäftigten Arbeit. 200 auf der Abbauliste stehende bleiben im Werk, 900 weitere werden aufgenommen. Im Zuge der Einstellung des VW-Transporters und des Golf Country waren an die 2.500 Beschäftigte abgebaut worden. Die VW-Halle war seit Monaten verwaist. Bedingt durch den VW-Ausfall ist der Umsatz des Grazer Werkes heuer um 4 Prozent auf 3,7 Milliarden gefallen.

Steyr-Chef Streicher meint, der Abschluß mit Chrysler sei ein Garant für die mittelfristige Sicherung der Auslastung des Grazer Werkes. Zusammen mit dem im Eurostar Automobilwerk – es gehört zu 50 Prozent Steyr – montierten 40.000 Austro-Chrysler „Minivan Voyager", werden in Graz zumindest vier Jahre lang jährlich 60.000 Autos zusammengebaut werden. Minivans und Geländefahrzeuge sind derzeit im Automobilgeschäft die zwei Marktsegmente die nicht stagnieren oder zurückgehen.

Bis 1997/98 läuft bei Puch auch noch die Mercedes „G"-Produktion, sowie die des Pucheigenen Pinzgauers.

Mit der Hereinnahme des „Jeeps Grand Cherokee" wird Graz als Produktionsstandort für Autos aufgewertet. Mit einem Umsatz von rund einer Milliarde bei Vollproduktion und etwa 6.500 Beschäftigten sind die Automobilbauer für Graz und Umgebung die „Lokomotive der Wirtschaft", zumal auch die Grazer Anstalt für Verbrennungsmotoren List (AVL) einen Großauftrag des Autokonzerns Ford und Mercedes Benz in Höhe von 800 Millionen Schilling abschließen konnte.

Weltweit dramatischer Absatzrückgang

Zur Zeit steckt die Autoindustrie in einer weltweiten Krise. Alle Konzerne verzeichnen dramatische Absatzrückgänge von 20 bis 27 Prozent auf dem Weltmarkt, vor allem in Europa tobt ein ruinöser Konkurrenzkampf. Was sind die Ursachen? Supergewinne verleiteten die Automobilbranche in den letzten Jahren zu beträchtlichen Überkapazitäten. Der Automobilmarkt erreicht eine fast absolute Sättigung und stößt an Wachstumsgrenzen. Weltweit laufen derzeit etwa 500 Millionen Autos. Mit 34,4 Millionen Fahrzeugen übersteigt die Produktion (1992) bei weitem die Nachfrage. Zur Jahrtausendwende wird es eine Überkapazität von 900.000 bis 1,4 Millionen Einheiten geben.

In Europa steht einem Produktionspotential von rund 14 Millionen Einheiten ein Absatzmarkt gegenüber der vor der Krise auf 12 bis 13 Millionen Einheiten geschätzt wurde. Seither schmilzt die Anzahl der Zulassungen, allein 1993 um 18 Prozent (der österreichische Autohandel wird heuer um etwa 10 Prozent zurückgehen). Seit langem steht fest: der Kreis der Anbieter ist zu groß, ein Unternehmen muß vom Markt verschwinden! Nun geraten alle Autokonzerne unter den Druck von Überkapazitäten im Weltmaßstab.

Beinharter Konkurrenzkampf der Konzerne

Wie reagieren die Konzerne? Es ist der marktwirtschaftliche Zwang, Kräfte zu bündeln, Ressourcen zu optimieren, Kapital zu akkumulieren, Unternehmen weiter zu entwickeln und wirtschaftlich erfolgreich zu führen, um in der Konkurrenz zu bestehen. Ologopole, die Herrschaft weniger Konzerne, sind unvermeidlich. Jeder Konzern versucht seine Marktanteile zu verteidigen. Trotz Überkapazitäten werden neue Autofabriken gebaut. Die „Sucht" trotz Überkapazitäten neue Fabriken in anderen Ländern und Kontinenten zu errichten ist im Konkurrenzkampf eine Überlebensnotwendigkeit. Wer längerfristig in der EG, in Amerika und Südostasien überleben will, muß vor Ort mit Fertigungskapazitäten vertreten sein. Das Chrysler Engagement in Graz ist ein Beispiel dafür. Chrysler wird 1993 in Europa 36.000 in Graz gefertigte „Voyager" absetzen und ab 1994 mit dem „Cherokee" Fuß fassen. Im Gegenzug kontert Mercedes mit der Errichtung einer Geländewagenfabrik in den USA (Tuscaloosa-Birmingham), wo jährlich 60.000 Geländewagen für den US-Markt und den Export produziert werden sollen (Baubeginn April 1994).

Die Autokonzerne gestalten ihr Verhältnis zu den ausländischen Töchtern auch danach, ob aus ihnen eine „Goldmarie" oder eine „Pechmarie" wird. Ein Beispiel: VW und Suzuki planten 1992 gemeinsam den Bau einer Superfabrik in Spanien für einen SEAT-Kleinwagen mit 150.000 Einheiten. Die SEAT-Tochter hat inzwischen ein kräftiges Minus eingefahren, als VW kürzlich veranlaßte, das Superprojekt fallen zu lassen. Dieser Rückzug hängt sicher auch damit zusammen, daß auch Opel und General Motors an einem Kleinwagenprojekt arbeiten und, wie die Spionageaffäre um den zu VW über-

gewechselten Manager Ignacio Lopez beweist, die Nase vorn haben. Im Gegensatz zur spanischen Tochter mauserte sich die jüngste böhmische VW-Tochter Skoda zur „Goldmarie" heraus. Bei Skoda steigen trotz Autokrise die Verkaufszahlen und die Gewinne.

Eine neue Elefantenhochzeit

Als Schachzug zur Positionsverbesserung im Wirtschaftskrieg der Automobilfirmen ist auch die ab Jänner 1994 geschlossene Elefantenhochzeit von Renault und Volvo zu werten, durch die der sechstgrößte PKW-Produzent der Welt entsteht (hinter General Motors, Ford, Toyota, der VW-Gruppe und Nissan). Bei der Nutzfahrzeugherstellung wird Renault/Volvo sogar hinter Mercedes Benz auf Platz zwei der Weltrangliste avancieren. Sitz des neuen Automobilriesen ist Paris, der große Verlierer ist Schweden. Nachdem schon zuvor der Autoteil des Saab-Konzerns an General Motors ging, hat Schweden nun keine nationale Autoindustrie mehr.

Neue Methoden der Arbeitsplatzsicherung

Die Autokonzerne haben auch eine radikale Sanierungsstrategie auf die Tagesordnung gesetzt. Sie verzichten auf eine weitere Steigerung der Kapitalintensität und setzen auf eine sprunghafte Rationalisierung und Kostensenkung zu Lasten der Beschäftigten. Die Zauberformel heißt „lean production" für Produktivitätsgewinne und Kostenersparnisse. Bei der „schlanken" Produktion geht es um die „Potentialausschöpfung der Ressource Mensch".

Tatsächlich ist die bisherige auf fordistisch zerlegte Arbeitsvorrichtung beruhende autoritäre Anordnung technologischer und arbeitsorganisatorischer Verrichtungen historisch überholt. Denn eine auf Betriebsdespotismus basierende Arbeitsweise hemmt die Entfaltung der Produktivkraft Mensch, die Motivation zum Engagement und zur Bereitschaft neue Lösungen auszuprobieren. Allerdings die Konzernherren ignorieren geflissentlich den Umstand, daß Belegschaften nur dann hochmotoviert und selbständig handeln, wenn sie auf die Gestaltung der Produktion und die Verwendung des Profits bestimmenden Einfluß nehmen können. Solche Rechte stehen aber nur Eigentümern zu.

Die von Unternehmerseite propagierten „vertrauensbildenden Spielregeln der Zusammenarbeit" basieren letzten Endes alle auf dem Gefolgschaftsprinzip. Die „Herr-und-Haus"-Methoden sollen nur diffiziler angewendet werden. Den Beschäftigten suggeriert man „unternehmerisch zu denken", „freiwillig" steigende Leistungen zu erbringen, Zeit und Materialaufwand für ein neues Produkt drastisch zu senken. Alle dabei entstehenden Probleme und Konflikte einschließlich der Lohnfrage, sollen ausschließlich in firmeninternen Ausschüssen und Schlichtungseinrichtungen gelöst werden. Vorbild für diese verinnerlichte Rundum-Abschöpfung aller körperlichen und geistigen Leistungskomponenten ist Japan. Übrigens blättert auch dort der Lack vom Mythos der ununterbrochenen ökonomischen Stabilität und Dynamik. Japan steht in der größten Krise seit 1945.

Mit den Methoden der „schlanken" Produktion hat VW in wenigen Monaten die für 1993 vorgesehene Einsparungssumme von 8,7 Milliarden DM zu 90 Prozent erfüllt. Wieweit in den Konzernen eine hochmotiviert handelnde Belegschaft die Umgestaltung der Produktion betreibt, zeigt ernüchternd das Beispiel des LKW-Werkes Mercedes Benz in Wörth, wo der Versuch, die Belegschaft zu einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 7 Prozent zu verpflichten auf Widerstand stieß. Der Betriebsrat wurde mit der Drohung erpreßt, im Falle der Weigerung das gesamte Werk zu schließen und in der Tschechischen Republik neu zu öffnen.

Als „Früchte" kapitalistischer Rationalisierung wurden bereits Hunderttausende der in der Automobilindustrie Beschäftigten aus dem Erwerbsprozeß geschleudert. In den nächsten Jahren sollen 25 Prozent der 1,4 Millionen Beschäftigten in der europäischen Autoindustrie arbeitslos werden. US-Gewerkschafter haben für „lean production" mittlerweile eine andere Bezeichnung gefunden: management by stress! Das Pilgerland aller „lean Experten", Japan, kennt bereits ein neues Phänomen: „Karoshi" – Tod durch Überarbeitung.

Puch-Zulieferer für Multis

Was in den Konzernbetrieben geschieht, wird in den Zulieferbereichen, zu denen auch das Puch-Autowerk in Graz gehört, mit noch größerer Kompromißlosigkeit durchgesetzt. Drei Viertel der gesamten Produktionskapazität werden „nach unten ausgelagert" und an die Kette der „just in time" Zulieferungen gelegt. Die Zulieferbetriebe werden in Gruppen eingestuft und nur wer das Zertifikat „A-Betrieb" erwirbt, hat Chancen auf längerfristige Aufträge. In der Steiermark gibt es mehrere Zulieferbetriebe, die von der Gnade der Automultis abhängen. Puch selbst bezieht viele Bestandteile, die früher im Werk erzeugt wurden, von Zulieferbetrieben.

Der bisherige Zeit- und Material-aufwand für ein neues Produkt soll in der reorganisierten Zuliefersphäre halbiert werden, ebenso die Investitionsquote. Je geringer der eigene Anteil an Hochtechnologie, umso größer die Abhängigkeit vom Großkonzern. Wo sich Widerstand gegen das Preisdiktat und die straffer angezogene Ausbeutungskette regt, kommt die international gewordene Niedriglohnkette ins Spiel. Sogar bei der AVL, einem Werk das Weltspitzen-Komponenten erzeugt, ist nach den Worten des Geschäftsführers Helmut List „der Kostendruck auf die KFZ-Branche gewaltig. Produktvorteile werden preislich bis zu einem gewissen Grad ignoriert." In Europa zählt das Grazer Puchwerk neben Porsche und der Mayflower-Gruppe in England zu den drei größten Entwicklern im Automobilbereich. Dennoch sinkt im Grazer Werk sogar bei den Allrad-Komponenten der Eigenbau-Anteil. Der Preisdruck wird von der Firma auf die Löhne und Zulieferer abgewälzt. Steyr-Generaldirektor Guido Schmid-Chiari sagte kürzlich, es sei „keine Freude, heute Zulieferer der europäischen Autoindustrie zu sein". Das ist eben die Konsequenz der „freien Marktwirtschaft". Nur jene Zulieferfirmen haben eine Chance, bei denen es sich für das Kapital „rechnet". Das gilt auch für den Job jeder Arbeiterin, jedes Arbeiters.

Es ist trotzdem zu begrüßen, daß bei Puch zusätzlich 1.000 Arbeiter und Angestellte einen Arbeitsplatz finden werden. Es wird am Betriebsrat und an der Gewerkschaft liegen, weitere soziale Verschlechterungen abzuwehren. ■

Willi GAISCH ist Ökonom.

„Miesmacher und Pessimisten wenden sich von uns ab“

New Age im Management

Maria WÖLFLINGSEDER

Strategische Planung, steuernde Beherrschung in der Wirtschaft sind „out“. „In“ sind: prozessuale Verschmelzung, gesteuerte Selbststeuerung, Metaphysik des Unternehmens, Unternehmen als Spiel, Intuition, New-Age-Management, Geistheilung im Betrieb, Corporate identity und Ethik-Business.

Von Linken wenig beachtet und erforscht, hat im letzten Jahrzehnt das New Age (die „Philosophie“ des Neuen Zeitalters) gerade auch im Management großen Anklang gefunden; es dient einerseits dazu, die immer größer werdenden „Sinnlücken“ von Managern, ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zu stopfen und andererseits dazu, die immer krasser werdenden Widersprüche im Kapitalismus zu übertünchen. Die große „Harmonisierung“, „Positivierung“ und „Spiritualisierung“ hat also auch in der harten Geschäfts- und Konsumwelt, in der Technik, im Management, in Politik und in Militärkreisen Fuß gefaßt und ist ein zentrales Element zur Aufrechterhaltung und Perpetuierung des kapitalistischen Systems (vgl. Wölflingseder).

In Japan werden Praktiken, die heute in Europa und in Amerika im Zuge der Verbindung von New Age und Wirtschaft en vogue sind, bereits seit den frühen siebziger Jahren erprobt. Einerseits wurden emotional abgelehnte Produkte im Bereich High-Tech oder in der Autoindustrie durch gezielte Werbestrategien mit „ästhetischen Werten“ verbunden. Heute passiert solche gezielte Erzeugung von Akzeptanz vor allem im Bereich der Ökologie. Es gibt kaum ein Produkt, das nicht mittels Garantie für Umweltverträglichkeit vermarktet wird. Zum Beispiel wird für eine bestimmte Automarke mittels verschiedener sprechender Tiere geworben. Die Assoziation, Auto = intakte Natur mit ihren Lebewesen, soll erzeugt werden.

Tatsache ist jedoch, die Produkte, die Produktionsweisen werden nicht ökologischer, sondern, es wird lediglich Ökologie vermarktet.

Andererseits gehört zur japanischen Firmenphilosophie bereits seit langem, was hierzulande ebenerst unter dem Schlagwort „Corporate identity“ zu verwirklichen versucht wird. „In Asien schlüpft jeder Schulabgänger beim Berufseintritt in eine neue Haut. Die Regeln und Gebote der Schulen und Universitäten in den Unternehmen, die Neulinge (‚Freshmen‘) wachsen allmählich in gestandene Firmenphilosophien hinein und lernen nach deren Vorgaben zu denken, handeln, zu arbeiten, zu leben.“ Die Firma bildet eine Großfamilie, sie bietet Geborgenheit genauso an wie Freizeitaktivitäten und Sinnfindung. Vor allem Manager, aber auch den kleinen Angestellten werden eine Reihe von sogenannten New-Age-Praktiken geboten: Meditation, autogenes Training, Imaginations-Übungen, Brain Machines, Brain-Workshops usw.

Zauberformel: Corporate Identity

„Corporate identity ist das formulierte Selbstverständnis eines Unternehmens. Sie besteht aus festgeschriebenen, bindenden Prinzipien für Verhalten, Kommunikation und Erscheinungsbild zur Bestimmung einer unverwechselbaren Unternehmenspersönlichkeit“, oder: „das strategische Mittel zur Erreichung eines Soll-Images, der bestimmten Vorstellung eines Unternehmens von sich selbst und seinen Zielen“.

Corporate identity ist eine „Führungsstrategie zur Weiterentwicklung der Organisation, der Mitarbeiter und Partner“ und dient „der Steuerung der Unternehmerkultur, des geistigen und materiellen Wachstums des Unternehmens in seinen Gesellschafts- und Marktfeldern“. Corporate identity „verändert das Selbstbewußtsein, die Einstellung und das Verhalten“.

Psychoanalytisch betrachtet: Regression

Der Psychoanalytiker Paul Parin beurteilt die gegenwärtige breite Hinwendung zu Religionen, Sekten, zu Nationalismus und Heimat als Regression; ein psychologisches Phänomen, das auftritt, wenn Menschen sich stark verunsichert fühlen. Sie wollen vorwärtsblicken, dazugehören, sie wollen Sicherheit, Geborgenheit und eine Zukunft. Wenn dies nicht gewährleistet ist, wird es „künstlich“, mit „allen Mitteln“, oft auch illusionär erzeugt (Parin).

Auch in der Wirtschaft – sowohl bei Managern, ArbeitnehmerInnen als auch bei den KonsumentInnen herrscht starke Verunsicherung vor: Bedenken bezüglich Umweltverträglichkeit, Verunsicherung bezüglich neuer Technologien (z. B. Gentechnologie oder Virtual Reality), unzureichende Erfolge mittels strategischer Marketingplanung oder ethische Zweifel bezüglich krimineller Wirtschaftspraktiken beziehungsweise in problematischen Branchen (z. B. Zigaretten, Alkohol, Rüstung usw.). Aus diesen Gründen und aus jenen, die der allgemeine herrschende Konkurrenz- und Erfolgsdruck verursacht, besteht ein hoher Bedarf an „Sinnstiftung“, an „Beruhigung“: „alles ist gut, wie es ist“ (Rudolf Mann), Bedarf an „Entwarnung“ und „Positivem Denken“.

Starke Spieler besser als der kluge Napoleon

Als vorbildliches Beispiel für die notwendigen neuen „Spielerqualitäten“ führt der Spiritus rektor des Neuen Managements Gerd Gerken den Inhaber des Strickwaren-Imperiums Luciano Benetton an. Strategische Planung, zum Beispiel aus Gründen der immer unübersehbarer wer-

denden Informationsflut, ist nicht mehr gefragt. „Die meisten Leute sind so sehr von Daten abhängig, daß sie die wirklichen Trends meist übersehen." Gefragt sind nun: „spielerisch-improvisierte Planung", „gesteuerte Selbststeuerung", „Intuition" und „prozessuale Verschmelzung". Manager wie Benetton liegen richtig, „weil sie Spieler sind". Sie verbinden Sensibilität, Flexibilität und Robustheit in einer neuen Kombination. Sie bringen sich selbst ein – wie man es in der Szene zu sagen pflegt. Man kann nur ein Spieler sein, wenn man mitspielt. Und man kann nur ein Stratege sein, wenn man außen vor bleibt. Der ‚Spiel-planer' läßt die Subjekt-Objekt-Grenze schmelzen. Und der starke Spieler verschmilzt mit dem Strom der Ereignisse. Deshalb präferiert er das CIM-Marketing (Benetton ist hier geradezu vorbildlich), deshalb liebt er Netzwerke und das Arbeiten mit autonomen Teams. ... In turbulenten Zeiten ist der starke Spieler besser als der kluge Napoleon." (Gerd Gerken). (CIM = Computer Integrated Manufacturing = computer-integrierte Produktion: flexible, autonome Fertigungs-Systeme statt der starken Arbeitsteilung.)

Ethik-Schmäh

Nach dem Öko-Schmäh geht die Wirtschaft nun mit dem Ethik-Schmäh hausieren, weil wie gar Gerken konstatiert: „Die Ethik-Welle marschiert, weil die Un-Ethik dominiert" – durch illegale Praktiken der verschiedensten Arten. Das ethische Image wird eiligst versucht aufzupolieren, schon deshalb, „um auf Dauer eine schädliche staatliche Kontrolle zu verhindern". „Ethical Investing", so der Titel eines Buches mit der These: man kann viel Geld verdienen, ohne ethische Prinzipien zu beeinträchtigen. Firmen und Manager engagieren immer öfter sogenannte Ethik-Berater, wie zum Beispiel „American Express". Firmenziele stehen angeblich im Einklang mit den öffentlichen Interessen.

„Voll-Macht" zurückgewinnen

Trotz geforderter Enthierarchisierung in der Wirtschaft wird darauf geachtet, wie „die Unternehmen sehr wohl ihren prägenden und zum Teil dominanten Charakter zurückgewinnen" können – nämlich mittels New-Age-Management – „wenn sie für die Gesellschaft eine positive evolutionäre Vision oder Mission erfüllen. Je größer ihr evolutionärer Beitrag für die Gesellschaft, um so höher ihre Autorität, um so stärker ihre – zurückgewonnene – Führungsrolle. Etwas salopp formuliert: Je intensiver Unternehmer beweisen können, daß sie wirklich Gutes tun, um so mehr natürliche Autorität erhalten sie. Aus der alten Macht wird eine neue Voll-Macht (Spreither)." (Gerd Gerken)

Amerikanische Unternehmer geben jährlich etwa vier Milliarden Dollar für New-Age-Berater aus. Mehr als fünfzig Prozent der Firmen wenden Techniken wie „Bewußtseinsentwicklung" an. Bei Procter und Gamble, TRW, Ford, AT and T, IBM und General Motors sind spezielle New-Age-Trainer eingestellt worden. Krone-Training, ein New-Age-Training, wurde für alle 67.000 Beschäftigten von Pacific Bell of California zur Pflicht gemacht. Das hat zu einer ungeheuren Kontroverse und auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt. (John Naisbitt/Patricia Aburdene)

Daran wird bereits ersichtlich, daß es der Wirtschaft wohl keineswegs um ein Abtreten ihrer Macht, um wirkliche Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen oder gar um eine Demokratisierung der Arbeitswelt geht, sondern lediglich um die Wahrung des humanen, ethischen und ökologischen Scheins und um die (Zwangs-)Beglückung der ArbeitnehmerInnen, um sie „bei Laune und bei der Stange zu halten". Aber New Age ist für die Wirtschaft nicht nur als „Sinn- und Rechtfertigungslieferant" interessant, sondern, weil die „New-Age-Leute reich sind". „Die Anhänger der New-Age-Bewegung bilden das wohlhabendste, am besten ausgebildete und erfolgreichste Segment der Babyboom-Generation. Darüber hinaus ist der Einfluß auf die Kultur insgesamt sehr viel größer, als ihre Zahl vermuten läßt. Diese Gruppe ist einer *der* Trendsetter in Amerika. Was einmal typische New-Age-Ideen gewesen sind, wird jetzt zunehmend zum Gemeingut." (John Naisbitt/Patricia Aburdene)

Die erstickende Harmonie der Bourgeoisie

Gerken will New Age nicht als Tummelplatz für „Ausgeflippte oder Frustrierte" verkommen lassen, sondern die „Werte der Aussteiger und der alternativen Wirtschaftsszene" für „hochkarätige Männer aus der Wirtschaft ... seriös verpacken". So sollen „die Doppelung von Seele und Markt" erreicht und „höhere Kraftquellen für zukünftige Märkte genutzt" werden. Gerken versucht, die „Eliten des Business" zu überzeugen, daß sie den Werte-Wandel nicht bekämpfen, sondern auf diesen positiv reagieren sollen. Der Wertewandel soll „von oben" mit „positiven Leit-Visionen" besetzt werden, welche auch mit dem Willen zum technischen Fortschritt und zur Wettbewerbsfähigkeit besetzt sein müssen. „Der Schlüsselfaktor liegt nicht bei den gesellschaftlichen Gruppen und den neuen sozialen Bewegungen, sondern liegt in der neuen Qualifikation des neuen Managements." Gerken meint, daß seine Strategie, wenn sie von den etablierten Parteien übernommen worden wäre, die Grünen in der BRD verhindert hätte. (Roman Schweidlenka)

Ganz in diesem Sinne bietet das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) in Berlin eine Sozialtechnik namens „Mediations-Verfahren" an, das aus den USA und aus Kanada importiert wurde, um Proteste gegen Atomkraftwerke, Giftmüllverbrennungsanlagen, Autobahnen, Flughäfen oder gentechnischen Laboratorien usw. zu vermeiden. „Der WZB-Psychologe gibt sich große Mühe, der Wirtschaft klarzumachen, daß das Verfahren hilft, sich lästiger Erscheinungen wie ‚Emotionalisierung, Moralisierung und Politisierung' von Auseinandersetzungen zu entledigen, sowie ‚das Anwachsen der Ansprüche nach Partizipation an Entscheidungsprozessen in der Bevölkerung' und das ‚wachsende Umwelt-und Gesundheitsbewußtsein' sowie den ‚zunehmenden Anspruch an Lebensqualität, wachsendes Mißtrauen in Wissenschaft und Technik sowie zunehmendes Mißtrauen in Politik und Verwaltung' zu überwinden." (Jutta Ditfurth) Dieses Mediations-Verfahren (eine soziale Technik, mit deren Hilfe Interessenskonflikte zwischen zwei oder mehreren Parteien unter Hinzuziehung eines neutralen Dritten zur Sprache gebracht, geklärt und möglicherweise beigelegt werden sollen) geht von der Annahme aus, daß es keine objektiv vorhandenen Widersprüche und Interessensgegensätze gibt, sondern, daß sich reife Menschen in reifen Konflikttechniken einer wunderbaren, vermutlich kosmischen Harmonie nähern.

Bei dem Gedanken an gerichtliche

Auseinandersetzungen wird der Psychologe böse: vor Gericht zu gehen entspricht der „Situation ... streitender Kinder ..., die schreiend zu ihren Eltern rennen, und sich wechselseitig über das Verhalten des anderen beschweren", eine „infantile Form der Konfliktbewältigung" auf der Basis einer „ich-will-Haltung" von Menschen, die „lediglich danach" trachten, „sich selbst mit den eigenen Wünschen und Überzeugungen durchzusetzen". (Jutta Ditfurth)

Transformation der Geschäftswelt

Dank der hervorragenden Betreuung der Manager durch die New-Age-Gurus Fritjof Capra und Marilyn Ferguson wird sich das harmonische Wassermannzeitalter von den Führungsetagen der Wirtschaft ausgehend bald für jedermann und für jede Frau spürbar verwirklichen. Und viele ehemals Linke stimmen ein in den Chor des Lobes für die neue Philosophie in der Wirtschaft – so zum Beispiel der Ex-KP-Funktionär Heinrich Geißler in seinem Beitrag „Wendezeit im Management" (in Nr. 10/1991 des »Salto«), denn, wie allseits betont wird, wir dürfen uns nicht gegen den Strom der Geschichte wehren; „es" liegt ja bereits alles in der Luft, wir dürfen uns nur nicht dagegen wehren, wir müssen es einfach zulassen. (Fritjof Capra)

In der New-Age-„Philosophie" gibt es ja längst keine Interessenkonflikte zwischen Chefs und Lohnabhängigen, zwischen Aufrechterhaltern des kapitalistischen Systems und jenen, die darin immer weniger zu lachen und zu fressen haben. Darum können nun Wirtschaftsmacher und ehemals Linke in trauter Einheit an der „Ökologisierung", „Ethisierung" und „Spiritualisierung" der Geschäftswelt, sprich an der Aufrechterhaltung des Status quo herumfuhrwerken.

„Geistheilung im Betrieb"

Rudolf Mann läßt jedes EsoterikerInnenherz höher schlagen. Ganz im Sinne des New-Age-Grundsatzes, es kann nichts schlimm genug, es kann nichts unmenschlich genug sein, als daß es nicht dennoch positiv wäre, meint Rudolf Mann, „Das Unternehmen hat einen Sinn, weil es da ist. Und wenn es einen Sinn hat, hat es auch Lebenskraft. Und Überlebenschancen. Wir müssen uns nur das nehmen, was wir brauchen, weil es da ist. Das Unternehmen ist gestaltbar. Wie wir es wünschen, weil auf der geistigen Ebene jedes Unternehmen weich ist wie Ton, den wir formen dürfen nach unserem Geschmacksempfinden, nach unserem Wunschbild." Und unter der Überschrift „Alles ist gut, wie es ist" formuliert er, „Alles ist gut, wie es ist. Das bedeutet, daß alles so, wie es geschieht, einen Sinn hat, daß die Dinge an sich nicht gut oder schlecht sind, sondern nur unsere Einstellung, die Art, wie wir die Dinge betrachten, gut oder schlecht daraus macht. ... Irgendwann in unserem Leben müssen wir die Entscheidung treffen. Leben wir in einem Kosmos oder in einem Chaos? Wenn wir in einem Kosmos leben, hat alles, was uns passiert, einen Sinn. Dann ist alles gut, wie es ist."

Worum es wirklich geht, verschweigt Rudolf Mann jedoch auch nicht: „Das Unternehmen profitiert auch davon. Produktivitätssteigerungen bis zu fünfzig Prozent ... sind die Folge", weil ja „Menschen bereit sind, unendlich viel zu geben und fast unfaßbare Leistungen zu vollbringen, wenn sie das Gefühl haben, daß man sie braucht und annimmt". Die Lohnabhängigen brauchen also nur auf die richtige Firmen-„Schwingungsfrequenz" eingeschworen werden. („Positive, konstruktive Gedanken haben eine höhere Frequenz als zerstörerische, negative.") „Jedes Unternehmen, dem es schlechtgeht, hat negative Gedankenschwingungen." Deshalb muß die geistige Heilung nicht im Unternehmen, sondern in den Menschen stattfinden, weil sie die Ganzheit Unternehmen bilden. „Wir müssen in uns persönlich heil werden, damit die Zahlen des Unternehmens wieder stimmen." Von besonderer Wichtigkeit ist selbstverständlich die Verbreitung des weiblichen Prinzips, des Yin-Prinzips, das „das Passive, das Aufnehmende, das Schöpferische und das Gebärende ist"; es ist die Quelle für „neue Lösungen und für Kreativität".

Hinweisen möchte ich ganz ausdrücklich darauf, daß diese Methoden in den verschiedensten Abstufungen in der Arbeitswelt einerseits äußerst weit verbreitet sind und andererseits viele auch ehemals linke und kritische Menschen diese Unternehmer-Schmähs als „Humanität" mißverstehen und sich wie eine Zitrone ausquetschen lassen. Die Methoden greifen also bestens – bis weit ins kritische Potential hinein, so es ein solches überhaupt noch geben sollte.

Anpassung ist gefragt, will man nicht völlig wegrationalisiert werden, denn nur „gleichgelagerte Denkrichtungen ziehen sich an. Menschen wenden sich an uns, die die gleichen Einstellungen haben, Kunden kommen zu uns, die diese Denkebene verspüren. ... Deshalb führt die Umwandlung von negativen in positive Gedanken automatisch zur Anziehungskraft von Menschen, die in gleicher Richtung denken und Gleichgesinnte suchen. Andere, Miesmacher und Pessimisten, wenden sich von uns ab. Sie haben nicht mehr den Gleichklang, den sie benötigen, um ihre eigenen Gedanken zu multiplizieren." (Rudolf Mann) ■

Dr. Maria WÖLFLINGSEDER hat Pädagogik und Psychologie studiert. Arbeitsschwerpunkt: Esoterik- und New-Age-Kritik, Biologismus und Rassismus im New Age u. ä.

Literatur

Gerd Gerken, Neue Wege für Manager – Die Trends für ein anderes Business. Erfolg zwischen High-Tech und Ethik, Düsseldorf 1989

John Naisbitt / Patricia Aburdene, Megatrends 2000 – Zehn Perspektiven für den Weg in nächste Jahrtausend. Vorhersagen für unsere Zukunft, Düsseldorf 1991

Marilyn Ferguson, Die sanfte Verschwörung – Persönliche und Gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns, Basel 1982

Fritjof Capra, Wendezeit, Bern, München, Wien 1986

Rudolf Mann, Das ganzheitliche Unternehmen – Die Umsetzung des Neuen Denkens in der Praxis zur Sicherung von Gewinn und Lebensfähigkeit, Bern, München, Wien 1988

Roman Schweidlenka, Altes blüht aus den Ruinen, Wien 1989

Michael Schano, Die unverstandene Zauberformel „Corporate Identity" – Was sie sich als Manager einfallen lassen sollten, damit ihr Unternehmen der Kundschaft, den Mitarbeitern und ihnen selbst gefällt, in »trend« 8/1993, Wien

Maria Wölflingseder, Gesellschaftliche Veränderung – von oben oder von unten? (Vergleich: New Age mit emanzipatorisch-kritischem Ansatz, ausführliche Capra-Kritik), Linz 1992

Walter Ausweger, Partisan, Chirurg, Literat – Interview mit Paul Parin, in: »Salzburger Nachrichten« 13. 11. 1993

Jutta Ditfurth, Feuer in die Herzen – Plädoyer für eine ökologische linke Opposition, Hamburg 1992

Ausgangspunkte der „neuen Weltordnung“*

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems – Ein Nachruf

Peter FLEISSNER

Nach den Regeln klassischen Wohlverhaltens sollte ein Nachruf nil nisi bene, bloß Gutes, enthalten. Diesem Wohlverhalten wollen wir uns aus guten Gründen nicht anschließen. Nicht nur in Verbindung mit Gesellschaftssystemen führen Verdrängungen der negativen Seiten zu deren Wiederholung oder Auferstehung in den vielfältigsten Verkleidungen, zu Kritikunfähigkeit, zu Entpolitisierung in der Gartenlaube, oder zu nostalgischer Beschwörung ausgedienter Konzepte. Andererseits stimmen wir denen nicht zu, die von einem Endsieg des Kapitalismus schwärmen und meinen, die Geschichte sei mit diesem System an ihr Ende gekommen.

Ein Nachruf auf den Sozialismus bedeutet für mich Lernen aus seiner Geschichte und die Fortsetzung eines Suchprozesses nach Gesellschaftsformen, in denen „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist, in der es weder erklärte Kriege gegen Menschen noch unerklärte Kriege gegen die Natur gibt (Marx und Engels 1977, 482).

Jede Bewertung eines Phänomens, insbesondere von Gesellschaften, geht *nolens volens* von einem Maßstab aus, der offengelegt werden sollte, will man nicht bloß irgendeiner Autorität glauben und auch die Qualität der Beurteilung beurteilbar machen. Wenn wir ein so komplexes Gebilde wie ein Gesellschaftssystem zum Gegenstand unserer Einschätzung machen, ist die Wahl des Maßstabs eine besonders heikle und umstrittene Frage, wird doch das Ergebnis der Beurteilung davon wesentlich bestimmt. In die Wahl des Maßstabs fließt schon das Menschenbild ein, von dem die Beurteiler ausgehen. Wir wollen die Menschen sowohl als Naturwesen als auch als Produkt gesellschaftlicher Selbstorganisation betrachten und daher zwei Indikatorensysteme als Voraussetzung unserer Beurteilung heranziehen, die diese beiden Seiten widerspiegeln, *Effektivierung* und *Humanisierung*. Die Seite der Effektivierung erlaubt die Abschätzung der Virtuosität der Menschen im Umgang mit der (ersten, der natürlichen, und der zweiten, technisch manipulierten) Natur, die sich in den Indikatoren *Arbeitsproduktivität* und *Innovationsfähigkeit* niederschlägt. Die Humanisierung bietet einen historisch bedingten Gradmesser, wie weit die Menschen aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit eingetreten sind, wie weit sie ihr eigenes Wesen entfaltet haben oder seine Entfaltung unterdrücken. *Friede*, *Solidarität*, *Demokratie*, *politische Grundrechte* und der Grad der *Teilhabe an den politischen Entscheidungen* sind Indikatoren auf dieser Dimension.

Aus dieser Sicht kommen wir zur Einschätzung (Fleissner und Hofkirchner 1989), daß der Kapitalismus auf der Ebene der Effektivierung ungeahnte Leistungsfähigkeit bewiesen hat, allerdings ist diese Leistungsfähigkeit lokal beschränkt und auf Kosten der Entfaltung von Humanisierung geschehen (man denke etwa an die beiden Weltkriege oder die Barbarei des Faschismus, die Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend der Dritten Welt, die intrasystemische soziale Ungleichheit usw.). Den untergegangenen Sozialismus würden wir dagegen anders charakterisieren: Angetreten aus humanitären Gründen, um Elend, Ausbeutung, kapitalistische Verschwendung und Ungleichheit zu beenden, eine höhere ökonomische Rationalität zu erreichen und die Menschenrechte in die Praxis umzusetzen, ist es diesem System letztlich nicht gelungen, auf Dauer die dazu nötige materielle Grundlage bereitzustellen. Die ungenügende Effektivierung führte zu Widersprüchen mit den ideologischen Zielsetzungen des Sozialismus. Die politischen Rechte waren äußerst beschränkt. In ökonomischen Krisenzeiten wurde verstärkt zu Zwangsmaßnahmen gegriffen, die unter Stalin bis zur Massenvernichtung von Menschen reichten. Die Kritiker sprachen daher der Sowjetunion den sozialistischen Charakter ab und nannten sie eine staatskapitalistische Großmacht mit der Funktion, ein Entwicklungsland unter zentraler Steuerung nachholend zu industrialisieren.

Während in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus ökonomische und soziale Verbesserungen zu verzeichnen waren (damals dachte man auch unter dem Eindruck der Entwicklungsländer und Chinas, die einen sozialistischen Weg gingen, eher an das mögliche Ende des Kapitalismus), wurden die strukturellen Schwächen des Sozialismus immer deutlicher sichtbar.

Obwohl die Ursachen des Zusammenbruchs vor allem im Inneren des Systems zu suchen sind, darf man den Zusammenhang mit dem kapitalistischen Widerpart nicht außer acht lassen. Die Angriffe auf die junge Sowjetunion, der Zweite Weltkrieg und die Militärdoktrin danach banden gesellschaftliche Ressourcen in großem Umfang; Wirtschaftsembargos und erschwerte Handelsbedingungen

* Vorabdruck aus dem Buch *„Die ‚neue Weltordnung‘: Polarisierung in der kapitalistischen Gesellschaft“*, herausgegeben von der Österreichischen Gesellschaft für Kritische Geographie (= KRITISCHE GEOGRAPHIE 10), das Anfang 1994 beim Promedia-Verlag, Wien erscheinen wird.

(COCOM) zwangen zu Parallelentwicklungen im Bereich der Hochtechnologie; die Struktur der Wirtschaft wurde zugunsten von Schwerindustrie, Energieerzeugung, staatlicher Verwaltung, Militär und Geheimdienst verändert, die persönlichen und kommerziellen Dienstleistungen, Banken und Versicherungen, blieben unterentwickelt, die Infrastruktur wurde nur punktuell ausgebaut (Moskauer U-Bahn). Der hohe Lebensstandard in manchen kapitalistischen Ländern verführte zu Nachahmungsprozessen bei den Konsummustern (Autos, Kühlschränke, Fernsehgeräte), ohne je das gleiche Niveau wie im entwickelten Westen erreichen zu können.

Letztlich ließen sich die Gegensätze zwischen ideologischem Anspruch und materieller Lage der Bevölkerung nicht mehr unter den Teppich kehren. Die Weltmacht Sowjetunion entpuppte sich als ein Koloß auf tönernen Füßen, der unter der Politik von Gorbatschows Perestroika und Glasnost in sich zusammenbrach. Ohne den Willen der Sowjetunion, auch militärisch ihre Führungsrolle beizubehalten, verschwanden – meist auf friedlichem Wege – fast alle realsozialistischen Regierungen des RGW innerhalb – in historischen Dimensionen gemessen – kürzester Zeit. Die sogenannten „Reformländer" beschritten den Weg in Richtung „Marktwirtschaft", der allerdings für manche den Weg in Chaos und Bürgerkrieg bedeutete.

Dimensionen des Untergangs

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen oder zu können, sollen einige wesentliche Probleme des sozialistischen Experiments lokalisiert und dargestellt werden, die für den Untergang verantwortlich waren. Da sich meine Kenntnis der ehemals sozialistischen Länder vor allem auf die mitteleuropäische Region und Rußland erstreckt, sind meine Aussagen auf die östlichen RGW-Länder nur beschränkt anwendbar.[1]

Manche der dargestellten Widersprüche sind allerdings nicht nur im Sozialismus, sondern auch in den kapitalistischen Ländern nicht bewältigt worden. Sie stellen daher eine beständige Herausforderung für das herrschende System dar. Zunächst wird auf ökonomische Probleme eingegangen, anschließend werden ökologische und sozialpsychologische Schwierigkeiten behandelt.

Wertgesetz und Binnenmarkt

Es scheint eine Ironie der Geschichte, daß gerade das sogenannte „Wertgesetz", jene ökonomische Dynamik, die Marx für die kapitalistischen Märkte so hellsichtig herausgearbeitet und analysiert hat, im Sozialismus eine kontraproduktive Verzerrung erfahren hat. Märkte waren entweder den kleinen Warenproduzenten vorbehalten (Bauernmärkte in den Städten) oder in die Illegalität abgedrängt (Schwarzmärkte für Dienstleistungen, Luxuskonsumgüter oder Devisen). Es existierten weder Märkte für Produktionsmittel (sie wurden von der Zentrale zugeteilt) noch für intermediäre Güter (die Lieferung wurde durch Verträge zwischen den Unternehmen vereinbart). Die Konsumgütermärkte waren keine echten Märkte, wo die Folgen des Wertgesetzes die Produzenten tatsächlich erreichten, sondern sie waren durch Bürokratien simuliert. Nicht nur die Preise der Waren wurden von den zentralen Institutionen kontrolliert, auch die Verluste der Betriebe wurden von ihnen abgedeckt, etwaige Gewinne weitgehend abgeschöpft. Der harte Kern des Wertgesetzes unter kapitalistischen Bedingungen, wo der Betrieb (im idealtypischen Fall) voll für alle seine Aktivitäten die finanzielle Verantwortung übernehmen muß, setzt Regelungsprozesse in Gang, die innovative und kostengünstige Betriebe durch eine überdurchschnittliche Profitrate belohnen, und Betriebe mit hohen Kosten und Produkten schlechter Qualität benachteiligen. Auf diese vitale Dynamik, die von Märkten ausgehen kann, soweit sie nicht (wie auch im Westen) durch Monopole oder Oligopole verzerrt sind, haben die sozialistischen Planer absichtlich verzichtet und sie durch oft

willkürliche zentrale Preisfestlegungen außer Kraft gesetzt. Auf der Grundlage einer Kaskade von Kennziffern[2], deren Erstellung einen hohen bürokratischen Aufwand für die Betriebe bedeutete, und von Fünfjahres- und Einjahresplänen[3] sollte die Aktivität der Betriebe mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Übereinstimmung gebracht werden.

Viele von den Planern vorgeschlagenen ehrgeizigen Großvorhaben wurden (vor allem in der Sowjetunion) nicht rechtzeitig fertiggestellt und belasteten und gefährdeten dadurch das normale Funktionieren der Wirtschaft.

Manche sowjetische Ökonomen wiesen in den fünfziger Jahren darauf hin (nach meiner Auffassung eine Fehlinterpretation des Marxschen Kapitals, Band 1), daß die Preise dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand proportional sein sollten (Preise proportional zu den Arbeitswerten). Andere meinten (unter ihnen Nemchinov), daß diese Preise erst in der Phase des Kommunismus angewendet werden sollten und schlugen alternative Preissysteme vor, die aus einer Mischung von Arbeitswerten und sogenannten Produktionspreisen[4] bestehen sollten (two-channel oder multichannel pricing) (Seton 1993)[5]. Der Streit erwies sich aus mehreren Gründen als ein Streit um des Kaisers Bart: Erstens blieben die Überlegungen wegen der strikten Geheimhaltung der zur Berechnung der Preise notwendigen Daten weitgehend auf theoretische Diskussionen beschränkt. Zweitens war es ohne elektronische Rechenanlagen unmöglich, die Fülle von Preisen explizit zu berechnen. Drittens war der tatsächlich gemessene gesellschaftliche Arbeitsaufwand von vornherein eine schlechte Grundlage für alle empirischen Daten, da der Marktmechanismus als Belohner der Tüchtigen und Bestrafer der Uneffektiven nicht funktionierte. Die Betriebe gaben noch dazu einen überhöhten Aufwand an, um später mit ihren Kennziffern in einem guten Licht dazustehen, und somit war die Vergeudung von finanziellen Ressourcen von seiten der Zentrale vorprogrammiert, gepaart mit einem relativen Mangel an Produkten, mit Produkten oft niedriger Qualität, und mit niedriger und nur langsam wachsender Arbeitsproduktivität. Viertens standen die Personen an der Spitze der Ministerien oder der Partei immer dann verbesserten Planungsmethoden skeptisch gegenüber, wenn sie ihren eigenen Interessen entgegenliefen. Daher wurde fünftens von den zentralen Instanzen bei der Preisfestsetzung nach Belieben verfahren. Die Kriterien, nach denen die Preise endgültig bestimmt wurden, blieben im Dunkel.

Wohl erlaubte diese Politik, Grundnahrungsmittel, Pharmaka, Energie, Bücher, Spielzeug, Kinderbekleidung und die lebensnotwendigen und kulturellen Dienste im Gesundheits-, Verkehrs-, Wohnungs- und Bildungswesen billig zu gestalten und der Mehrheit der Bevölkerung den Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen, gleichzeitig brachte diese Politik einen Rückkopplungskreislauf in Schwung: Niedrige Energiepreise führten zu verschwenderischem Umgang, in der Folge wurden noch mehr Kraftwerke gebaut. Die Anzahl, Qualität und Größe der Wohnungen konnte mit der Nachfrage nie schritthalten usw. Die wirtschaftliche Effizienz blieb dadurch niedrig.

Das Postulat der Vollbeschäftigung, das tatsächlich in umfassender Weise realisiert wurde, das staatliche Gesundheitswesen, Kindergärten und Horte garantierten ein Ausmaß an sozialer Sicherheit, das bis heute im Westen kaum erreicht wird (auf einem mit dem Lebensstandard vor Ort korrespondierenden Niveau). Die Gegenrechnung tut sich auf: Die Arbeitsproduktivität wuchs nur langsam, da die Peitsche der Arbeitslosigkeit wie im Westen nicht vorhanden war und Appelle an die sozialistische Moral ziemlich wirkungslos blieben. Der blaue Montag war eine bekannte, von vielen tolerierte Erscheinung. Die Kündigung von Werktätigen war nur unter besonderen Umständen möglich. Aus westlicher Sicht wurde daher gerne von „versteckter Arbeitslosigkeit" gesprochen, wobei allerdings die Vorteile der Integration der sonst Arbeitslosen in ein konstantes soziales Umfeld vernachlässigt wurden.

Wertgesetz und Weltmarkt

Im Inneren des sozialistischen Systems wirkte sich diese Situation zunächst nicht katastrophal aus. Der Mechanismus war in allen sozialistischen Ländern ähnlich. Vereinbarungen über Exporte und Importe kamen unter relativ gleichen Bedingungen der Handelspartner zustande. Das System wurde erst zum Problem, wenn mit dem kapitalistischen Teil der Welt Handel getrieben werden mußte. Hier zeigte sich das von Marx dargestellte Wertgesetz in voller Härte: Der gesellschaftliche Arbeitsaufwand für die Exportgüter war gemessen an den Erlösen hoch. Aber um die so sehr nötigen Devisen für den Ankauf westlicher Waren einzuspielen, wurde die Konkurrenzfähigkeit der sozialistischen Waren durch niedrige Verkaufspreise künstlich erzeugt. In vielen Fällen wurden Güter zu Niedrigstpreisen exportiert, die dann am Binnenmarkt fehlten und den Mangel im Inland erhöhten.

Die anfangs der siebziger Jahre relativ niedrigen Zinssätze im Westen verführten manche sozialistische Länder zur Aufnahme von damals günstigen Krediten. Sie versuchten damit, durch Import westlicher Technologie Produktionsstätten zu schaffen, deren Output in das kapitalistische Ausland exportiert werden könnte. Der Erlös sollte den Schuldendienst und die Rückzahlung der Kredite ermöglichen. Diese Erwartungen wurden durch die internationale zyklische Krise in der Mitte der siebziger Jahre enttäuscht (analoges findet sich im Westen bei der Staatsverschuldung, die seit dieser Zeit vorher nicht dagewesene Höhen erreicht hat).

Systemspezifische Ineffizienz

Im Unterschied zu kapitalistischen Wirtschaftssystemen, wo der Fall der Profitrate[6] durch eine Erhöhung des Ausbeutungsgrades, durch technischen Fortschritt und Strukturwandel (Veränderungen der Regulierungsweise vom Fordismus zur neokonservativen Variante) gebremst werden konnte[7], ist es den sozialistischen Gesellschaften nicht gelungen, den Effizienzrückgang der Wirtschaft[8] in ähnlicher Weise zu kompensieren. Während im Westen Probleme der Realisierung durch relativ zu geringe Nachfrage auftreten (in Krisenzeiten geht der Auslastungsgrad der Produktion definitiv zurück), war in den sozialistischen Ländern das Angebot die beschränkende Größe. Die ideologische Bindung verhinderte eine Rücknahme des ohnehin im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern ziemlich niedrigen Lohnniveaus und damit eine Erhöhung der „Mehrwertrate" (Mehrwert durch variables Kapital), die systemspezifischen Probleme mit Innovationen

(insbesondere die Überleitung von Erfindungen in die Produktion) verlangsamten den technischen Fortschritt und die damit verbundene erwünschte Produktivitätssteigerung.

Die rückläufige Effizienz der Produktion läßt sich anhand statistischer Daten für die Sowjetunion exemplarisch nachweisen (Brus und Laski 1990, 50):

Periode	BNP	Faktorinputs* kombiniert	Faktor-produktivität**	Arbeit	Kapital
1961-65	4,8	1,5	8,8	4,5	0,3
1966-70	5,1	2,0	7,4	4,2	0,8
1971-75	3,0	1,7	8,0	4,3	-1,3
1976-80	2,3	1,2	6,9	3,6	-1,2
1981-85	1,9	0,7	6,2	3,0	-1,0

* Boden hier nicht berücksichtigt

** Wachstumsrate des BNP minus Wachstumsrate des kombinierten Inputs

Offensichtlich gelang es nicht, die immer spärlicher zur Verfügung stehenden zusätzlichen Ressourcen besser zu nutzen.

Die Grundfondsquote der DDR (Produziertes Nationaleinkommen im Verhältnis zum durchschnittlichen Grundmittelbestand in den produzierenden Bereichen) zeigt eine ähnlich rückläufige Tendenz. Im Jahr 1983 erreicht der entsprechende Index einen Wert von rund 85 gegenüber 1960 = 100 (Heinrichs 1987, 283). Die Arbeitsproduktivität der DDR, des technisch entwickeltsten Landes des RGW, wurde zur Wendezeit auf die Hälfte bis ein Drittel des BRD-Niveaus geschätzt. Lenin hat, wenn auch nicht von ihm in dieser Richtung erwartet, recht behalten: Ein System, dessen Arbeitsproduktivität nicht die des Konkurrenzsystems erreicht, wird sich von der historischen Bühne verabschieden müssen.

Informationsbeschränkungen und Innovationserfordernisse

Im Zeichen der ausgeweiteten technischen Möglichkeiten der Telekommunikation waren die in vielen sozialistischen Ländern verfolgte restriktive Informationspolitik und die Reisebeschränkungen ins westliche Ausland ein Anachronismus besonderer Art. Erstere wäre zwar systemimmanent funktional gewesen, wenn die Abschottung tatsächlich realisiert hätte werden können, aber so dicht sind in Zeiten des Satellitenfernsehens auch bestgesicherte Systemgrenzen nicht mehr. Letztere haben sich insbesondere im Bereich von Wissenschaft und Forschung als Bumerang erwiesen. Dort stellen der beständige Informationsaustausch und der freie Zugang zur wissenschaftlichen Literatur nicht zu unterschätzende Faktoren für die Erzielung kreativer Höchstleistungen dar. Ähnliche Erschwernisse für die wissenschaftliche Arbeit ergaben sich aus dem Mangel an Kopiergeräten und dem daher sehr restriktiv und bürokratisch geregelten Zugang und aus der Abschottung und dem Mißtrauen gegenüber westlichen wissenschaftlichen Einrichtungen, die eine Einbindung in internationale EDV-Netze (INTERNET) verhinderten, da überall mit der Spionagemöglichkeit für westliche Stellen argumentiert wurde. Das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien war als Denkmal der Beendigung des Kalten Krieges eine vielzitierte Ausnahme, wo der Wissensaustausch relativ unbehindert vor sich gehen konnte.

Allerdings muß hier auch angeführt werden, daß in den Universitäten und den Akademien der Wissenschaften der sozialistischen Länder durchaus respektable Forschungsergebnisse erzielt werden konnten. Die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung wurden oft nicht veröffentlicht, sondern versickerten folgenlos in Parteiinstitutionen oder Ministerien. Technisch-naturwissenschaftliche Forschung war häufig in den Dienst der Militärs oder der Raumfahrt genommen. Die Überleitung von Erfindungen in die zivile Produktion gelang wegen der exzessiven Geheimhaltungspraktiken nur selten.

Die Rolle der Partei

Die politische Organisation sozialistischer Staaten beruhte auf der führenden Rolle der jeweiligen kommunistischen Partei, die streng hierarchisch organisiert war. Oberstes Organ war das jeweilige Politbüro, die eigentliche Regierung des Landes. Es besaß das „Monopol der Situationsbeurteilung und der Wahrheitsfindung", und das unumstrittene Recht auf verbindliche Parteibeschlüsse, die über geschulte Kader (im Ursprung eher Revolutionäre, dann eher Bürokraten) an das Parteivolk weitergegeben wurden (Bock 1992, 13). Im Gegensatz zu landläufigen Auffassungen im Westen war es nicht so, daß man um Mitglieder werben mußte. Im Gegenteil, es war eine Ehre, und es war für die Karriere günstig, Parteimitglied zu sein. Ein strenges Verfahren beschränkte den Zugang. Unter den Genossinnen und Genossen waren oft die Ideale der sozialistischen Emanzipation, des Internationalismus, der landesinternen und weltweiten Solidarität, der Glaube an eine bessere Zukunft, die dem Sozialismus gehören würde, durchaus lebendig, im Rahmen des Parteiapparats konnten sie sich aber nicht durchsetzen.

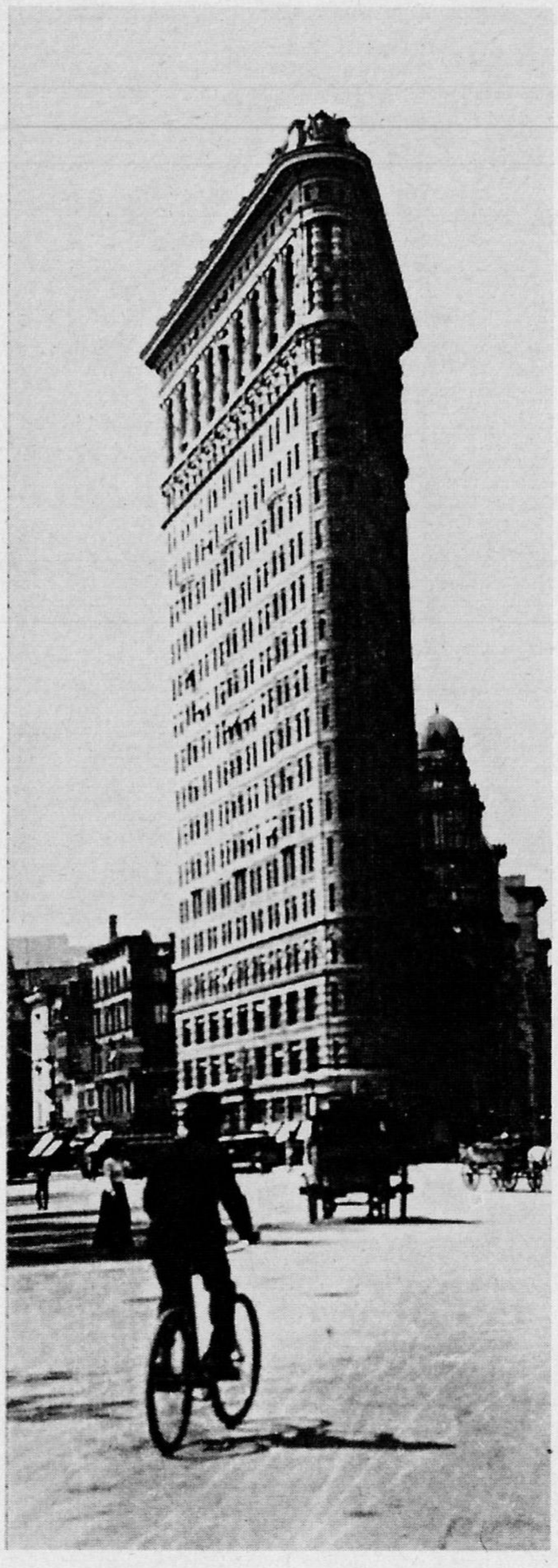
Um den von Lenin geprägten „Demokratischen Zentralismus" und die „Organe der Arbeiterkontrolle" war es schlecht bestellt. Tatsächlich bildete sich in der Praxis ein bürokratischer Zentralismus unter der Herrschaft einer Parteioligarchie heraus. Der Bonus der ersten Revolutionäre und später der aufrechten Antifaschisten, der anfangs die Zustimmung weiter Bevölkerungskreise gewann, wurde im Laufe der Zeit verspielt. Die Prinzipien von „Kritik und Selbstkritik" degenerierten (nach den stalinistischen Schauprozessen) zur Kritik von oben nach unten bei mangelhafter Verantwortlichkeit der Parteispitze vor der Basis.

Partei und staatliche Organe waren eng miteinander verflochten, es gab keine im Westen übliche Form von Gewaltenteilung. Exekutive und Legislative waren in der Parteispitze zusammengeführt, die gute informelle Kontakte zu den „bewaffneten Organen" und zu den Sicherheitsdiensten besaß.

Die verfassungsmäßigen Grundrechte waren auf soziale Rechte reduziert (wie sich heute zeigt, war ihr Vorhandensein ein großer Vorteil gegenüber westlichen Ländern), die politischen Rechte wie Assoziationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Lehr- und Pressefreiheit, Post- und Telefongeheimnis, das Streikrecht waren zwar in den meisten Ländern per Verfassung garantiert, aber durch Sonderbestimmungen und Polizeiaktio-

nen faktisch nicht vorhanden. Dem entsprach die bürokratische Willkür der Entscheidungen. Es gab keine Auskunftspflicht der Behörden gegenüber den Bürgern, keine Aktenöffentlichkeit, kein geregeltes Beschwerderecht gegen Verwaltungsentscheidungen und auch keine demokratisch verankerte Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das viel praktizierte Schreiben von Briefen an die Prawda oder an Erich Honecker war kein geeigneter Ersatz und diente bloß als Ventil in Einzelfällen und der Eitelkeit der Mächtigen.

Der Mangel an gesellschaftlich garantierten Institutionen, in denen Widersprüche diskutiert, ausgetragen und neu gestaltet hätten werden können, führte zu einer Erstarrung der Politik im Sinne der alten Herren der Parteioligarchie. Ohne derartige Elemente erwiesen sich weder die Parteien noch der wirtschaftliche Lenkungsmechanismus – wie viele Versuche zeigten – als reformierbar.



Politische Entfremdung statt Demokratieentwicklung

Wir Menschen zeichnen uns im Vergleich zu Tieren dadurch aus, daß wir uns viel stärker als jene gegenüber unseren Rahmenbedingungen aktiv verhalten können und uns nicht bloß an unsere Umgebung anpassen müssen. Wir besitzen im Prinzip die heute so modern gewordene Fähigkeit der Selbstorganisation. Wird diese Fähigkeit in ihrer Ausübung behindert, liegt eine entfremdete Situation vor. Die Gesellschaft fällt auseinander in Herrschende, die für sich Selbstorganisation betreiben können, und Beherrschte. Die Herrschenden nehmen für sich die Vernunft und das Allgemeininteresse in Anspruch, den Beherrschten bleibt mehrheitlich nur die Anpassung, wollen sie überleben. Manche Interessen der Herrschenden sind denen der Beherrschten direkt entgegengesetzt (natürlich muß immer auch ein gemeinsames Interesse vorhanden sein, sonst fällt das symbiotische System von Herrschern und Beherrschten auseinander). Im Kapitalismus wird die Herrschaft als Sachzwang dargestellt, der vom Markt ausgeht. Unter günstigen konjunkturellen Bedingungen lassen sich meist zivilisierte Formen der Aufteilung des Mehrprodukts finden. In Zeiten geringeren Wachstums – in der ökonomischen Krise – entsteht aus dem Antagonismus entgegengesetzter Interessen der Anschein der Maßlosigkeit der wechselseitigen Forderungen auf beiden Seiten. In der Krise verlangt der Unternehmer Lohnverzicht und längere Arbeitszeit (zur Erzielung eines Profits, zur Aufrechterhaltung des Betriebs und damit zur mittelfristigen Sicherung der Arbeitsplätze), seine Arbeiter fordern im Gegenzug etwa Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (zur Abwendung der Reallohnverluste und der streßreicheren Arbeitsbedingungen). Die sozialen Strukturen erlauben kein Ausbrechen aus den gesellschaftlichen Rollen.

Ähnlich zerfiel die sozialistische Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte, aber durch einen anderen Mechanismus: Den Bürgern dieser Länder wurde eine asketische sozialistische Moral gegenübergestellt, die angab, wie sie sich zu verhalten hätten. Die Menschen wurden unter hohem Erziehungsaufwand auf eine sozialistische Verhaltensnorm verpflichtet[9]. Auch wenn die Inhalte der sozialistischen Moral als vernünftiger und einleuchtender erscheinen, ist die Form der Entstehung und Anwendung entfremdend und als entfremdet zu bezeichnen. Die Individuen als solche hatten nur geringe Gestaltungsrechte an ihren eigenen Lebensbedingungen, aber auch an den in der Öffentlichkeit zugelassenen Denkweisen und Konsummustern. Sie erhielten ihr Leben in paternalistischer Manier zugeteilt. Unter solcherart entfremdeten Bedingungen mußten sich die Individuen anpassen. Die Mehrheit wurde durch diese Entfremdung in die Datschas getrieben, viele von ihnen schienen damit zufrieden. Spießertum und innere Emigration breitete sich aus, Konsum nach westlichem Muster schien das Höchste der Gefühle. Die Politik wurde „denen da oben" überlassen, da man ja ohnehin nichts ändern konnte. Die Erwartungen der wenigen, die glaubten, den Sozialismus in einer humaneren Form weiterführen zu können, erwiesen sich daher als falsch. Die Bürger verteidigten das Gesellschaftssystem nicht im mindesten, im Gegenteil, sie stimmten mit Händen und Füßen für den Kapitalismus.

In dem oben dargestellten Mechanismus liegt meiner Meinung nach einer der wesentlichen Fehler des Realsozialismus. Die Entwicklung der Demokratie ist nicht weit genug gegangen. Traditionelle Formen der Machtausübung – wohl gut gemeint – konnten die Bürger nicht nachhaltig motivieren und aktivieren.

Das Auftreten individueller Gewaltanwendung und Aggression gegenüber Ausländern, die Nationalitätenkriege in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens legen die Frage nahe, ob der Sozialismus die Menschen zu Friedlichkeit und Solidarität nur gezwungen, also mit Gewalt die unter der Decke brodelnden Aggressionen gezügelt hat. Die Frage ist meines Erachtens mit „ja, aber" zu beantworten. Sicher haben Stalin, aber auch Tito drakonische Maßnahmen gegen nationalistische Strömungen gesetzt, die die Einheit ihres Staates gefährdet hätten, aber diese Zeit ist lange vorüber. Der bescheidene Wohlstand, die soziale Sicherheit der sozialistischen Länder, die mehr oder weniger gut funktionie-

renden Kollektive im Arbeits- wie im Wohnbereich, die schulische Erziehung und das offizielle Verbot rassistischer Propaganda schufen Rahmenbedingungen, in der Sündenböcke nicht notwendig waren. Die Arbeitsplätze waren eben tatsächlich gesichert, Fremde konnten sie nicht wegnehmen. Sind aber die sozialen Grundrechte gefährdet und gibt es keine Institution, die eine Zuteilung transparent und gerecht regeln würde, fällt jeder auf sich selbst zurück und viele in Verhaltensweisen, die längst überwunden geglaubt waren.

Moderne Technologie und individuelle Motivation

Obwohl auf sozialwissenschaftlichem Gebiet im Osten bereits relativ früh die Umbrüche in Naturwissenschaft und Technik reflektiert worden waren (man denke etwa an den Richta-Report aus der CSFSR), und theoretisch der Sozialismus als die einzige Gesellschaftsformation angesehen wurde, die mit dem Potential der neuen Technologien (Automatisierung, EDV, Mikroelektronik) adäquat umgehen könnte, fanden die technologischen Durchbrüche (mit Ausnahme von punktuellen Ergebnissen der Weltraum- und Waffentechnologie) durchwegs in den kapitalistischen Ländern, allen voran in den USA, statt. Der Sputnik-Schock induzierte eine Verstärkung der innovativen Aktivitäten des Westens. Die angebliche Überlegenheit des Militärpotentials der Sowjetunion wurde andererseits von westlichen Geheimdiensten übertrieben und als Argument für erhöhte westliche Rüstungsanstrengungen benutzt.

Die Situation verschob sich zuungunsten der sozialistischen Länder, als ab der weltweiten konjunkturellen Krise in der Mitte der siebziger Jahre das kapitalistische System anfangs zögernd, dann aber immer deutlicher nach der Phase des Fordismus zu neuen Akkumulationsformen und Regulierungsweisen überging. Die technischen Veränderungen, vor allem in der Elektronik, brachten neue Möglichkeiten der Automatisierungstechnik, Datenverarbeitung und Telekommunikation in die Büros und die Betriebe. Zumindest im industriellen Bereich konnte dadurch die Arbeitsproduktivität weiter gesteigert, neue Produkte ermöglicht bzw. die Qualität der traditionellen erhöht werden. Diesem Veränderungsprozeß hatte der Sozialismus am Weltmarkt nichts mehr entgegenzusetzen. Der notwendigen Umstellung der Produktion in Richtung ökologischer Verträglichkeit stand der Sozialismus mit wenigen Ausnahmen bis zum Ende unsensibel gegenüber.

Dem sozialistischen Experiment gelang es nicht, die beginnende wissenschaftlich-technische Revolution für sich zu nützen oder gar in seinem Interesse voranzutreiben. Die neuen Technologien fordern mehr als bisher einen anderen Typ des Arbeiters, der eigenverantwortlich, hoch qualifiziert und motiviert mit der immer kostspieligeren Maschinerie umgeht. An seine kreativen, organisatorischen und kooperativen Fähigkeiten werden immer höhere Anforderungen gestellt (die übrigens auch im Westen nicht überall erfüllt werden können, wie ich immer wieder in Großunternehmen zu hören bekomme). Voraussetzungen, solche Fähigkeiten zu entwickeln, sind aber die relative Freiheit im Handeln (nur eingeschränkt durch das Unternehmensziel) und die Zugänglichkeit von Ressourcen. Beide Voraussetzungen waren in den sozialistischen Ländern nur eingeschränkt gegeben.

Die Lage in den Transformationsgesellschaften

Die anfängliche Euphorie in den Transformationsgesellschaften nach Abdankung der kommunistischen Parteien, die großen Erwartungen auf den sich nun von selbst einstellenden Reichtum (die auch von manchen westlichen Politikern geschürt worden waren) sind einer Ernüchterung gewichen. Immer mehr Menschen sehnen sich nach den alten sozialistischen Zeiten zurück. Diese Tendenz wird durch das unglückliche Agieren der neuen Politiker noch verstärkt. Korruption, Mafiamethoden, undemokratisch-autoritäres Verhalten, kleinliche Streitigkeiten um persönlicher Vorteile willen erzeugen eine neue Politikverdrossenheit und politische Abstinenz. Der Zusammenbruch der alten Ordnung mit ihren nicht nur verbal hochgehaltenen Werten, die nun fehlende soziale Sicherheit, die hohe Arbeitslosigkeit, die hohen Inflationsraten, die wachsende Kriminalität verunsichern die Bürger, ganz zu schweigen von den Nationalitätenkriegen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und im ehemaligen Jugoslawien. Der Überlebensegoismus setzt sich gegenüber der bisher vorherrschenden und vom sozialistischen Erziehungswesen geförderten Solidarität durch. Rückfälle in die Barbarei sind an der Tagesordnung, die von neofaschistischen Gruppierungen genützt, manchmal wahrscheinlich auch koordiniert werden.

Bei der älteren Intelligenz, vor allem in der ehemaligen DDR, greift Resignation um sich. Das nach der „Abwicklung" zugewiesene gesellschaftliche Ausgedinge, das durch Sozialhilfe schlecht und recht abgestützt wird, nagt am Selbstvertrauen und der Selbstachtung der Betroffenen, die sich in dieser Lage als Almosenempfänger fühlen müssen. Die Selbstmordrate wächst. Die Arroganz vieler „Wessis", die nach Osten gehen (oft, weil sie im Westen keine besonders günstigen Berufschancen besessen haben), ist für die Bürger der neuen Länder schwer zu ertragen. Neuere Untersuchungen zeigen, daß der erhöhte Kontakt nichts zur Verbesserung des Klimas zwischen West- und Ostdeutschen beiträgt. Im Gegenteil: Die Vorurteile, die beide Seiten einander gegenüber besitzen, werden durch die direkte Begegnung noch verstärkt. Die Zerschlagung der ehemaligen Elite der DDR und ihr Ersatz durch Wessis oder Ausländer wirkt auf Fernstehende eher als kolonialer Racheakt denn als Hilfe zur Umstrukturierung der Wirtschaft der neuen Länder.

Die bisherige Entwicklung hatte immerhin zum Ergebnis, daß die ehemalige DDR in drei Jahren 73 Prozent ihrer Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie verlor (1989 waren es noch 3 Millionen, 1992 nur noch 0,8 Millionen) und sich nun auf dem Niveau von Portugal befindet. Eine Reindustrialisierung ist aber kaum in Sicht: „Trotz der prekären Lage und des hohen Nachholebedarfs wurden 1992 in das verarbeitende Gewerbe der neuen Bundesländer nur 1.200 DM pro Einwohner investiert, während dieser Betrag in Westdeutschland etwa bei 1.600 DM liegt" (Haustein 1993, 43).

Dabei waren die drohenden Folgen durchaus vorhergesehen worden[10].

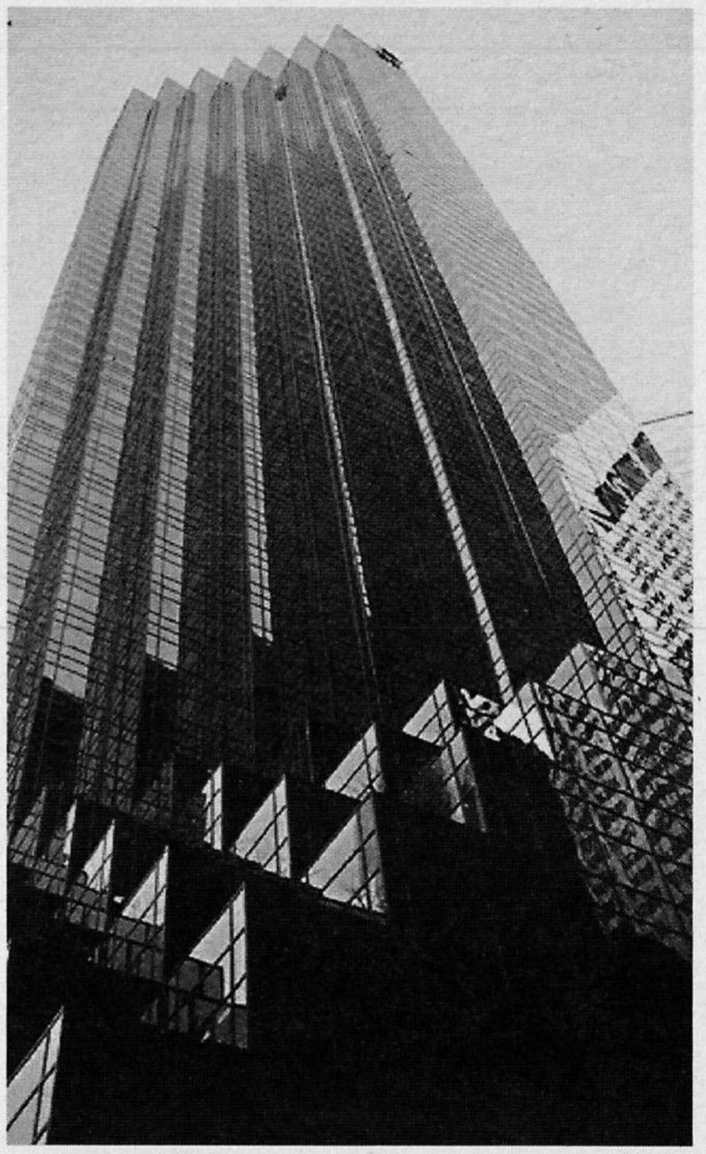
In den Transformationsgesellschaften zeigen sich – trotz unterschiedlicher politisch-ökonomischer Strategien – ähnliche Effekte: Ökonomisch der Rückgang des Outputs um rund ein Drittel gegenüber der sozialistischen Periode[11], eine starke Schrumpfung des Außenhandels

(Werte von mehr als der Hälfte treten auf) und Verluste an Arbeitsplätzen bis zu 40 Prozent des früheren sozialistischen Niveaus (manchmal in ihrer Auswirkung auf die offizielle Arbeitslosenrate durch Frühpensionierung, Umschulungsaktionen, Beschäftigungsprogramme, Emigration kaschiert). Der Gipfel der Arbeitslosigkeit scheint noch nicht erreicht. Derzeit produzieren noch viele staatliche Industriebetriebe in traditioneller Manier. Die Stillegung dieser Betriebe oder ihre Umrüstung auf neue Technologie und damit der Wegfall eines großen Teils der Arbeitsplätze sind nur noch eine Frage der Zeit. Ähnliches gilt für viele landwirtschaftliche Staats- bzw. genossenschaftliche Betriebe (Sowchosen und Kolchosen), deren Umstellung noch nicht vollzogen ist. Es bleibt die Frage offen, ob nicht unter Beibehaltung der staatlichen Eigentumsverhältnisse, aber bei wirtschaftlicher Eigenständigkeit und gleichzeitiger Neuorganisation der Betriebe und des Managements sich mittelfristig bessere Resultate einstellen könnten, als wenn unter allen Umständen privatisiert wird, und – wie schon öfter geschehen – die Käufer nur um der Grundstücke willen den Betrieb übernehmen und ihn dann stillegen. Dies bedarf aber der staatlichen Verantwortung, auch für Produktionsaktivitäten, die derzeit kaum gegeben ist (Kregel et al. 1992).

In allen Ländern entsteht – mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – ein privater Sektor von neuen Betrieben, man darf allerdings seine quantitative Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt nicht überschätzen. Deren Besitzer genießen den frisch verdienten Reichtum in Form von Luxuskonsum, „der sehr oft die dringend notwendige Investitionstätigkeit ersetzt“ (Laski 1992, 214). Die neue soziale Ungleichheit verstärkt die Unzufriedenheit der Mehrheit.

Vor allem in der ehemaligen Sowjetunion entsteht eine Schattenwirtschaft auf der Grundlage von mafiaähnlichen Bünden, die Demokratie und Marktwirtschaft noch mehr in Mißkredit bringen als bisher. Ihre Gewinne legen die Mafiosi im Ausland an, um sie vor den Folgen der hohen Inflation zu schützen. Auch dadurch wird ein selbsttragender Aufschwung – ohne die Hilfe ausländischer Geldgeber – erschwert. Die großen Industriebetriebe können von der Mafia nicht reaktiviert werden – dazu fehlt ihr die Geduld. Sie engagiert sich lieber in Bereichen, wo das schnelle Geld winkt.

Zum Unterschied von der Treuhand in der Bundesrepublik Deutschland, die das größte Unternehmenskonglomerat Deutschlands repräsentiert und nach in- oder ausländischen Käufern für die von ihr verwalteten Betriebe sucht, gibt es in den Transformationsökonomien, die sich alle auf die Marktwirtschaft einrichten, eine generelle Schwierigkeit bei der



Privatisierung der Großbetriebe. Im Falle von Direktverkäufen ist Korruption in großem Stil zu erwarten. Die Tschechische und die Slowakische Republik gehen den Weg der Kouponprivatisierung, wobei durch die Ausgabe von Anteilsrechten in einer bestimmten Höhe an jeden Bürger bisheriges Staatseigentum in breit gestreutes Privateigentum verwandelt werden soll. Durch Entscheidung der Bürger können Anteile an bestimmten Industriebetrieben gezeichnet werden. Damit soll ein Kapitalmarkt simuliert werden, an dem sich die ganze Bevölkerung beteiligen kann. Ob auf diese Weise effektives Wirtschaften der Betriebe gesichert werden wird, ist allerdings eine offene Frage.

In allen Transformationsökonomien scheint bei den Besitzverhältnissen von Großbetrieben eine Tendenz in Richtung Überfremdung durch westliches Kapital zu herrschen. Sie läßt eine „Irlandisierung“ erwarten. Es ist zu befürchten, daß die Bürger dieser Länder immer mehr von den Entscheidungen ausländischer Kapitaleigner abhängig und zu Fremden im eigenen Land werden. Das Problem der Überfremdung kann sich früher oder später in Gegenaktionen patriotischer, eher aber nationalistischer Gruppierungen niederschlagen.

Die soziale Lage ist in allen Transformationsökonomien prekär. Durch Wegfall der Subventionen ist das Preisniveau überall kurzfristig rasch und stark gestiegen, danach aber meist wieder in erträgliche Bahnen gelangt. In der Ukraine, in Rußland, in Serbien und Kroatien allerdings ist eine galoppierende Inflation entstanden, die kaum in den Griff zu bekommen ist. Die Kompensationen bei längerdauernder Arbeitslosigkeit sind sehr niedrig. Die Verarmung der Bevölkerung nimmt daher rasch zu.

Die neuen Eliten rekrutieren sich nur zu einem geringen Teil aus jenen Personen, die den Widerstand gegen die sozialistischen Systeme getragen haben (siehe dazu Steindl 1992). Der Grund dafür ist leicht zu erkennen: Die Opposition war nur in seltenen Fällen in politisch-organisatorisch relevanten Positionen und hat daher kaum durch eigene Erfahrung Fähigkeiten entwickeln können, die in Zeiten der „Normalisierung“ gefragt sind. Das politische Ränkespiel ist ihr eher fremd, das Erzielen von Kompromissen widerlich, die Kooperation mit Personen aus der alten Nomenklatura ist ihr kaum zuzumuten. Der Bedarf an administrativ-bürokratischer Intelligenz wird daher durch die mehr oder weniger stark gewendeten alten Kader der ersten und zweiten Linie, öfter noch durch Kader mit geringeren Fähigkeiten gedeckt. Widersprüche zwischen ihnen sind vorprogrammiert, Racheakte wegen des Verhaltens der ehemaligen Vorgesetzten im alten System sind keine Seltenheit. Personen mit hoher Anpassungsfähigkeit an die neuen Systemerfordernisse und starkem Karrierewillen sind gefragt. Die politische Arena wird daher vorwiegend von Autokraten beherrscht. Sie vermitteln ihren Wählern durch zur Schau getragene Stärke ein trügerisches Gefühl der Sicherheit. Manche Spitzenpolitiker mobilisieren (durchaus auch militärisch gemeint) gegen einen Außenfeind, um ihre eigene Position zu stärken. Andere benützen die neu gewonnene Rolle zur raschen Bereicherung, solange sie noch in Amt und Würden sind.

Die größte Hypothek des Sozialis-

mus für die Transformationsgesellschaften scheint mir jedoch die Diskreditierung sozialer und politischer Aktivitäten. Sogar die Suche nach einer möglichen Masseninitiative ist eingestellt. Die Mehrheit der Bevölkerung wird politisch apathisch[12]. Der Ruf nach dem starken Mann ertönt. Viele meinen, durch die Einführung der Todesstrafe könnte dem Chaos Einhalt geboten werden (siehe auch Schwarz 1993). Die Gesamtverantwortlichkeit der Gesellschaft für *alle* ihre Mitglieder tritt – weil politisch nicht mit Nachdruck gefordert – in den Hintergrund. Es fällt schwer, in Zeiten wie diesen als Alternative gemeinsame Aktionsmöglichkeiten nur zu erwähnen, wie etwa Formen der Selbsthilfe, von der Übernahme von einzelnen Betrieben in die Arbeiterselbstverwaltung bis zur eigenständigen Organisation von ökonomischen Substrukturen durch die Produzenten usw.

In dieser Lage können sich Demokratisierungsprozesse nur schwer entfalten. Für die Zukunft ist die Entstehung von neuen Nationalismen mit entsprechenden diktatorischen Zügen nicht auszuschließen, mit allen Gefahren für den Weltfrieden.

Folgen für den Kapitalismus

Die langfristigen Folgen des Endes der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus sind noch nicht hinreichend abzusehen, kurz- bis mittelfristige Effekte lassen sich jedoch schon heute feststellen.

Für die US-Streitkräfte und für die NATO existiert das alte Feindbild nicht mehr – das „Reich des Bösen". Neue Aufgaben wurden gesucht und gefunden: Der Golfkrieg und die „Friedensmission" in Somalia, von den Vereinten Nationen abgesegnet, weisen die Richtung. Auch ein Einsatz in Ex-Jugoslawien ist denkbar.

Für Westeuropa bietet sich eine Möglichkeit, wie sie sich bisher nur für die USA erfüllte: Die Unternehmungen der EG, aber auch jene der Länder außerhalb können sich auf einen eigenen Hinterhof freuen: Die Arbeitskräfte der Transformationsökonomien sind gegenüber jenen in Zentralamerika relativ gut ausgebildet, so billig wie diese und weniger weit von den Ursprungsländern der Konzerne entfernt. Die Transportkosten sind niedrig.

Es ist eine Frage der Zeit, bis das niedrige Lohnniveau des Ostens in den westlichen Nachbarländern seine Spuren hinterläßt. Einerseits werden die westlichen Gewerkschaften bei Lohnforderungen direkt unter Druck kommen, andererseits stellen Betriebe in den Ostländern durchaus eine Billigkonkurrenz für die Westbetriebe dar. Protektionistische Maßnahmen des Westens sind im Gange. Die Enttäuschung des Ostens darf nicht verwundern, um so mehr, als vorher vom Westen mit freier Marktwirtschaft argumentiert wurde.

Wenn sich auf den neu gewonnenen Märkten entsprechende Kaufkraftpotentiale herausbilden, kann sich innerhalb der Triade Europa (inklusive der GUS-Staaten) zum größten Markt der Welt entwickeln. Für die Unternehmen im Westen sind zwei Wege denkbar, die auch gleichzeitig eingeschlagen werden können: A la Bundesrepublik Deutschland wäre es möglich, den Osten durch Produkte aus den EG-Ländern zu versorgen. An den nötigen Kapazitäten dürfte es nicht mangeln. Das Problem dabei ist, ob auf den Ostmärkten mittelfristig genügend kaufkräftige Nachfrage gefunden werden kann. Eine andere Möglichkeit ist es, in den Transformationsländern selbst neue Betriebsstätten zu errichten bzw. alte zu erwerben und zu modernisieren. Die niedrigen Lohnkosten würden derartige Produktionen durchaus profitabel machen. Sind die Preise niedrig genug, wären eventuell auch Unternehmen und Konsumenten anderer Transformationsländer als Kunden geeignet. Das Problem dabei ist, ob die politische Stabilität in diesen Ländern als hinreichend hoch eingeschätzt werden wird, oder ob Kriege, Unruhen, Nationalisierungsprogramme oder bloße Rechtsunsicherheiten die ausländischen Investoren abschrecken.

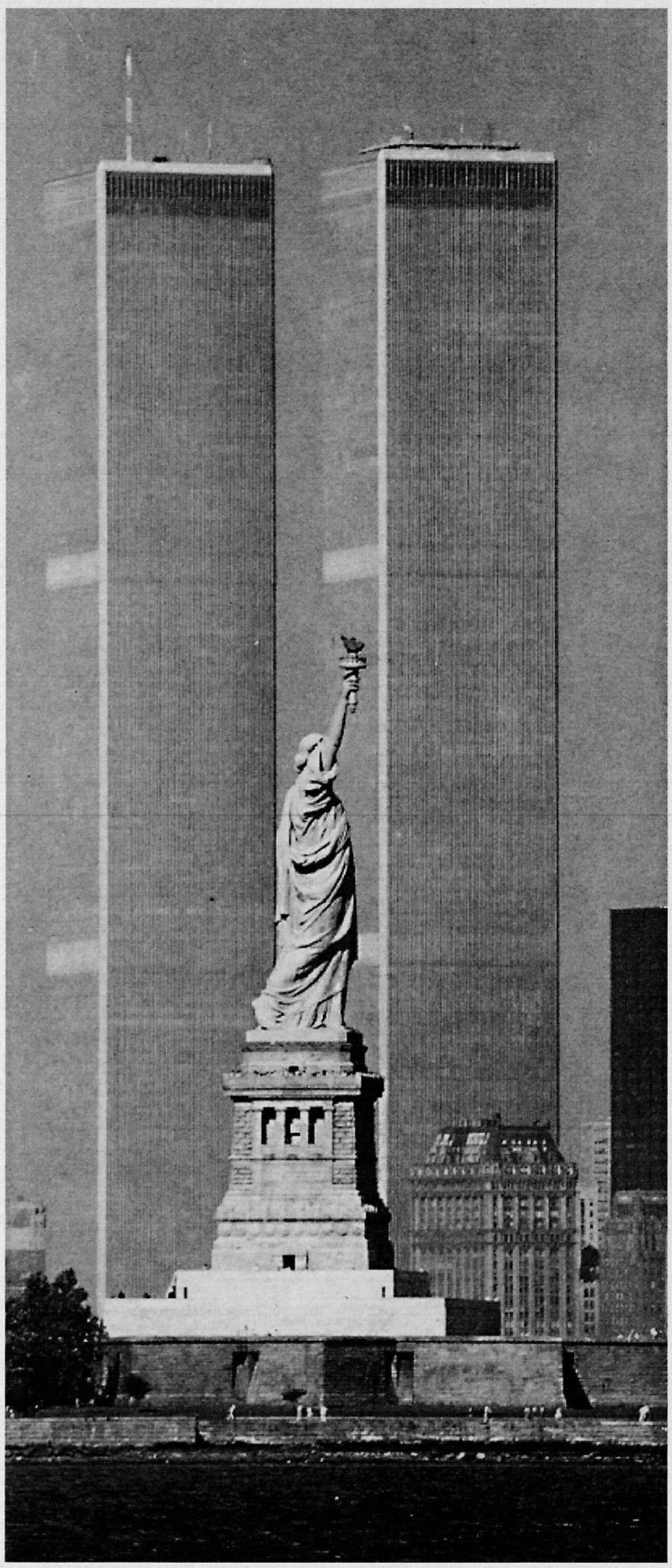
Eine langdauernde soziale Ungleichheit zwischen West- und Osteuropa ist abzusehen[13]. Migrationsprozesse werden sich verstärken. Sie werden weder durch Ausländer-Aufenthaltsgesetze noch militärische Kontrollen unterbunden werden können. Sollte es mittelfristig in den osteuropäischen Ländern nicht gelingen, zumindest das Vertrauen auf eine Besserung der Lebensumstände zu erzeugen, werden neben der üblichen Kriminalität auch Gewaltaktionen im Westen zunehmen.

Einige Zeit wird der Sozialismus noch als Sündenbock für die Schwierigkeiten mit den Transformationsökonomien herhalten können, aber immer mehr wird sich der Kapitalismus selbst für eigene Fehlentwicklungen und Mißstände verantworten müssen.

Ich meine, daß heute positive Resultate eines Suchprozesses nach Alternativen dringlicher sind denn je: Das kapitalistische Modell ist so erfolgreich, daß es Nebeneffekte in globaler Dimension zeitigt und anstehende Probleme nicht beseitigt, sondern verstärkt:

- Die menschlichen Eingriffe in die natürlichen Stoff- und Energieflüsse haben eine Größenordnung erreicht, die nicht mehr zu vernachlässigen ist. Eine menschenfeindliche Veränderung der natürlichen Lebensbedingungen ist nicht von der Hand zu weisen.
- Technische Systeme und ihre Produkte haben sich weltweit verbreitet. Sie haben nicht nur – wie beabsichtigt – die Arbeitsproduktivität weiter erhöht, sondern sind in der gegenwärtigen Form selbst zur Quelle von Bedrohungen im großen Stil geworden. Darunter ist nicht nur das Zerstörungspotential von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen zu verstehen, sondern auch die ganz banalen Folgen und Risken der massenhaften Anwendung von Maschinenbau, Energietechnik, Elektrotechnik, Elektronik, Chemie, Biotechnologie oder Genetik.
- Dem Kapitalismus ist es nicht gelungen, die Lebenschancen der Menschen auf unserem Planeten einander anzunähern. International entstehen neue Ungleichheiten und Ausgrenzungen. Wanderungsbewegungen in Richtung der reichen Länder, terroristische Aktionen und militärische Angriffe werden immer wahrscheinlicher. Der zerstörerische Erfolg ist hoch anzusetzen, sind doch moderne Angriffswaffen wesentlich billiger als die ihnen entsprechenden wirksamen Abschottungs- und Abwehrsysteme.
- Innerhalb der reichsten Länder der Erde nimmt die soziale Ungleichheit zu. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate im EG-Raum liegt Mitte 1993 bei mehr als zehn Prozent. Bei einer durchschnittlichen Dauer von vier Monaten bedeutet diese Zahl, daß rund jede/r dritte EG-Bürger/in im erwerbsfähigen Alter einmal pro Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

- Eine Tendenz, die nicht immer als systemgefährdend erkannt wird, besteht in der Auflösung der traditionellen Werte, die für das kapitalistische System bestandswichtig sind. An ihre Stelle tritt der Markt, der die anstehenden politischen oder individuellen Entscheidungen in ökonomische verwandelt. Einerseits werden dadurch die Menschen entlastet, andererseits „Sachzwänge" erzeugt, deren Ursprung nicht mehr reflektiert wird und die daher einer Veränderung schwer zugänglich sind.
- Der Mangel an Selbstbestimmung und echter politischer Partizipation, vor allem in den Betrieben, fordert von den Menschen Verdrängungsleistungen, die sich in einer Verschiebung und Verwandlung ihrer sozialen und kooperativen Potenzen äußern. Varianten davon sind:



* Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt führt zum Ersatz der traditionellen solidarischen und selbstlosen Verhaltensmuster durch Egoismus und Teilnahmslosigkeit am Schicksal der anderen. Vereinzelung und Isolation wachsen, in den Gesellschaften wird es „kälter".

* Anstelle der Verfolgung gemeinsamer Ziele tritt der individualisierte Konsum. Die Waren werden ästhetisiert, erotisiert und als Prestigesymbole aufgewertet.

* Anpassung an die herrschenden Zustände, Opportunismus und vorauseilender Gehorsam sind weit verbreitet.

* Politik- und Politikerverdrossenheit nimmt zu, die vormals gesellschaftskritischen Kräfte gehen in die innere Emigration.

* Emotionale Abkürzungen werden gesucht und gefunden, Drogenkonsum, Sekten, aggressive Subkulturen, Nationalismus breiten sich aus.

Es scheint offensichtlich, daß Instanzen fehlen, die sich um die Rationalität des kapitalistischen Systems in seinem Gesamtzusammenhang kümmern. Derartige Instanzen müßten schließlich zu praktischen Maßnahmen führen, die seinen selbstzerstörerischen Tendenzen Einhalt gebieten. Internationale Gipfeltreffen wie das der G7 oder des Bilderberg-Kreises sind dazu nur beschränkt geeignet. Sie berücksichtigen die Interessen der Menschen nur partikulär, oft bloß vom Standpunkt der Großkonzerne oder der Staatschefs einzelner Länder. Woher die neuen Instanzen kommen sollen, ist noch nicht abzusehen. Möglicherweise bedarf es der Herausbildung neuer Weltsichtsysteme, die den Skandal der Gegenwart in neuer Art interpretieren und in deren Rahmen die Emotionen der Menschen zu gemeinsamer politischer Aktion stimuliert werden. Wie widersprüchlich und langwierig dieser Prozeß auch immer sein wird, eines ist sicher: Es geht langfristig weder um eine Gesellschaftsordnung, die Effizienz auf Kosten von Humanität betreibt (wie der Kapitalismus), noch um eine solche, in der humane Ziele sich ohne Effektivierung in ihr Gegenteil verwandeln (wie der untergegangene Sozialismus). Gesucht ist vielmehr ein gesellschaftliches Design, das es erlaubt, Effektivierung gemeinsam mit Humanisierung zu betreiben. Eine solche Gesellschaft kann sich nur dann langfristig erhalten und entfalten, wenn die regionalen und globalen Probleme einer humanen Lösung zugeführt werden. ■

Univ.-Prof. Dr. Peter FEISSNER ist Systemkybernetiker, er lehrt an der Technischen Universität Wien.

Literatur

Adamec, S., S. Condik, P. Fleissner et al. (1993): *The Transformation of Slovakia – The Dynamics of Her Economy, Environment, and Demography*. Final Report of the Research Project ‚A System Dynamics Model of Slovakia' to the Austrian Federal Ministry of Science and Research. Bratislava, Vienna.

Aganbegjan, A. (1989): *Ökonomie und Perestroika – Gorbatschows Wirtschaftsstrategien*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Bock, H. (1992): *Partei – Staat – bürokratische Kaste*. Potsdam: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" e.V.

Boda, G. und C. Ligeti (1993): Hungarian Input-Output in Transition. *Economic Systems Research* 5(2), S. 123-135.

Brus, W. und K. Laski (1990): *Von Marx zum Markt*. Marburg: Metropolis.
Fleissner, P. und W. Hofkirchner (1989): Reform oder Klassenkampf? »*Forum*« 428/429, S. 16-26.
Fleissner, P. und U. Ludwig (Hrsg.) (1992): *Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. Computersimulation mit einem systemdynamischen Modell*. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg aktuell.
Haustein, H.-D. (1993): *Transformation oder Deformation – Herausforderungen des Übergangszeitalters und Neue Industriepolitik*. Bernau, unveröffentlichtes Manuskript.
Heinrichs, W. (Hrsg.) (1987): *Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie*. Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin: Dietz-Verlag.
Kregel, J., E. Matzner und G. Grabher (1992): *The Market Shock – An AGENDA for the Economic and Social Reconstruction of Central and Eastern Europe*. Wien: Internationales Institut für den Frieden.
Laski, K. (1992): Der aktuelle Stand der Diskussion über das Transformationsproblem. In: Beirat für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) (Hrsg.): *Vom ‚obsoleten' zum ‚adäquaten' marktwirtschaftlichen Denken*, S. 211-224. Marburg: Metropolis.
Marx, K. und F. Engels (1977): Manifest der Kommunistischen Partei. In: K. Marx und F. Engels: *Werke, Band 4*. Berlin: Dietz Verlag.
Osterkamp, U. (1993): Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt? Oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen? »*Weg und Ziel*« 3/1993, S. 2-11.
Saslawskaja, T. (1989): *Die Gorbatschow-Strategie – Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR*. Wien: Orac.
Schwarz, K.-P. (1993): Volkswille Todesstrafe statt zu viel Humanismus. »*Die Presse*« 11.8.1993, S. 3.
Seton, F. (1993): Price Models Based on Input-Output-Analysis: East and West. »*Economic Systems Research*« 5(2), S. 101-111.
Steindl, J. (1992): Die politische Ökonomie der Transformation. In: Beirat für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) (Hrsg.): *Vom ‚obsoleten' zum ‚adäquaten' marktwirtschaftlichen Denken*, S. 225-234. Marburg: Metropolis.

Anmerkungen

1 Für die Relativierung meiner Sicht und viele andere wertvolle Hinweise bin ich Mag. Dimitar Dimitrov (Wien), Prof. Herbert Burmeister und Prof. Hans Knop (beide Berlin) zu Dank verpflichtet.

2 „Die meisten Wirtschaftsministerien, zum Beispiel, versuchen trotz allem, die gesamte Macht über die Betriebe in ihren Händen zu behalten. 1988 wurden die Betriebe sogar mit mehr Plan- und analytischen Kennziffern überhäuft als in den Vorjahren. Auch die Rechenschaftspflicht der Betriebe gegenüber den Partei- und Staatsorganen nimmt zu. So liefern das Metallurgiewerk von Tscheljabinsk 4.100 und das Petrowski-Metallurgiewerk von Dnepropetrowsk 900 Kennziffern täglich (!) an das Ministerium, davon jeweils 985 und 190 Plankennziffern." (Saslawskaja 1989, 224).

3 „Der Fünfjahresplan war richtungsweisend für die Jahrespläne, die das Wirtschaftsleben des Landes bestimmten. Der Jahresplan füllte gewöhnlich einige Dutzend Bände, und seine Vorgaben beruhten auf etwa 60.000 Kennziffern. Diese Kennziffern umrissen das Produktionsvolumen nach Form und Wertausdruck, gegliedert jeweils nach Ministerien, Behörden und Unionsrepubliken, außerdem die Arbeits-, Lohn- und Selbstkosten-Senkungskennziffern. Einige Bände behandelten die Planung großer Bauvorhaben und enthielten für die wichtigsten von ihnen eine ausführliche Titelliste mit Angaben über die Höhe der zugewiesenen Kapitalinvestitionen und über die Bauausführungs- und Montagearbeiten (...) Gesondert erfaßt wurde die Bereitstellung der notwendigen materiellen Ressourcen. Die Staatliche Planbehörde (Gosplan) der UdSSR verteilte die ca. 2.000 wichtigsten von ihnen, und die Staatliche Beschaffungsbehörde (Gossnab) der UdSSR übernahm die weitere Zuweisung an die Ministerien und Behörden, wobei ihre Schlüsselliste schon ca. 20.000 Positionen umfaßte. (...) In der Praxis allerdings klafften die in den Verordnungen vorgegebenen Kennziffern und der von den Ressourcen gewöhnlich bestimmte Spielraum weit auseinander, und der Plan konnte gewöhnlich nicht allen erlassenen Verordnungen Rechnung tragen. Darum wurde er durch einen weiteren, recht umfangreichen Band ergänzt, der die nicht eingehaltenen Verordnungen und die mit ihnen verbundenen Vorgaben verzeichnete (...) Diese Parallelität von Plan und Verordnungen war die Quelle zahlreicher Schwierigkeiten, Widersprüche und Disproportionen, es herrschte ein ständiger Kampf zwischen denen, die an der Ausführung der Verordnungen interessiert waren, und den zentralen Wirtschaftsbehörden – der Staatlichen Planbehörde, dem Finanzministerium, der Staatlichen Beschaffungsbehörde u. a. -, denen an einer gleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung gelegen war und die nicht jeden, der es wollte, mit den nötigen Ressourcen versorgen konnten." (Aganbegjan 1989, 127ff).

4 Produktionspreise würden sich nach Marx in einer idealtypischen kapitalistischen Volkswirtschaft unter den Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz einstellen und gleiche Profitraten (= der Quotient aus Profit und gesamtem Kapitalvorschuß) für alle Betriebe bedeuten, was letzteren eine gleichmäßige Akkumulation mit gleichen Wachstumsraten ermöglichen würde. Unter sozialistischen Bedingungen wären Produktionspreise die Grundlage für gleichmäßiges Wachstum in allen Wirtschaftszweigen, das durch gleiche Rentabilitäten bezogen auf die Summe aus „gesellschaftlichen Grundfonds" und gesamten Reproduktionskosten (Materialverbrauch und Löhne) finanziert wird. Diese Definition gilt für Rentabilitäten, die auf ein Jahr bezogen sind, und unter den Voraussetzungen, daß die Löhne zur Gänze vorfinanziert werden, und die Umschlagszeit ein Jahr beträgt.

5 Für Ungarn speziell siehe Boda und Ligeti (1993).

6 siehe Fußnote 3.

7 Allerdings war diese Entwicklung mit zyklischen Krisen (1967/68, 1974/75, 1981, 1983, 1992/93) verbunden.

8 Es ist mir klar, daß der Begriff „Profitrate" eigentlich fehl am Platz ist, besser wäre „Gewinnrate". Es geht hier um die quantitative Beschreibung des Wachstumspotentials einer Wirtschaft. Kapital müßte korrekterweise durch den von den sozialistischen Ländern selbst gewählten Begriff „Gesellschaftliche Grundfonds" ersetzt werden.

9 Dieser Abschnitt wurde durch den Beitrag von Ute Osterkamp (1993) angeregt und folgt teilweise ihrer Argumentation.

10 Siehe neben den österreichischen Ökonomen Streissler und Dietz auch Fleissner und Ludwig (1992).

11 In jenen Ländern, die schon eine längere Erfahrung mit marktwirtschaftlichen Mechanismen besitzen, ist der Einbruch nicht ganz so hoch.

12 In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich war die Zeit nach dem Übergang vom Nationalsozialismus zum gewöhnlichen Kapitalismus der Nachkriegszeit durch politische Teilnahmslosigkeit vieler Menschen charakterisiert. Sie ließen sich durch das mit Marshallplanhilfe stimulierte „Wirtschaftswunder" auf ökonomischem Weg in das System integrieren, ohne weitergehende demokratische Rechte zu fordern.

13 Siehe exemplarisch dafür die zu erwartende Entwicklung in der Slowakischen Republik in Adamec et al. (1993).

Radikaldemokratische Ansätze blieben auf der Strecke

War es neuerworbener bourgeoiser Instinkt oder alterworbenes marxistisches Wissen, die den ehemaligen sozialistischen Politökonomen zu der Erkenntnis führten, daß sich die Privatisierung unmöglich über die Institution der Sowjets transportieren ließe, daß diese ewig ein Hindernis bei der Entfaltung der „freien Unternehmerinitiative" bleiben würden? Es ging dabei wohlgemerkt nicht um die alten, vom kommunistischen Apparat beherrschten Sowjets, sondern um den vom „Demokratischen Rußland" dominierten Mossowjet.

Dieser von Popow noch während des „Ancien régime" losgetretene Konflikt, als die „Demokraten" mit den Sowjets noch einiges vorhatten, bildete das Grundmuster für alle künftigen Auseinandersetzungen. Gleich nach seinem glorreichen Sieg im August 1991 machte sich Jelzin an die Demontage der örtlichen Selbstverwaltung, denen er Präfekten vor die Nase setzte, die wie früher die Parteisekretäre das „sinnlose parlamentarische Geschwätz" zu ignorieren und allein höheren Weisungen zu folgen hatten. In diesem Sinn blieb die Kontinuität der Macht durchaus gewahrt, während die wirklich gesellschaftsverändernden, radikaldemokratischen Ansätze der Bewegung auf der Strecke blieben. Der Machtkampf, der mit dem Sturm auf das Parlament endete, hatte seinen Ausgangspunkt in jenem dem damaligen Oppositionsblock innewohnenden Widerspruch zwischen allgemein-demokratischen Ansprüchen und dem nach politischer Macht strebenden neuen Unternehmertum.

Das aber relativiert gewaltig die Block-Konstellation, wie sie sich nach außen darstellte: Hier das demokratische, westlerische, reform- und zukunftsorientierte Lager, dort der Block der Hinterwäldler, kommunistischer und monarchistischer Nostalgiker, der Slawophilen und Protagonisten des starken Staates. Der Widerstand gegen den Jelzinismus war immer auch einer des „zivilgesellschaftlichen", weil proparlamentarischen Spektrums, das den „dem Totalitarismus abgerungen" Rechtsstaat verteidigte, darunter dessen wichtigstes Prinzip, die Gewaltentrennung. Auf der anderen Seite ein Regime, dessen Reformterror die Dimensionen eines sozialen Krieges gegen die Bevölkerungsmehrheit erreicht hat, das sich deshalb auf parlamentarischem Weg nicht stabilisieren ließ, und das sich auf einen dumpfen Autoritarismus „von unten" stützt.

Die blutige Zäsur, die Jelzins „zweiter Sieg" bedeutete, sowie die Unfähigkeit der Opposition, den Sieg eines schwachen Staates über die Gesellschaft zu verhindern, hat bereits zu einer Erosion in beiden Lagern geführt. Bei den Demokraten ist das längst offenkundig geworden. Demokratische Überzeugung trennte sich von demokratischer Demagogie. Da die Nomenklatura mittlerweile zum Kapitalismus konvertiert ist, besteht auch die berechtigte Hoffnung, daß sich der demokratische Widerstand von damals mit dem sozialen Widerstand von heute verständigt. Umgekehrt sehen die Pogrombrüder, die sich dem „patriotischen Block" zugehörig fühlten, mittlerweile alle Vorteile auf der Seite der Präsidialmacht: Die Verbindung von Kapitalismus und autoritärem Staat, das Streben, über die Zerschlagung der örtlichen Sowjets die Einheit Rußlands wiederherzustellen und die Restsowjetunion in das russische Reich heimzuholen. Auch riechen sie förmlich den Braten, Anti-Mafia-Affekte nationalistisch zu kanalisieren. Nach der KPdSU und Sowjets werden es wohl die kaukasischen Händler sein, welche die Volkswut zu spüren bekommen.

Ein nochmals, diesmal imperial, gewendeter Boris Jelzin würde allerdings im Westen nicht nur Freunde haben. Die russophobe Welle, die er damit auslösen würde, wäre für das „neue Rußland" nicht weniger bedrohlich als es der russophile Widerstand bisher war. ■

Werner PIRKER ist Journalist.

Zur Erinnerung an Engelbert Broda

(1910 – 1983)

Durch sein Engagement gegen das Kernwaffenwettrüsten und für den Frieden und durch seine zahlreichen Veröffentlichungen mit populärer Darstellung naturwissenschaftlicher Fragen war Engelbert Broda, Professor für Physikalische Chemie an der Universität Wien, in der Öffentlichkeit sehr bekannt. In »Weg und Ziel« hat er zwischen 1949 und 1965 viele Artikel zu philosophischen, wissenschaftshistorischen und naturwissenschaftlichen Themen veröffentlicht.

Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr seines Todestages, er starb durch plötzliches Herzversagen am 26. Oktober 1983 bei einer Wanderung in den Donauauen, werden hier der in der »Volksstimme« (28. Oktober 1983) erschienene Nachruf und eine der letzten Arbeiten Brodas abgedruckt. Es ist sein Manuskript für ein Referat, das er bei einer Tagung der internationalen Pugwash-Bewegung über "Eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan" halten wollte. Wenige Tage vor der geplanten Abreise zu dieser Tagung in Bukarest ereilte ihn der Tod.

Die in dieser Arbeit behandelten Fragen sind auch heute höchst aktuell, ja, mehr noch als damals, und so zeigt diese Arbeit Brodas Vermögen, herangereifte Probleme zu analysieren und Lösungen vorzuschlagen. Sowohl für die wissenschaftliche Welt wie für die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen sind die hier behandelten Fragen sehr wichtig: Die Herausforderung an die Wissenschafter, sich sowohl für Abrüstung und einen Stopp der Entwicklung neuer Waffen wie für eine Intensivierung der internationalen wissenschafltichen und technischen Zusammenarbeit einzusetzen. Die Auswahl von Kriterien, die gewährleisten sollen, daß die Forschungsmittel in Hinblick auf die dringendsten gesellschaftlichen Bedrüfnisse eingesetzt werden. Die Bedeutung regionaler Kooperationen. Die notwendigen Bausteine für den Aufbau einer umfassenden Sicherheitspartnerschaft. Die historische Notwendigkeit eines schrittweisen Verzichts der Staaten auf Souveränität und des Hinarbeitens auf eine Weltregierung, wobei ein Fortschritt in diese Richtung - wie Broda ausführt - nur durch freiwilliges Handeln in gegenseitiger Übereinstimmung, durch schrittweise Überwindung internationaler Spannungen und nicht durch Versuche von Großmächten zur schnellen Realisierung eigener Weltregierungskonzeptionen erzielt werden kann. So sind Brodas Überlegungen auch für die heutigen Diskussionen über die Rolle der Wissenschaft und über die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung von großem Interesse.

Thomas Schönfeld

Der Artikel "Negative Maßnahmen genügen nicht - konstruktives Handeln ist notwendig" wurde zuerst in einem Band ausgewählter Schriften E. Brodas abgedruckt (aus dem Englischen übersetzt): E. Broda, Wissenschaft - Verantwortung - Frieden, Ausgewählte Schriften (Hrsg. P. Broda, G. Deutsch, P. Markl. T. Schönfeld, H. Springer-Lederer), Verlag Deuticke, Wien 1985.

Die Zentralbibliothek für Physik in Wien hat eine Ausstellung über Professor Broda zusammengestellt: Boltzmanngasse 5, 1090 Wien, Zugang: 4. Stock (Montag bis Freitag: 8.00 bis 17.30 Uhr, Dienstag bis 16.00 Uhr) ■

Zum Tod von Engelbert Broda*

Mit dem plötzlichen Ableben von Professor Dr. Engelbert Broda am vergangenen Mittwoch hat das wissenschaftliche Leben Österreichs, haben alle für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt engagierten Menschen einen großen und unersetzlichen Verlust erlitten. Broda stand im 74. Lebensjahr. Bis 1980 wirkte er als Professor für Angewandte Physikalische und Biophysikalische Chemie an der Universität Wien. Auch nach seiner Emeritierung setzte er seine vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit mit der ihm eigenen Intensität fort.

In der Öffentlichkeit ist er vor allem durch sein Engagement für den Frieden, durch seine von tiefem wissenschaftlichem Einblick getragenen Warnungen vor der atomaren Bedrohung der Menschheit bekannt geworden. Auf Grund dieses Engagements wurde er vor einigen Jahren zum Präsidenten der Vereinigung Österreichischer Wissenschafter, dem österreichischen Zweig der Pugwash-Bewegung, gewählt. Schon Anfang der fünfziger Jahre hat er sich um die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Atomwaffenrüstung bemüht, und noch am Freitag vergangener Woche hielt er einen Vortrag an der Universität über die Verantwortung der Wissenschafter im Wettrüsten, und am Samstag war er Redner bei einer der Auftaktkundgebungen des Wiener Friedensmarsches, seiner Überzeugung von der Notwendigkeit der Mitwirkung der Wisssenschafter in der Friedensbewegung Ausdruck gebend.

In Wien 1910 geboren, besuchte er hier das Gymnasium und begann mit dem Studium der Chemie an der Wiener Universität. Schon als Schüler und Student – zunächst in Wien, dann in Berlin – kam er in Kontakt mit der Arbeiterbewegung; er schloß sich der kommunistischen Studentenbewegung und der KPÖ an, in der er auch unter dem Austrofaschismus im illegalen Kampf wirkte.

Rußland im Herbst

Werner PIRKER

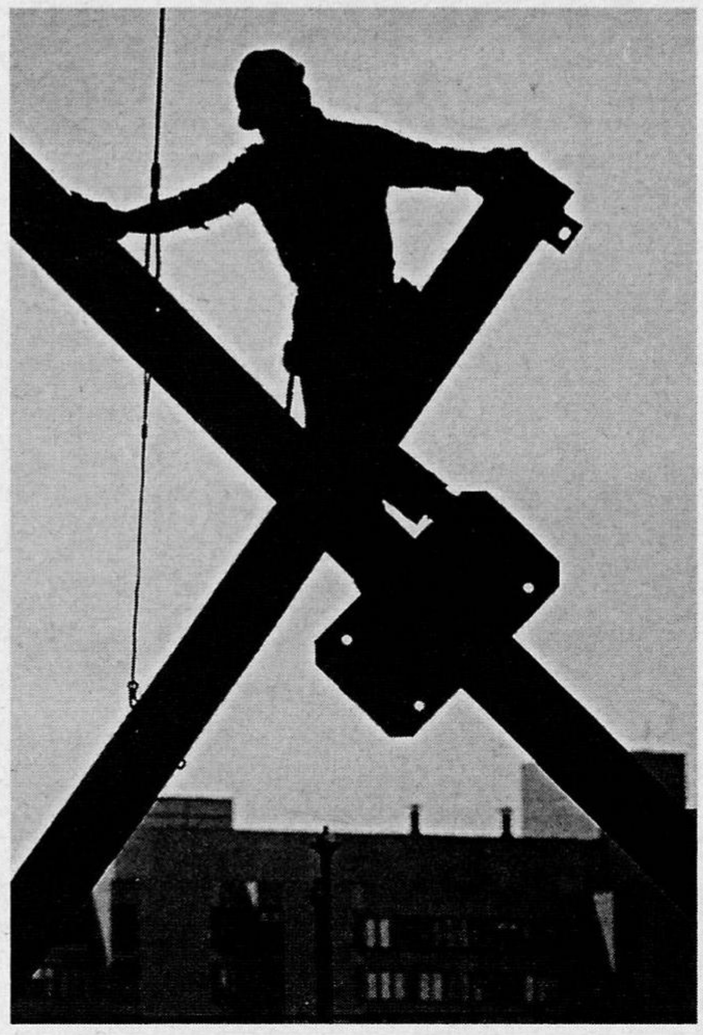
Der russische Herbst 1993 ist schon wieder Legende. Die „Truppen des Zaren" haben den Aufruhr niedergeschlagen, dessen Anführer sitzen hinter Schloß und Riegel. Reformen werden angekündigt, doch keineswegs solche, die dem Drängen des Volkes entsprechen würden. Byzantinisches Gottesgnadentum herrscht über das Land. Westlich der Reichsgrenzen überwiegt ehrfurchtsvolles Staunen über rustikales Moskowiter Brauchtum im Umgang mit der Macht. Rußland, wie man es liebt und haßt.

Jelzins „zweiter Sieg über den Kommunismus" ist vom Metropolen-Kapitalismus mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen worden. Rechtsstaatliche Bedenken waren nur Fußnoten unter den Jubelmeldungen. Um bildhaft zu bleiben: sie sind das Wechselgeld, das sich die „New World Order"-Connection für den Fall jener Fälle einbehält, daß Rußland seinen antikommunistischen Missionsgeist zu einer hegemonialen Reichsidee erheben sollte. Was bislang mit klammheimlichem Vergnügen beobachtet wurde, jene eigenartige Metamorphose der kommunistischen Nomenklatura zur „bürgerlichen Klasse", würde plötzlich doch noch zum Skandal ausarten, der Geburtsfehler des „neuen Rußlands" wäre entdeckt: als Ausdruck einer genetischen Reihe, die den Kommunismus als die säkularisierte Form der russischen Idee von Moskau als dem „Dritten Rom" erwachsen ließ und daraus wiederum Jelzins Rußland, das die bolschewistischen Weltherrschaftsträume nun ohne die Hilfe des Weltproletariats, sich dafür aber das Recht auf den atomaren Erstschlag vorbehaltend, zu verwirklichen gedenkt. In der Werkstatt der Feindbilder müßte man nicht einmal besonders erfinderisch sein: Die Russophobie ist älter als der Antikommunismus.

Die Opposition zum Jelzin-Regime, wie sie bis zu den blutigen Ereignissen Anfang Oktober existierte, entsprach exakt der Vorurteils-Struktur, die abendländischem Denken eigen ist: kommunistisch und/oder russisch-national. Auch wenn sich hier die Ressentiments die Wirklichkeit noch entsprechend zurechtbiegen, bleibt es eine Tatsache, daß sich die „Front zur nationalen Rettung", die bis zu ihrem Verbot am 5. Oktober die Kernstruktur des außerparlamentarischen Widerstands bildete, explizit als vereinigte Opposition der linken (sozial-orientierten) und rechten (nationalistischen) Kräfte verstand und damit auch als Ausdruck der Überwindung der historischen Spaltung der russischen Gesellschaft in „Weiße" und „Rote". „Im Drang nach sozialer Gerechtigkeit und im Streben nach nationaler Größe" hätten die rote und die weiße Seele Rußlands zusammengefunden, schrieb der »Den«-Chefredakteur und Front-Ideologe Prochanow.

Alternativen zu Jelzins Western-Kapitalismus

Die Klammer, die dieses Konstrukt zusammenhielt, ergab sich aus dem gemeinsamen und mit großem Nachdruck geäußerten Bekenntnis



zur Verteidigung der „gesamtstaatlichen, gesamtnationalen Interessen", die durch die Übernahme des „kosmopolitisch-liberalen Modells" existentiell bedroht seien. Das erscheint auf den ersten Blick natürlich als eine Preisgabe emanzipatorischer Ideen unter dem Druck des russischen Wertkonservativismus. Umgekehrt könnte man darin auch die Fortsetzung der sowjetischen Traditionslinie eines autoritären Etatismus und dessen Metamorphose vom sozialistischen zu einem nunmehr völkisch vermittelten Kollektivismus sehen. Die „rot-braune Allianz" hätte damit wohl ihre Erklärung gefunden. Und lieferte der Kongreß der Volksdeputierten nicht auch noch den entsprechenden Beweis, als er im vergangenen Dezember eine Resolution verabschiedete, in der die Etablierung eines „staatlich-korporativen Wirtschaftsmodells" gefordert wurde?

Im Grunde aber ist es nur natürlich, daß sich als Alternative zu Jelzins Western-Kapitalismus alle möglichen „dritten Wege" anbieten, auch völkische und ständische, wobei als Beispiel für die Wirksamkeit des „korporativen Modells" vor allem die asiatischen „High-Tech"-Gesellschaften herangezogen werden. Die Attraktivität des dritten Weges, der von der KPdSU in ihrer Abstiegsphase ins Zentrum des gesellschaftlichen Bewußtseins gerückt wurde, ergibt sich schließlich daraus, daß sich nach dem Jahrhundert-Desaster eine sozialistische Perspektive nicht so ohne weiteres aus dem Hut zaubern läßt.

Das ideologisch heterogene Lager der „Gosodarstweniki" (Staatler), das Anhänger der sowjetischen Ordnung ebenso umfaßt wie Befürworter der traditionalen russischen Staatlichkeit sowie schlichte Pragmatiker staatskapitalistischer Orientierung, ergibt sich logisch als Gegentendenz zu neurussischer Wirtschaftsbarbarei, welche atavistische Triebe freisetzt, die sich über jedwede gesellschaftliche Rahmenbedingungen hinwegsetzen. Gaidars Schocktherapie, konzipiert als umfassende Entstrukturierung und damit Entfesselung der marktwirtschaftlichen Spontaneität, hat eine Vergesellschaftungskrise ausgelöst, die kein historisches Beispiel kennt. Waren solche Krisen dem Kapitalismus stets immanent, ebenso

wie deren Lösung auf dem Weg einer fortschreitenden Entwicklung, so geschah hier der Versuch einer direkten Revision des geschichtlichen Verlaufs. Es ist dies nichts anderes als der Versuch, die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals unter verkehrten Voraussetzungen gewähren zu lassen, in einem Land das sich auf dem historisch höchsten Niveau der Vergesellschaftung befand. Das Jelzin-Experiment entspricht in seiner Radikalität – bei umgekehrter Zielrichtung – durchaus dem Oktober-Projekt, was den Vorwurf des Neobolschewismus, dem es sich immer wieder ausgesetzt sieht, gar nicht so abwegig erscheinen läßt. Es ist daher im doppelten Sinn zum Scheitern verurteilt.

Kühne Erbauer des Kapitalismus

Der russische Präsident und seine Umgebung, die sich als der Welt konsequenteste Revolutionäre dünken, als die „kühnen Erbauer des Kapitalismus" versperren sich entsprechend konsequent jeglichen pragmatischen Lösungsversuchen, die sie nur als „Sozialismus durch die Hintertür" begreifen können. Sie, die einst der „Ideologisierung des gesamten Lebens" eine „endgültige Absage" erteilt haben, erheben nun das Privateigentum zur heiligen Kuh, der sie jegliche ökonomische Rationalität opfern. Da aber nun, bei allem Fanatismus, selbst ihre kapitalistischen Überzeugungen noch marktwirtschaftlich vermittelt sind, betrachtet die politische Klasse die Marktwirtschaft vor allem als Selbstbedienungsladen. Ihre Perspektiven beziehen sich allein auf den unmittelbaren Machterhalt und die persönliche Bereicherung.

Die Quellen der Kapitalanhäufung sprudelten schon im korrumpierten Sozialismus. So gesehen war der Bruch mit dem „totalitären System" seinem inneren Wesen nach nichts anderes als die Befreiung des Nomenklatura- und Mafiakapitals von den staatssozialistischen Fesseln. Das bestimmte dann natürlich entscheidend den Inhalt des Privatisierungsprozesses. Die Perestroika, die in ihrer eigentlichen Zielsetzung, einer sozialistischen Systemreform, scheiterte, die wohl nur über eine Rehabilitierung des repressierten Wertgesetzes möglich gewesen wäre, um dessen heimliches Wirken unter Kontrolle zu bekommen, begann sich gegen sich selbst zu wenden und führte die Gesellschaft an jene Grenze heran, hinter der der Umsturz der Eigentumsverhältnisse stand. Da stellte sich dann nur mehr die Frage, ob das Volkseigentum gratis oder über Versteigerungen bewährten Privathänden übereignet werden soll. Das eine wollten die Leute mit Beziehungen, das andere die Leute mit Geld. Die einen vertrat der Moskauer Bürgermeister Gawrilj Popow, die anderen der Börsenchef Konstantin Borowoi. Das Glück war beiden Strömungen hold. Das ressourcenreichste Land der Welt unterwarf sich dem Raubrittertum. So vollzog sich die ursprüngliche Akkumulation in ihrer ursprünglichsten Form, das Gesetz der Taiga exekutierend.

Die dreiste Verfolgung parasitärer Interessen, die dem neurussischen Bojarentum eigen ist, untergräbt nicht nur die Grundlagen der Staatlichkeit, es macht auch die Gesellschaft obsolet, die sich als Ganzes der Deklassierung ausgesetzt sieht. Die zur Elite gewordene Mafia bestimmt die Totalität des Lebens, es existieren keine Normen, keine geregelten Beziehungen, keine Kollektivverträge, kein geschlossenes System der Lohnarbeit, keine gesellschaftliche Vermittlung. Im Grunde sind es archaische Zustände, individuelle Überlebensstrategien bündeln sich zur Marktwirtschaft der kleinen Leute. Von ihren Propagandisten wird der Verkauf des letzten Hemdes dann auch noch als „Revolution im Bewußtsein" hingestellt.

Antiparlamentarische Ressentiments

Diese unmöglichen Zustände bilden aber auch die Grundlage für den „Jelzinismus von unten". Je atomisierter die Gesellschaft, je undurchschaubarer die Prozesse, desto anziehender die Mythen um den Retter im Kreml, um Boris den Schrecklichen, der das Volk von der Bojarenherrschaft im Weißen Haus befreit. Nichts leichter als in einer solchen Situation, antiparlamentarische Ressentiments zu schüren, die Abgeordneten als „Parasiten am Volkskörper" bloßzustellen. Unter die Gesetze des Marktes subsumiert erscheint vielen Volksgenossen selbst der raffgierigste Schieber als nützlicher, in seinem Verhalten jedenfalls verständlicher als die „parlamentarischen Schwätzer".

Der Mehrheit der Bürger steht jedenfalls zur Zeit nicht der Sinn nach demokratischen Prozeduren. Sie wollen klare Spielregeln, eine kalkulierbare Inflation zum Beispiel. Diese Profanisierung des Lebens aber kommt der Macht zugute. Als es der Partokratie an den Kragen ging, stand die Moral an erster, nun rangiert sie an letzter Stelle.

Aber bestand damals nicht auch die Hoffnung, daß mit dem Aufbrechen des staatsmonopolistischen Systems erstmals in Rußland die „Zivilgesellschaft" zu ihrem Recht käme? Das hat sich im doppelten Sinn als Trugschluß herausgestellt. Weil erstens den privatistischen Interessen absolute Priorität gegenüber den allgemein-gesellschaftlichen genießen und weil das zweitens keinerlei Liberalität verheißt, sondern nur über ein autokratisches Regime exekutierbar ist. Die neue Kreml-Herrschaft ist der klassische Fall einer bonapartistischen Diktatur, die über einer paralysierten Gesellschaft thront.

Neben der „Zivilität" war es vor allem auch der Rechtsstaat, den der zivile Ungehorsam gegen den „kommunistischen Totalitarismus" auf seine Fahnen schrieb. Das bedeutete zuallererst, die parlamentarischen Institutionen wieder in ihre Rechte einzusetzen, das heißt, die vom KPdSU-Politbüro zu den Parteisekretären vor Ort gehende Macht-Vertikale zu brechen. Dabei erschien es durchaus logisch, den revolutionären Schlachtruf der Bolschewiki, nämlich „Alle Macht den Sowjets" zu reaktivieren und auch noch Lenins Taktik zu kopieren, über die Sowjets den Staat zu erobern.

Das führte allerdings zu Ungereimtheiten, die sich noch vor dem August-Sieg bemerkbar machten. Damals befand sich der Moskauer Stadtsowjet bereits fest in „demokratischer Hand". Die war aber keineswegs zur Faust geballt. Während nämlich die demokratische Elite um Popow unter Umgehung der demokratischen Prozeduren die Hauptstadt mit einem radikalen Privatisierungsprogramm beglücken wollte und dabei unter alten Nomenklaturisten nach der Devise „Eine Hand wäscht die andere" nicht nur Anhänger, sondern auch persönliche Interessenten an „herrenlosem Eigentum" fand, herrschten in seiner eigenen Fraktion zum Teil ganz andere Vorstellungen über eine gerechte Lösung der Eigentumsfrage vor. Vorstellungen über eine Entstaatlichung, die nicht privatisiert, sondern neue Formen kollektiven Eigentums hervorbringt.

Seine Zugehörigkeit zur Bewegung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft hat er stets aufrechterhalten.

Auf Grund seiner antifaschistischen Tätigkeit mußte er Österreich 1938 verlassen. Während des Zweiten Weltkrieges war er mehrere Jahre lang Mitarbeiter in der britischen Kernenergieforschung. Nach seiner Rückkehr nach Österreich 1947 war er zuerst unter Minister Karl Altmann mit Forschungsfragen im Bundesministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft tätig, widmete sich aber bald ganz der wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Wien, wo er eine vielseitige Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Radiochemie begann. Später wandte er sich der biophysikalischen Chemie zu. Sein besonderes Interesse galt den energetischen Aspekten der Lebenstätigkeit.

Viel Aufmerksamkeit widmete Broda der Wechselbeziehung zwischen wissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher Entwicklung sowie der Wissenschaftsgeschichte und der Popularisierung der wissenschaftlichen Ergebnisse. Mit besonderem Engagement und Zuneigung erforschte und beschrieb er die hervorragenden Leistungen des berühmten österreichischen Physikers Ludwig Boltzmann und seine Stellung in der Wissenschaftsentwicklung.

Engelbert Broda ist durch seine wissenschaftlichen Arbeiten, durch seine zahlreichen und vielfach übersetzten Bücher und durch sein Engagement in den Friedensbemühungen in vielen Ländern bekannt und hochgeschätzt. So ist sein Ableben ein schmerzlicher Verlust für einen großen internationalen Kreis, der seinem unermüdlichen Wirken für den Fortschritt von Wissenschaft und Gesellschaft, für eine Welt, in der die Wissenschaft nur friedlichen Zwecken dient, ehrend gedenken wird.

Thomas Schönfeld

* »Volksstimme« vom 28. Oktober 1983

Wissenschaft – Verantwortung – Frieden

Negative Maßnahmen genügen nicht – konstruktives Handeln ist notwendig*

Engelbert BRODA

Manuskript für einen Vortrag auf der Tagung der internationalen Pugwash-Bewegung (Pugwash Conferences on Science and World Affairs), Bukarest, Ende Oktober 1983. Die ursprüngliche englische Fassung hatte den Titel „Negative measures are not enough – a constructive approach is needed". Wenige Tage vor der geplanten Abreise zu dieser Tagung starb Broda. Das Manuskript wurde an die Tagungsteilnehmer in vervielfältigter Form ausgegeben.

Das wichtigste Problem unserer Zeit ist Frieden und besonders die Vermeidung eines Atomkriegs. Das ist nur dann möglich, wenn es sehr bald zu einer Einigung über ein Einfrieren der Atomwaffen kommt und dann die Abrüstung nuklearer und anderer Waffen folgt. Bei unserer Tagung wird niemand diese grundlegenden Tatsachen bezweifeln.

Aber die Forderung nach einem Einfrieren und nach Abrüstung genügt nicht. So unentbehrlich sie ist, so handelt es sich dabei insofern um negative Maßnahmen, als dadurch nur ein Teil der Waffen, nämlich die Angriffswaffen, vom internationalen Schauplatz verbannt werden. Historische und politische Erfahrungen aber haben gezeigt, daß sich Menschen öfter für positive als für negative Ziele mobilisieren lassen, mögen die negativen noch so wichtig sein. Jedenfalls trifft das auf jene Menschen zu, die konstruktiv denken. Außerdem hält eine positive Mobilisierung länger an.

Es ist oft festgestellt worden, daß die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener, sogar feindlicher Länder zur Auflösung nationaler Vorurteile führt. Egal aus welchen Teilen der Erde wir stammen, wir kommen doch sehr gut miteinander aus, wenn wir als Mitglieder wissenschaftlicher Unternehmungen oder als Angestellte internationaler Organisationen in Wissenschaft oder Technik arbeiten. Nähere Bekanntschaft führt zu besserem Verständnis. Im allgemeinen wendet Feindseligkeit sich zu Freundschaft, und der Gedanke an gegenseitigen Mord im Kriegsfall wird unannehmbar.

Der Kampf gegen das Wettrüsten ist für die denkenden Menschen ein gemeinsames Anliegen geworden. Wir sollten überlegen, wie dieser Kampf durch konstruktive Bemühungen ergänzt werden kann.

Natürlich gibt es bereits viele Beispiele der internationalen Zusammenarbeit von Experten, und das hat sich als wichtig erwiesen für die Erhaltung des Friedens – wenigstens ist es bisher zu keinem Dritten Weltkrieg gekommen. Wissenschafter denken dabei natürlich an ihre internationalen Fachverbände und deren Dachorganisation, International Council of Scientific Unions (ICSU). Mitglieder anderer Berufe werden mit anderen Organisationen vertraut sein. Es gibt eine große Anzahl Sonderorganisationen im Rahmen der Vereinten Nationen, zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

Man kann dagegen einwenden,

* Aus dem Buch „Wissenschaft – Verantwortung – Frieden" herausgegeben von Paul Broda, Gitta Deutsch, Peter Markl, Thomas Schönfeld und Helmuth Springer-Lederer.

daß die Arbeit dieser Organisationen unzureichend ist und eine neue Dimension erhalten sollte. Gegenüber einer solchen Haltung ist eine ernste Warnung vorzubringen. Eigentlich muß man sich wundern, daß diese spezialisierten Organisationen durch den Verfall des internationalen Klimas nicht bereits grundlegend geschädigt oder wirkungslos geworden sind. Im großen und ganzen funktionieren die UN-Organisationen so wie früher. Man darf sich jedoch nicht der Illusion hingeben, daß sie imstande sein werden, es auf lange Sicht zu tun, wenn der Übergang von der Entspannung zur Konfrontation weitergetrieben wird. Ich befürchte, daß die konstruktive Zusammenarbeit unter Experten unmöglich werden wird, wenn die Verbindungen zwischen den Mächten auf politischer Ebene völlig zusammenbrechen. Caveant consules.

So erfreulich die Leistungen der Sonderorganisationen auch sein mögen, sie entsprechen keinesfalls den Bedürfnissen. Das ist nicht nur eine Frage der quantitativen Unzulänglichkeit, also der viel zu geringen finanziellen Unterstützung. Natürlich sind die Budgets armselig, und jene schlecht informierten oder böswilligen Leute, die über diese Ausgaben jammern, haben unrecht. Man muß sich vor Augen halten, daß zum Beipiel ein einziger B-1-Bomber 347 Millionen Dollar kosten soll und ein einziges Ohio-Trident-U-Boot 1700 Millionen Dollar, wogegen etwa die jährlichen Gesamtausgaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) nur auf 92 Millionen Dollar kommen.

Trotzdem ist das Finanzielle nur ein Teil des Problems. Der wesentlichere Teil betrifft ihre Aufgaben, nämlich ihre Politik. Wir brauchen eine neue Dimension in der internationalen Zusammmenarbeit. Die bestehenden internationalen Organisationen müssen umgestaltet und modernisiert und/oder es müssen neue Organisationen geschaffen werden, damit sie die neuen Aufgaben erfüllen und wirksam arbeiten können.

Leider muß man zugeben, daß die jetzigen internationalen Organisationen keine optimalen Leistungen aufweisen, nicht einmal was ihre begrenzten Aufgaben betrifft. Jeder, der die eine oder andere genauer kennt, ist betroffen von der ihnen auferlegten Last an Angestellten, die aus anderen Erwägungen als Effizienz, Motivation oder Mitwirkungsbereitschaft aufgenommen werden müssen. Unglücklicherweise sind die Organisationen zum großen Teil ein Tummelplatz für egoistische Bürokraten. Diese Tatsache ist ernst zu nehmen. Ich weiß von Fällen, in denen gut bezahlte Beamte praktisch ihre ganze Zeit damit verbringen, sich um die Privilegien zu kümmern, die ihnen leider seitens der Organisation zugestanden werden.

Wenn man dies betont, darf man aber eine Gefahr nicht übersehen: Leistung kann zum Schlagwort werden, um Angehörige der Entwicklungsländer auszuschließen. Im Durchschnitt haben solche Menschen weniger Möglichkeiten, sich Kenntnisse anzueignen. Es müßte jedoch bei gutem Willen und eingehendem Studium möglich sein, dieses Problem zu lösen und zwischen einer von der Grundlage her minderen Qualität und bloßem Mangel an Erfahrung zu unterscheiden. Man muß noch hinzufügen, daß auch viele Beamte der internationalen Organisationen aus den Industrieländern keinesfalls befriedigend arbeiten und daß sie ihre Posten nur persönlichen Beziehungen und ähnlichem verdanken.

Welche Arbeit haben die jetzigen UN-Sonderorganisationen geleistet? Nochmals soll hier betont werden, daß viele dieser Arbeiten von großem Wert waren. Sie waren aber begrenzt. Es werden Probleme untersucht, es finden Diskussionen statt, Empfehlungen werden ausgearbeitet, es erscheinen Schriften, es werden Experten ausgeschickt, und es wird in begrenztem Ausmaß finanzielle Hilfe an auswärtige Organisationen für bestimmte, meist geringfügige Aufgaben geleistet. Das gilt zum Beispiel für die Internationale Atomenergieorganisation, die ihr eigenes Laboratorium in Seibersdorf bei Wien hat. Dort wird Forschungsarbeit betrieben und an der Standardisierung von Analyseverfahren sowie am Vergleich von Versuchsergebnissen aus verschiedenen Ländern gearbeitet. Dazu sei noch angemerkt, daß dieses ausgezeichnete Laboratorium – eine Seltenheit – seine Existenz zum großen Teil der Entschlossenheit und Energie eines Mannes verdankt, nämlich Henry Seligmans.

Was ist nun diese neue Dimension, an die hier gedacht wird? Man könnte versuchen, es so zu umreißen: Lösungen von Problemen sollen nicht nur empfohlen und vorgeschlagen, sondern die Probleme sollen auch von den Organisationen selbst gelöst werden. Man kann das durch ein relativ bescheidenes Beispiel illustrieren: Der Strom von Sonnenenergie, der die Erde erreicht, beträgt 40.000 Kilowatt pro Kopf der Erdbevölkerung, also zehntausendmal mehr als der heutige Verbrauch an Energie jeglicher Form in Europa. Sonnenenergie erzeugt keinerlei chemische, thermische oder radioaktive Verschmutzung, sie ist überall und unerschöpflich vorhanden, und sie eignet sich nicht für militärische Zwecke. Der Grund dafür, daß Sonnenenergie – außer durch Speicherung in Form von Biomasse – nicht ausgenützt wird, ist pure Vernachlässigung; es wurden bisher einfach nur sehr geringe Beträge für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet investiert.

Der mangelnde Wille zur Investition von genügend Geld für diesen Zweck fällt besonders auf, wenn man die Bereitschaft der Regierungen vergleicht, riesige Summen auszugeben für Weltraumforschung, Hochenergie-Teilchenforschung und Plasmaforschung.

Um eine Größenordnung anzugeben: Ich nehme an, daß heute ungefähr hundertmal mehr Geld für angeblich zivile Forschung und Entwicklung auf diesen Gebieten ausgegeben wird als auf dem Gebiet der Sonnenenergie. In den USA zum Beispiel stehen jährlich nur etwa 100 Milionen Dollar aus Regierungsmitteln für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Sonnenenergie zur Verfügung.

Trotz des (bedeutenden) wissenschaftlichen Interesses der drei erwähnten Gebiete ist der Nutzen der erzielten Resultate vorläufig nicht groß. Die Plasmaforschung – hauptsächlich für Kernfusion – wird kaum vor Mitte des nächsten Jahrhunderts von wirtschaftlichem Wert sein. Der praktische Nutzen der Weltraum- und Hochenergie-Teilchenforschung ist sogar noch fraglicher. Nach Meinung des Autors ist die Bereitschaft für solche Arbeiten, zu einem gewissen Grad unbewußt, auf militärische Erwägungen zurückzuführen. Manchmal, wie bei der Weltraumforschung (Raketen) und der Plasmaforschung (in Beziehung zu den Wasserstoffbomben), ist das offensichtlich.

Darüber hinaus gibt es die Erwartung, daß später unvorhersehbare militärische Anwendungen dieser drei Forschungsrichtungen entstehen könnten, so wie es 1938 bei den For-

Frans Masereel, Das Opfer, 1917/20

nen Projekten. Nationale und Sonderinteressen werden unvermeidlich noch auf lange Zeit eine große Rolle spielen. Es müssen Mechanismen zur Entscheidung und Auswahl gefunden werden. Wenn man die Welt so nimmt, wie sie ist, wird man die Lösung realistischerweise im Rahmen der Vorgangsweisen suchen, die den Vereinten Nationen vertraut sind. Das heißt im großen und ganzen, daß die UNO-Generalversammlung und ihre Organe beraten und Vorschläge machen würden, die endültigen Entscheidungen über die Durchführung aber nicht ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates erzielt werden könnten.

Selbstverständlich können alle in diesem Vortrag gemachten Vorschläge ohne ein Minimum an gutem Willen auf allen Seiten nicht verwirklicht werden. – Das ist aber kein besonderes Merkmal dieser Vorschläge. Jeder Fortschritt in Richtung Abrüstung und Frieden beruht zum großen Teil auf gutem Willen. Technische Lösungen allein führen zu nichts. Obwohl der Weltfrieden sicher auch ein technisches Problem ist, sind moralisch-politische Gesichtspunkte von grundlegender Bedeutung. Der Vorzug, der mit den hier gemachten Vorschlägen angestrebt wird, besteht in der Öfffnung eines möglichen Weges in Richtung Sicherheit und Frieden – eines Weges, der von den Ländern guten Willens, das heißt mit wirklich friedlichen Absichten, keine ungerechtfertigten und untragbaren Opfer verlangt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen eine allgemeine „Sicherheitspartnerschaft" aufbauen helfen – um einen treffenden Ausdruck zu gebrauchen.

Abschließend ein paar Worte über den Zusammenhang zwischen diesen Vorschlägen und der Möglichkeit einer Weltregierung. Wenn die menschliche Zivilisation noch längere Zeit bestehen soll, ergibt sich zweifellos die Notwendigkeit einer Weltregierung. Daß heute die Regierungen einiger hundert Länder, darunter vieler ganz kleiner, mit willkürlichen Grenzen, über die Erde herrschen, ist einfach unvereinbar mit dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik – den elektronischen Medien, Düsenflügen, der Verwertung von Atomenergie, Computer-Anwendung, Gentechnik. Viele bedeutende Denker haben das erkannt und betont, nicht zuletzt Albert Einstein. Doch Versuche von Großmächten, schwächere Staaten zu zwingen, auf ihre Souveränität und Freiheit zu verzichten, können die Weltlage nur verschärfen und zu einer Katastrophe führen. Es sei daran erinnert, wie Hitlers Versuch, Europa zu seinen Bedingungen in einen Bund zu zwingen, geendet hat. Vor 50 Jahren, im pränuklearen Zeitalter, waren jedoch alle Konflikte harmlos im Vergleich mit dem, was sie heute sein können.

Deshalb setzt der Weg zu einer Weltregierung freiwilliges Handeln in gegenseitiger Übereinstimmung voraus. Solange die internationalen Spannungen bestehen oder sogar anwachsen, gibt es keine Möglichkeit einer solchen Übereinkunft. Bessere Beziehungen sind nicht die Folge sondern die Voraussetzung einer Weltregierung. Erst wenn alle Staaten wirklich davon überzeugt sind, daß ihren Bedürfnissen und Vorstellungen mit einem allmählichen Verzicht auf Souveränität tatsächlich gedient ist, kann ein Fortschritt in Richtung Weltregierung erwartet werden. Auf dem Weg dahin wird konstruktive internationale Zusammenarbeit von Nutzen sein. ■

Univ.-Prof. Dr. Engelbert BRODA (1910-1983) war Professor am Institut für Physikalische Chemie der Universität Wien.

Anmerkungen

1 E. Broda: Solar energy in the 1980s, Vortrag bei der Internationalen Atomenergieorganisation, Wien 1979; ergänzte Fassung 1981 (siehe S. 234 des vorliegenden Bandes; Hrsg).

2 W. D. Metz, A. L. Hammond: Solar energy in America, Amer. Ass. Advancement Science, Washington 1978; siehe auch Science 197, 241 (1977).

3 G. Ciamician: The photochemistry of the future, Science 36, 385 (1912).

4 E. Broda: Hydrogen production through solar radiation by means of water photolysis in membranes, Int. J. Hydrogen Energy 3, 119 (1078); Utilization of solar radiation for water photolysis, ebd. 5, 453 (1980).

5 E. Broda: The dilemma of scientists in the nuclear age, in: J. Rotblat (Hrsg.), Scientists, the Arms Race and Disarmament, UNESCO/Pugwash Symposium, Taylor and Francis, London 1982 (siehe S. 249 des vorliegenden Bandes; Hrsg.).

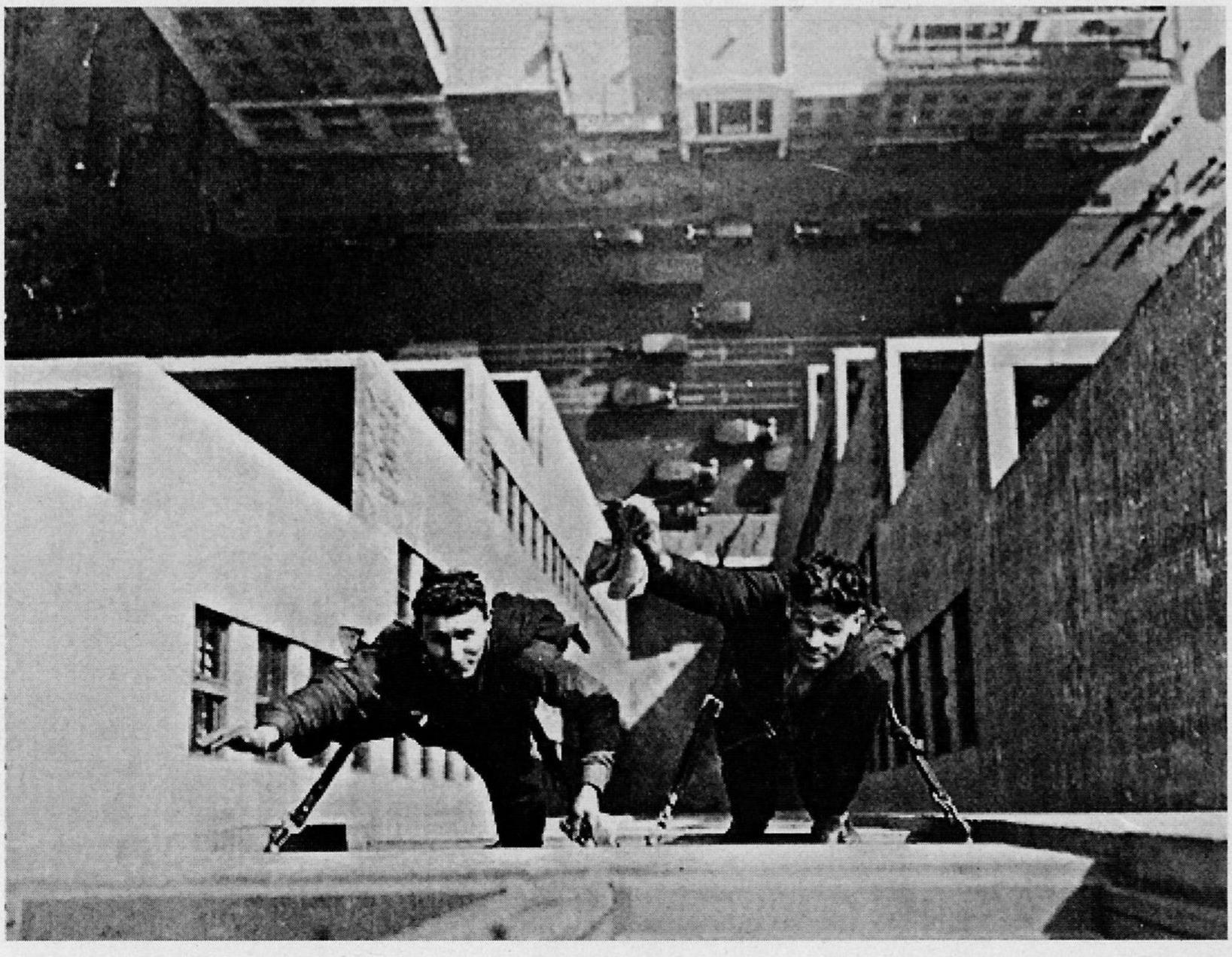
6 M. Thee: The race in military technology, in: J. Rotblat (Hrsg.), siehe (5).

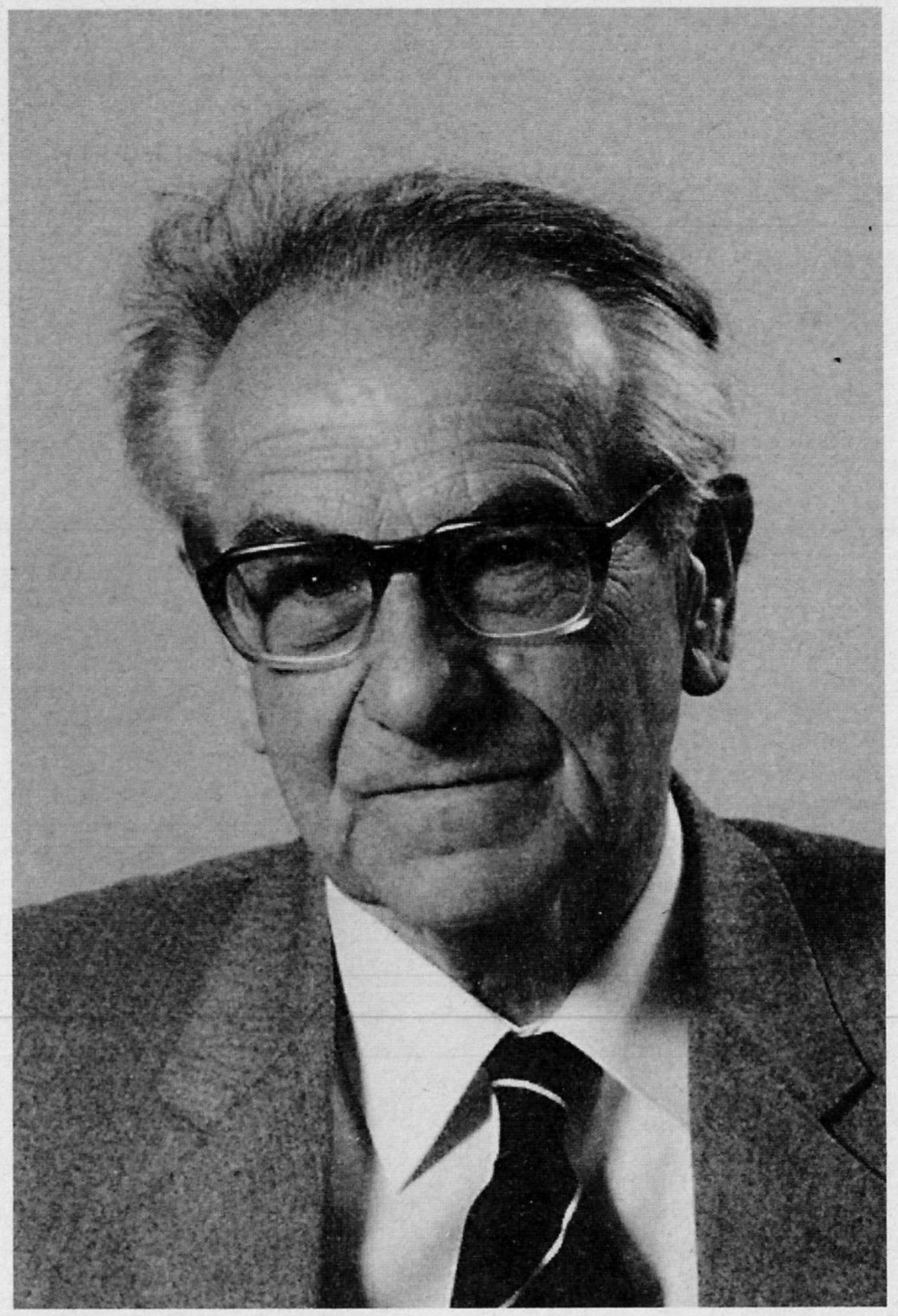
Ökologischer Kapitalismus ist unmöglich!

Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1992, 262 Seiten, 233 Schilling.

Samir Amin unterscheidet in seiner jüngsten Veröffentlichung „Das Reich des Chaos“ (vgl. die Rezension in »Weg und Ziel« 4/1993) in der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Weltsystems Probleme allgemeiner Art und spezifische Probleme bestimmter Teilregionen der Welt. Er kritisiert, daß der dominierende Modediskurs heute vor allem erstere – insbesondere die Ökologiefrage – in den Mittelpunkt stellt, während zweitere – vor allem geht es dabei um aus der Unterentwicklung resultierende Probleme in den Ländern des Südens und des Ostens (wie auch in Teilregionen des Westens) – zur Zeit nicht sehr hoch im Kurs stehen. Amin weist eindringlich darauf hin, daß Antworten auf die allgemeinen Probleme nur in der Auseinandersetzung mit den vermeintlich regionsspezifischen Problemen gefunden werden können – anderenfalls sei der Diskurs nichts anderes als ein heuchlerisches Ablenkungsmanöver. In der Tat ist heute – auch wenn Umwelt und Entwicklung die zentralen Themen des „Erdgipfels“ im Jahr 1992 in Rio waren und auch wenn spätestens mit Beginn der neunziger Jahre die ökonomischen und die ökologischen Grenzen nacholender Entwicklung/Industrialisierung offensichtlich geworden sind – ein integratives Verständis der Entwicklungs-/Unterentwicklungs- und der Ökologiefrage sowie deren gemeinsame Bedingtheit durch die globale Expansion der kapitalistischen Produktionsweise nur selten anzutreffen. Einer, der seit längerem an einer (theoretisch fundierten) Verbindung dieser in der Regel von Experten unterschiedlicher Fachrichtungen vertretenen, nebeneinander laufenden und (wie der Rio-Gipfel erneut gezeigt hat) mit unterschiedlichen Interessen verknüpften Diskussionstränge arbeitet, ist Elmar Altvater. Auch seine jüngste Buchpublikation steht in dieser Tradition. „Die ökologische Frage ist eine soziale Frage und die soziale Frage kann heute nur noch als ökologische Frage angemessen beurteilt werden.“ (S. 16), heißt es im Prolog. Altvater wendet sich dort scharf gegen die in der Entwicklungsdebatte zur Zeit vorherrschende Kombination von theoretischer Ignoranz und praktischer Arroganz (vgl. dazu den Schwerpunkt „Dritte Welt im Abseits“ in »Weg und Ziel« 3/1993) und tritt angesichts der katastrophalen Situation für umso intensivere theoretische Anstrengungen anstelle der neuerdings so beliebten Abkehr von sogenannten Großtheorien ein. „Es ist unbedingt notwendig, die Linie der ‚großen‘ Theorie zu verfolgen, um überhaupt einen weltgesellschaftlichen Rahmen für Entwicklungsprojekte und Umweltpolitik erfassen zu können. Sonst folgt dem radikalen ‚tiers mondisme‘ der sechziger und siebziger Jahre ein ebenso radikaler,

selbstbewußter, aber bornierter Eurozentrismus am Ende der achtziger Jahre, der anfangs der neunziger Jahre von den Verarbeitungsversuchen des realsozialistischen Projekts beflügelt wird – auch in der Linken.“ (S. 15) Erkenntnisleitendes Interesse hinter dem Anliegen einer theoretischen Zusammenführung von sozioökonomischen und ökologischen Fragen ist jenes an Emanzipation, von Altvater als Gewinn an Freiräumen für die Gestaltung des menschlichen Lebens in der Zukunft gegenüber ökonomischen und anderen Zwängen definiert. Emanzipation kann aber – so Altvater – beim heutigen Wissensstand nicht mehr als zusätzliche Naturbeherrschung begriffen werden, sondern muß auf eine gleichwertige Form des Zusammenlebens der Menschen mit der belebten und unbelebten Natur (vgl. Ivan Illichs „Konvivalität“) abzielen.
In der gegenwärtigen Phase der Theoriebildung, die er als Durchgangsstadium bei der Entwicklung neuer theoretischer Konzepte sieht, tritt Altvater für eine eklektizistische Vorgangsweise ein. Versatzstücke aus unterschiedlichsten Bereichen dienen ihm zur „sozialökologischen“ Begriffsbildung; immer müssen diese allerdings in der Lage sein, zwei Sachverhalte abzubilden: „Zum einen, daß Umwelt sich als gesellschaftliches Naturverhältnis konstituiert; zum anderen, daß Gesellschaft, Entwicklung, Industrialisierung, Wachstum, Ökonomie usw. immer auch eine ökologische Dimension haben.“ (Altvater in einem Interview in den Blättern des »iz3w« Nr.185/1992). Neben Bekanntem aus der Kritik der politischen Ökonomie, der Abhängigkeitstheorie, der Regulationstheorie usw. findet sich der – bereits in früheren Arbeiten angerissene – Versuch, Begriffe aus der thermodynamischen Physik (v. a. Syntropie und Entropie) in die sozialwissenschaftliche Theoriebildung





Engelbert Broda, 1910 – 1983

schungen mit Neutronen der Fall war. Vor allem vermitteln die drei oben genannten Forschungsrichtungen die ideale Rechtfertigung für die Herstellung und Erhaltung erstklassiger Instrumente, technischer Verfahren und – das Wichtigste – der Verfügbarkeit von Wissenschaftern mit höchster Ausbildung. Diese Experten sind dann sehr oft in der Lage, sich von einem Monat zum anderen auf Kriegsarbeit umzustellen. Nichts Derartiges würde auf die Erforschung der Sonnenenergie zutreffen, die im wesentlichen Arbeit mit niedrigen Energien ohne vorstellbare militärische Anwendungen ist.

Vor einigen Jahren hat der Autor einen Überblick über Richtungen und Möglichkeiten für Sonnenenergie in unserer Zeit gegeben.[1] Es ist möglich, Sonnenenergie sowohl in thermische, elektrische als auch chemische Energie umzuwandeln. Die erste dieser Möglichkeiten scheint die am wenigsten reizvolle. Und doch ist sie von enormer Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in Ländern mit gemäßigtem Klima die Hälfte der eingesetzten Energie zum Heizen von Häusern und zur Wassererwärmung verwendet wird.

Die Möglichkeit der direkten Umwandlung der Sonnenenergie in Elektrizität – hervorgebracht durch ein wunderbares Produkt des menschlichen Geistes, die Halbleiter-Sonnenzellen – ist faszinierend: sie könnte Millionen Menschen in isolierten Dörfern der Dritten Welt den dringend benötigten Strom bringen, wenigstens – und in erster Linie – um Beleuchtung und Radioempfang herzustellen. Weniger optimistisch bin ich in bezug auf Elektrizität durch Sonnenenergie-Farmen und besonders durch Sonnenenergie-Türme. Anscheinend haben es große Firmen mit fortgeschrittener Ingenieur-Technik und großer Aktivität in der Rüstungsproduktion fertiggebracht, den Menschen Hochtechnologie-Konzepte aufzudrängen, die auch in ferner Zukunft von zweifelhaftem wirtschaftlichem Wert sein dürften.[2]

Und nun zur Umwandlung von Sonnenenergie in chemische Energie. Sie wurde immer schon von den Menschen zur Herstellung technischer Energie und Wärme durch Biomasse, einem natürlichen Produkt der Photochemie, verwendet, aber erst von dem großen Triestiner Physikochemiker Giacomo Ciamician[3] wissenschaftlich erörtert. Mit dem Einsatz moderner Wissenschaft kann die Produktivität der Pflanzen enorm gesteigert werden. Die Resultate der Photosynthese-Forschung werden es außerdem ermöglichen, große Mengen von Wasserstoffgas durch abiotische, photolytische Spaltung von Wasser zu gewinnen. Der Wasserstoff würde in einer Wasserstoff-Energiewirtschaft eingesetzt werden, wie sie im Zusammenhang mit aus anderen Quellen gewonnenem Wasserstoff diskutiert wird. Sieben Prozent des jetzt nutzlosen Sahara-Gebiets würden dazu ausreichen, alle Menschen in dem Ausmaß mit Energie zu versorgen, wie es die Europäer heute gewöhnt sind.[4]

Eine umfassende Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Sonnenenergie wäre eine ausgezeichnete Aufgabe für die Vereinten Nationen. Natürlich dürfte und sollte diese Arbeit nicht unter einem Dach stattfinden, sondern es sollten dabei die Forschungs- und Entwicklungsstellen vieler Länder eingesetzt werden. Zweifellos könnte eine solche Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor für die Erhaltung des Weltfriedens werden. Eine Forschungsorganisation dieser Art würde auch dem Abgang von Wissenschaftern („brain drain") aus der Dritten Welt in die industrialisierte Erste und Zweite Welt – was immer die sein mögen – entgegenwirken, weil man diesen Wissenschaftern in den Entwicklungsländern Stellungen anbieten könnte.

Es gäbe noch viele andere Aufgaben, die von den UN-Organisationen übernommen werden könnten: Züchtung nützlicher Bakterien, Pflanzen und Tiere, oftmals durch Anwendung von Gentechnik; Ausrottung tropischer Krankheiten; Auswertung und Einführung von Verfahren zur Nutzbarmachung niedergradiger Mineralvorkommen, einschließlich der Vorkommen von Brennstoffen; Entwicklung wirksamer Methoden zur Herstellung von Biogas auf den Dörfern. Das gemeinsame Merkmal daran ist, daß Forschung und Entwicklung nicht nur auf dem Papier erarbeitet, sondern tatsächlich von den UN-Organisationen selbst durchzuführen wären. Natürlich würden Arbeiten dieser Art, zumindest am Anfang, weit weniger einbringen als sie kosten. Mehr über die finanziellen Probleme im folgenden.

Bei manchen, durchaus ehrgeizigen Plänen für die Zukunft würde der Forschungs- und Entwicklungsaspekt an zweiter Stelle stehen, Konstruktion und Betrieb an erster. Zum Beispiel könnte man sich bei internationaler Zusammenarbeit große hydroelektrische Energie-Entwicklungspläne vorstellen, die einen großen, sich über mehrere Länder erstreckenden Raum versorgen. Ohne Experte zu sein, könnte man hier an das Mekong-Gebiet in Südostasien, wie es der verstorbene Hans Thirring, österreichisches Gründermitglied der Pugwash-Bewegung, vorgeschlagen hat, oder an den Kongo denken. Ein weite-

res Beispiel wäre der Plan für die Kattara-Senke in Ägypten, wo das Meerwasser in ein riesiges „gelbes Loch" stürzen und damit Turbinen zur Energieerzeugung betreiben könnte. Weiters könnte geothermale Energie aus trockenem Gestein praktisch verwertet werden. Es scheint, als ob bisher nirgends mit Arbeit an irgendeinem dieser Pläne begonnen worden wäre. Zu den Gründen dafür zählen Mangel an Infrastruktur und an Geld. Es kann aber auch subjektive Gründe geben: fehlende Sachkenntnis und fehlende Entschlossenheit.

Alle im vorigen Absatz erwähnten Projekte bedürfen harter Technologie. Die wirtschaftliche Erzeugung von Geräten und Anlagen für eine Zwischentechnologie, wie die Erzeugung und Nutzung von Biogas oder die Verbrennung landwirtschaftlichen Abfalls, darf aber nicht vernachlässigt werden. Bevor man sich auf irgendeines dieser Projekte einläßt, wären natürlich Studien über ihre ökologischen Folgen unerläßlich.

Es ist klar, daß nicht alle Unternehmungen eines globalen Maßstabes bedürfen. Zum Beispiel würde es anfangs schwer fallen, in einem nördlichen Land Enthusiasmus für – sagen wir – die Bekämpfung der schrecklichen Tropenkrankheit Bilharziose zu erwecken. Noch schwerer könnte es sein, die Unterstützung der Lateinamerikaner für die Nutzung der Wasserkraft in Südostasien zu gewinnen. Daher wird es vernünftig sein, auch regionale Initiativen zu unterstützen. So hat man zum Beispiel hier, in der reizvollen, freundlichen Stadt Bukarest, natürlich den Eindruck, daß die Balkanländer wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Probleme haben, die man vorteilhaft gemeinsam in Angriff nehmen könnte. Das sollte die Zuwendung geistiger, technischer und materieller Unterstützung vom Hauptquartier der Vereinten Nationen nicht ausschließen, sondern, im Gegenteil, sie fördern.

Für Errichtung und Produktion wird allerdings sehr viel mehr Geld benötigt werden als für bloße Studien, für Forschung und Entwicklung und für Demonstrationsmodelle. Andererseits kann man Geld ausborgen, und es werden oder müßten zunehmend Einkünfte daraus erwachsen. Jedenfalls müßten die in den Vereinten Nationen vertretenen Regierungen dafür zahlen. Obwohl diese unvermeidliche Überlegung zunächst schockieren mag, die Notwendigkeit zu zahlen ist nicht unbedingt ein Nachteil. Man müßte beschließen, dieses Geld aus den nationalen Rüstungsbudgets zu nehmen und dadurch dem Rüstungsbereich Geld zu entziehen.

Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, wird konstruktive Zusammenarbeit auch der Abrüstung dienen und die internationale Sicherheit verbessern. Zu Recht wird viel über vertrauensbildende Maßnahmen gesprochen. Hic Rhodus, hic salta. Die Bereitschaft der Staaten, ihr Geld in Software und Hardware zu investieren, die für den Krieg nutzlos sind, aber durch den Krieg zerstört würden, wäre ein großartiger Beweis ihrer friedlichen Absichten.

In den letzten Jahren wurde viel über die moralische und gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschafter gesprochen.[5,6] Zu Recht wird mit Bestürzung festgestellt, daß eine enorm große Anzahl von Wissenschaftern und Technikern, etwa 25, 30 oder sogar 40 Prozent, ihr Berufsleben damit verbringen, Werkzeuge zum Verstümmeln und Töten zu perfektionieren und zu produzieren.

Was auch immer die Meinungen und Erwägungen der „Wissenschafter und Techniker für den Krieg" sein mögen, die Erwartung, daß sie ihre Stellungen aufgeben, ohne etwas anderes dafür angeboten zu bekommen, wäre klarerweise unrealistisch. Diese Wahrheit mag widerwärtig erscheinen, aber so ist es. Auch unter diesem Gesichtspunkt müßte man die Arbeitsmöglichkeiten in den vorgeschlagenen internationalen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsunternehmen begrüßen. Der Druck auf die Experten, sich an der Waffenherstellung zu beteiligen, würde nachlassen. Noch besser, die Entwicklung könnte sich umkehren – oder wenigstens dürfte man das erhoffen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Geist der Zusammenarbeit bei Experten aus verschiedenen Ländern, mit verschiedenen Sprachen, ausgezeichnet ist, solange sie vereint gemeinsame Ziele verfolgen. Das ist so bei CERN in Genf, das ich kenne. Dort sind die Menschen wirlich stolz auf das Erlebnis ihrer erfolgreichen internationen Zusammenarbeit. Und wahrscheinlich ist das auch so in anderen internationalen Organisationen.

Damit erhebt sich die Frage nach der Auswahl unter diesen verschiede-

Frans Masereel, Der Friedensfeind, 1917/20

einfließen zu lassen. Die bereits aus anderen Zusammenhängen (auch aus Altvaters früheren Arbeiten) bekannten Analysen der systemimmanenten Schranken des fordistischen Nachkriegsmodells kapitalistischer Entwicklung, der asymmetrischen Austauschbeziehungen zwischen „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Regionen der Welt sowie die aus der kapitalistischen Dynamik resultierende und im Rahmen des Systems nicht aufhebbare Dialektik von Entwicklung und Unterentwicklung gewinnen auf diese Weise zusätzliche Dimensionen.
Folgerichtig erteilt Altvater in einem Epilog allen „grünen“ Hoffnungen auf eine technische Lösung der ökologischen Probleme, auf „sustainable development“ unter industriekapitalistischen Rahmenbedingungen eine klare Absage. „Ökologische Nachhaltigkeit bei Verteilungsgerechtigkeit und ökonomischer Effizienz auf der Basis hoher Produktivität der Arbeit, das wäre tatsächlich die Quadratur des Kreises. Doch diese ist nicht nur mathematisch, sondern auch ökologisch und ökonomisch unmöglich. Der Traum vom ökologischen Kapitalismus bringt Ungeheuer hervor.“ (S. 238) Auch wenn der Autor mit einer „solaren Revolution“ sympathisiert, hat er mit jenen, die lediglich eine neue Energiequelle für die Aufrechterhaltung des fordistischen Kapitalismus suchen, nichts gemein. „Ökologische Alternativen“ scheitern erfahrungsgemäß an den Kriterien des Profitprinzips, am auf den Betrieben lastenden Rentabilitätsdruck, am auf den Volkswirtschaften lastenden Zwang zur internationalen Konkurrenzfähigkeit sowie an der Konditionalität der internationalen Finanzorganisationen in den verschuldeten Ländern. Die Veränderung der energetischen Basis der Gesellschaft ohne gleichzeitige Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist für Altvater ein Ding der Unmöglichkeit.

Franz Delapina

Eurotopia

Johan Galtung, Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents, Promedia-Verlag, Wien 1993, 179 Seiten, 198 Schilling.

Die Absicht dieses Buches des bekannten Friedensforschers Johan Galtung ist es, nach dem Ende des realsozialistischen Systems im Osten erneut eine Bilanz des bisherigen Europas zu ziehen, beginnend mit 1492, dem Jahr der Eroberung Amerikas.
Für den Autor hat sich dieses Europa – verantwortlich für Genozide in Nord- und Südamerika, für unzählige Kriege auf seinem eigenen Territorium – mit seiner beschränkten egozentrischen Weltsicht kaum geändert. Eine Art europäischer Supernationalismus habe den bisherigen Nationalismus der europäischen Staaten abgelöst, der auf tradierten Werturteilen hinsichtlich der bisherigen Gegner, neuen und alten Bündnispartner etc., aufbaue. Die europäischen Länder hätten zwar politische Konstruktionen entwikkelt, die auf Gesetzen basierten, müßten sich jedoch für ihr Verhalten gegenüber nicht auserwählten Europäern und nicht auserwählten anderen, schämen. Galtung behandelt danach ausführlich die Ereignisse in Osteuropa, beginnend mit dem Herbst 1989. Für ihn haben die Systemveränderungen vor allem ein Ende des Stalinismus im Osten und des Nuklearismus im Westen gebracht. Den Stalinismus definiert er durch vier Komponenten: Durch das Wahrheitsmonopol der KP, das fast vollständige Fehlen ziviler und politischer Rechte, durch eine totale Wirtschaftsplanung auch auf dem Sektor der Distribution und des Konsums und schließlich durch den Russischen Imperialismus. Den Nuklearismus andererseits kennzeichne wiederum vor allem die Bereitschaft zum Völkermord, der Rüstungswettlauf ohne Ende, das Treffen aller wichtigen Entscheidungen durch eine kleine Anzahl von Personen und schließlich das Supermacht-Kondominium. Hervorgehoben wird die nach Meinung des Autors geradezu vorbildliche Außenpolitik eines Gorbatschow und eines Schewardnadse, die sich wie ein Textbuch der Friedenspolitik lese, sowie die Rolle der Dissidentenbewegung im Osten und der Friedensbewegung im Westen, die gleichermaßen auslösend für die Ereignisse im Osten gewesen seien, jedoch nicht immer zueinander gefunden hätten.
Abgesehen davon, daß die Definition des Stalinismus sehr dünn geraten ist, und der Autor so tut, als habe es seit dem XX. Parteitag der KPdSU und der Aufdeckung der stalinistischen Verbrechen keine Weiterentwicklung der Sowjetunion hin zu humaneren Formen in der

Politik gegeben, werden wiederum vor allem nur die europäischen Aspekte nach dem Ende des Systemkampfes, den der Westen gewann, in den Vordergrund gestellt. Daß in Wirklichkeit der Nuklearismus keineswegs tot ist und für viele Nationen und Völker gerade im Osten die Kriegsgefahr wesentlich gewachsen ist, kommt in diesem Abschnitt des Buches viel zu kurz vor.
Die wesentlichen Ursachen für die Ereignisse in Jugoslawien sieht der Autor vor allem darin gelegen, daß die herrschende politische Klasse in Jugoslawien bis etwa 1980 ihre Aufgabe zwar erfüllt habe, danach sei jedoch kein neuer „Fahrplan“ und kein neues Programm vorgelegt worden, da es keine demokratische Parteienstruktur gegeben habe. Zu einer Ablösung der alten Führungsgarnitur sei es auch nicht gekommen, obwohl diese nach den Ereignissen in Osteuropa ihre Legitimität eingebüßt habe. In dem Ringen um neue Ziele habe man auf unterdrückte Diskurse, auf den Nationalismus zurückgegriffen. Die EG habe im Bewußtsein ihrer neuen, gewichtigeren Rolle zu einer wesentlichen Verschärfung des Konfliktes beigetragen, indem sie allzu leichtfertig den neu entstehenden Staaten die diplomatische Anerkennung zugesichert habe, obwohl nicht einmal die Frage, wie die Rechte der zahlreichen Minderheiten in den einzelnen Staaten wirksam geschützt werden, geklärt worden sei. Als konkrete Schritte zur friedlichen Lösung des Jugoslawienkonfliktes wird etwa die Ingangsetzung eines Helsinkiprozesses in Osteuropa vorgeschlagen, das Land solle mit 1000 Konferenzen unter Einbeziehung auch der zahlreichen lokalen politischen oder militärischen Gruppierungen überzogen werden, auch die Medien mögen sich ihrer Aufgabe einer positiven Konfliktsteuerung besinnen, Kommunal- und Städtepartnerschaften mögen forciert werden und internationale Friedensbrigaden sollten aufgestellt werden.
Im Kapitel Osteuropa auf dem Weg vom Kommandosozialismus zum Kommandokapitalismus werden die nicht gerade rosigen Perspektiven Osteuropas behandelt. Es sei eine Lateinamerikanisierung Osteuropas zu erwarten, mit hoher Arbeitslosigkeit, ständig sinkendem Lebensstandard und Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, noch dazu werde Osteuropa mit Waren überschwemmt werden, die im Westen nicht mehr abgesetzt werden können. Als Alternative dazu ergebe sich für Osteuropa eine Spezialisierung auf einzelne Sektoren. Länder, die Osteuropa wirklich helfen wollten, sollten dort Aufträge für komplexe und nicht für einfache und unverarbeitete Produkte plazieren.
Der Autor legt nun seine Vorstellungen vom „guten

Sozialismus", wie er ihn als Gegensatz zum schlechten Stalinismus sieht, dar. Es wäre dies ein Wirtschaftssystem, das Staat und Kapital, Plan und Markt unter einen Hut bringt, bei dem die Produktion zur Befriedigung der Grundbedürfnisse Priorität habe, eine Kontrolle des Auslandssektors der Wirtschaft gegeben sei und eine offene Diskussion ökonomischer Prioritäten jederzeit möglich sei.
Hinsichtlich der zukünftigen Grenzen der Europäischen Union werden fünf Varianten aufgezeigt und schließlich die relativ weitestgehende als erstrebenswert dargestellt. Es wäre dies ein paneuropäisches Haus unter Einschluß Rußlands, der Türkei und der Ex-Sowjetunion.

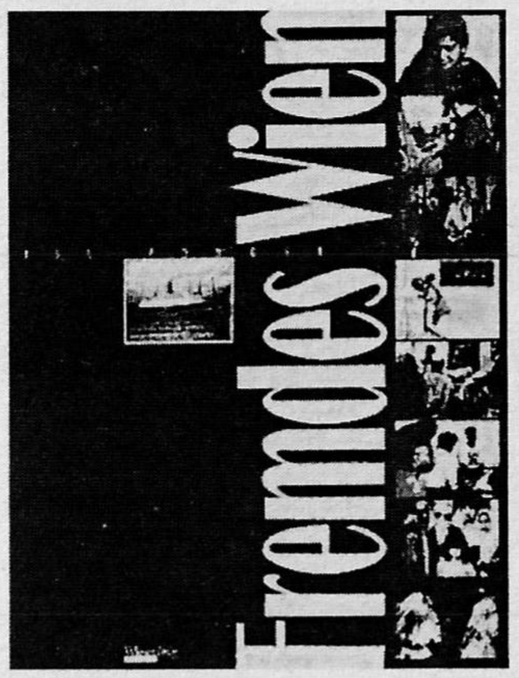
Dieses Buch hat sicherlich seine starken Seiten, nämlich dann, wenn der Friedensforscher, der konkrete Lösungen anbietet, spricht – wo etwa Konfliktformationen in der Welt von morgen behandelt werden und Ansatzpunkte zur Lösung dargestellt werden und wo die Vision von einer friedlichen Welt mittels angebotener Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles als realisierbar erscheint. Was hingegen die globalen Analysen der beiden, für den Kalten Krieg verantwortlichen Systeme betrifft, findet man öfters unzulänglich erscheinende Definitionen. Auch das, was der Autor als erstrebenswerten Sozialismus erachtet, kennzeichnet eine gewisse Realitätsfremdheit.

Günter Klodner

Eine Weltreise durch Wien

Lisl Ponger, Fremdes Wien. Mit einem Essay von Elfriede Jelinek, Wieser Verlag Klagenfurt/Celovec 1993, 298 Seiten. 698 Schilling.

Wien ist schon längst kulturell unterwandert. Das müßten all jene, die so sehr um die Mega-Sauberkeit unserer „Volksgemeinschaft" besorgt sind, mit Befremden feststellen, wenn sie Lisl Pongers Buch wieder aus der Hand legen. Man sieht es nur nicht auf den ersten Blick. Denn, so stellt die Foto- und Filmkünstlerin fest: „Die Stadt ist wie ein Bergwerk, auf der Straße erkennt man relativ wenig davon.



Vieles spielt sich im Verborgenen ab, du gehst in einen Hinterhof, in einen Keller und plötzlich kommst du irgendwo an."
Man muß sich nur auf den Weg machen, um die ungeheure Vielfalt, die Wien an fremdem Kulturgut in sich birgt, zu entdecken. Lisl Ponger hat mit ihrer Kamera diese Weltreise unternommen, mit Straßenbahn, U-Bahn, Autobus und zu Fuß. Das Ergebnis waren Bilder einer mitunter exotischen Wirklichkeit. Im Gegensatz zu denen anderer Weltenbummler haben die von Lisl Ponger bildhaft erfaßten Menschen aber auch Namen, einen Beruf sowie eben auch eine Adresse in Wien. Und sie haben eine Geschichte. Schicksale, Anekdoten, Vorstellungen und ihr Verhältnis zu einer Stadt, in der sie auf vielfache Weise Fremde sind, hat der Publizist Walter Eckermann den Bildern aus Gesprächen hinzugefügt; ergänzt durch historische und kulturhistorische Exkurse in die Heimat der Dargestellten von Eva Ribarits.
Im vorliegenden, mit Liebe und großem Einfühlungsvermögen gestalteten Band wird kein Multi-Kulti aufgezeigt, kein kultureller Eintopf, sondern das Bedürfnis von Mitmenschen, in einer fremden und auch häufig abweisenden Stadt ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren zu wollen; mit ihren traditionellen Festen, ihren Speisen, ihren Tänzen und Liedern, aber auch mit ihrer Fußballmannschaft.
Es ist zu empfehlen, die Reise zumindest über Lisl Pongers Buch nachzuvollziehen.

Helmut Rizy

Marxismus heute

Seminar der KPÖ

Termin:
Montag, 7. Februar 1994 bis Samstag, 12. Februar 1994

Ort: Mauerbach bei Wien

Dieses Seminar soll nicht nur die zentralen Grundgedanken bei Marx darstellen, sondern sie auch anhand realer historischer Veränderungen reflektieren und heute offene Fragen problematisieren.

Folgende Themenblöcke sind geplant:
- Kurzer historischer Überblick über den Marxismus seit Marx
- Das Geschichtsbild bei Marx bzw. im Marxismus
- Politische Ökonomie: welche zentralen Kategorien entwickelte Marx im Kapital, wo sind heute Veränderungen (Internationalisierung des Kapitals, Rolle des Staates, WTR, ...), die Erweiterungen/Reformulierungen notwendig machen?
- Österreichischer Kapitalismus, Integration, EG/EU
- Revolutionstheoretisches bei Marx, Engels und danach
- Klasse an sich und Klasse für sich; Veränderungen der ArbeiterInnenklasse heute
- Haupt- und Nebenwidersprüche? Ansatzpunkte kommunistischer Politik

Anmeldungen bis spätestens 27. Jänner 1994

telefonisch: 0222/21 7 42/580 oder
schriftlich: Bundesvorstand der KPÖ,
z. H. Leopoldine Pohl,
Schönngasse 15-17, 1020 Wien

Neutralität ist Freiheit!

Die EG grenzt aus:

Unsere Zukunft liegt in der politischen Unabhängigkeit.
Finden wir **diese** Möglichkeit - ohne ein europäisches Militärbündnis!

Neue Gedanken - Neue Wege - KPÖ

Fragen und Antworten an Christian August, KPÖ,
1020 Wien, Schönngasse 15 - 17, Tel. 21742/510

EINLADUNG

zum

»Weg und Ziel« LeserInnen Forum

Thema

Tendenz rechts

Donnerstag, 27. Jänner 1994, 19 Uhr 30

Universität Wien, Neues Institutsgebäude, Universitätsstraße 7
Hörsaal 2

Zur Debatte stehen die Artikel des Schwerpunkts der Nummer 4.
Es sollen die verschiedenen Faktoren, die zu rechten Tendenzen führen, diskutiert werden:

- Rechtsextreme Jugendliche seien lediglich „Modernisierungsopfer";
- Ausländerfeindliche und rassistische Sicherheits-, Asyl- und Aufenthaltsgesetze sowie Polizeipraktiken – und die Kaschierung dieser Tatsache durch den „braven Staats-Antifaschismus";
- Staatliche „Duldung" bzw. Leugnung des organisierten Rechtsradikalismus durch die Verbreitung des Mythos vom „irren Einzeltäter";
- Mithilfe an der Aufbereitung des politischen Klimas durch Medien, sozialdemokratische Politik(erInnen) und WissenschaftlerInnen, in dem all der menschenverachtende antidemokratische, rassistische Wahn bestens gedeihen kann;
- Welche Rolle spielt eine „Ökologie von rechts"?
- Gibt es eine „Integration des rechten Lagers", einen Alltagsfaschismus? Hat es überhaupt eine Entnazifizierung nach dem-Zweiten Weltkrieg gegeben.

Es diskutieren:

Dr. Brigitte BAILER-GALANDA, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Autorin mehrerer Bücher

Wolfgang PURTSCHELLER, Journalist und Autor des Buches „Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk"

Gerold ECKER, Projektteam EG-Kritik, Redakteur der Zeitschrift »Europakardiogramm«, Autor des Artikels in »WuZ« 4/93 „Germanisierung Europas. Europäische AusländerInnenpolitik als Gradmesser der ‚Rechtswende'"

Dr. Thomas JAHN (angefragt), Sozial-ökologisches Institut Frankfurt,
Co-Autor des Buches „Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten"

Ein/e VertreterIn aus dem BEREICH JUGENDARBEIT (angefragt)

Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem KSV

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____
Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien